



AIB

2V 7426 E

4,50 DM

Juli-August

7-8/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Libanonkrieg



Sonderteil zu El Salvador

Eritreafrage ● Sudan ● Nikaragua ● Guatemala
Afghanistan ● BRD-Waffenexporte

Inhalt

AIB-Aktuell:	
Aufgestanden gegen Reagan	3
Reden von der Bonner Demonstration	
„Aufstehn! Für den Frieden!“	4
Libanon	
Die PLO am Ende?	6
Begins „Neuordnung“ des Libanon	7
Nikaragua	
Aspekte der inneren Entwicklung	10
Deklaration der Sandinistischen Versammlung	13
E. Galeano: Nikaragua findet zu sich selbst	15
Guatemala	
Erklärung von Landarbeitern	16
Äthiopien	
Die zwei Seiten der Eritreafrage	20
Giftgaseinsatz in Eritrea?	23
EL-SALVADOR-SONDERTEIL	23
Sudan	
Numeiris Tanz auf dem Seil	67
Afghanistan	
Interview mit Anahita Ratebzahd	70
VDPA-Appell an das Volk	72
Vietnam	
Eindrücke vom 5. Parteitag der KPV	73
Kampuchea	
W. Burchett: Vom Widerstand zum Aufstand (2. Teil)	76
BRD – Dritte Welt	
Rüstungsexport-Richtlinien der Bundesregierung	78
Rückblick: Der internationale Sozialistenkongreß von Stuttgart (1907)	80
Infodienst	81
Kurzinformationen	82



Eritreafrage

Die Eritreafrage gehört zu den heikelsten Themen der Dritte-Welt-Szene. Die einen behaupten, Äthiopien wolle die eritreische Bewegung mit chemischen Waffen vernichten und sprechen von Völkermord. Die anderen verweisen auf die revolutionäre Statur des äthiopischen Regimes, auf sein andersartiges Herangehen an die nationale Frage. In Göttingen gab es dazu im Mai d.J. eine Grundsatzdebatte. J. Ostrowsky bezog für das AIB Position.



El-Salvador-Sonderteil

El Salvador ist weiter auf dem besten Weg, zum neuen Vietnam zu werden. Nach den Märzahlen 1982 geben die Ultrarechten um D'Aubuisson und General Garcia noch stärker den Ton an. Die Reformen sind gestrichen. Die US-Intervention wächst weiter. Der Krieg gegen das Volk eskaliert. Wo liegen die Ursachen des Konflikts in und um El Salvador? Was verbirgt sich hinter diesem Regime? Welches Konzept hält die Befreiungsbewegung dagegen?

Israels „Neuordnung“ im Libanon

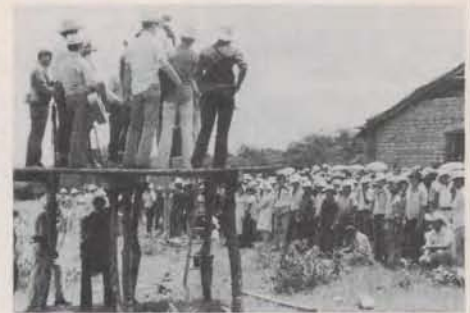
Anfang Juni 1982 holte Israels Begin-Regime zum großen Schlag gegen die Palästinenser und ihre Verbündeten im Libanon aus. Israels Bombenkrieg und Invasion zielen auf die Zerschlagung der PLO und die Unterwerfung des ganzen Libanon. Über 10.000 Todesopfer gab es bereits.

Folgt jetzt die Einäscherung Beiruts? Was wird aus der PLO? Wird der Libanon israelische Besatzungszone?



Nikaragua im Prüfstand

Das befreite Nicaragua ist derzeit schweren Prüfungen ausgesetzt: US-Intervention, Naturkatastrophen, Aufbegehren der bürgerlichen Opposition, Rebellionsaufruf Edén Pastoras usw. Da mag keine rechte Feststimmung zum 3. Jahrestag des Revolutionssieges aufkommen. Da herrscht Kampfatosphäre. Was ist das Rezept der Sandinistas? D. Boris und E. Galeano geben Antworten.



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos. 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.) Nico

Biver, Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: E. Alsdorf, A. J. Arndt, M. Dautermann, P. Garcia, P. Grund, V. Klose, C. Klotz, A. Krajczek, N. Noisser, H. Mayer, U. Rupp, G. Schmidt-Bollmann, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 15. 6. 1982

Anzeigen: J. H. W. Dietz Verlag, Z-ZAMBON, BUKO, Roederberg Verlag, ASK, elan, Informationsstelle El Salvador.

AIB-Aktuell: Aufgestanden gegen Reagan

Gerade rechtzeitig vor seinem Besuch in Westeuropa hatte US-Präsident Ronald Reagan einen neuen „Abrüstungsvorschlag“ parat. Für die am 29. Juni d.J. in Genf beginnenden Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über den Abbau strategischer, d.h. interkontinentaler Raketen (START) unterbreitete Reagan das folgende Angebot: Um 1/3 sollen die beiden Großmächte die Zahl der Sprengköpfe auf ballistischen Raketen verringern; höchstens die Hälfte der dann noch verbleibenden Sprengköpfe sollen auf landgestützten Interkontinentalraketen montiert werden.

Auf den ersten Blick ein echter Abrüstungsvorschlag; bei näherem Hinsehen freilich ein Manöver ähnlicher Machart wie die seinerzeit mit großem propagandistischen Aufwand in Szene gesetzte „Null-Option“ Ronald Reagans. Die USA, die gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich bei den seegestützten Mittelstreckenraketen über eine eindeutige Überlegenheit verfügen, könnten deshalb leichtens auf die geplante Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles in Europa verzichten, falls sich die Sowjetunion zur Verschrotung ihres Mittelstreckenraketenpotentials bereit erklärte.

Entsprechend läuft auch der neue Vorschlag auf eine einseitige Verschiebung des militärischen Kräftegleichgewichts zuungunsten der UdSSR hinaus: Da die USA fast 70% ihrer interkontinentalen Sprengköpfe auf U-Booten und nur 30% auf landgestützte Raketen stationiert haben (bei der UdSSR lautet hingegen das Verhältnis genau umgekehrt 20 zu 80%), würde eine Festlegung des landgestützten Potentials auf die Hälfte des von jeder Großmacht gehaltenen Gesamtbestands die Sowjetunion zu einem teuren Umrüstungsprogramm zwingen, wollte sie das Gleichgewicht aufrechterhalten; sie müßte nämlich ihr Sprengkopffarsenal auf U-Booten gewaltig aufstocken, ihre landgestützten Sprengköpfe hingegen fast um die Hälfte reduzieren. Die USA ihrerseits könnten ihre landgestützten Sprengköpfe noch leicht aufstocken und müßten lediglich einige ihrer ohnehin veralteten Raketen-U-Boote verschrotten.

400.000 gegen den US-„Atomkreuzzug“

Dieses neuerliche Manöver der Reagan-Administration war wohl eher ein Beschwichtigungsakt für die beunruhigte Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der USA als ein echtes Verhandlungsangebot für START. Dem Mann auf der Straße sollte klargemacht werden, wie das Magazin Time schrieb, „daß Reagan weder aussieht noch klingt wie der rohe und um sich schießende Cowboy, als der er von europäischen Karikaturisten so oft gezeichnet worden war“.

Und so klangen die Reden, die Ronald Reagan auf seiner zehntägigen Tour durch fünf westeuropäische Länder, während der er am 10.6.1982 in Bonn zur Gipfelkonferenz mit den 15 anderen Staatschefs der NATO-Länder zusammentraf, streckenweise gerade so, als ob der Wolf Kreide gefressen hätte. Das trifft freilich nur streckenweise zu. In seiner Londoner Rede beispielsweise polterte der US-Präsident im altgewohnten Konfrontationsstil und rief die Verbündeten zum „Kreuzzug für die Freiheit“, der „den Marxismus-Leninismus auf den Schutthaufen der Geschichte“ verweisen müsse.

Die Antwort kam prompt und massenhaft. Über 400.000 Menschen versammelten sich am Tag des NATO-Gipfels auf den Bonner Rheinauen zur größten Friedenskundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie forderten die Annullierung des NATO-„Nachrüstungs“-beschlusses vom Dezember 1979 (Stationierung von nahezu 600 Cruise Missiles und Pershing II in Westeuropa). Jo Leinen vom Koordinationsausschuß „Aufstehen für den Frieden“ rief aus: „Die Politik der NATO läuft auf einen gefährlichen Konfrontationskurs hinaus, der in einer atomaren Katastrophe enden kann. Anstatt einen ideologischen Kreuzzug gegen andere Staaten zu führen, fordert die Friedensbewegung Präsident Reagan auf, endlich einen Kreuzzug für Frieden und Abrüstung zu beginnen.“

Auf den „Nachrüstungs“-beschluß der NATO eingehend, erläuterte General a.D. Gert Bastian, Mitinitiator des Krefelder Appells und einer der Hauptredner der Kundgebung, daß es dabei allein darum gehe, „der NATO das zur Unterstützung künftiger Aktivitäten gewünschte nukleare Drohpotential auf einem außeramerikanischen Territorium zur Verfügung zu stellen“. „Nehmen Sie Moskau doch beim Wort“, so G. Bastian, „und setzen Sie sich und Ihr Land nicht näher dem Verdacht aus, an militärischer Vormacht weit mehr als an Abrüstung interessiert zu sein.“

Der Protest gegen den Hochrüstungskurs reicht bei uns und in den USA inzwischen weit in das Establishment hinein. 85% der US-Bevölkerung sind nach jüngsten Meinungsumfragen für ein Einfrieren der Atomwaffen, eine unverzügliche Beendigung des Wettrüstens. Darunter finden sich so prominente Vertreter der etablierten politischen Szene wie Senator Edward Kennedy oder der ehemalige Ver-



teidigungsminister und Weltbank-Präsident Robert McNamara. Unter der Hauptlosung „Freeze“ (Einfrieren) demonstrierten am 12. Juni d.J. 1 Mio Menschen durch die Straßen von New York vor das Hauptgebäude der Vereinten Nationen, wo zur selben Zeit die II. UN-Sondervollversammlung über Abrüstung begann.

In der Bundesrepublik forderte kurz vor dem Besuch Ronald Reagans wieder einmal Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein: „Um den Krieg zu vermeiden, obliegt es den Europäern, obliegt es Frankreich und der Bundesrepublik, Ronald Reagan und seinen Leuten in ihrem blinden Streben nach Superiorität (Überlegenheit) nicht zu folgen.“ Derartige Stimmen der Vernunft sind ferne von Bundeskanzler H. Schmidt und seiner SPD/FDP-Regierung nicht aufgegriffen worden. Wohl hatte H. Schmidt vor der Demonstration einige verständnisvolle Worte für die an Kraft gewinnende Friedensbewegung parat. Aber über die einzig sinnvolle Konsequenz – eine Kündigung des NATO-Raketenbeschlusses von 1979 – weigert sich der Bundeskanzler ebenso zu diskutieren wie über ein Moratorium bei Atomwaffen.

Forum der Solidarität mit der Dritten Welt

Die Bonner Erklärung der NATO, zu der die Bundesregierung unter dem Beifall der CDU/CSU-Opposition ihre Zustimmung gab, bedeutet ein Bekenntnis zur Fortsetzung der abenteuerlichen Hochrüstungs politik.

Dieses Bekenntnis erfolgte zu einer Zeit, da der Kolonialkrieg Großbritanniens im Südatlantik und der Kriegszug Israels im Libanon – beide unterstützt von Mitgliedsstaaten der NATO – unterstrichen, wie sehr sich die Kriegsgefahr weltweit erhöht hat. Daß solche lokalen Konflikte sich über Nacht zum nuklearen Weltkonflikt ausweiten können, ist eine Erkenntnis, die auch dem Bundeskanzler vor der Sondervollversammlung der UNO über die Lippen ging, aus der die Konsequenz zu ziehen er sich aber weigert.

Die Veranstalter der Bonner Friedensdemonstration haben dem Rechnung getragen, indem sie „Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt“ zum Thema eines der vier Foren machten, die der Hauptkundgebung vorangingen. Hier traten, anders als am 10.10.1981 in Bonn, diesmal Repräsentanten der Befreiungsbewegungen (ANC Südafrikas, FMLN/FDR El Salvadors, PLO Palästina u.a.) und Werner Rätz (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) im Namen der koordinierten Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt auf (siehe nachstehende Redeauszüge). Zum erstmalig ist so die Kraft der Friedensbewegung und der Solidaritätsbewegung zusammengefloßen zu einer einzigen gemeinsamen großen Anstrengung, deren gemeinsames Anliegen im Schlußappell an die Teilnehmer der Bonner Demonstration so zusammengefaßt wurde:

„Aufstehen und weitergehen!

Unser Protest muß zum Widerstand werden! Widerstand den Rüstungsexporteurern und Kanonenfabrikanten. Widerstand den Atomwaffen.

Tragen wir diesen Widerstand in alle Straßen, in die Schulen, Büros und Fabriken, dorthin, wo wir arbeiten und leben:

Die Stationierung neuer Atomraketen muß verhindert werden!

Weg mit allen Atomwaffen!

Aufstehen und weitergehen! Denn es geht voran!“

Werner Rätz Keine NATO-Intervention in der Dritten Welt!

Die Freunde aus der Dritten Welt haben hier schon deutlich gemacht, warum sie den Frieden wollen und wie sie ihn erreichen können. Aber es ist noch ein Wort notwendig dazu, welche Rolle die Dritte Welt in der Politik der NATO spielt — und das ist dann auch die Frage, was uns als Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt mit der Friedensbewegung verbindet.

Pershing II und Cruise Missiles sollen den begrenzten Atomkrieg in Europa führbar machen. Die so wiederhergestellte Vormachtstellung der USA gibt ihnen dann die Möglichkeit, ungestört überall auf der Welt ihre Interessen zu verfolgen. Die USA und die NATO wollen ihre Handlungsfreiheit gegenüber den sie einschränkenden Befreiungsprozessen in der Dritten Welt wiedergewinnen. Aber die Völker der Dritten Welt haben kein Interesse an solchen gegen sie gerichteten Handlungsspielräumen.

Die geplante Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen dient nicht allein dem Ziel hier den Krieg führbar zu machen. Neutronenbomben sind wegen ihrer „Handlichkeit“ und Wirkungsweise, Menschen zu töten und Sachwerte zu erhalten, auch ideale Waffen, um Befreiungsbewegungen zu vernichten und Rohstoffquellen und Investitionen internationaler Konzerne zu schützen.

Pershing II und Cruise Missiles sollen nicht nur in Westeuropa, sondern auch — wie angekündigt — in Südkorea stationiert werden. Die geplante Startbahn West soll nicht nur zu einer Erweiterung der NATO-Kapazität führen. Dort wird auch die „Schnelle Eingreiftruppe“ der USA zwischenlanden, wenn es gilt, die Stabilität und das Erdöl im Nahen und Mittleren Osten gegen den Freiheitskampf der Völker militärisch zu sichern.

Daß direkte Kriege der NATO-Armeen gegen die Dritte Welt keine Greueltaten sind, mit denen man kleine Kinder erschreckt, zeigt nur zu deutlich der Konflikt um die Malwinen. Die argentinische Junta hatte sich mit ihrer Wirtschaftspolitik und der brutalen Verfolgung der Opposition in der US-Regierung ebenso wie in Europa gute Freunde

geschaffen — die dennoch im Malwinenkrieg die Kolonialmacht England unterstützten. Für uns ist ebenso wie für das argentinische Volk unumstritten, daß die Malwinen argentinisch sind. Der massive militärische Einsatz der Regierungschefin Thatcher 30.000 km von Großbritannien entfernt ist ein Rückfall in schlimmste Kolonialpolitik.

Wenn Filialleiter selbständig werden wollen, werden eben die Chefs grob und die Angestellten sind die Dummen.

Es sind die **bundesdeutschen Konzerne**, die durch den Export von atomarer und anderer Großtechnologie und durch Waffenlieferungen zur Aufrüstung von Militärregimes kapitalistische Interessen in der Dritten Welt verfolgen. Mercedes, KWU und Heckler & Koch profitieren von diesen Investitionen. Der Reichtum der Industrieländer ist ganz wesentlich auf die Beziehungen zur Dritten Welt aufgebaut, die Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte liefern.

Das ganze System dieser Beziehungen ist ungerecht: ungerecht in der Ausbeutung der Menschen, ungerecht in der Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt, ungerecht auch in der Verteilung der Beute. Auf der Grundlage eines Systems, das auf dem Profit beruht, gibt es keine Gleichberechtigung für die Dritte Welt.

Dieses System zu schützen ist die vorrangige Aufgabe der NATO und die Bundesregierung ist fester Bestandteil dieser Strategie. Da sind Worte der Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt eben nur Worte. Die tatsächliche Politik spricht eine andere Sprache.

Friede in Europa und Selbstbestimmung in der Dritten Welt bedingen sich gegenseitig. Friedens- und Solidaritätsbewegung haben ein gutes Stück gemeinsamen Weg. Sie fordern gemeinsam:

Keine neuen Mittelstreckenraketen in Europa!

Keine NATO-Intervention in der Dritten Welt!

Schluß mit Abhängigkeit und Ausbeutung in der Dritten Welt!

BRD — raus aus der NATO!

Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt!



Tony Sedat Ein Atomkrieg kann in mehreren Konfliktzonen ausbrechen

Ich vertrete hier in der Bundesrepublik die Befreiungsbewegung des Volkes von Südafrika, den Afrikanischen Nationalkongreß.

Liebe Freunde, wenn ich als Vertreter der Befreiungsbewegung Südafrikas sage: Ich unterstütze Euren Kampf gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen, gegen die Stationierung der Cruise Missiles, gegen die Neutronenbombe, so gebe ich damit zugleich wieder, was wir als Befreiungsbewegung denken und fühlen.

Eure Demonstration ist eine gute Sache, denn Ihr demonstriert für die Sache des Friedens. Zu Recht wehrt Ihr Euch mit aller Kraft dagegen, daß Europa zum Schlachtfeld eines 3. Weltkrieges gemacht wird. Es gibt bereits mehrere Konfliktzonen in der Welt, wo ein Atomkrieg beginnen könnte.

Diese Zonen sind: Mittelamerika, der Nahe Osten und das Südliche Afrika.

Wir als Befreiungsbewegung sind mit Euch der Meinung, daß ein Atomkrieg nicht auf eine bestimmte Region begrenzt werden kann. Das Konzept der „begrenzten Führung eines Krieges mit taktischen Atomwaffen“ oder die „Strategie des Erstschlages“ sind der Anfang vom Ende dieser Welt.

Die Herrschaft der Apartheid in Südafrika ist — nach den Worten der Vereinten Nationen — ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Apartheid heißt: Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Mehrheit durch eine weiße Minderheit. Damit noch nicht genug: Wider alles Recht hält Südafrika Namibia besetzt. Angola, Moçambique und die übrigen Frontstaaten im Südlichen Afrika sind ständig den Überfällen der Rassisten ausgesetzt.

Südafrika verfügt über Atomwaffen, und es hat bereits mit dem Einsatz dieser Waffen gedroht, damit wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der weißen Rassisten bleiben. Südafrika ist damit eine direkte Bedrohung des Weltfriedens.

Südafrikas Nuklearpotential ist ein Kind des Westens. Südafrika ist zwar ein hochentwickelter Industriestaat, aber ohne Hilfe des Westens wäre Südafrika nie in den Besitz von Kernwaffen gelangt. Technologie, Know-how, ja selbst ange-reichertes Uran wurden und werden von NATO-Staaten geliefert. Firmen aus der Bundesrepublik kommt bei der nuklearen Aufrüstung des Apartheidregimes eine Schlüsselstellung zu. Dies sind, um nur einige zu nennen: Siemens, MAN, KWU, Steag, Messerschmidt-Bölkow-Blohm.

Nicht nur der ehemalige Atomminister Franz Josef Strauß, der auch heute noch in Südafrika ein und aus geht, hat sich um die Aufrüstung Südafrikas verdient gemacht. Es ist zu befürchten, daß die Exporte bundesdeutscher Rüstungs-firmen nach Südafrika mit der stillschweigenden Duldung, wenn nicht Billigung der Bundesregierung rechnen können. Die USA haben Südafrika schon immer unterstützt, aber seit der Amtsübernahme von Ronald Reagan forciert seine Regierung diese Unterstützung. Vor einem knappen Monat wurde bekannt, daß die USA Schritte unternommen haben, um die Restriktionen gegen den Verkauf von Material für die Atomindustrie Südafrikas zu lockern. (...)

Seit mehr als 70 Jahren ist das Volk von Südafrika mit friedlichen Mitteln für seine Rechte eingetreten – ohne Erfolg. Im Gegenteil: Die Ausbeutung und Unterdrückung unseres Volkes wurden immer weiter verschärft. Die Rassisten haben uns keine andere Wahl gelassen: Nur noch be-waffnet können wir uns verteidigen, bewaffnet müssen wir unser Volk von Rassismus und Tyrannei befreien.

Der Beitrag des südafrikanischen Volkes zum Frieden, der Beitrag des ANC, ist die Beseitigung des Apartheidregimes! Nieder mit Apartheid heißt Menschenrechte und Demokra-tie für unser Volk, heißt Beseitigung einer sehr ernstesten Ge-fahr für den Weltfrieden. Der Kampf für die Befreiung und der Kampf für den Frieden sind zwei Aspekte ein und der-selben Sache. Es ist daher Euer Recht, daß nicht nur Afrika, sondern die gesamte Dritte Welt Euren Kampf um Frieden in Europa unterstützt.

Wir fordern Eure Unterstützung für unseren Kampf:

- Stoppt die atomare Zusammenarbeit mit Südafrika!
- Keine Waffen aus den NATO-Ländern für Südafrika, für die Diktaturen Lateinamerikas und für die Unterdrücker der Dritten Welt!
- Verschafft dem Aufruf der Vereinten Nationen zu Sank-tionen gegen Südafrika Geltung!
- Vorwärts zu einem unabhängigen, demokratischen Nami-bia unter Führung der SWAPO!
- Hände weg von Angola!



Vorsitzende der
Menschenrechtskommission
Guatemalas

Julia Ecquivel Ein rundes Nein zu Reagans Weltherrschaftsstreben

Compañeras, Compañeros,
wir sind hier versammelt im Namen aller friedliebenden Christen und Nichtchristen der Völker der Dritten Welt, die durch Waffengewalt beherrscht und verelendet werden.

Wir, die Unterdrückten der überausgebeuteten Länder, fühlen uns zutiefst solidarisch mit Euch, den Mitgliedern der Friedensbewegung in Europa. Wir wissen, daß wir mit Euch in den Motiven für die Solidarität übereinstimmen, und daß wir gemeinsame Ziele haben, um gemeinsam die Aufrüstung der Regierung der Vereinigten Staaten zurückzuweisen, die damit ihre Machtprobleme lösen und ihren Durst nach Herrschaft stillen wollen, und denen das Leben der Menschen in der Dritten Welt und in Europa nichts wert ist. Für die Regierung von Reagan und Haig zählen wir nur als Quelle zur Bereicherung und als billige Arbeitskraft, damit sie Kapital anhäufen kann. (...)

Wir sind Brüder und Schwestern von allen, die von einem Land in ein anderes auswandern, weil sie durch die Armut gezwungen werden. Diese ist von den Multinationals verursacht, die von Herrn Reagan mit Cruise Missiles in Europa, mit Militärberatern in El Salvador, mit Bomben und Napalm, eingesetzt gegen die Indios in Guatemala und im Valle de Cauca in Kolumbien, verteidigt werden. (...)

Wir Lateinamerikaner kennen sehr gut die „Friedens“politik, die der ideologischen Rechtfertigung für die Unterstützung der Militärdiktaturen dient, wie der von Duvalier in Haiti, von Stroessner in Paraguay, von Pinochet in Chile, der Militärjunta in El Salvador und der von Efraim Rios Montt, der in den vergangenen 6 Wochen in Guatemala 20 Massaker zugelassen hat. (...)

Die Lehre von Vietnam, daß ein „demokratisches“ und „christliches“ und „entwickeltes“ Land ein zum Kampf um die Freiheit entschlossenes Volk unterdrücken, kontrollieren! und beherrschen wollte, wurde nicht gelernt, nicht angenommen und von den Regierungen der USA nicht verstanden. Im Gegenteil, es besteht sogar die Absicht, das Verlorene mit Hilfe der Verbündeten wieder zu erobern. Die jetzige Regierung der USA hält sich für den Besitzer und Herrn nicht nur der Dritten Welt, sondern mit dem Besuch hier zeigt sie, daß sie auch Herr der europäischen Länder werden will. (...)

Ihr wart solidarisch mit dem heldenhaften Volk von Vietnam. Ihr seid solidarisch mit den Schwarzen in Südafrika. Ihr seid solidarisch mit den Verfolgten aus Haiti, die vor dem Tod in die USA fliehen, an deren Stränden sie sterben oder eingesperrt werden, denen das Asylrecht und das Recht auf Überleben verweigert wird. Viele von Euch sind solidarisch mit dem Volk von El Salvador, das darum kämpft, in Freiheit zu überleben und das versucht, die Militärberater zu vertreiben, die kommen, um zu zerstören, zu töten und mit Gewalt einen falschen Frieden aufzudrängen. Ihr seid solidarisch mit den Indianern in den USA, denen Schritt für Schritt ihr Land weggenommen wurde, die ihrer Kultur beraubt wurden und die jetzt in den Schwarzen Bergen von Oklahoma ihr Leben verlieren und zwar mit denselben Waffen, mit denen Araber und Israelis im Nahen Osten töten. Nehmen wir uns an der Hand, wir aus der Dritten Welt und Ihr, wie wir alle für den gleichen Frieden kämpfen; darum, eine gleiche Familie zu sein und ein rundes NEIN denen zuzurufen, die uns zu Bestien machen wollen. (...)



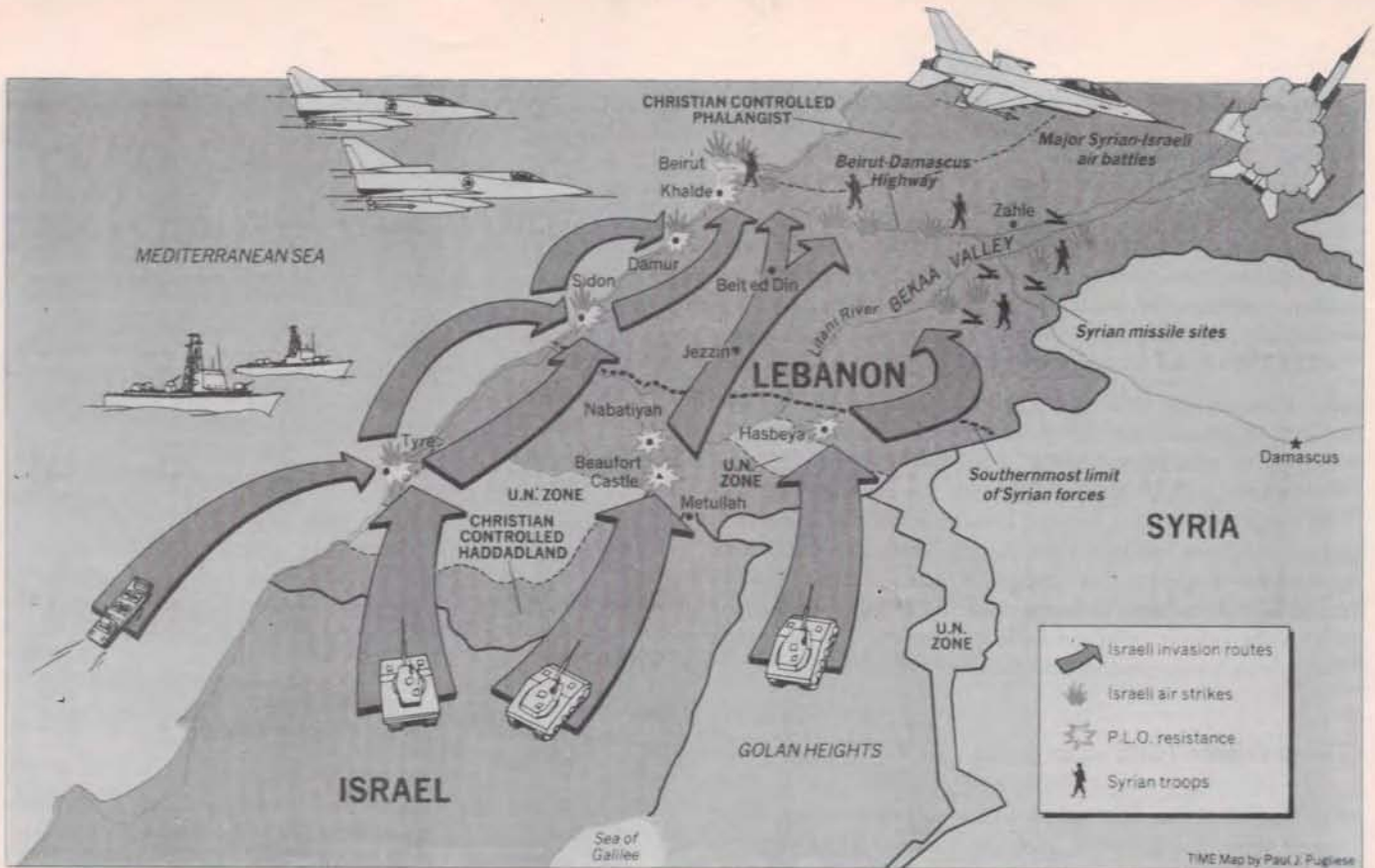
Die PLO am Ende?

Mit dem am 6. Juni 1982 eröffneten Kriegszug gegen den Libanon hat das israelische Begin-Regime eine „Neuordnung“ des Nachbarlandes ins Visier genommen. Es geht im Kern um die Eliminierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die seit 1970 auf libanesischem Boden das Gros ihrer bewaffneten Kräfte unterhält und 400.000-500.000 palästinensischen Flüchtlingen Schutz bietet. Diesen Schutz haben sie bitter nötig, seitdem rechtslibanesische Milizen (geführt von Pierre Gemayels Falange) im Libanonkrieg 1975/76 das Palästinenserlager Tel al Zataar in ein Trümmerfeld verwandelten und rund 3.000 Palästinenser abschlachteten. Sie brauchen ihn, seitdem Israel im März 1978 mit einem Feldzug die südlibanesische Grenzregion unter Kontrolle brachte. Damals übergab die abziehende israelische Armee das grenznahe Territorium dem rechtslibanesischen Separatistenmajor Haddad. Und heute geht sie daran, mit ihrem Durchmarsch weit über den Fluß Litani hinaus bis nach Beirut sich den gesamten Libanon zu unterwerfen – im Zusammenwirken mit Falangistenführer Bechir Gemayel, dessen volle Machtübernahme jetzt vorbereitet wird. Seine Truppen kontrollieren ohnehin Ostbeirut, die nördlich angrenzende Region um Jounieh, und die Kollaboration Israel – Falangisten wurde mit der Libanonkrise vom April bis Juli 1981 ausgebaut (siehe ausführlich AIB 7–8/1981, S. 4ff.). Ihr gemeinsames, erklärtes Ziel lautet heute, da der Belagerungsring um Westbeirut immer enger gezogen wird, auf Austreibung der syrischen Truppen und völliges Ausradieren der PLO-Präsenz im Libanon. Das offenbarte am 20.6.1982 Israels Verteidigungsminister Ariel Sharon. Und Premierminister Menachim Begin setzte unumwunden hinzu, „Israel könne fünf Jahre im Libanon bleiben“. Oder mehr?

Nun, da die israelische Invasionsarmee von inzwischen 120.000 Mann den Sturm auf Beirut vorbereitet, werden die Opfer unter Palästinensern und Libanesen auf rund 10.000 Tote und 20.000 Verwundete beziffert, zuzüglich über 600.000 Vertriebenen. Der Selbstverteidigungswille insbesondere der PLO-Verbände scheint dennoch zur Stunde nicht gebrochen. Der UN-Sicherheitsrat bekräftigte am 20.6.1982 seine Forderung nach vollständigem Abzug der israelischen Streitkräfte und Respektierung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit des Libanon. Aber die Regierung Begin kann sich de facto auf die Rückendeckung durch Washington stützen, das Israel gerade eben für das Fiskaljahr 1983 (ab Oktober 1982) die größte US-Militärhilfe mit 2,485 Mrd Dollar (1982 waren es 2,2 Mrd Dollar) bewilligte. Am 8. Juni d.J. legte die Reagan-Administration sodann ihr Veto gegen eine Verurteilung Israels im Weltsicherheitsrat ein. Und schließlich agierte sie maßgeblich dafür, daß der traditionell stärkste Frontstaat Ägypten und die anderen konservativen arabischen Regimes (Jordanien, Saudi Arabien usw.) der PLO und Syrien jede effektive militärisch-politische Hilfeleistung versagen.

Darüber hinaus griff die 6. US-Flotte bei den israelisch-syrischen Luftkämpfen im Libanon zugunsten Israels ein, indem sie das Radarsystem der syrischen Luftwaffe störte. Beim Washington-Treff M. Begins mit Ronald Reagan war man sich einig, daß die Truppenverbände Syriens und der PLO sämtlich aus dem Libanon vertrieben werden müßten sowie eine internationale Streitmacht unter Beteiligung der USA (wie seit April d.J. auf dem Sinai) zu stationieren sei.

Doch die von Begin/Sharon erstrebte „Endlösung“ der Palästinafrage ist keine abgemachte Sache, selbst wenn der PLO mit dem Fall Beiruts und ihrer noch stärkeren Dezimierung im Libanon ein Schlag versetzt werden sollte. Ihr Kampf um einen Palästinenserstaat wird auch in diesem Fall inner- und außerhalb der okkupierten Gebiete weitergehen, mit der Unterstützung der antiimperialistischen Kräfte der Region und des sozialistischen Lagers. Und kann sich die Kräftekonstellation innerhalb des arabischen Lagers in absehbarer Zeit nicht durchaus auch in positiver Hinsicht verändern? Seit Mitte Juni d.J. eilten Tausende von iranischen und arabischen Freiwilligen den Verteidigern Beiruts zu Hilfe. Und der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat bekräftigte deren Entschlossenheit, den Aggressionstruppen weiter energischen Widerstand zu leisten.



Israelische Truppen vor Sidon (l.); Angriffsrichtungen der israelischen Invasoren (r.)

Lothar A. Heinrich Begins „Neuordnung“ des Libanon

Mitte Juni d.J. ist Israels Ministerpräsident Menachim Begin in die USA gereist, um dort die weiteren Schritte der Aggression gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und der arabischen Befreiungsbewegung insgesamt abzusprechen.

Unmittelbar vor der Reise M. Begins hat der staatliche israelische Rundfunk sechs Forderungen für den Rückzug der Truppen Israels aus dem Libanon erhoben:

1. die Bildung einer internationalen Streitmacht für das neu besetzte Gebiet im Südlibanon;
 2. keine Truppen der UNO;
 3. keine Erneuerung von Stützpunkten der PLO und der ihr angegliederten Verbände im Libanon;
 4. die Garantie, daß Israels Grenzgebiete nicht wieder bedroht werden;
 5. den Abzug aller fremden Truppen (Syrer, Palästinenser, Israelis);
 6. die Errichtung einer souveränen libanesischen Regierung.
- Diese Forderungen entsprechen in ihrer Zielrichtung im wesentlichen den seit langem bekannten Vorstellungen der USA und ihrer Verbündeten innerhalb und außerhalb der Region. Wenn sich die Verbände der PLO und ihrer libanesischen Verbündeten (der Libanesischen Nationalbewegung; d. Red.) auch offensichtlich tapfer geschlagen haben, hat Israel doch schon vor der Reise Menachim Begins militärisch die für die Durchführung einer solchen politischen Lösung notwendigen Fakten geschaffen.

Die erste Voraussetzung für diese israelisch-amerikanische Lösung war zweifellos das Camp-David-Abkommen (vom September 1978 mit Ägypten und den USA; d. Red.), das

Israel freie Hand für Aggressionen an allen anderen Fronten gab. Die Ziele des israelischen Überfalls auf den Libanon liegen auf der Hand. In erster Linie soll durch die Liquidierung der PLO, die von den Zionisten als „Drahtzieher“ des bisher ungebrochenen, ja zunehmenden Widerstandes der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten und darüber hinaus in wachsendem Maße sogar derer in den 1948 besetzten Gebieten betrachtet wird, die Grundlage für die faktische Annexion der Westbank und des Gazastreifens geschaffen werden. Dies nachdem sich herausgestellt hat, daß die israelischen Bemühungen, dieses Ziel im Rahmen einer Pseudoautonomie mit Hilfe palästinensischer Kollaborateure indirekt zu erreichen, fruchtlos waren.

Im gleichen Sinn soll die faktische Zerschlagung der PLO zweifellos auch den innenpolitischen Druck von den arabischen Verbündeten der USA nehmen. Gerade die durch M. Beginn repräsentierten extremistischen Zionisten befürchten seit geraumer Zeit, daß diese Staaten – speziell Saudi Arabien – aus innenpolitischen Gründen genötigt sein könnten, Druck auf die US-Regierung auszuüben, damit diese Israel zu politischen Zugeständnissen zwingt.

Die Regierung Begin hat in der Vergangenheit mehrfach unter Beweis gestellt, daß sie die geringsten Zugeständnisse fürchtet wie der Teufel das Weihwasser und hat in diesem Sinn u.a. verschiedentlich versucht, die abermalige Verbrüderung Ägyptens mit den konservativen arabischen Staaten durch Provokationen wie die Golan-Annexion (siehe AIB 2/1982, S. 4ff.) zu hintertreiben.

Ein weiteres Motiv für den israelischen Überfall auf den Libanon zu diesem Zeitpunkt ist die militärische und politi-

sche Schwächung Syriens, dessen regionale Rolle durch den Sieg des Iran über den seit den 60er Jahren verfeindeten Irak stärker zu werden versprach. Es deutet bisher alles darauf hin, daß diese strategischen Ziele Israels kurzfristig realisiert werden können.

In der Tat hat der jüngste israelische Aggressionskrieg mehr denn je bewiesen, daß die arabischen Regimes entweder unwillig, unfähig oder beides sind, den zionistischen und US-amerikanischen Hegemoniebestrebungen in der Region konkreten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Kämpfe der syrischen Truppen im Libanon (nahezu 30.000 Soldaten der 1976 installierten Arabischen Abschreckungsstreitmacht, siehe AIB 7-8/1981, S. 4ff.; d. Red.) waren offensichtlich nicht der Verteidigung der PLO und ihrer Verbündeten von der Libanesischen Nationalbewegung gewidmet, sondern Verteidigungskämpfe gegen direkte israelische Angriffe. Die übrigen Staaten der Arabischen Standhaftigkeitsfront (Libyen, Algerien und der Südwesten) sind nicht zuletzt aufgrund ihrer Entfernung von der Front ohnehin zu konkreten Maßnahmen kaum in der Lage.

Die arabische Hilfe – zu gering

Der Irak und der Iran haben beide versucht, eigene Ziele unter dem Deckmantel antizionistischer Solidarität zu fördern. Der Irak hat dem Iran in diesem Sinn einen endgültigen Waffenstillstand vorgeschlagen, während der Iran, der das ablehnte, verlangte, seine Truppen durch irakisches Territorium den Syrern zu Hilfe schicken zu können. Der Irak hat dieses Ansinnen schließlich unter der Voraussetzung eines Waffenstillstandes auch akzeptiert. Inzwischen war jedoch der israelische Eroberungsfeldzug im wesentlichen erfolgreich abgeschlossen.

Staaten wie Saudi Arabien und Ägypten bedrängten mit der für Klienten gebotenen Zurückhaltung die USA, Israel zu einem Waffenstillstand zu ermuntern, den Israel denn auch ausrief, nachdem es seine militärischen Ziele im wesentlichen erreicht hatte. Ist also die PLO zerschlagen und Israel auf der ganzen Linie siegreich?

Die Beantwortung dieser Frage hängt unmittelbar mit der Beantwortung der Frage nach den Lehren zusammen, die die palästinensische Befreiungsbewegung und die Völker der Region aus den Ereignissen ziehen. Der israelische Überfall vom Juni 1982 hat unzweifelhaft deutlich gemacht, daß das palästinensische Volk im Hinblick auf sein Ziel der Bildung eines demokratischen Staates und der Rückkehr aus dem Exil nicht auf die umliegenden arabischen Regimes setzen kann.

Der Krieg von 1967 hat zwar insgesamt primär die Position der konservativen Ölstaaten gestärkt. Gleichzeitig hat er jedoch innerhalb der Volkskräfte die Illusion über die kleinbürgerlichen „antiimperialistischen“ Regimes wie das Gamal Abdel Nassers (in Ägypten 1953-70; d. Red.) abgebaut und zur Bildung radikalerer, teilweise offen marxistischer Organisationen beigetragen. Sowohl das Massaker in Jordanien im September 1970 (durch das Hussein-Regime gegen die PLO; d. Red.) als auch der syrische Einmarsch im Libanon (im Jahr 1976; d. Red.) richtete sich gegen die stärker werdenden sozialrevolutionären Tendenzen innerhalb und außerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung.

Die jüngste Aggression richtete sich erstmalig nicht unmittelbar gegen irgendein arabisches Land, sondern nur gegen die PLO und ihre linken und nationalistischen libanesischen Verbündeten. Diese Aggression wurde von Israel mit – wie sogar die halbamtliche ägyptische Zeitung Al-Ahram am 11.6.1982 schrieb – US-amerikanischer Rückendeckung ausgeführt.



1.2.3. Welt

DM 5,- Gemeinsame Zeitung der 3. Welt-Zeitschriften zur Bonner Friedensdemonstration am 10. 6. 82













Inhalt u. a.:
 Menschenrechte und Widerstand ·
 Rüstungsexport und die Militarisierung der 3. Welt ·









Anläßlich des Reagan-Besuchs und der Bonner Großdemonstration „Aufstehen für den Frieden – Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa!“ am 10.6.1982 haben die Dritte-Welt-Zeitschriften in der Bundesrepublik, darunter das AIB, die blätter des iz3w, das ila-info, die Lateinamerika-Nachrichten, der Informationsdienst Südliches Afrika, die IKA-Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch, Cuba Libre u.a., eine Sonderbroschüre herausgebracht.

Das gemeinsame Sonderheft enthält Beiträge zu folgenden Themenbereichen:

- Verhältnis von Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung
- Beginnt der Dritte Weltkrieg in der Dritten Welt?
- Die Strategie des US-Imperialismus gegenüber der Dritten Welt
- Militarisierung der Dritten Welt, Rüstungsexportpolitik und atomare Zusammenarbeit
- Blockfreiheit – Ausweg oder Illusion?
- Die Befreiungsbewegungen in der Weltpolitik

Umfang: ca. 80 Seiten, Preis 5,- DM
Das Sonderheft kann ab sofort beim AIB (Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/ 24672) bestellt werden.
Bitte Bestellkarte in der Mitte des vorliegenden Heftes benutzen!

ARBEITSMATERIALIEN ZUR BUKO PHARMA-KAMPAGNE

Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt

Diese Broschüre liefert Hintergrundinformationen zu wichtigen Bereichen des Problems Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt. Beiträge unter anderem:

- Krankheit und Unterentwicklung, Ursachen, Bedingungen und Ausmaß von Krankheiten in der Dritten Welt
- Arzneimittelunsicherheit in der Dritten Welt, Risiken und Gefahren durch das skrupellose Vorgehen von Pharmafirmen
- Abhängigkeit der Dritten Welt von Pharmamultis
- Welchen Nutzen haben Medikamente überhaupt in der Dritten Welt
- Bessere, wirksame und sichere Medikamente, das Programm der WHO für unentbehrliche Arzneimittel
- Menschliches Blut als Ware auf dem Pharmamarkt, das Geschäft mit dem Blut der Armen

48 Seiten, 4,- DM

Bezug:
 BUKO Pharma-Kampagne
 Dritte Welt-Haus
 August-Bebel-Str. 62
 D-4800 Bielefeld 1



Preise zuzüglich 2,50 DM Versandkosten, bei Vorauszahlung durch Scheck oder Briefmarken 1,- DM

Palästinas Kinder brauchen Hilfe



Auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung beschloß das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) ein Projekt der materiellen Solidarität mit dem palästinensischen Volk, für das mit dem hier abgebildeten Plakat geworben wird.

Unterdrückt und rechtlos in seiner Heimat, vertrieben und verfolgt, immer wieder – vor allem in den libanesischen Zufluchtsorten – israelischen Luftangriffen auf seine Zivilbevölkerung ausgesetzt, kämpft das palästinensische Volk ums pure Überleben.

Trotz entsprechender UNO-Beschlüsse, trotz der Anerkennung der PLO durch die UNO und die meisten Staaten der Erde (die Bundesrepublik befindet sich nicht darunter) verhindert die „strategische Allianz“ Israel-USA – assistiert u.a. auch von allen bisherigen Bundesregierungen – jeden Schritt zu Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Mehr noch: seit Mitte des vergangenen Jahres ist die Welt Zeuge einer weiteren Welle israelischer Repression und Aggression. Einer nahöstlichen „Pax Americana“ ist das Palästina-Problem im Wege. Die Achse Tel Aviv-Washington versucht es auf ihre Weise zu „lösen“:

Am 17. Juli 1981 bombardierte Israels Luftwaffe mit US-amerikanischen Kampfflugzeugen den Beirut Stadtteil Fakhani. 300 Menschen wurden getötet, 800 verletzt, die meisten von ihnen palästinensische Frauen und Kinder. Zerstört wurden u.a. palästinensische Krankenhäuser. In den folgenden Tagen folgten Bombardements u.a. auf die Flüchtlingslager Nabatiyeh und Rashidiyeh.

Danach erklärte eine schwedische Ärztin in Rashidiyeh:

„Infektionen treten häufiger auf und sind ernster, weil die Menschen gezwungen waren, wochenlang auf engem Raum in ihrem Luftschutz zu bleiben. Sie haben wenig Gelegenheit herauszukommen und frische Luft und Nahrung aufzunehmen. Die Elektrizität ist auch abgeschaltet worden, und daher müssen wir mit vielen Infektionen fertigwerden. Es gibt auch viele Hautinfektionen.“

Während der Beschießung hatten wir auch Fälle von Schock bei Menschen, die sich in unmittelbarer Nähe einer Explosion befanden. Sogar wenn sie nicht verwundet waren, litten sie unter Schock, d.h. folgende Symptome traten auf: verlängigte Reaktionen, Schwierigkeiten beim Atmen, starker Schwindel und Bauchschmerzen. Bezüglich der Verwundeten muß man sagen, daß wir die schwersten Fälle gar nicht hier haben, weil sie ins nächste Krankenhaus des Palästinensischen Roten Halbmonds, drei Kilometer von hier ins Flüchtlingslager al-Bas gebracht werden. Wir behandeln die kleinen Verletzungen und kümmern uns um Leute, die aus dem Krankenhaus entlassen worden sind.

Das Hauptproblem sind Infektionen verschiedener Art; auch Erkältungen, die durch schwere Lungenentzündungen kompliziert werden; auch Hautinfektionen und Magenprobleme; Magen- und Darmkatarrh. Weiterhin zeigen viele Menschen Anzeichen von chronischem psychologischem Stress, der eng mit den Lebensbedingungen zusammenhängt und sich in Schmerzen in vielen Teilen des Körpers, des Rückens, in den Beinen etc. ausdrückt. (...)

Ein weiteres Problem in der Gesundheitsfürsorge ist der Abfall auf den Straßen. Wenn es die Sicherheitslage nicht zuläßt, daß der Abfall geräumt wird, besonders im Sommer, zieht er Fliegen an, die Krankheiten verbreiten. Wir haben auch Probleme mit manchen Babies, die nicht gestillt werden können und stattdessen mit der Flasche gefüttert werden. Sie bekommen leicht Infektionen, einerseits weil die Nahrung nicht die beste ist, andererseits, weil während dieser Jahreszeit die Kindermahrung sowieso schlecht wird. In Bezug auf diese Frage arbeiten wir mit der Mutter-und-Kind-Klinik zusammen.“

Der in dieser Aussage erwähnte „Palästinensische Rote Halbmond“ (PRH) wurde im Januar 1969 durch Beschluß des Palästinensischen Nationalrats geschaffen. Diese „Rot-Kreuz“-Gesellschaft des palästinensischen Volkes unterhält mittlerweile 30 Krankenhäuser und etwa 100 weitere medizinische Einrichtungen, vor allem im Libanon und in einigen anderen arabischen Staaten.

Auf eine entsprechende Interview-Frage antwortete kürzlich der Vizepräsident und Direktor der medizinischen Dienste des PRH, Dr. Abdullah Abu Hassan: „Wir haben keinen Personalmangel. Was uns fehlt, sind Mittel zur medizinischen Versorgung und medizinische Ausrüstung.“

Als Beitrag zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk führt das ASK deshalb in Absprache mit der Bonner PLO-Vertretung eine Spendensammlung durch, von deren Erlös mobile Kinder-Ambulanzen des Palästinensischen Roten Halbmonds ausgerüstet werden sollen. Solidaritätsinitiativen, andere demokratische Organisationen und Einzelspender können auf Wunsch eine Aufstellung der benötigten Gegenstände mit Preisangaben erhalten. Auch das abgebildete Plakat, ein vierseitiges DIN-A-4-Faltblatt und weitere Materialien sind erhältlich bei:

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 0611/ 236375

Spenden werden unter dem Kennwort „Palästina“ erbeten auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff; PschA Frankfurt/M., Konto-Nr. 5270 55-602

Dieter Boris

Aspekte der inneren Entwicklung Nikaraguas

Nach dem „Jahr der Befreiung“ (1979) kam 1980 das „Jahr der Alphabetisierung“; ihm folgte bereits das „Jahr der Verteidigung und der Produktion“, 1982 schließlich wurde zum „Jahr der Einheit gegen die Aggression“ erklärt. Schon diese Akzentverschiebung in den Hauptereignissen und -problemen Nikaraguas im Laufe der letzten vier Jahre macht deutlich, daß die Revolution in den letzten beiden Jahren immer stärker unter äußeren Druck geraten ist.

Insbesondere seit Antritt der Reagan-Regierung kam es zu Streichungen der US-Kredite, zur Publikation des El-Salvador-Weißbuchs, das die kriegerische Beteiligung Nikaraguas an den Kämpfen in El Salvador dartun und damit westeuropäische Verbündete der nikaraguanischen Revolution zur Trennung von den Sandinisten veranlassen sollte. Seit Herbst 1981 häuften sich die offenen Interventionsdrohungen der USA gegenüber Nikaragua, und im März 1982 wurde sogar ein Destabilisierungsplan der CIA bekannt, demzufolge 19 Mio Dollar vorgesehen sind, um das nikaraguanische Revolutionsregime zu stürzen.¹

Erfolge des ökonomischen Wiederaufbaus

Vergegenwärtigt man sich diese massiven militärischen Bedrohungen und die Notwendigkeit, Ressourcen für die Gegenwehr (reguläre Armee und Miliztruppen, Waffen, Ausrüstungen usw.) bereitzustellen, so wird man bereits Probleme beim ökonomischen Wiederaufbauprozess vermuten dürfen. Erschwerend treten weiter die nach wie vor für Nikaragua ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen sowie die Fortdauer des Investitionsboykotts der nikaraguanischen Bourgeoisie hinzu.

Die erste Phase des ökonomischen Wiederaufbaus und der Politik der „Nationalen Einheit“ war bis Ende 1980 relativ erfolgreich verlaufen. Neben dem Beginn struktureller Veränderungen (Schaffung eines vergesellschafteten Produktionsbereiches, Ansätze zu einer Agrarreform, Verstaatlichung des Außenhandels, der Banken, der Minen und aller Naturressourcen usw.) konnte sich das auf ökonomischem und sozialem Gebiet Erreichte durchaus sehen lassen. Die landwirtschaftlichen Produktionsziele von 1980 wurden fast vollständig erreicht. Im Bereich der Grundnahrungsmittel lagen die Produktionsergebnisse sogar über dem Erwarteten. Auch der Export konnte wieder angekurbelt werden, wenn auch aufgrund des großen Nachfrageüberhangs am Ende des Jahres 1980 wieder ein Handelsbilanzdefizit von über 400 Mio Dollar klaffte. Der industrielle Sektor konnte die Produktionsziele nur zu 90% erreichen; die Inflationsrate blieb mit 25% noch relativ niedrig.

Eine gewisse Anhebung der Realeinkommen der gesamten Bevölkerung war eine Begleiterscheinung des Wiederaufbauprozesses; vor allem über die Verbesserung der staatlich aufgeführten Infrastruktur und Leistungen vollzog sich diese effektive Verbesserung des Lebensniveaus; hierbei ist vor al-

lem zu denken an die Einführung eines einheitlichen staatlichen Gesundheitsversorgungssystems, die gewaltigen Anstrengungen bei der Alphabetisierung und allgemein im Erziehungsbereich, an die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und die Einführung von Volksläden.

Gleichwohl wurde im Plan 1981 auf Defizite in der bisherigen Entwicklung und auf notwendige Umorientierungen hingewiesen: Die Dienstleistungen waren weit schneller gewachsen als der materiell-produktive Sektor, die Investitionen waren niedrig geblieben, der Luxuskonsum der Mittel- und Oberklasse war nur ungenügend gebremst worden, die Produktivität im vergesellschafteten Bereich ließ noch zu wünschen übrig.²

Obwohl für 1981 und 1982 keine einigermaßen vollständigen und sicheren gesamtwirtschaftlichen Daten vorliegen, läßt sich aus den vereinzelt veröffentlichten Zahlenangaben entnehmen, daß die Ziele für 1981 bei weitem nicht erreicht werden konnten. Statt der geplanten 18,5% ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) schätzungsweise nur um real 6% gewachsen; aufgrund des zu geringen Warenangebots (im Vergleich zur vorhandenen Nachfrage) und der starken Preissteigerungen für einige importierte Waren (vor allem Erdöl und einige Industrieerzeugnisse) ist die Inflation wieder in eine schnellere Gangart gekommen und lag für 1981 bei etwas über 30%. Das Arbeitsplatzangebot hat sich in diesem Jahr kaum erhöht, was vor allem auf das bei weitem nicht erreichte Investitionsziel (488 Mio Dollar = 20% des BIP) zurückzuführen ist.

Infolge stark verschlechterter *terms of trade* für Nikaragua fiel das Handelsbilanzdefizit – entgegen den Planvorgaben – mit ca. 380 Mio Dollar ähnlich hoch wie im Vorjahr aus. Mit einer Neuverschuldung von ca. 600 Mio Dollar stieg die Auslandsschuld auf ca. 2,5 Mrd Dollar. Die Ende 1980 abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen brachten noch ein relativ günstiges Ergebnis, da die eigentliche Tilgungsphase (vorläufig sind überwiegend nur Zinsen zu zahlen) erst ab 1985/86 beginnt.³

Notstandsprogramm gegen Destabilisierung

Die Gründe für diese enttäuschende Wirtschaftsentwicklung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Neben der schon erwähnten verstärkten militärischen Bedrohung und Destabilisierung von außen, dem Kreditboykott, der teilweisen Wirtschaftsblockade der USA und dem Devisenmangel infolge der ungünstigen Außenwirtschaftsbedingungen sind vor allem die Entkapitalisierungsstrategie und der Investitionsboykott der Privatunternehmer zu nennen. Man schätzt, daß durch verschiedene Techniken des Abzugs von Produktivkapital aus Betrieben und den Transfer von Dollars auf ausländische Konten ca. 120 bis 140 Mio Dollar verloren gegangen sind.⁴ Daneben sind Produktivitätsprobleme durch Streiks und mangelnde Arbeitsdisziplin ebenso wichtige Er-

klärungsfaktoren wie eine teilweise Bürokratisierung und Ineffizienz im öffentlichen Sektor sowie schließlich auch die durch das Haushaltsdefizit verringerte Investitionskapazität des Staates.⁵

In Reaktion auf diese Entwicklung verkündete die Regierung am 9. September 1981 ein **wirtschaftliches und soziales Notstandsprogramm**, das im wesentlichen aus drei Maßnahmebündeln besteht:

1. Sparmaßnahmen des öffentlichen Haushalts (Subventionskürzungen, Stellenstopp usw.);
2. bessere Kontrolle des Außenwirtschafts- und Devisenverkehrs (Auflagen bei Kredit- und Devisenzuteilungen, gestaffelte Erhöhung der Einfuhrzölle, Kontrolle des parallelen Devisenmarktes zur Verhinderung von Kapitalflucht und Devisenmißbrauch);
3. Verbote der Störung der Produktion und Verteilung (Verbot von Streiks sowie Land- und Betriebsbesetzungen, gerichtliche Verfolgung von Störungen des öffentlichen und privaten Transports, von Zerstörung der Produktionsmittel und von Ausbreitung falscher Nachrichten, die die Kreditwürdigkeit Nikaraguas im Ausland gefährden könnten).⁶

In Konsequenz dieser neuen Notstandsbestimmungen kam es Ende Oktober zur Verhaftung von einigen Vertretern des Unternehmerverbandes COSEP und von Führern der CAUS-Gewerkschaft, die eine prinzipielle Opposition gegen die Linie der FSLN propagiert.⁷

Schon vorher, anlässlich des zweiten Jahrestags der Revolution am 19. Juli 1981 waren zwei wichtige, die ökonomi-

sche Weiterentwicklung bestimmende Gesetze verkündet worden: a) das Agrarreformgesetz und b) das Gesetz gegen die Entkapitalisierung von Betrieben. Das **Agrarreformgesetz** geht über die bisherigen Verstaatlichungs- und Enteignungsmöglichkeiten weit hinaus. Es sieht Enteignungsmöglichkeiten für gewisse Größenordnungen verpachteten und/oder ungenutzten Landes (ca. 380 bzw. 760 ha, je nach Zone) sowie die Abschaffung traditioneller Pachtverhältnisse (Naturalien- und Arbeitstribute) vor. Man schätzt, daß ca. 1,5 Mio ha nach diesem Gesetz enteignet werden können, was für 60.000 Familien (200.000 Personen) ausreichen würde.⁸ Da die Agrarreform auf jeden Fall sogleich eine effiziente Neuorganisation in Kooperativen einschließen und die Produktion nicht negativ beeinflusst werden soll, ging sie bislang relativ langsam voran: Nach knapp einem Jahr waren erst 117.000 ha enteignet und den Bauern übergeben worden.⁹

Wohin treibt die Bourgeoisie?

Ebenso wie das Agrarreformgesetz wurde auch das Dekret gegen die Entkapitalisierung von Betrieben auf Druck von unten hin bzw. nach Betriebsbesetzungen durch die Werktätigen verabschiedet. Obwohl nach drei Monaten bereits 16 Unternehmen gemäß diesem Gesetz verstaatlicht worden waren, kann man kaum von einer rigorosen Anwendung der durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten sprechen.

Inwieweit diese Maßnahmen aus der ökonomischen Krise herausführen können, bleibt ungewiß. Entscheidend ist die weitere politische Entwicklung, d.h. genauer: der Fortgang der Politik der „Nationalen Einheit“, die zu einem erheblichen Teil bereits als beendet betrachtet werden muß. Ob allerdings die nikaraguanische Bourgeoisie geschlossen in die Opposition und sogar zu aktiven Boykottmaßnahmen übergeht, hängt einmal von der Entwicklung der äußeren Front (verstärkter oder abgeschwächter Druck von außen bzw. den USA) und auch von der Vermittlung der Politik der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) im Inneren ab.

Immer noch unterscheidet die FSLN bzw. die Regierungsjunta zwischen „patriotischen“ und konterrevolutionären Bourgeoisiefractionen. Deutlich ist, daß sich seit etwa November 1980 (es ist wohl kein Zufall, daß sich diese parallel zur US-Wahlentscheidung vollzog!) eine spürbare Verschlechterung des Allianzklimas zwischen FSLN und Privatwirtschaft abzeichnete. Nachdem der Vizepräsident des Unternehmerverbandes COSEP bei einer Schießerei mit der Polizei umgekommen war, zog sich der COSEP – ebenso wie die Oppositionspartei Demokratische Nationale Bewegung (MDN) Alfonso Robelos und die Konservative Partei – definitiv aus dem Staatsrat zurück.

Außer den bereits erwähnten ökonomischen Problemen und Streitpunkten war das innenpolitische Klima vor allem von der **Menschenrechtskampagne** gewisser Kreise der Bourgeoisie, dem Hochspielen des Miskito-Problems, den Auseinandersetzungen mit der Kirche sowie schließlich Verschwörungsfällen und -tendenzen innerhalb der FSLN ausgefüllt. In bezug auf den Komplex Menschenrechte, Pluralismus, Pressefreiheit, Wahlen usw. ist vor allem seit jener Periode eine ständig an Schärfe gewinnende Auseinandersetzung zu konstatieren, die jedoch auch jetzt noch nicht zu einem endgültigen und offenen Bruch jeglichen Dialogs geführt hat. Bisher ist es der FSLN immer wieder gelungen, neue Formen des Gesprächs und des Kompromisses zu finden. Obwohl sie aus innen- wie außenpolitischen Bündnisrücksichten und ökonomischen Notwendigkeiten zu Konzessionen gezwungen ist, hat sie dabei die Grundprinzipien der Sandini-



Sandinistische Milizionärinnen

stischen Revolution keineswegs aufgegeben, vielmehr in einigen Fragen – wie die oben erwähnten Gesetze zeigen – eine gewisse Radikalisierung mitgetragen.¹⁰ Z.B. konnte die von dem Vorsitzenden der scharf regierungsoptionellen Menschenrechtskommission José Esteban Gonzalez vor allem im Ausland vorgetragene Menschenrechtskampagne vom Januar und Februar 1981 (Vorwürfe: Unter dem Regime existierten Folter und ca. 8.000 politische Gefangene – ähnlich wie unter Somoza) von der Regierung mit Erfolg beendet werden, als José Esteban Gonzalez nach einer kurzen Verhaftung seine Behauptungen nahezu vollständig widerrief. Nach dem relativen Funktionsverlust des Staatsrates im Gefolge des Fernbleibens einiger wichtiger Vertreter der Bourgeoisie schuf die FSLN eine neue Plattform der Diskussion, das sog. „Nationale Forum“. Da auch die konservative bis reaktionäre Bourgeoisie sich auf die Revolution gegen Somoza beruft, konnten immer wieder einige gemeinsame Formeln und Kompromisse fixiert werden. So z.B. legte das Nationale Forum im Juni 1981 eine Reihe von gemeinsamen Auffassungen fest. Dabei verständigte man sich u.a. auf folgende Formulierung: „Wir betonen, daß wir, wie auch die innere Lage sein mag, mit aller Entschiedenheit jeden imperialistischen Angriff oder Intervention ablehnen.“¹¹

Konflikte mit dem Klerus...

Überhaupt ist es nicht gänzlich ausgemacht, daß die interventionistisch-aggressive Politik der USA auf die nikaraguanische Bourgeoisie bloß eindeutige Auswirkungen in dem Sinne hat, daß ihr neue Hoffnung gemacht und ihr dadurch Auftrieb gegeben wird; sei es aus taktischen oder prinzipiellen Gründen, die sich aus der spezifischen Geschichte Nikaraguas ableiten lassen, müssen auch weit rechtsstehende Führer der Bourgeoisie Nikaraguas sich gegen jegliche US-Intervention und US-Blockade-Politik aussprechen. So z.B. bekundete sogar A. Robelo – trotz verschärfter Auseinandersetzungen mit der Regierung – Verständnis für den von der Regierung Anfang März 1982 ausgerufenen Ausnahmezustand, in einem Moment sich steigernder Sabotageakte und der Enthüllung des schon erwähnten aufwendigen US-Destabilisierungsplans.

Trotz Notstand, Ausnahmezustand und neuen Dekreten ist die Meinungsfreiheit und der ideologische Pluralismus im Prinzip garantiert und gewährleistet. Das hauptsächliche Oppositionsorgan, die Zeitung „La Prensa“ muß seit einiger Zeit allerdings mit ein- oder zweitägigen Erscheinungsverboten rechnen, wenn allzu aggressive Artikel und/oder Falschmeldungen alarmierenden Charakters publiziert werden.

Entsprechend den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen bei den jeweiligen Kirchenvertretern in bezug auf die Einschätzung des Somozismus, des nichtsomozistischen Bürger-

tums und der Sandinisten und entsprechend der innenpolitischen Polarisierung zwischen Regierung und Bourgeoisie mehren sich aus dem hohen Klerus die distanzierenden bis kritischen Stimmen, wonach ein Mangel an Pluralismus zu konstatieren sei und die Regierung die ursprünglich eingegangene Verpflichtung der Respektierung der freien Religionsausübung nicht einhalte. Im Juni 1981 erklärte der Erzbischof von Managua sogar, die Sandinistische Revolution verändere sich zu einem „Marxismus kubanischer Prägung“. Viele Kirchenvertreter fürchten weniger für die Gegenwart als für die Zukunft um die Aufrechterhaltung der Identität der Kirche, für den Fall, daß das kirchliche Leben allzusehr politisiert wird und die Grenzziehung zwischen religiösen und politischen Organisationen verschwimmt.¹² Obwohl es keine solche Bedrohung der kirchlichen und religiösen Freiheiten im gegenwärtigen Nikaragua gibt, brechen Konflikte an sehr verschiedenen Punkten auf; so z.B. gab es eine lange Polemik über die Parole „Sandino ayer, hoy, siempre“ (Sandino gestern, heute, immer), weil diese Parole angeblich gotteslästerlich sei und Sandino Attribute zuschreibe, die eigentlich nur dem lieben Gott zukommen dürften.

Im Mai 1981 kam es zum direkten Konflikt, als die nikaraguanische Bischofskonferenz wieder und diesmal energischer als früher forderte, daß die in hohen Regierungssämtern tätigen Priester (u.a. Ernesto Cardenal, Miguel d'Escoto, Fernando Cardenal und andere) von ihren politischen Funktionen zurücktreten. Nach einigem Hin und Her, der massiven Unterstützung durch christliche Basisgemeinden und durch die Vermittlung des Vatikans konnten die Priester ihre Ämter weiter ausüben, mußten allerdings zugleich darauf verzichten, ihre priesterlichen Funktionen wahrzunehmen. Analog zu diesen spektakulären Fällen kam es im Laufe des Jahres 1981 zu einer Fülle von Schikanen gegen linke und sich mit der Revolution identifizierende Priester an der Basis. Diese wurden ohne Angabe von Gründen häufig versetzt, getadelt usw., was bereits eine breite Diskussion auch im Kirchenvolk ausgelöst hat.¹³ Selbst wenn die Kirche, d.h. vor allem die mittleren und höheren Hierarchiepositionen, stärker zum gegenwärtigen Regime Distanz halten oder mit ihm sogar radikal brechen möchte, muß sie immer die Popularität der Regierung miteinkalkulieren und vermeiden, sich durch einen Radikalangriff vollständig zu isolieren. Auf der anderen Seite weiß die Kirche und vor allem der Erzbischof Obando y Bravo, über welch hohes Prestige er verfügt, welches er notfalls in die Waagschale werfen kann. Insgesamt also kann gesagt werden, daß neben einer Reihe von kleinen bis mittleren Konflikten das Verhältnis zwischen Regierung und Kirche als eine Art Waffenstillstand bezeichnet werden kann, der möglicherweise bei einer weiteren allgemeinen politischen Polarisierung nicht aufrechterhalten werden kann.

Auch die Probleme der **Intergration der Miskito-Indios** von der Atlantikküste wurden zeitweise zu innenpolitischen



Ernesto Cardenal, Kulturminister und Priester beim letzten Geleit für eines von Hunderten Opfern der honduranischen Grenzübergänge

Deklaration der Sandinistischen Versammlung



Sandinistische Revolutionsführer Humberto Ortega (3. v. l.), Sergio Ramirez (3. v. r.) und Daniel Ortega (2. v. r.)

Die Sandinistische Versammlung, das höchste beratende Organ der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), war von der Nationalleitung der FSLN vom 29. bis 31. Januar 1982 nach Managua einberufen worden.

Im Anschluß an gründliche Erörterung der kurz- und mittelfristigen Perspektiven der Revolution beschloß sie folgende Deklaration.

1. Ständige Aufgaben der sandinistischen Volksrevolution sind:

- (A) Schutz und Förderung der Achtung unserer Souveränität durch die Gewährleistung der Verteidigung der Nation;
- (B) Festigung des demokratischen und antiimperialistischen Volkscharakters unseres Prozesses;
- (C) Umwandlung der ökonomischen, sozialen und politischen Realität zum Nutzen aller Sektoren der Nation und insbesondere der historisch benachteiligten Werktätigen aus Stadt und Land.

2. Bei der gegenwärtigen Verkettung von äußerer Bedrohung, isolationistischen Manövern, Sabotage an unseren Bemühungen um Zusammenarbeit und der Zunahme von Angriffen konterrevolutionärer Banden ist die Verteidigung der Nation und der Revolution die wichtigste Aufgabe der Sandinistischen Front und des nikaraguanischen Volkes. (...)

3. Um die materiellen und geistigen Bedingungen der neuen Gesellschaft zu schaffen, muß der wirtschaftliche Kurs der sandinistischen Volksrevolution erstreben:

- (A) die Vervollkommnung des gemischten ökonomischen Regimes, wobei das Zusammenwirken der wirtschaftlichen Kräfte privaten Charakters mit jenen stimuliert wird, welche die Revolution durch den Bereich des Volkseigentums und des Genossenschaftswesens vorantreibt;
- (C) Vorrang der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen und Erhöhung der Kapazität, unserem Volk im Rahmen unserer ökonomischen Realität als armes und rückständiges Land Lebensmittel, Errungenschaften des Gesundheitswesens, Erziehung, Kleidung und Wohnung bereitzustellen;
- (D) Erweiterung der Produktion landwirtschaftlicher Exportgüter, Diversifizierung der Märkte, Stimulierung neuer Formen der Finanzierung für unsere Wirtschaft, Festlegung von Plänen der technologischen Umwandlung, Fortschritte bei der Rationalisierung unseres Produktionsapparates und Verstärkung der internen Strenge und Sparsamkeit, um die ökonomische Krise zu überstehen, die die Welt und insbesondere die mittelamerikanischen Länder heimsucht;
- (E) Gewährleistung des für die Revolution vorrangigen Charakters der Bodenreform als Achse der Umwandlung, gestützt auf die Genossenschafts- und Arbeiterbewegung bei der Verwirklichung unserer agroindustriellen Entwicklung;
- (G) Festigung der Wirtschaftsplanung als ordnende Achse für die Ressourcen und Anstrengungen der Nation;
- (H) Energetische Bekämpfung der Wirkungslosigkeit, der Überbesetzung, des Bürokratismus, der Korruption in der Verwaltung, der schlechten Nutzung des Vermögens des revolutionären Staates, der Verschwendung in den öffentlichen Institutionen; zusammenfassend: die Verbannung der Laster der Somoza-Diktatur aus unserer

Gesellschaft.

4. Wir müssen voranschreiten bei der Festigung der Einheit der Werktätigen, bei der Organisierung aller grundlegenden Kräfte der Revolution, bei der notwendigen Einheit der Nation. Daraus ergibt sich:

(A) Wir müssen die Qualität der sandinistischen Organisationen der Werktätigen in Stadt und Land, der Frauen, der Jugendlichen, der Handwerker, der Journalisten und Intellektuellen, der Lehrer, der Werktätigen des Gesundheitswesens und der Massen im allgemeinen verbessern und sie eng mit den nationalen Problemen, mit der revolutionären Erziehung und vor allem mit den praktischen Aufgaben verbinden, welche die Revolution verlangt;

(B) wir müssen jede Aktion unterstützen, die zum Ziel hat, die Einheit der Arbeiterbewegung und deren Einheit mit der Bauernschaft zu festigen;

(C) Hilfe für die Gewerkschaftliche Koordination Nikaraguas (CSN) auf der Grundlage der Prinzipien, die ihre Entstehung ermöglichten;

(E) Beitrag zur Dynamisierung der Patriotischen Revolutionären Front (FPR) als Grundlage der Einheit zur Verteidigung der nationalen Interessen im Sinne einer breiteren Aktion, die die Beteiligung anderer politischer Organisationen ermöglicht, die an der Einheit des nikaraguanischen Volkes wirklich interessiert sind;

(F) Erklärung unserer Aufgeschlossenheit für die Vertiefung des Dialogs mit all jenen Kräften und Sektoren, die an der Verteidigung des Vaterlandes und der Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Probleme ehrlich interessiert sind, den juristischen Rahmen der Revolution respektieren und bereit sind, ernsthafte Abkommen zum Wohle des Landes abzuschließen;

(G) Förderung von Garantien für die Unterstützung der produktiven Aktivitäten der privaten Produzenten, die konsequent die Verantwortung übernehmen, unter Beachtung der Gesetze zu arbeiten, um zur Überwindung der Unterentwicklung beizutragen;

(H) Stimulierung des Abschlusses von patriotischen Produktionsvereinbarungen zwischen dem Staat, dem privaten Sektor und den werktätigen Klassen;

(I) Aufrechterhaltung des Pluralismus, der demokratischen Machtausübung des Volkes, der Pressefreiheit; Bemühungen, damit jederzeit vermieden wird, daß diese vom Volk erhoffenen Freiheiten mißbraucht werden, um die Grundlagen des revolutionären Staates zu verändern;

(J) Bekräftigung und Verteidigung unserer Politik der Achtung der christlichen Gefühle unseres Volkes, der Religionsausübung und religiöser Kundgebungen, wie sie im offiziellen Kommuniqué der Nationalleitung der Sandinistischen Front über die Religion vom Oktober 1980 zum Ausdruck gebracht wird.

5. Die sandinistische Volksrevolution muß ihre Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit und ihre Aufgeschlossenheit für Beziehungen mit allen interessierten Völkern aufrechterhalten. (...)

6. Wir bekräftigen unsere volle Unterstützung für die Revolutionäre Regierung und insbesondere für den Regierungsrat der Nationalen Erneuerung als dem Hauptvollstrecker der Politik der Revolution im Innern wie im Äußeren. (...)

7. Der Staatsrat ist eine Errungenschaft des Volkes von Sandino, die mit dem aktiven Einsatz aller politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, Arbeits- und religiösen Kräfte der Nation gepflegt und gestärkt werden muß.

8. Mit der Beteiligung des organisierten Volkes müssen wir für die Umstrukturierung der juristischen Grundlagen und der juristischen Institutionen kämpfen, um sie den Erfordernissen der Revolution anzupassen. Dabei sind insbesondere die schlechten Praktiken zu bekämpfen, die in der Gegenwart noch fortbestehen.

9. Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung ist die historische Vorhut des nikaraguanischen Volkes, das seine ganze schöpferische Energie für die Errichtung der neuen Gesellschaft einsetzt. Daraus ergibt sich:

(A) Wir anerkennen das Recht aller Nikaraguaner, an der Vorhut der Revolution teilhaben zu wollen, um auf diese Weise den Verband der besten Männer und Frauen des Landes zu schmieden, der mit Festigkeit und Bescheidenheit die Aufgaben vorantreibt, die der historische Zeitpunkt erfordert.

(c) Es muß weiter gekämpft werden, um die politische, ideologische und kulturelle Rückständigkeit im Innern des Volkes zu besiegen.

(Quelle: Barricada, Managua, 20. Februar 1982; geringfügig gekürzt)

Konfliktfeldern ersten Ranges aufgebauscht. Selbst die USA haben kürzlich ihr Herz für die von den Sandinisten angeblich malträtierten Indios entdeckt. So ist es noch erinnerlich, wie US-Außenminister A. Haig mit einem Foto aus der Somoza-Zeit propagandistisch hausieren ging, um damit angebliche Greuelthaten der Sandinisten an den Miskito-Indios zu beweisen. Tatsächlich hat die Regierungsjunta das Problem der sozialen, ökonomischen und kulturellen Integration der jahrhundertlang von der Pazifikküste und Zentralnikaraguas isoliert lebenden Urbevölkerung der Atlantikküste nicht immer mit dem nötigen Fingerspitzengefühl für ethnische Besonderheiten und für Völker mit reichen Erfahrungen an fremder Unterdrückung in Angriff genommen. Während für sie die Vorteile einer Integration in den ökonomischen Wiederaufbauprozess und die Sandinistische Revolution unbezweifelbar erschienen, spekulierten die Tieflandindios und Afroamerikaner im Gegenteil auf die Erlangung einer größeren Autonomie, auf die Abwehr neuer Siedler und die Zurückweisung der ökonomischen Verwertung ihrer Landstriche.

Als Steadman Fagoth, der Führer der Indio-Organisation MISURASATA (Abkürzung für Miskitos, Sumus und Ramas, den wichtigsten Urbevölkerungsstämmen an der Atlantikküste), wegen separatistischer Tendenzen verhaftet wurde, flüchteten ca. 3.000 Miskitos auf die honduranische Seite des Grenzflusses Rio Coco. Bald taten sich Teile dieser geflohenen Miskitos mit Ex-Nationalgardisten Somozas in Honduras zusammen, um die Grenze zu verunsichern und ihre Attacken auf nikaraguanisches Gebiet zu forcieren. Vor diesem Hintergrund ist die große Umsiedlungsaktion von Tausenden von Miskitos aus dem nikaraguanisch-honduranischen Grenzgebiet ins Landesinnere vom Januar und Februar 1982 zu sehen. Sicherlich stellt diese Aktion keine ideale Lösung des Problems dar, ist aber zweifellos unter den gegebenen Umständen mit einer Verbesserung der Lage der Indios verbunden.¹⁴

Seit Jahreswechsel war die Situation zusätzlich durch die Aufdeckung verschiedener Verschwörungen und die Verstärkung der Konterrevolution im Norden gekennzeichnet.¹⁵ Das militante Wiederauftauchen von Edén Pastora (des „Comandante Cero“) im April d.J. in Costa Rica stellt einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklungslinie dar. Pastora spielte eine wichtige Rolle im Verlauf des antisozialistischen Aufstands und war letzten Sommer aus seinen Ämtern (Vizeverteidigungsminister und Chef der Milizen) zurückgetreten, um sich einer Guerillabewegung in Mittelamerika anzuschließen. Jetzt ist er mit einigen Freunden an die Öffentlichkeit getreten, um die sandinistische Regierung des Verrats an ihren ursprünglichen Prinzipien und das Abgleiten in den „kommunistischen Totalitarismus“ anzuklagen.

Als Konsequenz daraus hat Pastora die Bildung einer „Sandinistischen Revolutionären Bewegung“, die sich die militärische Beseitigung des gegenwärtigen Regimes zum Ziel setzt, angekündigt. Mit seinem populären und antisozialistischen Image stellt Pastora eine ideale Figur für die Destabilisierungsaktivitäten des CIA dar; es ist zu vermuten, daß er mit Robelo und dem Miskito-Führer Fagoth ein Bündnis zum Sturz des revolutionären Regimes bilden wird.¹⁶ Die Tatsache, daß er von Mario Soares in Lissabon und nun sogar von Willy Brandt als Chef der „Sozialistischen Internationalen“ empfangen worden ist, deutet (ein weiteres Mal) auf die zunehmende Brüchigkeit der Unterstützung Nikaraguas durch die Sozialistische Internationale hin. Die durch die Flutkatastrophen der letzten Wochen verstärkte ökonomische Krisensituation und die Zunahme der internen politischen Angriffe erfordern eine hohe Konzentration aller politischen Abwehrkräfte von seiten der Revolutionäre.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. hierzu CounterSpy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1982, S. 11-23
- 2) Siehe hierzu: Programa Economico de Austeridad y Eficiencia 1981, Managua 1981; als deutsche Zusammenfassung und Darstellung z.B. auch den Aufsatz von Roger Peltzer und Josef Buddenkotte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/1981, S. 561-575
- 3) Vgl. Richard S. Weinert, Nicaragua's Debt Renegotiation, in: Cambridge Journal of Economics, Cambridge 1981, 5, S. 187-194
- 4) Siehe Xavier Gorostiaga, in: Instituto Historica Centroamericano, Managua, 15.10.1981, S.1
- 5) Siehe hierzu im einzelnen: E. Fürst u.a., Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten. Zwei Jahre Sandinistische Wirtschaftspolitik, Wuppertal 1982, S. 80ff.; hier finden sich auch einige Beispiele für die diversen Mechanismen der Dekapitalisierung
- 6) Ebenda
- 7) Diese Maßnahme hat vielen Linken Bauchschmerzen verursacht. Obwohl sie die Notwendigkeit der Streikeinschränkung und der Produktionssteigerung zugeben, kritisieren sie diese Maßnahme als zu administrativ und nicht ideal-sozialistisch. Vgl. u.a. E. Fürst u.a., Nicaragua..., a.a.O., S.89
- 8) Zu den einzelnen Bestimmungen des Agrarreformgesetzes vgl. die Chronologie von Bernhard Schmitz, Die Revolution beginnt erst nach der Revolte! – Chronologie des revolutionären Prozesses in Nicaragua nach dem 19. Juli, in: Nicaragua – Die Chancen einer Revolution, hrsg. vom Lateinamerika-Komitee Duisburg e.V., Duisburg 1982, S.46; hier S. 113ff.
- 9) Vgl. Nicaragua-Nachrichten, Nr. 5/1982
- 10) So stellt sich nicht nur für die Welt oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung, sondern sogar für die bislang als links geltenden Lateinamerika-Nachrichten die bange Frage: „Wird die Revolution nun sozialistisch?“ (vgl. Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 104/Juni 1982, S. 23-26) Der Verfasser hält dies offenbar für verhängnisvoll, da es sich in Nicaragua nur um einen „real-sozialistischen Entwicklungstypus“ und eine Nachahmung des kubanischen Weges handeln könnte (leider nicht um einen gewünschten ideal-sozialistischen Entwicklungstypus). Fürwahr ein hübsches Beispiel für das breite Spektrum eines „linken“ Pluralismus!
- 11) Siehe bei B. Schmitz, Die Revolution beginnt erst nach der Revolte!, a.a.O., S. 110
- 12) Vgl. hierzu M. Dodson und T.S. Montgomery, The Churches in the Nicaraguan Revolution, in: Nicaragua in Revolution, hrsg. von T.H.W. Walker, New York 1982, S. 174ff.
- 13) Vgl. den Rundbrief des Instituto Historico Centroamericano vom 15. September 1981, Problemas en el Interior de la Iglesia Catolica en Nicaragua
- 14) Vgl. hierzu generell Ph. Bourgeois, The Problematic of Nicaragua's Indigenous Minority, in: Nicaragua in Revolution, a.a.O., S. 303ff. sowie AIB 5/1982, S. 10-14
Laut dem Bericht einer christlichen Untersuchungskommission hat die Regierung für die Bereitstellung von Lebensmitteln, medizinischer Betreuung, provisorischer Häuser, Elektrizität, Trinkwasser, Schulzentren usw. gesorgt, so daß die Lebensbedingungen der umgesiedelten Miskitos sich in mancher Hinsicht sogar verbessert haben. Vgl. auch den Bericht von V. Wunderlich in: Die Tageszeitung, Berlin-West, 26.3.1982
- 15) Vgl. Nicaragua-Nachrichten, Nr. 1/1982
- 16) Vgl. Ph. Agee, in: Mittelamerika-Magazin, Nr. 20/Juni 1982, S. 13-18

Berichtigung

In AIB 6/1982 sind uns zwei Fehler unterlaufen, für die wir uns entschuldigen:

In unserem Vorspann zum **Türkei-Interview** mit F. Rezan auf S.36 ist die Gründung der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistan (SPTK) fälschlicherweise auf 1981 datiert. Die SPTK legt Wert auf die Klarstellung, daß sie zwar im Frühjahr 1981 erstmals an die Öffentlichkeit trat, aber schon zuvor gegründet wurde.

Zum **Frontstaaten-Gipfel** vom März 1982 in Maputo wird in der Bildunterschrift auf S.16 fälschlicherweise S. Khama (Botswana) aufgeführt. Präsident S. Khama verstarb im Sommer 1980 und sein Nachfolger Quett Masire ist der Repräsentant Botswanas auf dem Gipfelfoto.

Eduardo Galeano Nikaragua findet zu sich selbst

Der sandinistische Volkskrieg hat nicht nur die Zerschlagung der Macht des Somoza-Clans und die Rückgewinnung der natürlichen Reichtümer ermöglicht, die sich der Imperialismus angeeignet hatte. Er hat außerdem in allen Bereichen zu erstaunlichen Ergebnissen geführt, er hat gewaltig an allen Ästen und Zweigen des Lebensbaums gerüttelt und bringt neue Blumen und Früchte hervor, die den Nikaraguanern selbst bisher noch unbekannt waren.

Die Befreiung der Volkskultur und die Offenbarung der kulturellen Vielfalt des Landes gehören ebenso zum Prozeß der **Nikaraguanisierung** Nikaraguas wie die Nationalisierung des Bankensystems, des Außenhandels und der Grundstoffindustrien. Das Land kannte seine eigene Kultur nicht oder kannte nur Teile davon in Gestalt seiner hervorragenden Dichter oder seiner wenigen Bildungsstätten; im Selbstverständnis des Landes gab es nur die spanischsprechenden Siedlungsgebiete an der Pazifikküste.

Die Zeiten der Revolution sind voller Überraschungen: Die Guerilleros haben in den Jahren des bewaffneten Kampfes ebenso wie die Aktivisten der Alphabetisierung in den letzten zwei Jahren mehr Entdeckungen gemacht als die spanischen Eroberer die viereinhalb Jahrhunderte davor.

Nikaragua hat ein Vielfaches an Größe und an Tiefe erreicht. Die jungen Leute von den Alphabetisierungsbrigaden haben gelehrt, vor allem aber haben sie gelernt: Sie haben wenigstens ein bißchen von den verborgenen Welten kennengelernt, die das Land in sich birgt, und sie haben in Gegenden, wo die Guerilla nicht hingekommen war, einen Eindruck von dem unbekanntem Wissen und dem erstaunlichen Sinn der Bauern für Schönheit gewonnen, die Hunger, Tuberkulose und Malaria zu einem frühen Tod verurteilten.

Viele Gesichter der nationalen Kultur

Bei der Auswertung der Tausende von Kassetten, die die Alphabetisatoren in den Bergen und in abgelegenen Dörfern aufgenommen haben, beginnt sich das wirkliche Gesicht der Kultur Nikaraguas zu offenbaren. Viele Gesichter sind es und viele Profile:

Nikaragua, ein Land der Vielfalt, ist auch das Land der Miskito-Indianer, bei denen die übrigen Nikaraguaner noch „Spanier“ heißen, und das der englischsprachigen Kultur der Schwarzen an der Atlantikküste. Die Revolution geht vom Grundsatz der Achtung dieser kulturellen Vielfalt aus; die Alphabetisierungskampagne ist keine Kampagne der erzwungenen und gewaltsamen Hispanisierung, sondern sie wurde in den drei Sprachen durchgeführt, die das sprachliche Erbe der Nation ausmachen.

Die Einheit des Vaterlandes herzustellen, lautet die Aufgabe, an der gearbeitet wird und die noch zu bewältigen ist. Aber nicht um den Preis der Einebnung der „verschiedenen“ Kulturen. Zum erstenmal werden sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung zum Dialog aufgefordert, jede in ihrer eigenen Sprache. Und man beginnt zu erkennen, daß die Stummen viel zu erzählen hatten.

Dieser Prozeß der Befreiung und der Offenbarung, der Prozeß der Nationalisierung, findet seinen Höhepunkt nicht in

der Alphabetisierung und dem Sammeln von Mythen, Sagen und Liedern, von Zeugnissen der Geschichte und Lebensweisen oder von Rezepten der Volksmedizin. Damit beginnt er nur. Nach dieser Etappe der „Entdeckung“ und der ersten Kontaktaufnahme, deren Anfang tatsächlich in den Jahren des Krieges liegt, entfesselt er erst seine erstaunliche Dynamik. Die Kultur war gefangen: sozial als das Privileg einer Klasse, geographisch als das Monopol einer bestimmten Region.

Um diesen doppelten Käfig zu zerbrechen und die nationale Kultur zur vollen Blüte zu bringen, muß man die Integration des Landes auch in materieller Hinsicht erreichen; Nikaragua, das Diktatur, Erdbeben und Krieg verwüstet haben, kann nicht im Handumdrehen die Straßen und Brücken, Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen herzaubern, die eine solch enorme Aufgabe erfordert. Man kann auch nicht von heute auf morgen in großem Umfang Kulturprodukte oder kulturelle Produktionsmittel in Umlauf bringen, die ausreichen würden, um die kreative Energie und das Kommunikationsbedürfnis, das die Revolution erst geweckt hat, aufzufangen.

Die Entwicklung zurückgebliebener Regionen, die Eingliederung eines Heeres von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, der Erfolg der Alphabetisierungskampagne, die schnelle Zunahme von Schulen, Publikationen und Literaturwerkstätten, all dies kann nicht verhindern, daß zwischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten noch eine gewaltige Lücke klafft.

Der Weg zur nationalen Einheit und zur Erlangung der kulturellen Identität wird weit und mühsam sein, voller Widersprüche und mit Schwierigkeiten gepflastert. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die traditionellen Problemgebiete, sozusagen Verbannte im eigenen Land, praktisch an dem Krieg gegen die Somoza-Diktatur nicht teilgenommen haben und im Moment wegen ihrer Rückständigkeit und Isolierung für die ideologischen und militärischen Angriffe des Feindes besonders verwundbar sind.

Es erscheint mir aber sehr wichtig hervorzuheben, daß Nikaragua im Verlauf all der Jahre der sandinistischen Revolution, während des Krieges und vor allem nach der Machtübernahme begonnen hat, sich selbst zu entdecken. Vorher ist es von anderen „entdeckt“ worden, doch jetzt ist es dabei, sich selbst zu entdecken, und es stellt überrascht fest, daß es durch den Aufstand eines Volkes, das aufgehört hat, Zeuge seines eigenen Unglücks zu sein, und den Beitrag der bisher unbekanntem Kulturen der schwarzen und indianischen Minderheit zum erstenmal in mehr als einem Sinn an Reichtum und Größe gewonnen hat.

Die wirklichen Verhältnisse sind durch die Traditionen des elitären Bewußtseins und den Rassismus der herrschenden Kultur verzerrt worden, die sich nationale Kultur nannte, obwohl sie nur die Kultur einer Klasse und einer Region war. Indem das Land seine vielfältige und massenhafte Identität wiedergewinnt, erlangt es auch seine Geschichte wieder. Es **nationalisiert** seine Vergangenheit, beginnend mit der Auferstehung der früher verleugneten und veremten Persönlichkeit von Augusto César Sandino.

(Quelle: SOBERANIA, Managua, Nr. 1/Okttober 1981)

Am 9. Juni d.J. hat General Rios Montt, der Vorsitzende der Militärjunta, die am 23. März d.J. den Präsidenten Lucas Garcia stürzte, die Macht allein übernommen. In der Panamakanalzone und in Fort Bragg ausgebildet, erfahren in der Aufstandsbekämpfung und unterstützt von den Christdemokraten, ist er der Wunschkandidat der USA. Ziel seiner Politik ist die Verbreiterung der Basis des Regimes und die Zerschlagung des Hauptgegners, der Guerilla. Dem Unternehmer-, Ärzte- und Journalistenverband wurden Ministerposten angeboten. Der Kirchenhierarchie wurden Zugeständnisse gemacht und die Repression in der Hauptstadt verringert. Um die Propaganda gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen glaubhaft zu machen, wurden einige Figuren des alten Regimes in Verwaltung und Armee entlassen.

Der Guerilla sucht man auf vielfältige Weise beizukommen. Hauptsächlich wird eine Ausrottungspolitik gegen die Indios betrieben, der seit Machtantritt der Junta 3.600 Bauern zum Opfer gefallen sind. Um die Befreiungskämpfer in Mißkredit zu bringen, verkleiden sich die Soldaten als Guerilleros, oder es wird behauptet, als Soldaten verkleidete Widerstandskämpfer würden die Indios ermorden. Außerdem wurde den Guerilleros eine bis Ende Juni 1982 dauernde Amnestie angeboten, die aber bislang erfolglos blieb.

Die USA haben sich prompt bereit erklärt, dieses „reformistische“ Regime militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen. „Es ist eine sehr bedeutende Verbesserung“ gegenüber dem vorherigen Regime, erklärte der US-Botschafter in Guatemala. Um dieser Kampagne entgegenzuwirken haben 13 Indios, Mitglieder der Einheitskomitees der Bauern (CUC) und der Volksfront 31. Januar (FP-31) Mitte Mai dieses Jahres die brasilianische Botschaft besetzt und erreicht, daß sie eine Pressekonferenz abhalten konnten, auf der sie folgenden Bericht über die Massaker der Militärs verbreiteten.

Erklärung guatemaltekischer Landarbeiter

Die neue Militärjunta massakriert unsere Gemeinden weiter

Wir, indianische Landarbeiter und arme Ladinós (Mischlinge zwischen Indianern und Weißen; d. Red.), organisiert im Vereinigten Landarbeiterkomitee (CUC), möchten unserem Volk und den Völkern in der Welt bekannt machen, unter welcher brutaler Repression wir, die Indianergemeinden in Guatemala leiden, welche ausgeführt wird von den Streitkräften der Militärjunta.

Wir möchten, daß bekannt wird, daß diese Junta, gebildet am 27. März 1982 von Generälen und Offizieren (General E. Rios Montt, Maldonado Shaad, Francisco Gordillo; d. Red.) nicht nur die Politik der Massaker und der Zerstörung der vorherigen Militärregierungen fortgesetzt hat, sondern, daß in einigen Regionen die Massaker intensiviert wurden, unter denen wir in einem nie geahnten Ausmaß leiden, wie nie zuvor. Sie wenden neue, grauenerregendere Methoden an, um uns anzugreifen, wodurch sie unseren Kampfgeist brechen wollen. Sie verkleiden ihre kriminellen Akte mit einer Demagogie, indem sie von Gott und den Menschenrechten reden, um einige Leute in Guatemala wie auch die internationale öffentliche Meinung irrezuführen.

Deshalb, damit niemand irre geführt wird, möchten wir, daß die furchtbare Wirklichkeit, die sich heute auf dem Land in Guatemala ereignet, bekannt wird.

Seit dem 23. März konnten wir beobachten, daß weit davon entfernt, die Massaker zu beenden, die Streitkräfte der Junta damit weitermachen und die Zahl der Massaker sich noch erhöhten. Die Militärs haben unsere Dörfer in Chimaltenango, in El Quiché, in Sololá, Huehuetenango, Alta und Baja Verapaz und in anderen Gebieten besetzt und die Bevölkerung massakriert. Mehr als 3.000 Personen, Männer, Kinder und alte Leute, wurden mit barbarischen Methoden massakriert und zwar während 1 1/2 Monaten, seit dem Putsch. Sie wurden gefoltert, geköpft oder lebendig verbrannt von den Soldaten der Junta. Wir müssen erleben, wie die Streit-

kräfte in die Dörfer kommen, alle Häuser, die gesamte Maisernte, womit wir uns am Leben erhalten, verbrennen, unsere Geräte zerstören, Kleider oder andere Wertgegenstände rauben und unsere Hühner und Schweine rauben oder töten.

Im Bezirk von Chimaltenango sind wir in den letzten Wochen einem wahren Völkermord ausgesetzt. In La Estancia de la Virgen, Chicocón, Chualalún, Chipilá und anderen Dörfern in der Nähe der Kreisstadt San Martín Jilotepeque ermordete das Militär mehr als 250 Personen in der letzten Märzwoche und den beiden ersten Wochen im April. Sie verbrannten fast alle Häuser und mehr als 1.000 Quintal Mais, wodurch die überlebenden Familien nach San Juan Sacatepéquez oder anderen Dörfern flüchten mußten.

Am 26. März, drang eine Gruppe Soldaten in Zivil im Weiler Pacoj ein, welcher zum gleichen Kreis gehört. Sie massakrierten neun komplette Familien und entführten 3 Landarbeiter. In den Weilern Varituc, auch in San Martín Jilotepeque, drang das Militär am 28. April in der Nacht ein, ermordete 13 Landarbeiter und entführte viele andere.

Seit dem 23. März wurden mehr als 500 Personen in den Weilern Perraxtut, El Pajarito und Pichiquil massakriert. Diese Weiler liegen im Zentrum von El Quiché, in der Nähe von Huehuetenango. In einigen von diesen Weilern ist niemand mehr geblieben. Die Bevölkerung, die die Massaker der Militärs überlebte, emigrierte oder hält sich in den Bergen versteckt, wo sie unter allen erdenklichen Strapazen zu überleben versucht.

Zwischen dem 3. und 5. April wütete das Militär gegen die Bevölkerung von Chajul, im Norden von El Quiché. In die Weiler de Chel, Juá und Amachel kamen sie zunächst friedlich und trugen die Nationalfahne, doch nach einigen Stunden fing die Soldaten an, alle, die sie auf ihrem Weg trafen zu massakrieren. In einem dieser Weilern, sperrten sie die gesamte Bevölkerung ins Gerichtsgebäude, vergewaltigten die Frauen, köpften die Männer und schlugen die Kinder

gegen die Steine des nahen Flusses. In einer Finca (Gut von Großgrundbesitzer) ließen sie alle Arbeiter antreten und streckten sie, mit Maschinengewehrsalven, ohne Mitleid nieder. In Chel verbrannten sie die Häuser und ermordeten alle Landarbeiter, die sie auf ihrem Weg trafen.

Im Weiler Mangal ermordeten sie mehr als 100 Bewohner und in der Finca Coradonga 35 Männer. Alle, die nicht fliehen konnten, wurden von den Soldaten getötet.

Im gesamten Gebiet von El Quiché dauern die Massaker ohne Unterbrechung seit Oktober vergangenen Jahres bis heute an. Unter der neuen Regierung hat sich überhaupt nichts für uns verändert. Am 15. April wurde vom Militär das Dorf Semejá I, Chichicastenango angegriffen. 20 Bewohner wurden an den Pfosten ihrer Hütten festgebunden und lebendig verbrannt. Am gleichen Tag, im Dorf Chocorales, Santa Cruz, El Quiché, eine Patrouille Soldaten köpfte mit Macheten und Hieb Waffen neun Landarbeiter, unter ihnen ein Mädchen von 10 Jahren, als sie in ihren Häusern beteten. So demonstriert die Militärjunta, was sie wirklich über christliche Werte denkt.

Das Militär der Junta besetzte mit allem was dazu gehört die Stadt Concepción im Bezirk Sololá während der Osterwoche dieses Jahres. Am Karfreitag, dem 2. April betraten 250 Soldaten und Mitglieder der paramilitärischen Banden, bewaffnet mit schweren Maschinengewehren, das Dorf El Adelanto im Kreis Pujujil. Obschon die Mehrzahl der Bevölkerung fliehen konnte, entführte das Militär 10 Frauen, führten sie, zusammen mit ihren Kindern zu 2 Hütten. Dort zwangen sie sie, der Truppe zu essen zu geben. Mittlerweile sammelten sie trockene Tannenzweige, Stroh und trockene Blätter um die Häuser herum. Als sie fertig gegessen hatten, schossen sie mit Maschinengewehren die Frauen und Kinder nieder, um anschließend Feuer an die Hütten zu legen, in denen die Leichname lagen.

Die Soldaten kehrten am 15. April zurück, um weitere 30 Personen zu erschießen, oder mit der Machete zu erledigen: 16 Frauen, 5 Männer und 9 Kinder zwischen 6 Monate und einem Jahr alt. Überlebende entdeckten ein Kind von 9 Monaten. Mit einer Machete erschlagen, hatte es immer noch ein Stück von der Brust seiner Mutter im Mund. Dazu verbrannten die Mördertruppen 127 Häuser, den gesamten Mais, die Bohnen, den Weizen, Kleider, Sandalen, Utensilien, die Mäismühle, das Geschäft und raubten alle Haustiere und Geld.

Unser Vergehen: arm und Indianer zu sein

Alle Häuser der Weiler Sacatalji, San Isidro und Samuc de Cobán, Alta Verapaz, wurden von Truppen der Junta am 24. März verbrannt. Die Weiler Las Pacayas, Cisiram, El Rancho, Quixal, Chiyuc und andere in San Cristóbal Verapaz wurden von Hubschraubern aus bombardiert, zwischen dem 24. und 27. März. 100 Personen starben durch die Bomben.

In Chiantla, Huehuetenango wurden ganze Familien ausgelöscht, wie im Fall der Kinder von 4 und 6 Jahren, die mit ihren Eltern in dem Weiler San Nicolas, am 22. April starben.

In Baja Verapaz, San Marcos, Sacatepéquez, Quetzaltenango, Totonicapán und der gesamten Südküste gehen die Morde und Entführungen weiter.

Dies sind Beispiele für die Repression unter der wir in den Tagen seit dem Regierungswechsel leiden. Aber, wir leiden nicht nur unter Mord, Entführungen, dem Verbrennen unserer Häuser, dem Raub des Wenigen, was wir durch unsere Arbeit kaufen konnten. Wir sind vielmehr einem wahren Völkermord ausgesetzt, der zum Ziel hat, unsere Völker zu



„Das guatemaltekeische Heer im Dienste des Volkes“

vernichten, speziell die Indianer, damit sie in Ruhe leben können, die Generäle, die Reichen, ohne daß wir unsere Rechte fordern.

Das Militär verfolgt uns heute überall, ermordet uns in unseren Häusern, auf unseren Wegen, bei unserer Arbeit und im Wald. Manchmal kommen sie und versprechen uns Frieden, respektieren dann aber nicht ihre eigenen Versprechen. Und nach einer Weile ermorden sie die Wenigen, die ihren Lügen geglaubt haben. Sie sterben für das Vergehen, daß sie arm sind und daß sie Indianer sind.

Danach lügen sie abermals, indem sie ihre Massaker als Zusammenstoß zwischen Soldaten und der Guerilla darstellen, oder aber, wenn dies schwierig ist, ihre kriminellen Taten zu verstecken, behaupten sie, daß das Guerilleros gewesen seien. Aber, wir haben genug eigene Erfahrung, um zu wissen, daß das Militär und die paramilitärischen Banden es sind, die ohne Ausnahme morden und alles zu zerstören trachten.

Jetzt haben sie sich einen neuen Betrug ausgedacht: Sie präsentieren die Massaker als Zusammenstoß zwischen der Guerilla und vermeintlichen zivilen Patrouillen, wo angeblich Landarbeiter beider Banden starben. So erzählten sie die Vorfälle von Chinique/El Quiché, wo zwischen dem 30. März und dem 2. April, Soldaten in Zivil gekleidet 55 Personen ermordeten.

Diese „Zivilpatrouillen“ sind nichts anderes, als paramilitärische Banden von Soldaten oder Militärbeauftragten geleitet, oder von Spitzeln der jeweiligen Dörfer. In vielen Dörfern hat das Militär uns, alle Landarbeiter, gezwungen, sich an diesen Banden zu beteiligen. Sie sagen uns, daß, wenn wir nicht mitmachen, sie uns alle als Subversive ermorden und alles verbrennen. Außerdem haben sie denen, die bei den Patrouillen mitmachen, versprochen, daß sie die Ernte, Hab und Gut, ja sogar die Frauen der Landarbeiter bekommen, die sie massakrieren.

So wollen sie erreichen, daß Arme sich gegen Arme erheben, unsere Misere noch ausnutzend und den Terror, den sie

brachten. Sie wollen uns zwingen, als Kanonenfutter zu fungieren, damit wir unsere Klassenbrüder und Blutsbrüder ermorden.

Außerdem gibt es noch andere Lügen. Das Militär hat Versammlungen organisiert, wo sie die Leute zwingen teilzunehmen, genauso wie es die letzte Regierung machte. Jetzt deklarieren sie sie als Versammlungen der Zivilpatrouillen. So machten sie es in Nebaj und Chajul. Sie zwangen die gesamte Bevölkerung, die nicht in die Berge fliehen konnte, sich zu versammeln und „Pro-Militär-Parolen“ zu lernen. Dabei mischen sie Soldaten in Zivil unter uns, um uns zu kontrollieren. Den, der nicht schreit, was sie wollen, ermorden sie hinterher.

Auf diese Weise wollen sie vorzeigen, daß es eine Unterstützung des Militärs im Volk gibt. Zu solcher Komödie laden sie Journalisten und nordamerikanische Militärs ein, die versprochen haben, Waffen und andere Hilfe zu geben, um noch mehr Aggressionsakte gegen unser Volk zu finanzieren.

Neuerdings haben sie die sog. „Programme der Bürgeraktion“ in unseren Dörfern und Weilern wieder eingeführt. Diese Programme lösen in keiner Weise die Probleme wie das Fehlen von bebaubarem Land, guter Arbeitsbedingungen, Gesundheitsfürsorge und der Erziehung, die wir haben, der Ausbeutung unter der wir leiden und der Auswirkungen der Besetzung durch das Militär. Diese Aktionen dienen ihnen dazu, noch mehr Spitzel in unsere Dörfer zu bringen.

Das Militär läßt uns nicht säen

Angesichts dieser Situation des Terrors, durchgeführt vom Militär und seinen Banden, haben wir uns, die Mehrheit der indianischen Landarbeiter organisiert, um in die Wälder fliehen zu können, wenn sich das Militär nähert. So haben wir verhindert, daß die Massaker noch zahlreicher wurden. Wir nehmen mit an Essen, was wir können und tragen außerdem alle unsere Kinder, die wir mitnehmen, um zu verhindern, daß das Militär sie grauenvoll ermordet. Von den Erfahrungen, die wir gemacht haben, haben wir gelernt, kleinere Mengen an Verpflegung zu verstecken, Kleider, Töpfe und sonstige Geräte, um die notwendige Zeit überleben zu können, bis die Soldaten sich zurückziehen.

Aber das Militär läßt es nicht genug sein mit dem Verbrennen und Zerstören von allem, was sie in den Dörfern finden. Sie suchen und zerstören auch unsere versteckten Vorräte und publizieren dann, daß sie Schlupfwinkel der Guerilla aufgedeckt haben. Mit Maschinengewehren und Bomben verfolgen sie uns in die Berge und machen so auch oft die Flucht zunichte. Desweiteren beginnen sie, die Wälder abzubrennen. Diese Brände stellen sie dann dar als Feuerbrände im Wald, von der Natur verursacht, oder als Akt der Guerilla.

Wir wissen, daß das Militär damit das Ziel hat, uns aufzuscheuchen, damit sie uns an anderen Orten erwischen und töten können. Die Hälfte der Wälder von Chichicastenango wurden vom Feuer in diesem Jahr vernichtet und damit haben wir kein Holz mehr zum kochen. Sie vernichten Naturreserven, die wir in Zukunft brauchen werden.

Die, die wir uns verstecken, leiden unter den schlimmsten Bedingungen. Wir haben kein Essen. In einigen Gegenden essen wir Wurzeln und Kräuter, um zu überleben. Das Militär hat unsere Reserven an Mais vernichtet, der uns bis zur nächsten Ernte, zum Ende des Jahres ernähren sollte. Das Wenige, was nicht verbrannte, haben wir unter allen geteilt. Aber, es sind zu viele Münder und zu wenige Lebensmittel. Jetzt haben wir keine Hütten mehr. Wir hungern und frieren. Die Kinder sterben an Unterernährung oder an Krank-

heiten, zum Beispiel häufen sich die Fälle von Masern und anderen Ausschlägen.

Mit dem Beginn der Regenzeit wird sich unsere Situation noch verschlechtern, vor allem für die Kinder und die Alten. Wir befürchten, daß Epidemien ausbrechen könnten. All das geschieht, weil das Militär unsere Dörfer und Weiler besetzt hält.

Viele von uns, die jedes Jahr zu den großen Fincas an der Südküste hinabfahren, um einige Pfennige bei der Baumwoll-, Zuckerrohr- und Kaffeerte zu verdienen, können jetzt nicht mehr fort, aus Angst, auf dem Weg oder in den Fincas ermordet zu werden. Ermordet aus dem einfachen Grunde, weil wir arme Indianer sind, oder, weil wir aus ganz bestimmten Gegenden kommen. Besonders schlimm ergeht es uns, wenn wir aus El Quiché, Chimaltenango und Huehuetenango kommen. Das Militär und die Privatbanden der Großgrundbesitzer bezichtigen uns, subversiv zu sein und ermorden uns.

Ebenso ergeht es uns, die wir in anderen Orten oder in der Hauptstadt unsere Produkte verkauft, oder sonstwie Handel betrieben. Wir mußten den Handel aufgeben. Soldaten kamen in die Stadt, begleitet von Spitzeln, um die Leute aus ganz bestimmten Gegenden oder Dörfern auszumachen, um uns zu töten. So passierte es z.B. zwei Mitgliedern der Familie Lainez, vom Weiler La Estancia/El Quiché, ermordet am 27. April durch die Sicherheitskräfte der Regierung, inmitten der Hauptstadt, nachdem sie vor der großen Repression des Militärs in ihrem Dorf geflohen waren.

Sogar wenn wir das Land verlassen, verfolgen uns Banden der Militärs, die als Zivilisten mexikanischen Boden betreten, um Flüchtlinge zu ermorden oder die Mexikaner, die uns helfen. Auf diese Weise gibt es für uns keinerlei Möglichkeiten mehr, unsere Familien zu erhalten.

Die, die wir in den Dörfern bleiben, die vom Militär besetzt sind, müssen in diesem Jahr noch mehr Hunger leiden und Strapazen durchstehen. Das Militär läßt uns nicht säen. Alle, die sie auf dem Wege zum Feld oder das Land bearbeitend antreffen, bezichtigen sie, Guerilleros zu sein und ermorden sie. Daher kommt es, daß wir jetzt, wo wir an vielen Orten unseren Mais aussäen müßten, noch nicht einmal den Boden säubern konnten, wo es vorher gebrannt hat, den Boden, den wir verlassen mußten, als wir vorm Militär flohen.

An anderen Orten säen wir nachts oder versteckt. So wird die Ernte dieses Jahr sehr arm sein und unsere Familien müssen noch mehr hungern. Auf diese Weise will das Militär mit uns Schluß machen, daß wir nach und nach durch den Hunger getötet werden.

Für eine Regierung, die unser ist

Unsere Indianervölker widerstehen und kämpfen Hunderte von Jahren gegen Militärs, die versucht haben uns zu beugen. Wir werden jetzt weiter kämpfen, damit die Mörder, die Militärs aus unseren Gemeinden verschwinden, denn bei diesen liegt der Grund für die allergroßten Schlechtigkeiten. Wir wollen weder ihre Bürgeraktion noch ihre Kommandos, noch ihre Organisation von paramilitärischen Banden, noch ihre billige Propaganda. Wir wollen nicht, daß das Militär und die kriminelle Junta weiterhin scheinheilig von Menschenrechten, der Familie und von Gott reden, während sie gleichzeitig die schlimmsten Massaker in der Geschichte Guatemalas begehen, unsere Familien zerstören und unsere Kinder foltern.

Wir werden weiter kämpfen, damit es in Guatemala eine Regierung geben wird, die die Interessen der Armen und der Arbeiter verteidigt und die nicht fortfährt, nur die großen reichen Familien noch reicher zu machen, sowie die hohen Militärs. Eine Regierung, die ein menschenwürdiges Leben

den Landarbeitern und allen Armen ermöglicht, mit Land, Krediten, Erziehungswesen, angemessenen Wohnungen und Gesundheitsfürsorge. Eine Regierung, die unser ist, wo Indianer teilhaben, sowie auch Ladinos, wo alle patriotischen und demokratischen Sektoren des Volkes Stimme haben werden. Eine Regierung, wo das Militär dazu dient, unsere Souveränität zu verteidigen und nicht dazu da ist, zu massakrieren und zu rauben. Eine Regierung, die unser Leben respektiert, unsere Kultur, unsere eigene Identität, unsere Religion, die heute von der Regierung mit Füßen getreten wird, einer Regierung, die uns unterdrückt, diskriminiert, unsere Gotteshäuser ansteckt, Priester und Katechisten ermordet und auch uns ermordet, weil wir Teil des armen Volkes sind, Indianer, entschieden zu kämpfen.

Angesichts der bestialischen Repression des Militärs der kriminellen Junta, bitten wir um eine breite nationale und internationale Solidarität mit den guatemaltekischen Landarbeitern, speziell mit den indianischen Völkern. Wir bitten darum, daß sich in ganz Guatemala und in der ganzen Welt Stimmen erheben, die fordern, daß die Militärs, die Mörder der Militärjunta aus unseren Gemeinden verschwinden. Daß überall diese kriminellen Taten der Militärjunta bekannt werden, damit niemand betrogen wird, durch die falschen Versprechen, ihre Demagogie, die sie benutzen, um zu erreichen, daß das Ansehen der Regierung, besonders im Ausland sich verbessert, damit sie mehr Geld und Waffen erhal-

ten, um uns zu töten.

Wir rufen das nordamerikanische Volk und alle Völker der Welt auf, mit aller Kraft zu verhindern, daß noch mehr Militärhilfe der Junta von Generälen und Offizieren gewährt wird. Besonders rufen wir den Kongreß der Vereinigten Staaten auf, keine Hubschrauber, Flugzeuge, Waffen und Geld mehr an diese Junta zu geben. Diese werden allein dazu benutzt werden, uns weiterhin zu massakrieren. Sie bringen unserem Volk in keiner Weise etwas Gutes, sondern bergen nur die Gefahr der Ausweitung des größten und schrecklichsten Krieges in Zentralamerika.

Was wir vor allem möchten, ist, daß unser Volk und die Völker der ganzen Welt uns ihre Hilfe geben, für unseren gerechten Kampf, um für immer Schluß zu machen mit der Repression, der Ausbeutung und Diskriminierung, unter der wir leiden, damit wir die Regierung haben können, die wir wollen, um ein neues Guatemala aufzubauen, in Frieden und mit einer Hoffnung für unsere Kinder.

Militärs, Mörder raus aus unseren Gemeinden!

Schluß mit dem Völkermord an unserem Volk!

Machen wir die Massaker der derzeitigen Militärjunta bekannt!

Vereinigtes Landarbeiterkomitee (CUC)/Volksfront 31. Januar (FP-31)

(Quelle: Noticias de Guatemala, Guatemala-Stadt, 4. Jg., Nr. 80/15.5.1982)



Ein Stundenlohn für El Salvador

Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in El Salvador hat allein in den letzten Monaten über 10.000 Menschen das Leben gekostet. Unsere Kolleginnen und Kollegen in El Salvador wollen eine menschenwürdige Existenz, wollen Löhne, von denen sie leben können, Nahrungsmittel und Schulen für ihre Kinder, Arbeitsbedingungen, an denen sie nicht schon mit 40 Jahren sterben, wollen die Freiheit, sich politisch, gewerkschaftlich und kulturell engagieren zu können. Diese selbstverständlichen Forderungen nach Verwirklichung der Menschenrechte, nach sozialer und politischer Demokratie in einem unabhängigen El Salvador stoßen auf den erbitterten Widerstand der Herrschenden und ihrer militärischen Handlanger: Jeden Tag werden allein in der Hauptstadt San Salvador mindestens 20 von der Folter schrecklich verstümmelte Leichen gefunden; sie sollen gefunden werden – zur Abschreckung. Allein die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist lebensgefährlich, erst recht ein Streik oder eine Demonstration z.B. gegen die mindestens 30prozentige Arbeitslosigkeit. Im Interesse der wenigen reichen Großgrund- und Fabrikbesitzer treiben Militärs und Paramilitärs – unterstützt von "Beratern" und Waffen aus den USA – die salvadorianische Bevölkerung in die Alternative "Revolution oder Tod".

Gegen dieses unmenschliche Regime haben sich alle demokratischen Kräfte in El Salvador zu der nationalen Befreiungsfront (FDR/FMLN) zusammengeschlossen, damit der Völkermord nicht weitergeht und die Salvadorianer endlich selbst über ihr Land und dessen Entwicklung in Freiheit bestimmen können.

Die 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB verurteilte im Mai 1981 einstimmig "den Terror in El Salvador, den die regierende Junta zusammen mit rechtsradikalen Kräften gegen die Bevölkerung ausübt" und forderte unter anderem von der deutschen Bundesregierung, "die demokratischen Kräfte zu unterstützen und die FDR anzuerkennen". Auch der Ausschuß für die Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) fordert die "volle Solidarität mit dem Kampf der demokratischen und revolutionären Kräfte" in El Salvador.

Wir schließen uns diesen Forderungen an. Wir verurteilen die amerikanische Einmischung zugunsten der Machthaber in El Salvador. "Eine Unterstützung des gegenwärtigen Militärregimes dient nicht dem innerstaatlichen Frieden, den Sozialreformen und damit der Freiheit und Demokratie, sondern verschärft die Gewalttätigkeiten und die bewaffneten Kämpfe" (IBFG). Wir fordern auch von den USA Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht des salvadorianischen Volkes.

Damit unsere Solidarität nicht bei Apellen und Protesten stehenbleibt, damit unsere Kolleginnen und Kollegen in El Salvador unsere Unterstützung auch praktisch erfahren, spenden wir für die verfolgten Gewerkschafter

EINEN STUNDENLOHN FÜR EL SALVADOR

Diesem Aufruf haben bisher u. a. unterzeichnet:
 Hauptvorstand der IG Druck und Papier Landesvorstände der GEW Berlin u. Hamburg Beschäftigtenversammlung des WSI im DGB, Düsseldorf Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Hohenlohe-Schwäbisch-Hall Kurt Georgie, ehem. Vors. der IG Holz u. Kunststoff Werner VIII, IG Chemie Bernhard Hollenbeck, Vors. d. DGB Kreises Papenburg-Holtenhörn Andreas Schmidt, Vorstandsmitglied des IGM/DV-Hamburg Reiner Griep, Vors. d. GEW-Hamburg Gisbert Schiemmer, Klaus Brands, Wolfgang Rhode, A. Farrankopf, Gew. Sekretär der IG Holz u. Kunststoff Klaus Zwickel, Gew. Sekretär Hans-Ulrich Klose, Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg Klaus Bunget, Bürgermeister von Düsseldorf Wolf Michael Gatenhusen, MdB Freimut Düve, MdB Klaus Thüling, MdB Günther Jansen, MdB Hans Werner Loew, MdB, Bayern Prof. Dr. Peter von Oertzen, MdB, Niedersachsen Heidemarie Wiczorek-Zeul, MdB/BRD Dr. Rolf Linkhorst, MdB/BRD Horst Seefeld, MdB/BRD

Material zur internationalen Kampagne „Ein Stundenlohn für El Salvador“

• dreifarbiges Plakat DIN A 2 (wie Abb. oben)

• Broschüre „Gewerkschafter in El Salvador“ (40 Seiten mit Fotos)

Einzelpreis 3,- DM

ab 10 Expl. 2,- DM

Einzelpreis 3,- DM

ab 10 Expl. 2,- DM

Einzel- und Sammelbestellungen:

Informationsstelle El Salvador e. V.

Siebengebirgsallee 81

5000 Köln 41

Nur Sammelbestellungen:

Bernd Siebert

Gerresheimer Straße 84

4000 Düsseldorf 1

Spenden bitte unter dem Stichwort „Ein Stundenlohn für El Salvador“ an: Informationsstelle El Salvador e. V. Postcheck-Konto München, BLZ 700 100 80, Kto.-Nr. 180 769 - 802

Göttinger Eritrea-Diskussion

Am 8./9. Mai d.J. fand in Göttingen ein Treffen von Dritte-Welt-Zeitschriften statt. Obwohl lange geplant und anknüpfend an eine vor nunmehr über einem Jahr von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) und ihrer Zeitschrift „Pogrom“ gegen das AIB eröffnete Kontroverse (siehe unseren Kommentar in: AIB 3/1981, S. 48), stieß das Thema Eritrea auf kein großes Interesse. Die Kontrahenten blieben im wesentlichen unter sich. Teil nahmen außer Pogrom und AIB nur noch die blätter des iz3w. Das mag auch an technischen Mißverständnissen bei der Vorbereitung liegen. Aber mehr noch liegt es wohl an der Kompliziertheit des Gegenstandes und an der Tatsache, daß die Eritreafrage – schaut man auf die reale Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung in der Bundesrepublik und anderswo – als Solidaritätsthema keine erstrangige Rolle spielt.

Die Diskussion in Göttingen stand unter dem Thema „Sozialistische Entwicklung und demokratische Nationalitätenpolitik am Beispiel Äthiopien/Eritrea“. Sie sollte auf der Grundlage zweier Einleitungsreferate des AIB und der GfbV geführt werden. Doch letztere beließ es bei einem zweiseitigen Thesenpapier zum allgemeinen Selbstverständnis, ohne echten Themenbezug. Darin hieß es beispielsweise: „Wichtige Vertreter eingeborener (!) Völker betonen immer wieder, daß sie nie eine kapitalistische Gesellschaftsordnung hatten, sie deshalb auch den Sozialismus nicht nötig haben.“ Kein Zeichen sachlicher Kompetenz. Die Diskussion fand deshalb im wesentlichen zwischen dem Referenten des AIB, Jürgen Ostrowsky und dem Gießener Eritrea-Experten Günter Schröder, einem Autoren der blätter des iz3w, statt.

Wir dokumentieren im folgenden die stark gekürzte Version des Papiers von J. Ostrowsky, auf das sich die Diskussion im wesentlichen bezogen hat. Das Papier zeichnet die wesentlichen kontroversen Punkte der Auseinandersetzung nach. Es entwickelt davon ausgehend die Position, daß die Eritreafrage nur auf der Basis von Verhandlungen, die die revolutionären Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesamtregion offenhalten müssen, gelöst werden kann, wobei der 9-Punkte-Vorschlag des äthiopischen Revolutionsregimes vom Mai 1976 als ein praktikabler Rahmen hierfür angesehen wird. Die ungekürzte Fassung des Papiers von J. Ostrowsky wird demnächst in einem Sonderheft des Kieler Forums erscheinen, das der Eritreafrage gewidmet sein wird.

Jürgen Ostrowsky

Die zwei Seiten der Eritreafrage

Die kontroversen Positionen in der Auseinandersetzung zwischen der äthiopischen Zentralregierung (dem DERG genannten Revolutionsrat) und der Bewegung, die den Kampf für die nationale Unabhängigkeit des Gebietes Eritrea führt, sind rasch umrissen.

Auf der einen Seite steht die des DERG, der eine Loslösung Eritreas bislang entschieden ablehnt und im Rahmen einer Nationalitätenstaatskonzeption für das eritreische Gebiet einen Status als „autonome Region“ vorschlägt. Auf der anderen ist die der nationalistischen Bewegung (namentlich die der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF sowie der Eritreischen Befreiungsfront ELF), welche die Loslösung des Gebietes Eritreas von Äthiopien anstreben.

Zur Legitimation der jeweiligen Position wird eine Auseinandersetzung darüber geführt, ob zwischen Eritrea und Äthiopien historische usw. Verbindungen bestanden bzw. bestehen. „Eritrea war immer ein eigenes Land für sich, das nichts mit Äthiopien zu tun hatte“, erklärte der italienische Sozialist Lelio Basso 1978.¹ So einfach ist die Sache nun wieder nicht, denn beide Seiten können Argumente für ihre Position anführen.

Die historische Streitfrage läßt sich nur äußerst schwer endgültig beantworten. An der allzu klaren Darstellung der eritreischen Nationalisten sind Zweifel erlaubt: Die trennenden Elemente sind gewiß nicht so zwingend wie von ihnen behauptet. Unstreitig ist indessen auch die Legitimität des Widerstandes gegen das Feudalregime, das alle Freiheiten beseitigte, die Eritrea dem UN-Beschluß (von 1950; d. Red.) zufolge zustanden.

Für die heutige Diskussion ist dies jedoch nicht allein entscheidend. Für sie müssen die durch die Ereignisse von 1974 eingetretenen Veränderungen einbezogen werden. Sie machten die Lage einerseits komplizierter – und daraus ergibt sich wesentlich die heutige tragische Situation –, andererseits eröffneten sie jedoch Möglichkeiten, das Eritrea-Problem wie die übrigen Nationalitätenfragen Äthiopiens „aufzuheben“, eine Lösung auf einer anderen Ebene zu finden. Dies gilt umso mehr, als sich mit dem äthiopischen Revolutionsregime und namentlich der EPLF Kräfte gegenüberstanden und -stehen, die sozialistische Positionen für sich reklamieren.

Seit 1972 kämpfte die EPLF gegen die feudale Unterdrückung und den mit dem Feudalregime verbündeten US-Imperialismus. Ab 1974 wurden beide „von Äthiopien selbst verworfen. Kann unter diesen Bedingungen nicht der Gegner von gestern ein Partner werden“?²

Der 12. September 1974, vor allem aber die raschen Entwicklungen der nachfolgenden Etappe, stellten eine qualitativ neue Situation her. Ihre Kennzeichen, die aus vagen Anfängen immer deutlicher hervortraten: Proklamation einer sozialistischen Perspektive (im ersten programmatischen Dokument vom 20. Dezember 1974, „Ethiopia tikdem“ – „Äthiopien zuerst“, als äthiopischer Sozialismus“ bezeichnet), antif feudale und antiimperialistische Stoßrichtung, Bereitschaft zu einer progressiven Lösung der Nationalitätenfrage.³ Die neue Lage ermöglichte es, diese Frage auf einer neuen Ebene zu lösen, im Rahmen einer gemeinsamen revolutionären Anstrengung, welche die trennenden Elemente

abbauen würde. Die Festigung und Vertiefung dieses Prozesses liegt im objektiven Interesse der konsequent revolutionären Kräfte auf beiden Seiten.

Dies machte eine neue Bestimmung der eigenen Politik auch auf Seiten der nationalistischen Bewegung Eritreas erforderlich, eine Neueinschätzung der Sezessionsforderung. Bestimmte Kreise auch hierzulande umgehen dieses fraglos komplizierte Unterfangen schlicht, indem sie diese Notwendigkeit ignorieren und/oder der äthiopischen Entwicklung nach 1974 einfach den revolutionären Charakter absprechen – mehr oder weniger direkt.⁴

Äthiopiens „Sozialismus“ – nur leere Worte?

Wie sehen die Tatsachen aus?

Nach enormen Anfangsschwierigkeiten und unter ständigen sehr rigoros und anfangs blutig ausgetragenen Differenzierungskämpfen, unter Widersprüchen und Fehlern (so zeitweise bei der Bodenreform) wurde nicht nur das Profil der Revolutionsregierung deutlich, sondern die Vorhaben auch – gegen zahlreiche Widerstände – realisiert. Sie stießen auf wachsende Unterstützung der vom feudalen Joch befreiten Massen.

Daß ein solcher Prozeß kompliziert und gewiß nicht im Eilverfahren zum Erfolg zu bringen, geschweige denn der Sozialismus per Dekret volle Realität ist, liegt auf der Hand. Letzteres ist vom DERG auch nie behauptet worden. So verwundert die – gelinde gesagt – absonderliche Polemik der EPLF in ihrem Programm vom Januar 1977: „Die Offiziersclique rief den 'Äthiopischen Sozialismus' aus... Als ob man den Sozialismus per Erklärung und militärischem Staatsstreich einführen könnte! Aber die Offiziersclique hat in Äthiopien den 'Sozialismus' durch leere Beschlüsse innerhalb eines Jahres errichtet!“⁵

Die entscheidenden Bestimmungen wurden während des Jahres 1975 erlassen (und damit relevante Teile des „Programms der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens“ vom 20. April 1976 „vorweggenommen“): Bodenreform (März), Verstaatlichung der Zweithäuser und des städtischen Grundbesitzes (Juli), Verstaatlichung von Banken und Versicherungsgesellschaften (Januar), der größeren Privatindustrien (Februar); dazu Bestimmungen über die Höhe des Privatkapitals (Dezember) sowie ein neues Arbeitsrecht (Dezember). Diese Reformen – im Zusammenhang mit der Trennung von (koptischer) Kirche – die mit dem amharischen Herrscherhaus und der amharischen Aristokratie eng verfilzt gewesen war – und Staat – brachen die Macht der amharischen Feudalherren wie des übrigen Großgrundbesitzes, der Finanz- und Industriebourgeoisie.

Für die Lösung der nationalen Konflikte sind spätere Maßnahmen von Bedeutung, vor allem die offiziell am 3. Februar 1979 gestartete Kampagne für wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt.

In ihrem Zuge wurden – nach dem endgültigen Scheitern der Abtrennung des Ogaden – auch effektive Hilfsmaßnahmen für die Somali-sprachige Ogaden-Bevölkerung eingeleitet.⁶ Kernstück der Kampagne ist eine mit umfangreichen Lehrmitteln ausgestattete Alphabetisierungsinitiative. Sie findet statt in fünf Sprachen: Amharisch (das auch weiterhin als „lingua franca“ gelten soll), Oromo, Tigrinya, Somali und Wollomo; für die folgende Stufe ist die Ausweitung auf insgesamt 15 Sprachen angesetzt, darunter Afar.⁷

Ein durchaus reserviert der äthiopischen Entwicklung gegenüberstehender Autor kommt zu folgenden Einschätzungen der Politik der DERG:

„1. Den vor 1974 in Äthiopien herrschenden Klassen, dem politischen Bündnis von Kirche, feudalem Großgrundbesitz

und kaiserlicher Zentralgewalt ist durch die Agrarreform die ökonomische Grundlage entzogen worden. Mindestens in diesem Sinne ist es gerechtfertigt, von der 'äthiopischen Revolution' zu sprechen.

2. Die agrarpolitischen Bestimmungen der Agrarreform sind geeignet, die Entstehung neuer ländlicher Klassengegensätze (z.B. Kulaken) weitgehend zu verhindern.

3. Die Verstaatlichung der großen Industrie hat die Voraussetzung für ein nationales Akkumulationsmuster geschaffen, das sich nicht mehr blind nach kapitalistischen Gesetzen (z.B. Profitmaximierung) vollziehen muß, tendenziell eine bewußte Reduktion der Weltmarktabhängigkeit ermöglicht sowie eine Umverteilung des industriell erwirtschafteten Mehrprodukts denkbar macht.

4. Während im vorrevolutionären Äthiopien die politische Isolation der Massen systemimmanent war, machten die Agrarreform und die städtische Landreform erstmals in der Geschichte des Landes deren breite Mobilisierung notwendig. Sie findet ihren institutionalisierten Ausdruck in den Bauernvereinigungen und den K'ebeles (Stadtviertelvereinigungen; d. Verf.).“⁸

Das Provisorische Büro für Massenorganisationsfragen des DERG (POMOA) sorgte in den rückgewonnenen Gebieten für die Bildung derselben Massenorganisationen wie im übrigen Äthiopien.

K'ebeles wurden in den Städten wie Asmara und Massawa gebildet. Den K'ebeles obliegt z.B. – analog den Bauernvereinigungen – eine begrenzte Selbstverwaltung: Gründung städtischer Produktionsgenossenschaften, Wahl von Richtern auf unterer Ebene, Durchführung politischer Schulungen u.a.m. Auf dem Land wurden Bauernvereinigungen geschaffen, sogar Volksmilizen wurden gebildet und bewaffnet, die in einigen Regionen alle militärischen Funktionen übernahmen. Zugleich setzte die Sonderkommission des DERG für Eritrea mit einem Budget von zunächst 10 Mio Dollar Rehabilitationsmaßnahmen für Kriegsoffer in Gang.⁹



Mai-Demonstration in Addis Abeba



Seither wechselte offenbar eine große Anzahl von Angehörigen der EPLF wie der ELF die Seiten.¹⁰ Eine seit dem Januar dieses Jahres laufende Offensive gegen die Restpositionen der EPLF im eritreischen Nordwesten um die Stadt Nacfa, in einer schwer zugänglichen Bergregion – die sog. „Operation Roter Stern“ –, sieht auf dem zivilen Sektor umfangreiche Ausgaben für den Wiederaufbau in Eritrea vor, für Reintegrationsmaßnahmen von Flüchtlingen, die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Beseitigung von Versorgungsengpässen.

Die eritreische Sezessionsbewegung ist – sozusagen naturgemäß – gegen solche Reformprojekte des DERG in Eritrea eingestellt – nicht nur verbal, sondern auch in der Praxis. In diesem Zusammenhang wurden bei der Erörterung der Offensive „Roter Stern“ im Januar dieses Jahres schwere Vorwürfe von Seiten Mengistu Haile Mariams, des DERG-Vorsitzenden, gegen die Unabhängigkeitsbewegung erhoben: Zerstörung von Infrastruktureinrichtungen, Fabriken, sogar von Schulen und Hospitälern, auf den den Bauern übergebenen ehemaligen Farmen ausländischer Kapitalbesitzer. Wie es sich damit auch verhält – vor wenigen Wochen sprengten EPLF-Einheiten einen größeren Stausee bei Asmara, der für die Trinkwasserversorgung und Bewässerung wichtig ist.¹¹ Die doppelte Tragik der Eritreafrage liegt heute darin, daß der äthiopischen Revolution innerhalb des eritreischen Nationalismus gleichfalls ein revolutionäres Potential gegenübersteht. Die Revolutionsregierung hat sich deshalb explizit an die progressiven Kräfte des eritreischen Nationalismus gewandt und zugleich die Legitimität des bewaffneten Widerstandes gegen das Feudalregime anerkannt: „Im Wissen, daß es progressive Kräfte gibt, die zu den Waffen gegriffen und gegen das autokratische Regime in der Verwaltungsregion Eritrea gekämpft haben, hat sich die Provisorische Militärregierung mehrfach an diese gewandt mit dem Aufruf, sie mögen, indem sie Seite an Seite mit anderen progressiven Äthiopiern arbeiten, die Revolution ihrem letztlichen Ziel näherbringen...“¹²

Es ist richtig, daß die äthiopische Revolution, die mit den Aufständen und Streiks vom Februar 1974 einsetzte, um sich mit dem Sturz Haile Selassies am 12. September 1974 durchzusetzen, erst allmählich zu einer klaren Position in der Nationalitätenfrage fand.

Im Dezember 1974 formulierte der DERG in seinem Doku-

ment „Ethiopia tikdem“ erstmals den Umriss einer künftigen äthiopischen Vielvölkergemeinschaft. Das Programm vom 20. April 1976 präziserte dann:

„Das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten wird anerkannt und voll geachtet. Keine Nationalität wird eine andere beherrschen, denn Geschichte, Kultur, Sprache und Religion jeder Nationalität werden, dem Geist des Sozialismus entsprechend, gleiche Anerkennung genießen. Die Einheit der Nationalitäten Äthiopiens wird sich auf ihren gemeinsamen Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und alle reaktionären Kräfte gründen. Dieser vereinte Kampf beruht auf dem Bestreben, ein neues Leben und eine neue Gesellschaft auf der Basis der Gleichheit, der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Achtung aufzubauen... In der gegebenen Situation (!) Äthiopiens kann das Nationalitätenproblem gelöst werden, wenn jeder Nationalität das volle Selbstverwaltungsrecht gewährt wird. Das bedeutet, daß jede Nationalität regionale Autonomie besitzt und über Fragen ihrer inneren Angelegenheiten entscheiden wird. Auf ihrem Gebiet hat sie das Recht, den Inhalt ihres politischen, ökonomischen und sozialen Lebens zu bestimmen, ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre eigenen Führungs- und Leitungskräfte für ihre inneren Organe zu wählen. Dieses Selbstverwaltungsrecht der Nationalitäten wird im Einklang mit allen demokratischen Verfahren und Grundsätzen in die Praxis umgesetzt.“¹³

Daß es sich dabei um mehr als eine reine Absichtserklärung handelte, belegt die seitherige Praxis. Dasselbe gilt für Eritrea, dessen besondere Problematik der DERG in einer „Politischen Erklärung zur Lösung des Problems der Verwaltungsregion Eritrea auf friedlichem Wege“ am 16. Mai 1976, also bereits einen Monat später, aufgriff.¹⁴ Sie wurde unter dem Namen „Neun-Punkte-Vorschlag“ bekannt.

Unzweifelhaft stellt das Nationalitätenkonzept des DERG weitestgehend jenen Zustand der Föderation von 1950/52 wieder her, dessen Existenzfähigkeit vor allem durch die feudale Repression zunichte gemacht worden war. Zudem entspricht diese Konzeption eines Vielvölkerstaates dem, was im Rahmen Eritreas auch die EPLF zur Lösung der zwischen den dort lebenden verschiedenen Nationalitäten bestehenden Probleme in ihrem Programm vorschlägt. Dem Buchstaben zufolge entsprechen beide Vorstellungen den Prinzipien einer revolutionären Nationalitätenpolitik.

Die Nationalitätenpolitik des DERG

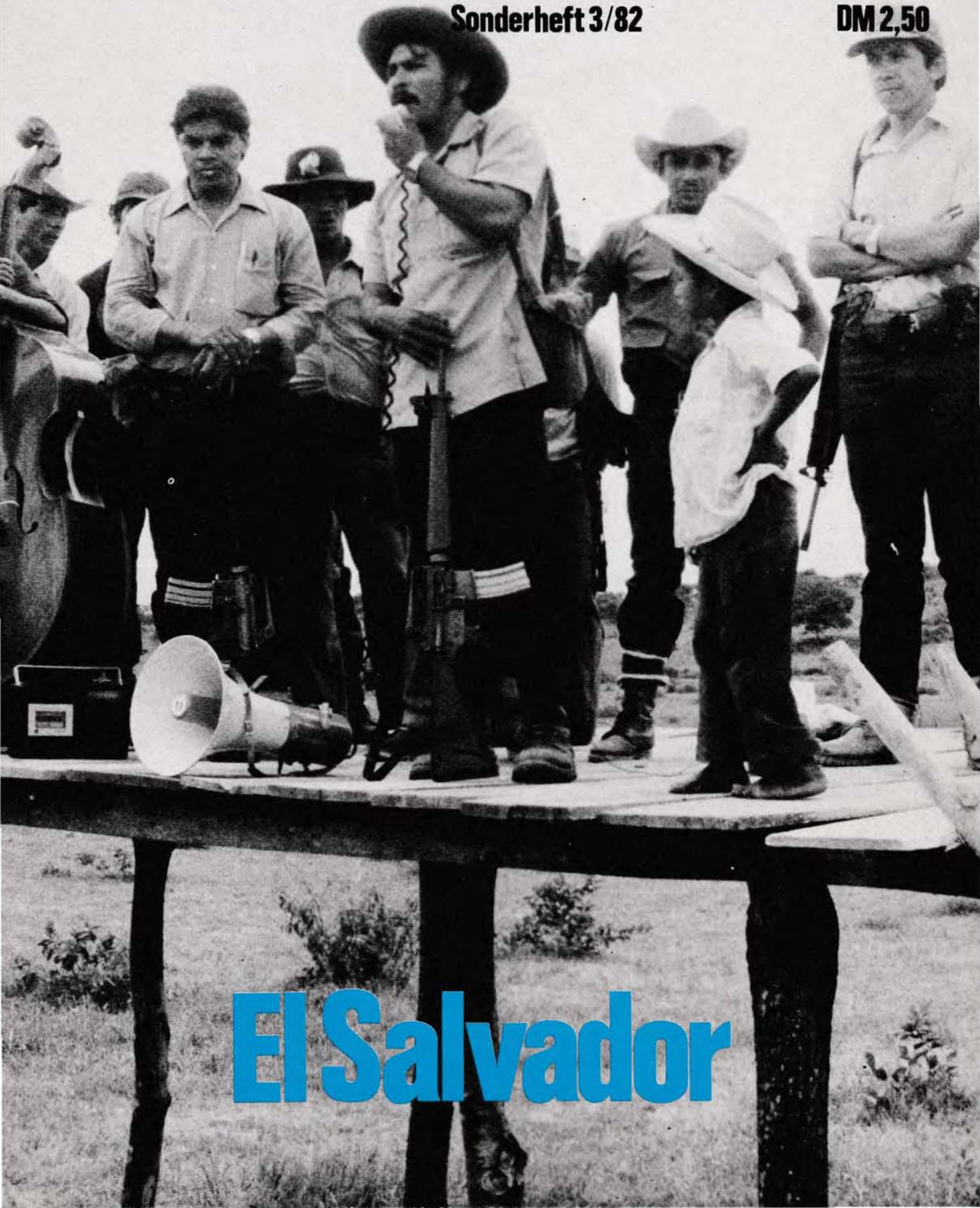
Das Konzept vom Mai 1976 bietet eine Basis für eine Lösung des Eritrea-Problems. Sozusagen „in Ermangelung“ inhaltlich-programmatischer Widersprüche in den meisten Fragen der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie ausgehend von einer zumindest verbal gleichen Grundposition für die Lösung von Nationalitätenproblemen bei EPLF und äthiopischer Revolutionsregierung – reduzierte sich da nicht die Forderung auf Sezession als spezifische Form der nationalen Selbstbestimmung auf ein zweitrangiges Problem?

Die Realität sieht bekanntlich anders aus. Die Positionen stehen heute nach wie vor diametral und scheinbar unversöhnlich gegeneinander. Von ihrer Maximalforderung ist die EPLF bis 1980 in keiner Phase abgewichen – auch nicht während der kurzen Ansätze von Verhandlungen, die z.B. 1978 auf Einwirkung Kubas und anderer sozialistischer Kräfte zustande kamen. Worum sollte auch verhandelt werden, wenn deren Ergebnis von Seiten der EPLF im Vorhinein feststeht? ZK-Mitglied Haile Menkerios in einem Interview 1979: „Das Hauptziel (!) der eritreischen Revolution (!) ist die völlige Unabhängigkeit vom äthiopischen

AIB

Sonderheft 3/82

DM 2,50



El Salvador

Inhalt

El Salvador –
Kein neues Vietnam 25

Veronika Sieglin
Soziale Veränderungen
im Griff der Oligarchie 27
El-Salvador-Daten 30

Wolfram Brönnner /
Heinz-Jürgen Nieth
Von der „Reform“-junta
zum Krieg gegen das Volk 32
G. Garcia: „Darum handeln
wir so entschieden!“ 35

Wolfram Brönnner /
Heinz-Jürgen Nieth
Der Befreiungskampf
der FMLN/FDR 37
Programm der FDR 46
Gespräche mit Commandante
R. Gutierrez über die Volks-
macht in den kontrollierten
Gebieten 49
Ex-CIA-Agent Barnes
packt aus 55
FMLN/FDR-Vorschlag zu
Friedensverhandlungen 57

Wolf Breugel
Die Bundesregierung und
El Salvador – ein wider-
sprüchliches Verhältnis 58
Und wo steht die
CDU/CSU? 58
Französisch-mexikanische
Erklärung 59

Aktions- und Materialspiel 60

ASK-Materialien zu El Salvador/Mittelamerika



Plakat „Nein zur US-Intervention in Mittelamerika“ (s.o.), DIN-A2-Langformat, dreifarbig, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,30 DM (Best.-Nr. B-0505)

Info El Salvador, mit Artikeln zum US-Interventionskurs in Mittelamerika, Zu den „Wahlen“, Rede Ortegas vor der UNO, Stellungnahme der FDR/FMLN, UNO-Resolution usw., DIN-A4, 20 Seiten, Preis 2,- DM, ab 10 Ex. 1,70 DM (Best.-Nr. B-0105)

Grafikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, Preis: 10,- DM, ab 10 Ex. 8,- DM (Best.-Nr. B-0504)

Zur ASK-Kampagne der materiellen Solidarität mit den von der FMLN kontrollierten Gebieten „Brot für El Salvador“:

Aufruf, DIN-A4, Rückseite frei für Eindruck, Preis je 100 Ex. 3,- DM (Best.-Nr. B-0101)

Faltblatt, DIN-A5, 6 Seiten, Preis: 0,20 DM, ab 10 Ex. 0,15 DM (Best.-Nr. B-0102)

Plakat, DIN-A2, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,20 DM (Best.-Nr. B-0501)

Broschüre „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des 'Komitees von Santa Fe' für den Präsidentschaftskandidaten Reagan, DIN-A5, 48 Seiten, Preis: 3,- DM, ab 10 Ex. 2,70 DM (Best.-Nr. B-0106)

Diese Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (0611) 234659,

Spendenkonto: Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, PschA. Frankfurt/Main, Kenn-
wort: El Salvador

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postcheckkonto 312093-607, Postcheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.) Nico

Biver, Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: E. Alsdorf, A. J. Arndt, M. Dautermann, P. Garcia, P. Grund, V. Klose, C. Klotz, A. Krajczek, N. Noisser, H. Mayer, U. Rupp, G. Schmidt-Bollmann, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 15. 6. 1982

Anzeigen: J. H. W. Dietz Verlag, Z-ZAMBON, BUKO, Roderberg Verlag, ASK, elan, Informationsstelle El Salvador.

EL Salvador: Kein neues Vietnam zulassen!

Die Reagan-Administration hat 1981 El Salvador zum „Testfall“ ihres globalen Konfrontationskurses erklärt. Das ausgreifende Engagement der USA in El Salvador/Mittelamerika soll den Beweis erbringen, daß die Schlappe der Weltmacht Nr. 1 im Vietnamkrieg (1964-73) lediglich ein „vermeidbarer“ Betriebsunfall gewesen sei. Laut US-Außenminister Alexander Haig, ehemals NATO-Oberkommandierender und als Offizier im Vietnamkrieg dabei, lassen sich die in Indochina begangenen Fehler in El Salvador vermeiden, hätten doch „die Vereinigten Staaten dort militärisch gewinnen können, wenn sie nur schneller und entschiedener zugeschlagen hätten“.

Genau darauf steuern A. Haig/R. Reagan heute im Kampf um El Salvador zu. Und nur eine starke Protestbewegung, in den USA und weltweit, wird sie davon abhalten können, im Fall einer greifbaren Niederlage des salvadorianischen Diktaturregimes selbst militärisch noch „schneller und entschiedener zuzuschlagen“.

Noch, weil sie längst direkt gegen die Aufstandsbewegung in El Salvador und im Grenzgebiet zu Honduras intervenieren (siehe Beitrag von A.I. Barrios). Und von da ist es nicht mehr weit zur Entsendung regulärer US-Kampftruppen wie dereinst in Indochina (zeitweilig 500.000 Mann!), zum totalen US-Bombenkrieg oder zum multinationalen Invasionsheer – Varianten, die in Washington lauthals diskutiert werden. Die ersten Schritte zur Kriegeskalation in und um El Salvador (siehe auch AIB 4/1982, S. 4ff. und AIB-Sonderheft 2/1982 zum Antiinterventionskongreß in Münster) sind längst getan.

A. Haig: „Entschiedener zuschlagen als in Vietnam“!

Daß in den USA die Menschen seit Vietnam – sieht man von der Atomrüstung ab – nichts mehr derart aufrüttelte wie El Salvador, hat also gute Gründe: Die negativen Eigenerfahrungen mit dem verlorengegangenen Vietnamkrieg (1964-73) sind noch sehr lebendig, die Parallelen beider Engagements zu offensichtlich. Worin bestehen sie? Auch in Vietnam stand am Anfang die Entsendung einiger Dutzend US-Militärs, von Ausbildern der „Green Berets“ und Beraterstäben, für die Aufstandsbekämpfung. Auch im Fall Vietnam legitimierte Washington das zunehmende militärische Eingreifen mit einer vermeintlichen „kommunistischen Intervention“, damals seitens Nordvietnams, diesmal seitens Kubas, Nikaraguas und der Sowjetunion. Auch zu Anfang ihrer Überlebenshilfe für das Regime in Südvietnam drohte eine republikanische US-Regierung an, sie werde mit militärischen Gegenmaßnahmen nötigenfalls bis zu den „Quellen“ des Befreiungskampfes gehen. Was folgte, war ein Bombenkrieg gegen Nordvietnam, war die Ausdehnung der US-Kriegsführung auf Kambodscha und Laos. Die Reagan-Administration vertieft nur den Argwohn, wenn sie das „Vietnam-Syndrom“ für längst überwunden erklärt, wenn sie jede Ähnlichkeit zwischen ihrer damaligen Verstrickung in Indochina und der gegenwärtigen in Mittelamerika ableugnet.

Ihre aktuelle Argumentation läuft darauf hinaus, den Kampf um El Salvador als eher gewinnbar (!) und noch wichtiger erscheinen zu lassen: Zunächst einmal liege – so W.J. Casey/A. Haig – El Salvador vor der „Haustüre“ der USA, wohingegen Vietnam 9.000 km entfernt gewesen sei. Im Unterschied zu Vietnam gehe es in Mittelamerika und der Karibik um gefährdete Lebensinteressen der USA, weshalb ein „Domino-Effekt“ hier bis zum Inneren der USA durchzuschlagen drohe. Ronald Reagan: „Die Terroristen zielen nicht nur auf El Salvador ab. Sie zielen auf das gesamte Mittel- und später möglicherweise Südamerika, und, da bin ich sicher, eventuell Nordamerika ab. Was wir machen, ist der Versuch, den Export dieser destabilisierenden Kraft der Guerilla-Kriegsführung und Revolution nach hierhin zu unterbinden.“

Kein Wunder, daß sich heute in den USA selbst und gerade auch in Westeuropa eine Antiinterventionsbewegung zu El Salvador/Mittelamerika formiert, die in Vielem an die Antikriegsbewegung zu Vietnam Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erinnert.

Seit den Tagen der US-Weihnachtsbombardements 1972/73 gab es keine antiimperialistischen Solidaritätsaktionen solchen Massencharakters in den USA und Westeuropa. Ein Ausdruck dessen: Im März 1982 gingen bei nationalen Manifestationen in Washington 50-80.000, in Frankfurt 25-30.000 Menschen auf die Straße. Ihr Leitspruch: „Kein neues Vietnam in El Salvador! Gegen die US-Intervention in Mittelamerika!“

Seit Vietnam und Chile (1973) hat auch die Opposition gegen Interventionspraktiken in der Dritten Welt nicht mehr derart breite Kreise erfaßt. In den USA, wo mittlerweile mehr als 300 El-Salvador-Komitees landesweit agieren, reicht der Widerstand gegen R. Reagans Mit-

telamerikapolitik von der Linken über das Gesamtspektrum der Kirchen bis in die Zentralgewerkschaft AFL/CIO und den Kongreß in Washington hinein. Bei einer Umfrage des Gallup-Instituts vom Februar 1982 wandten sich 89% der befragten US-Bürger gegen eine Truppenentsendung nach El Salvador, 54% gegen jede Überlebenshilfe für die Junta.

Damals unterstützte rund 1/4 der Abgeordneten im Kongreß eine Resolution, in welcher die Feststellung R. Reagans, man könne von „Fortschritten“ in der Menschenrechtsfrage in El Salvador ausgehen, als unhaltbar bezeichnet und eine vorläufige Einstellung der Hilfe gefordert wurde. Nachdem Ende Mai d.J. der Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen der Reagan-Administration die geforderte Erhöhung der US-Militärhilfe für San Salvador verweigerte, sind ähnliche Voten des Kongresses (die nächsten Bewilligungen stehen im Juli und Dezember 1982 an) nicht mehr völlig auszuschließen.

Wirkung zeitigt auch die weitgehende internationale Ablehnung dieses US-Interventionismus. Gegen ihn erklärten sich in jüngster Zeit eine Reihe von Schlüsselstaaten Amerikas und Westeuropas, darunter die Regierungen Mexikos, Kanadas, Brasiliens, Frankreichs, Griechenlands, Hollands und Schwedens. Sie lehnten allesamt die – von Washington erbetene – Entsendung von Wahlbeobachtern zum 28. März 1982 nach El Salvador ab und sprachen sich für eine politische Verhandlungslösung auf der Grundlage der französisch-mexikanischen Erklärung vom August 1981 und der regionalen Friedensinitiative Lopez Portillos vom Februar 1982 aus.

Auch Bonn muß durch vermehrten Druck der Solidaritätsbewegung dazu gezwungen werden, eine solche Verhandlungslösung ausdrücklich zu unterstützen. Es muß dazu gezwungen werden, sich unmißverständlich gegen den Interventionskurs Washingtons in El Salvador und der Region zu wenden. Ein neues Vietnam in El Salvador zu vereiteln, hieße die von Washington heraufbeschwörte „Gefahr eines überregionalen, wenn nicht sogar weltweiten Konflikts“ (so der Münsteraner Antiinterventionskongreß) zu bannen. Und das ist wohl, abgesehen von der bereits ansehnlichen materiellen Hilfe für die FMLN/FDR, der gegenwärtig wichtigste Auftrag der hiesigen El-Salvador-Solidaritätsbewegung überhaupt.



Salvadorianisches Volk zu R. Reagan, der eine Kerze für Polen ins Fenster stellt: „Wie war's mit einer Kerze für uns, mein Herr?“

Alfons I. Bresche

Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?



Worum es beim Konflikt in und um El Salvador in Wahrheit geht, welche realen Ursachen dieser Konflikt hat, das zu durchschauen, fällt hierzulande nicht leicht. Es wird dem Bundesbürger von den Massenmedien auf doppelte Weise schwer gemacht. Da werden nicht nur die Verbrechen des salvadorianischen Regimes gegen das eigene Volk an den Rand gedrängt, heruntergespielt, verdrängt. Da wird auch gar zu gerne darüber hinweggesehen, daß sich dieses Killerregime in San Salvador nur dank einer überdimensionalen Militär- und Wirtschaftshilfe seitens der USA an der Macht zu halten vermag. Die Verantwortlichen für den Kriegszustand in El Salvador, die wirklichen Gewaltverursacher sollen im Dunkeln bleiben. Und mit ihnen die eigentlichen Wurzeln der salvadorianischen Krise und Volksrebellion.

Die Frage nach den Ursachen des El-Salvador-Konflikts und die nach den Interventen hängen hautnah zusammen. Dafür sorgten allein schon die Irreführungsversuche der Reagan-Administration.

Für sie handelt es sich schlicht um einen von Außen eingeschleusten, einen von fremden Mächten nach El Salvador/Mittelamerika exportierten Konflikt. In ihren Augen herrschte bis zum Revolutionsauftritt in Nicaragua, Grenada (1979) und El Salvador in der mittelamerikanisch-karibischen Region noch eine heile Welt. Eine heile Welt, das sind für den konservativen US-Präsidenten „freies Unternehmertum“ und „demokratische Regierungen“, anstelle einer „weitere(n) Ausbreitung der politischen Gewalt“, des „eisernen Griff(s) der totalitären Linken in Grenada und in Nicaragua sowie ... die sich ausweitende Unterstützung für gewaltsame Revolutionen in Mittelamerika – begünstigt von der Sowjetunion, dirigiert von Kuba.“ Also sei, schlußfolgernd Ronald Reagan, die Wurzel der mittelamerikanisch-karibischen Krise im „importierten Terrorismus und bewaffneten Angriff“ zu suchen.¹

Für den denkenden Rest der Welt, von dem 1981 abgelösten US-Botschafter in San Salvador, Robert White, bis zu den Revolutionären Lateinamerikas, sind die Ursachen der Rebellion in El Salvador und der Region vorort zu suchen. In ihren Augen ist diese Rebellion die Antwort auf eine unerträgliche soziale Ungerechtigkeit und Not, auf die Gewaltorgien alteingesessener Militärdiktaturen und auf die neokolonialistische Gängelung durch die regionale Vormacht USA. Die Rebellion hat vorrangig interne Wurzeln, aber nicht nur...

Daniel Ortega Saavedra, Sandinistaführer und Regierungskordinator des revolutionären Nicaragua, illustrierte den geschichtlichen Hintergrund der aktuellen Krise in Mittelamerika/El Salvador. In seiner Rede vor der 36. Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) im Oktober 1981 machte der Sandinistaführer den geschichtlichen Ursprung der Krise in Mittelamerika/El Salvador an drei Punkten fest: a) an der jahrhundertelangen Ausbeutung der mittelamerikanischen Länder durch die entwickelten kapitalistischen Staaten, insbesondere durch die dominierenden USA; b) an der Stützung volksfeindlicher Diktaturregimes, die ausbeuterische Minderheiten repräsentieren, welche „wie Eunuchen den Interessen der internationalen Ausbeutung dienen“; c) an der fortgesetzten Verteidigung der „brutalen wirtschaftlichen Ausbeutung“ durch eine nicht abreißende Kette von Interventionsakten und anderen Verletzungen der Souveränitätsrechte der Länder Lateinamerikas seitens der USA. Und diese Geschichte des US-Interventionismus begann – so Daniel Ortega Saavedra weiter – lange bevor das sozialistische Lager, bevor die Sowjetunion und das revolutionäre Kuba überhaupt existieren.²

Ein Gutteil der Verantwortung für die unerträgliche Lage der unterprivilegierten Massen liegt bei den Westmächten, ihren Konzernen und Regierungen.

In der Tat erklärt sich nicht zuletzt aus dieser vereinten Verteidigung eines überholten Status quo, daß die soziale Ungerechtigkeit und Elendssituation breiter Massen in diesen Ländern besonders kraß ausfällt. Sie drückte sich Ende der 70er Jahre darin aus, daß von insgesamt 20 Mio Mittelamerikanern rund 8,5 Mio in extremer Armut lebten, 12 Mio keine menschenwürdige Unterkunft fanden, rund 1/3 arbeitslos und mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 15 Jahre Analphabeten waren, 15% aller Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben. Sie drückt sich heute in El Salvador darin aus, daß die Bevölkerungsmehrheit unterernährt ist, während 2% der Bevölkerung die Hälfte des Landes und den Großteil der Reichtümer des Landes besitzen.

Hierin und in den Gewaltexzessen der Diktatoren sind die Wurzeln der revolutionären Krisen in Nicaragua (1978/79), El Salvador und Guatemala zu suchen. Sie brauchten nicht importiert zu werden. Sie bergen genügend innere Ursachen und Konfliktstoff – eine Einsicht, die auch Ed Broadbent, der kanadische Beauftragte der Sozialistischen Internationale aus El Salvador mitbrachte:

„Zuerst und vor allem war und ist El Salvador gekennzeichnet durch eine extreme soziale und politische Unterdrückung, die in der extremen wirtschaftlichen Ungleichheit wurzelt.(...)Die Unterdrückung demokratischer Bewegungen wurde in El Salvador institutionalisiert und im Laufe der ganzen Geschichte des Landes verschärften die herrschenden Kräfte generell durch massive Gewaltakte die Unterdrückung gegen die Bevölkerung.“³

Anmerkungen:

1) AIB 4/1982, S.7

2) Siehe Wortlaut in: AIB 1/1982, S. 4-6

3) Socialist Affairs, London, Nr. 5/1981, S.196

Veronika Sieglin

Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie

Schien in den ersten Wochen nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung (28. März 1982) eine Beteiligung der Christdemokratie an einer Regierung aus Vertretern der rechtsradikalen Parteien und des Militärs noch fragwürdig, so kam ein solches Regierungsbündnis unter dem Druck der USA nun doch zustande. Damit wurde – zwangsweise – zwischen Teilen der Mittelklassen, repräsentiert durch die Christdemokratie, und der Oligarchie erneut ein politisches Bündnis geschlossen.

Diesem rechten herrschenden politischen Block steht in Gestalt der FDR/FMLN eine breite Mitte-Links-Bewegung gegenüber, die sowohl revolutionäre Massenorganisationen wie auch bürgerlich-demokratische Parteien umfaßt (siehe nachstehenden Beitrag).

In beiden Blöcken existieren aufgrund ihrer sozialen Streubreite vielfältige, teilweise sogar widersprüchliche Interessen nebeneinander. Die weitere politische Entwicklung El Salvadors wird daher nicht allein vom militärischen Moment abhängig sein, sondern auch davon, inwiefern es den Befreiungskräften gelingt, innerhalb des herrschenden Blocks Widersprüche zu fördern, bestimmte Klassen oder Schichten (z.B. Kleinbourgeoisie, Teile der abhängigen Zwischenschichten) aus dem herrschenden Block herauszuberechnen.

Im folgenden soll versucht werden, die wirtschaftlich-sozialen Grundlagen der beiden gegnerischen Lager und ihren Veränderungsprozeß nachzuzeichnen.

Bis Mitte der 40er Jahre dieses Jahrhunderts basierte die Einbeziehung El Salvadors in den kapitalistischen Weltmarkt auf so gut wie nur einem Exportprodukt, Kaffee. Der Kaffeeanteil an den Gesamtausfuhren des Landes lag durchschnittlich bei 90-95%. Zwar ging im Zuge einer stärkeren Diversifizierung der Agrarexportproduktion seit Ende des 2. Weltkrieges die absolute Bedeutung des Kaffees für die

Volkswirtschaft zurück, Kaffee blieb jedoch nach wie vor mit einem Anteil von 40-50% wichtigstes Exporterzeugnis. Durch die Industrialisierung wurde zwar die Bedeutung des Agrarsektors bei der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geringer – sein Anteil am BIP verminderte sich von 34 % im Jahr 1950 auf 21% im Jahr 1977¹ –, er blieb aber aufgrund des hohen Anteils der Agrarprodukte an den Gesamtexporten (ca. 70-75%) wichtigster Devisenbringer. Diese Schlüsselposition des Agrarexportsektors, insbesondere der Kaffeeproduktion, für die Entwicklung der salvadorianischen Volkswirtschaft ist die Grundlage für die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Macht eines großen Teils der herrschenden Klasse, der sog. Agraroligarchie.

Kaffee – Machtquelle der herrschenden Familien

Seit Jahrhunderten wird Herrschaft in El Salvador von einigen wenigen Familien ausgeübt, die sich entweder durch ihre unmittelbare Verbindung mit dem Weltmarkt entscheidende Anteile des außer Landes realisierten Mehrprodukts aneignen (Exporteure) und/oder das wichtigste Produktionsmittel, den Grund und Boden, in ihren Händen konzentrieren konnten (Kaffeeexport-, später auch Baumwoll- und Zuckerrohrproduzenten).

Allerdings kann dabei nicht von einer in sich homogenen Klasse ausgegangen werden. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts läßt sich ein Prozeß zunehmender Uneinheitlichkeit beobachten, der in erster Linie auf der Erschließung neuer Akkumulationsquellen durch Teile der Kaffeeoligarchie fußt. Einige Cafetalero (Kaffeepflanzer)-Familien begannen zu diesem Zeitpunkt zusätzlich noch mit der Verarbeitung des Kaffees in sog. Beneficios (Kaffeemöhlen) und mit dem Anbau von Baumwolle und Zuckerrohr für den Binnenmarkt. Bis Mitte der 60er Jahre hatten von den 36 größten Cafetalero-Familien ca. ein Drittel (14 Familien) ihre Produktion in dieser Weise diversifiziert.

Ihnen war es gleichzeitig auch gelungen, sich beim Export von Kaffee entscheidende Positionen zu sichern. Da sich das Mehrprodukt erst in der Zirkulationssphäre realisiert, kontrollieren diese Familien zugleich auch in entscheidendem Maße seine Verteilung.

Bereits in den 20er Jahren zeigten die Baumwoll- und Zuckerrohrproduzenten ein starkes Interesse am Aufbau einer an der Verarbeitung dieser Produkte orientierten Industrie. Damit verknüpften sie die Bereitschaft zu begrenzten Reformen der Besitz- und Eigentumsverhältnisse im Agrarsektor, stießen aber – wie auch heute noch – auf den erbitterten Widerstand der traditionellen Teile der Agraroligarchie, deren ökonomischer Schwerpunkt auch heute noch nach wie vor im Kaffeeanbau liegt. Ihren Widerstand gegenüber einer Industrialisierung gab die traditionelle Kaffeeoligarchie erst zu Beginn der 50er Jahre auf, als mit der Gründung des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes eine Industrialisierung nicht mehr unmittelbar an eine Erweiterung des Binnenmarktes und damit an Strukturrefor-



Die Verschiffung von Kaffee erfolgt in den Häfen La Unión, Acajutla

men im Agrarsektor gebunden schien.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß innerhalb der Agraroligarchie zum Teil sehr starke Interessenunterschiede und sogar Gegensätze bestehen, denen letztendlich unterschiedliche Akkumulationsbedingungen in den wirtschaftlichen Sektoren zugrunde liegen, in denen diese beiden Fraktionen schwerpunktmäßig tätig sind.

Die Industriebourgeoisie ist teilweise mit der Agraroligarchie identisch. In ihr lassen sich 3 Gruppen festhalten: a) diejenigen Teile der Agraroligarchie, die inzwischen schwerpunktmäßig auch weiterhin im Agrarsektor und vor allem in der Kaffeeproduktion tätig sind, und die sich allen Reformansätzen widersetzen, die die industrielle Entwicklung vortreiben könnten; b) diejenigen Teile der Agraroligarchie, die inzwischen sehr stark in den Industriesektor investiert haben, d.h. der „reformistische“ Flügel der Agraroligarchie. Dieser Teil der Industriebourgeoisie setzt sich aus ca. 75 Familien zusammen, die ungefähr 2/3 des Aktienkapitals kontrollieren; c) eine nichtagrarisches Fraktion, ca. 38 Familien, die 19% des Aktienkapitals kontrollieren.²

Ihrer Herkunft nach scheint sich diese Fraktion aus den wirtschaftlich potentesten Teilen der Kleinbourgeoisie zu rekrutieren, denen nach Beseitigung der restriktiven Industriegesetzgebung unter dem Diktator Hernandez Martinez (1931-1944) im Bündnis mit der reformorientierten Fraktion der Agraroligarchie der wirtschaftliche Aufstieg gelang. Dieser Flügel selbst war jedoch nie mächtig genug, um seine noch weitergehenden Reformvorstellungen durchsetzen zu können, sondern ordnete sich entsprechend der „reformistischen“ Fraktion der Agraroligarchie in den Auseinandersetzungen mit den konservativen Teilen der Agraroligarchie unter.

Im Verlauf der Industrialisierung gewann das Auslandskapital in El Salvador, speziell seit den 60er Jahren, sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich eine stärkere Bedeutung (siehe auch Beitrag von W. Bröner/H.J. Nieth zum US-Interventionismus). Da die salvadorianische Agraroligarchie offensichtlich das Eindringen ausländischer Unternehmen in ihren Tätigkeitsbereich erfolgreich verhindern konnte – 1973 flossen lediglich 1,8% aller ausländischen Direktinvestitionen in den Agrarsektor –, konzentrierten sich Auslandsinvestitionen in erster Linie auf den Industriesektor (55%), den Handel (13%) und den Dienstleistungsbereich (23,5%).

Dabei fällt auf, daß allein 80% der ausländischen Direktinvestitionen in Unternehmen des „reformistischen“ agrarischen Flügels der Industriebourgeoisie flossen. Aus einer Untersuchung David Menas geht hervor, daß das vielfach skizzierte Idyll von Gemischtunternehmen (Joint ventures) zwischen nationalem und ausländischem Kapital der salva-

dorianischen Realität nicht entspricht. Im Großteil der untersuchten Unternehmen besitzt das Auslandskapital eine Aktienmehrheit oder zumindest eine Sperrminorität.³

Aus der Konzentration des Auslandskapitals auf den nicht-agrarischen Sektor und aus seiner Verbindung mit der politisch stärkeren agrarischen Fraktion der Industriebourgeoisie erklärt sich einerseits die Unterstützung, die den Reformprojekten dieser Fraktion durch das Auslandskapital zukommen und andererseits die Tatsache, daß diese Reformvorstellungen zumindest zeit- und teilweise realisiert werden konnten.

Während es Industriebourgeoisie und Auslandskapital einerseits und der Agrarbourgeoisie andererseits nach dem 2. Weltkrieg gelang, insbesondere durch die Eröffnung des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes (MCCA, gegr. 1961) eine kurzfristige Lösung ihrer Interessengegensätze zu finden, spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen beiden Fraktionen der herrschenden Klasse nach dem Krieg mit Honduras 1969 erneut zu. Der Industriesektor war von dieser Krise besonders stark betroffen (1969 wurden allein 40% aller industriellen Exportgüter in den MCCA ausgeführt) und eine stärkere Konzentration der industriellen Exportproduktion auf außerregionale Märkte (Lateinamerika, USA, Europäische Gemeinschaft) bot wegen zahlreicher Zollschränken, dem geringen Qualitätsniveau salvadorianischer Erzeugnisse und durch den Status des Zuspätkommenen auf diesen Märkten keine mittel- oder langfristige Möglichkeit zur Bewältigung der Krise.

Also wurden seit Anfang der 70er Jahre unter der mit der reformistischen Fraktion liierten Regierung Molina (1972-77) erneut Pläne für eine Agrarreform entworfen. Auf diese Weise sollte vor allem die Kaufkraft der Landbevölkerung gestärkt und damit die Absatzbedingungen auf dem Binnenmarkt verbessert werden.

Die Anbindung der Militärdiktatoren

Die Anwendung dieser Reformpläne konnte jedoch von der konservativen Fraktion der Agrarbourgeoisie verhindert werden. Sie initiierte durch die von ihr kontrollierten Massenmedien eine Propagandakampagne gegen die Reformprojekte der Regierung Molina. Und sie konnte bei den Präsidentschaftswahlen 1977 durch Wahlbetrug einen Vertreter ihrer Interessen, General Carlos Humberto Romero in das Präsidentenamt bringen. Nachdem sich die Regierung Romero als nicht fähig erwies, sowohl die schwere wirtschaftliche als auch politische Krise (Hegemonieschwund der herrschenden Klasse; Radikalisierung der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung, von Teilen der Intelligenz; Aufschwung der revolutionären Massenorganisationen) zu lösen, wurde sie am 15. Oktober 1979 durch einen Putsch liberaler Militärs, der sog. Juventud Militar, gestürzt.

Hierin deutet sich bereits ein Charakteristikum salvadorianischer Herrschaftsausübung und die Form, in der inneroligarchische Konflikte reguliert werden, an: der **Militärputsch**.

So fand 1948 ein Putsch liberaler Offiziere (Angehörige der Juventud Militar) statt, mit dem die politischen Rahmenbedingungen für eine Modernisierung der Produktionsstrukturen gelegt wurden. 1961 wurde der konservative Präsident Lemus, 1956 an die Macht gekommen, wiederum von liberalen Offizieren gestürzt. Das diesem Putsch folgende demokratische Intermezzo wurde jedoch schon 3 Monate später durch einen konservativen Gegenputsch abgebrochen. 1972 gelang es wiederum einem mit der „reformistischen“ Fraktion der Oligarchie sympathisierenden Militär, Oberst Arturo Armando Molina, durch Wahlbetrug in das Präsiden-



General Hernandez Martinez (M.), 1932 der Retter der Kaffeoligarchie



«Das nächste Mal schneiden wir euren Kindern die Köpfe ab»

Die Leute der Finca
Armasón bei Villalbar
Luzern, Costa Rica
sind sehr stolz auf
ihre Kinder. In
den Schulen der
Finca werden die
Kinder sehr gut
unterrichtet.
Denn die Leute
wissen, daß die
Kinder die Zukunft
sind, und die
Kinder werden
größer und
dann werden sie
den Eltern die
Arbeit machen
lassen.

Trauer in Perical um den von Nationalgardisten erschlagenen Landarbeiter José Villas, der seine Frau mit drei Kindern (M.) hinterläßt

tenamt zu kommen. Dasselbe Spiel wiederholte sich bei seinem konservativen Nachfolger C. Humberto Romero.

Damit ist ein weiteres Merkmal salvadorianischer Herrschaftspraxis beschrieben: die **Institutionalisierung der Militärdiktatur**. Seit 1931, als die mit der Weltwirtschaftskrise verschärften Klassenauseinandersetzungen auf einen Aufstand (im Januar 1932) zutrieben, vermittelt sich die Herrschaft der Oligarchie durch das Militär. Die Präsenz der Militärs in Staatsfunktionen beschränkte sich nicht nur auf das Präsidentenamt, sondern umfaßt alle wichtigen Funktionen innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Die Bindung des Militärs an die Oligarchie wurde durch Gewährung bürokratischer Privilegien sowie die Vergabe von Konzessionen und Lizenzen für Privatgeschäfte hergestellt. Um eine zu starke Machtkonzentration bei einzelnen militärischen Führern zu verhindern, wurde Anfang der 50er Jahre eine Funktionsaufteilung innerhalb des Militärs vorgenommen, d.h. bestimmten Gruppen innerhalb des Militärs wurden bestimmte Teilfunktionen zugewiesen (z.B. entstanden dadurch die Nationalgarde und die Haciendapolizei, die für die Kontrolle der Landbevölkerung zuständig sind). Die Führung dieser verschiedenen Gruppen rivalisierten so stark miteinander, daß die Entwicklung eines zu starken militärischen Führers und eine zu große Machtkonzentration bei einzelnen Militärs verhindert werden konnte.⁴

Die Stabilisierung und Sicherung des oligarchischen Herrschaftssystems vollzog sich über eine stetige Unterdrückung, aber nicht ausschließlich über sie. In einem gewissen Maße läßt sich auch der Versuch feststellen, die Mittelschichten indirekt an das herrschende System anzubinden.

Im Zuge der Industrialisierung und der allgemeinen Modernisierung der Produktionsstruktur waren die Mittelschichten (insbesondere aber die abhängigen Zwischenschichten wie Beamte, Techniker, Lehrer usw.) stark angewachsen. Diese Schichten erhoben schon früh höhere Ansprüche an gesellschaftliche wie politische Beteiligungsmöglichkeiten. Bereits

Mitte der 50er Jahre begannen sie ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu artikulieren.

Die ihnen von der herrschenden Klasse in den 60er Jahren zugestandenen Möglichkeiten sich politisch zu organisieren, stellten den Versuch dar, diese Schichten indirekt an das bestehende System zu binden.

Diese „Anbindungsstrategie“ erwies sich jedoch nur solange als wirksam, wie es der herrschenden Klasse gelang, diesen Bevölkerungsteilen den Schein eines demokratisch-parlamentarischen Weges aufrechtzuerhalten. Zu Beginn der 70er Jahre zeigte sich jedoch, daß Oligarchie und Militärs dies nur begrenzt duldeten. Sie erwiesen sich nur bereit, oppositionelle demokratische Parteien zuzulassen und ihnen Möglichkeiten zur Teilnahme an Wahlen einzuräumen, solange diese Parteien ihre Vormachtstellungen nicht gefährdeten. Parteien, deren Programmatik den fundamentalen Interessen der herrschenden Klasse widersprachen, wurden entweder verboten (z.B. die Partei der Erneuernden Aktion – PAR 1967) oder gar nicht erst zugelassen (die Kommunistische Partei). Wahlsiege der Opposition wurden 1972 und 1977 durch Wahlbetrügereien verhindert.

Stürmische Proletarisierung in Stadt und Land

Auf gewerkschaftlicher Ebene versuchte die Oligarchie, Teile der Arbeiterklasse in regierungskonformen Gewerkschaften zu organisieren. Der Einfluß dieser Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse darf dabei nicht unterschätzt werden. 1979 waren in ihnen ca. 40% aller gewerkschaftlich organisierten zusammengefaßt.⁵ Auf der anderen Seite wurden seit Mitte der 50er Jahre nach einer kurzen liberalen Reformphase (etwa 1948-52) Anstrengungen unternommen, die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung zu spalten, sie zu verfolgen und zu verbieten.

El-Salvador-Daten



Territorium: 21.393 qkm (Hessen 21.110 qkm, rund 1/10 der Fläche der Bundesrepublik); kleinstes Land auf dem amerikanischen Festland

Bevölkerung: rund 4,9 Mio. 84% der Salvadorianer sind Mestizen, 10% Weiße (Kreolen), 6% Indios. Mit 200 Einwohnern pro qkm ist El Salvador das dichtestbesiedelte Land Mittelamerikas

Hauptstadt: San Salvador, mit nahezu 900.000 Einwohnern

Sprache: Spanisch. Etwa 10% sprechen noch indianische Sprachen
Religion: zu 96% römisch-katholisch

Währung: Colon (C); 1 C = 0,96 DM (Stand März 1982)

Staatsform: Präsidiale Republik

Wirtschaft/Soziales: Kapitalistischer Agrar-Industriestaat von mittlerem Entwicklungsniveau. Durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen (Bruttosozialprodukt pro Kopf 1979): 670 Dollar (Honduras 530, Guatemala 1.020). Über die Hälfte des kultivierten Landes ist in Händen von weniger als 2% der Bevölkerung, der „14 Familien“. Sie vereinnahmen auch rund 50-60% der Exporterlöse, die auf das Kaffee- und Baumwollgeschäft entfallen. Wichtigste Anbauprodukte: Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais, Sorghum (Hirse), Reis, Bohnen, Weizen, Kakao, Zitrusfrüchte, Tabak und Balsam. Die Vorkommen an Bodenschätzen sind gering: Gold, Silber, Steinkohle, Kalk, Salz. El Salvador hat den höchsten Industrialisierungsgrad Mittelamerikas, wobei die Branchen Nahrungsmittel-, Textil- und chemische Industrie überwiegen.

Das Lohnniveau El Salvadors ist das niedrigste Mittelamerikas. 1/4 der Erwerbsfähigen sind arbeitslos. In der Landwirtschaft sind 51% aller Erwerbsfähigen beschäftigt. 65% der Familien auf dem Land besitzen keinen Boden. 80% der salvadorianischen Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum. 3/4 aller Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt. 2 von 5 Salvadorianern sind Analphabeten. In den Genuß einer Sozialversicherung kommen nur 4,7% der Bevölkerung.

Geschichte:

- 1524/25 Unterwerfung der Mayas und Nahuas unter die Kolonialherrschaft Spaniens
- 1821 Unabhängigkeitserklärung
- 1823-38 Bestandteil der Vereinigten Staaten Mittelamerikas
- 1931-44 Militärdiktatur unter General Martinez
- 1932 Niederschlagung eines Volksaufstands. 30.000 Masakrierte. Hinrichtung Farabundo Martis
- 1944 Generalstreik erzwingt Sturz des Martinez-Regimes
- 1950-79 Modernisierung unter der Regierungspartei von Militärs und Oligarchie PRUD, seit 1961 PCN
- 1969 Krieg gegen Honduras
- 1972 u. 1977 Wahlsiege des Oppositionsbündnisses UNO werden von den Militärs nicht respektiert
- 1979 Eine zivilmilitärische Junta verspricht Reformen
- 1980 Gründung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN). Ermordung Erzbischof Romero und der FDR-Führung
- 1981 Januaroffensive der Befreiungsbewegung
- 1982 Erfolg der Ultrarechten bei den Märzahlen

Diese Formen, in denen die herrschende Klasse versuchte, ihre politische Hegemonie aufrechtzuerhalten, zeigten sich gerade noch in den 70er Jahren als wirksam, als sich trotz starker Verelendungstendenzen in den städtischen Unter- klassen zumindest noch bis Mitte der 70er Jahre beträchtliche Teile der Bevölkerung noch nicht radikalisiert hatten. So gelang es z.B. auch bis heute kaum, die Kleinbourgeoisie aus dem Bündnis mit der Oligarchie herauszubrechen.

Trotzdem konnte dieser Radikalisierungsprozeß nicht aufgehoben werden. Die neue revolutionäre Linke gewann zunehmend an Einfluß, während der Einfluß der bürgerlichen Parteien und Verbände in der Bevölkerung relativ stark zurückging.

Diesem rechten politischen Block stellte sich mit Gründung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) im April 1980 eine relativ einheitliche demokratisch-revolutionäre Gegenbewegung entgegen. Sie setzt sich vor allem aus großen Teilen der Arbeiterklasse, der Campesinobewegung (Bauern und Landarbeiter), Marginalisierten (Elendsviertelbewohner, Arbeitslose usw.), großen Teilen der Intelligenz und anderen Teilen der Mittelschichten zusammen. Damit unterscheidet sich dieser linksdemokratische Block insofern von allen vorangegangenen Emanzipationsbewegungen, als er zum ersten Mal unterschiedliche Klassen und Schichten, Stadt- und Landbevölkerung zusammenfaßt, während alle früheren Bewegungen immer nur bestimmte Gruppen erfaßten. Die Herausbildung dieser Bewegung beruht u.a. auf tiefgreifenden Veränderungen in der Sozialstruktur, die sich seit Anfang der 50er Jahre in Stadt und Land vollzogen.

In der Landwirtschaft wurde die Agrarexportproduktion (Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr) sowohl flächenmäßig ausgedehnt als auch mechanisiert und dem internationalen Stand der Produktivkraftentwicklung angepaßt. Damit kamen bis dahin noch verbreitete halbfeudale Abhängigkeits- und Beschäftigungsformen (wie das Colonato- und Aparceria-System) zur Auflösung. Diese Kleinproduzenten, die bis dahin als Entgelt für ihre Arbeit auf den Plantagen ein kleines Stück Land zur Subsistenzproduktion bewirtschafteten, wurden von ihrem Grund und Boden vertrieben. Ein Teil der ehemaligen Colonos und Aparceros erschloß wenig fruchtbare Ländereien zur eigenen Subsistenzproduktion (Selbstversorgung), ein anderer Teil hing fast vollständig vom Verkauf seiner Arbeitskraft an die Exportproduzenten ab. Ein weiterer Teil wanderte in die städtischen Zentren ab, in der Hoffnung, in der Industrie einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Verelendung – eine Massenerscheinung

Der Proletarisierungsprozeß vollzog sich jedoch auf dem Lande sehr widersprüchlich, da die Nachfrage nach Arbeitskräften auf den Exportplantagen außerhalb der Erntezeiten relativ gering ist. Entsprechend groß ist die **Unterbeschäftigung** der Landbevölkerung. 1975 fanden nur 37% der wirtschaftlich aktiven Landbevölkerung einen festen Arbeitsplatz. 14% waren 9 Monate lang, 19% 6 Monate lang und 30% sogar nur 2-3 Monate lang beschäftigt.⁶

Daraus läßt sich schließen, daß auf dem Stand der Entwicklung der Agrarexportproduktion die Trennung der Arbeit von ihren Produktionsmitteln nicht nur mit der Schaffung eines Heeres freier Lohnarbeiter einherging, sondern daß Teile dieser Landbevölkerung gänzlich aus der Produktion ausgeschlossen, d.h. marginalisiert wurden.

Die unkontinuierliche Beschäftigung und die geringe Höhe des Arbeitslohnes reichten jedoch nicht aus, um die Reproduktion der landlosen Familien zu sichern. Sie waren zusätzlich auf die Erschließung neuer Selbstversorgungsquellen

angewiesen (Verkauf wildwachsender Früchte, Kleinhandel, Handwerk usw.), die ca. 50% ihrer Reproduktionskosten deckten.

Insgesamt läßt sich seit 1965 eine deutliche **Verschlechterung der sozialen Lage** der Landbevölkerung feststellen. Zwischen 1965 und 1970 ging das Jahreseinkommen einer landlosen Familie von 715 Colones um 8% auf 660 Colones zurück. Minifundistas bis zu 1 ha Land verfügten über ca. 2% weniger Einkommen.⁷ Bis 1975 besaßen 75% der Landbevölkerung weniger als 1.332 Colones, d.h. sie lagen unter dem von der Regierung ermittelten Existenzminimum.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in den Städten ab. Parallel zur Modernisierung der Agrarexportproduktion wurde die **Industrialisierung** El Salvadors in Angriff genommen. Durch die Weigerung der konservativen Agraroligarchie grundlegende strukturelle Reformen im Agrarsektor zuzulassen, waren die Möglichkeiten zur Erschließung des Binnenmarktes stark begrenzt. So war die salvadorianische Industrie schon früh auf den Export ihrer Erzeugnisse angewiesen: Zunächst gingen sie in den Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt, seit Mitte der 70er Jahre verstärkt auf Märkte in den USA, der EG und in Lateinamerika.



Die Landarbeiter machen heute rund zwei Drittel aller in der Landwirtschaft Beschäftigten aus

Die Exportorientierung bestimmte in entscheidendem Maße die Struktur des Industriesektors. Wurde in den 40er Jahren noch der größte Teil industrieller Erzeugnisse in Klein-, Mittel- und Handwerksbetrieben gefertigt, zeigte sich bereits Mitte der 50er Jahre eine verhältnismäßig starke Konzentration in wenigen Großbetrieben, die sich in den folgenden Jahrzehnten noch beschleunigte. Der größte Teil der Industriearbeiterschaft (52%) war jedoch 1975 immer noch in der Kleinindustrie und im Handwerk tätig.

Daraus läßt sich schließen, daß die Beschäftigungseffekte der industriellen Großbetriebe relativ gering sind. Dies ist das Ergebnis einer im Vergleich zu Klein- und Handwerksbetrieben verhältnismäßig hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals als Folge der Anpassung der Produktionsmethoden in der Exportindustrie (den Großbetrieben) an das internationale Entwicklungsniveau. Neben dieser „organischen“ Begrenzung einer Erweiterung der industriellen Beschäftigungskapazitäten wirkten sich Anfang der 70er Jahre der Zerfall des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes und die depressive Entwicklung der Weltwirtschaft seit 1974 zusätzlich negativ auf die Arbeitsmarktsituation aus: 1975 lag ca. 1/3 der industriellen Kapazitäten brach.

Hinsichtlich der Entwicklung der städtischen Unterklassen läßt sich daher konstatieren, daß die Ausdehnung der industriellen Beschäftigungskapazitäten (ca. 1,5% jährlich zwischen 1961 und 1972) weit unter dem durchschnittlichen

natürlichen Bevölkerungswachstum (3,5%) und unter der Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung von 3,9% jährlich lag.

Im Verlauf der Industrialisierung entstand daher eine nur kleine **Industriearbeiterschaft**, die wenig mehr als ein Viertel (26,4%) des Gesamtpotentials der städtischen Arbeiterklasse ausmacht (1975). Die Mehrheit der städtischen Arbeiterklasse (54%) konzentriert sich im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (29%), im Handel (14%), im Transport- und Kommunikationswesen (ca. 9%) und im Finanz- und Versicherungswesen.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft verschlechterte sich seit Anfang der 70er Jahre die soziale Lage der städtischen Arbeiterklasse. Zwischen 1970 und 1978 ging der Reallohn um ca. 13% im Industriesektor zurück. Innerhalb der Industriearbeiterschaft waren vor allem Frauen (sie verdienten durchschnittlich 40-45% weniger als Männer)⁸ und in der Kleinindustrie und im Handwerk Beschäftigte besonders stark betroffen. Während in der Großindustrie im Gebiet von San Salvador 1974 ca. 30% der Arbeiter weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von 200 Colones verdienten, waren es in der Kleinindustrie noch 60%.⁹

Ein ähnliches Gefälle läßt sich zwischen Industriearbeiterschaft und den im Tertiärbereich beschäftigten Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere im Dienstleistungsbereich, feststellen. Aber obwohl die Industriearbeiterschaft im Gegensatz zu anderen Teilen der Arbeiterklasse besser organisiert war, gelang es ihr nicht, den Verelendungsprozeß aufzuhalten.

Die erwähnte geringe Aufsaugfähigkeit der Industrie hatte zur Folge, daß nicht nur wachsende Teile der städtischen erwerbsfähigen Bevölkerung nicht in die Produktion eingegliedert werden konnten, sondern daß auch Zuwanderer vom Land in den Städten kaum noch Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Der Anteil der marginalisierten Bevölkerungsteile (kleine Schuhmacher, Straßenhändler, Prostituierte usw.) an der wirtschaftlich aktiven Stadtbevölkerung lag 1978 bei rund 19%.

Das Heer marginalisierter Personen steht in der städtischen Einkommenshierarchie an unterster Stelle. Sie sind in den 30% ärmsten Familien repräsentiert, die 1974 über weniger als 200 Colones monatlich oder über nur 3,4% des gesamten städtischen Familieneinkommens verfügten. Die Einkommen der ärmsten Familien (10%) lagen sogar zu 50% unter dem der ärmsten ländlichen Familien. Entsprechend diesem starken Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land kam die Landflucht Ende der 60er Jahre zu einem Stillstand.

Der Proletarisierungs- und Verelendungsprozeß der unterprivilegierten Massen in Stadt und Land vermehrte das soziale Protestpotential in El Salvador einschneidend.

Anmerkungen:

- 1) S.O. Brand, La economía salvadoreña y la evolución demográfica en el período 1950-1968, in: Economía Salvadoreña, San Salvador, Nr. 39/40, 1969, S. 7-37, hier S.13
- 2) Vgl. D. Mena, Inversion Extranjera y Grupos Economicos en El Salvador, II Congreso Centroamericano de Sociología, Panama 1976, S. 1 f.
- 3) Vgl. ebenda, S. 8 ff.
- 4) Vgl. G. von Werlhof, Prozesse der Unterentwicklung in El Salvador und Costa Rica, 1975, S. 189
- 5) Vgl. I. Lopez-Vallecillos, Fuerzas Sociales y Cambios Social en El Salvador, in: Estudios Centroamericanos, San Salvador, Nr. 369/370, 1979, S. 557-590, hier S.580
- 6) Vgl. S.A. Peñate, Las perspectivas del desarrollo a agropecuario en relacion con la tenencia de la tierra, in: Estudios Centroamericanos, Nr. 379, 1980, S. 445-462, hier Tab. 15, S.462
- 7) E. Colindres, La tenencia de la tierra en El Salvador, in: Estudios Centroamericanos, Nr. 335/336, 1976, Ab. 5
- 8) Vgl. International Labour Organisation, Statistical Yearbook 1980, Tab. 18, S. 444 u. Tab. 23, S. 582
- 9) International Labour Office, Growth, Employment and Basic Needs in Latin America and the Carribean, Genf 1979, S.58



Im Oktober 1979 gebildete „Reform“junta (v. l. n. r.): Majano, Quiros, Gutierrez, Andino, Ungo; Armeeinheit und verstümmelte Opfer

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth Von der „Reform“junta zum Krieg gegen das Volk

„Die Streitkräfte El Salvadors sind sich ihrer heiligen Pflicht gegenüber dem salvadorianischen Volk bewußt und sind ergriffen von der Anklage seiner Bevölkerung gegen eine Regierung, die:

1. sämtliche Menschenrechte verletzt hat,
2. die Korruption in der öffentlichen Verwaltung und in der Justiz gefördert und geduldet hat,
3. ein wahres wirtschaftliches und soziales Chaos herbeigeführt hat,
4. das Land und die ehrenhaften Streitkräfte zutiefst in Mißkredit gebracht hat.

Sie sind überzeugt davon, daß die zuvor genannten Probleme das Ergebnis veralteter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen sind, die seit jeher das Land bestimmen und die der Mehrheit der Bevölkerung nicht die minimalsten Bedingungen bieten, sich wie menschliche Wesen zu entwickeln.“

Das verkündeten die reformwilligen Armeeeoffiziere um Oberst Adolfo Arnoldo Majano, die den Putsch gegen Präsident Humberto Romero angeführt hatten, in der Proklamation der Streitkräfte vom 15. Oktober 1979. In ihrem Dringlichkeitsprogramm fanden sich ähnlich vielversprechende Zielsetzungen: die Beendigung der Korruption, die Auflösung der ultrarechten Organisation ORDEN, die Gewährleistung der Organisations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, eine Generalamnestie, das Schaffen von Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen und eine Agrarreform, gleichmäßigere Verteilung des Reichtums, Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels, im Banken- und Steuerwesen.¹

Die Offiziere boten der demokratischen Opposition und den Unternehmerverbänden die Teilnahme an den Regierungsgeschäften an. Der fünfköpfigen „Reform“junta gehörten an: Oberst Adolfo Arnoldo Majano; Oberst Jaime Abdul Gutierrez; der Sozialdemokrat Guillermo Manuel Ungo, stellvertretend für das Oppositionsbündnis; der Jesuit und linksliberale Rektor der Zentralamerikanischen Universität von San Salvador, Roman Mayorga Quiroz; sowie Mario Antonio Andino, Manager der salvadorianischen Tochtergesellschaft der Phelps-Dodge Corporation und Interessenvertreter des modernistischen, eng mit dem Fremdkapital ver-

bundenen Teils der Bourgeoisie.

Im neuen Regierungskabinett bekleideten alle Parteien des Volksforums Ministerposten.

Für Guillermo Ungo, den Vorsitzenden der MNR, war „die erste Junta ein Risiko, aber wir mußten es eingehen. Es war die letzte Möglichkeit für einen friedlichen Wandel.“² Die letzte Möglichkeit aber schwand dahin, da die progressiven Militärs der Juventud Militar sich nicht gegen den konservativen Offiziersflügel durchzusetzen vermochten.

Letztere, die sog. „Technokraten“ um Oberst Gutierrez und Verteidigungsminister Oberst José Guillermo Garcia, waren stark durch die USA beeinflußt. Und sie stellten sich von Anbeginn schützend vor die faschistischen Kräfte der Streit- und Sicherheitskräfte, die paramilitärischen Banden (ORDEN, Todesschwadron) und die Oligarchie.

Sie trat für einen Vernichtungskurs gegen alles „Subversive“ ein.

Die rechten Militärs ordneten über die Köpfe der Junta hinweg Gewalteinsetze gegen Demonstranten an. So überstieg schon zum Jahresende 1979 die Tötungsrate jene unter der Romero-Diktatur. Nachdem G. Manuel Ungo und R. Mayorga Quiroz Ende Dezember 1979 vergeblich die Absetzung J. Guillermo Garcias und einmal mehr die Einlösung der Reformversprechen gefordert hatten, verließen sie am 2. Januar 1980 die Junta. Mit ihnen traten auch der Juntarepräsentant der Unternehmer, M. Antonio Andino, und alle Regierungsmitglieder zurück – ausgenommen Oberst Garcia. Die „Reform“junta war gescheitert. Der „starke Mann“, J. Guillermo Garcia, forcierte in der Folgezeit die Verdrängung der progressiven Militärs aus den Schlüsselpositionen und die Liquidierung demokratischer Spielräume.

An der zweiten Junta und Regierung beteiligte sich, abgesehen von den Militärs Gutierrez und Majano, nur noch eine Partei, die Christdemokratische Partei (PDC). Ihre aus dem Exil heimgekehrten rechten Führer wie der PDC-Vorsitzende José Napoleon Duarte und Antonio Morales Ehrlich brachten wichtige Eigenschaften in die Junta ein: ein Image als „gemäßigte“ kleinbürgerliche Reformer und die Unterstützung der internationalen Christdemokratie für die Junta. Gerade auch die US-Regierung brauchte das Prestige der Christdemokraten, sollte sie ihren Mythos, sie unterstütze

ein „gemäßigtes Reformregime“ gegen rechts- und links-extreme Gewalttäter, aufrechterhalten.

Die rechte PDC-Führung wiederum baute auf die Rücken- deckung Washingtons bei der Durchsetzung ihres gemein- samen Anliegens, nämlich der anschwelenden revolutionä- ren Massenbewegung durch ein Minimum an Reformen den Wind aus den Segeln zu nehmen – ohne die ultrarechten Kräfte zu entmachten. Am 11. Februar 1980 verkündete die zweite Junta die Nationalisierung der privaten Banken (ein- schließlich der ausländischen), die staatliche Kontrolle über die Exportgeschäfte und ihre Absicht, in Kürze ein Agrar- reformprogramm vorzulegen.

Die Unternehmerverbände klagten die Nationalisierung als Schritt ins „Chaos“ an, die Kapitalflucht stieg steil an. Roberto D'Aubuisson, der Wortführer des ultrarechten Lagers und Kopf der ORDEN-Nachfolgeorganisation Breite Nationale Front wie der Todesschwadronen, forderte die Ent- fernung der Christdemokraten von den Regierungsgeschäf- ten und eine chilenische Lösung der salvadorianischen Krise. In einem Fernsehauftritt Mitte Februar 1980 trat er mit einer Liste von Personen auf, die er der Kollaboration mit der revolutionären Linken bezichtigte. Unter ihnen befand sich das PDC-Führungsmitglied Mario Zamora Rivas, der sich als Werber für die Parteibeteiligung an der zweiten Jun- ta und als Mittler zwischen rechtem und linkem Flügel der Christdemokratie hervorgetan hatte. Einige Tage später wur- de M. Zamora Rivas von einem Kommando erschossen. Am 24. März 1980 folgte der Mord an Erzbischof Romero. Roberto D'Aubuisson, der diese Gangsterstücke – und im Mai 1982 einen Putschversuch – inszenierte, blieb unbehel- ligt.

Die Mörder bleiben unbestraft

Da sich die PDC-Führung dennoch für den Verbleib in der Junta entschied, zerbrach die Einheit der Christdemokratie und mit ihr die zweite Junta. Das christdemokratische Juntamitglied Hector Dada Hirezi stellte in seiner Rück- trittserklärung vom 3. März 1980 fest: „Wir waren nicht in der Lage die Repression zu stoppen. Und jene, die die Repressionsakte verübten, ... gehen ungestraft aus. Der ver- sprochene Dialog mit den Volksorganisationen ließ sich nicht verwirklichen. Die Chance, Reformen mit der Unter- stützung des Volkes durchzuführen, ist unerreichbar gewor- den.“³ Fünf christdemokratische Regierungsmitglieder folg- ten dem Beispiel Dada Hirezis.

Der linke Parteiflügel der PDC lehnte die Unterstützung „eines Programms von 'Reformen und Repression'“ und einer „wachsenden Unterdrückung der Volksorganisationen und des Volkes im allgemeinen“⁴ ab. Er verließ die Partei und schloß sich der im April 1980 gegründeten Demokra- tisch-Revolutionären Front (FDR) an.

Anfang März 1980 trat der PDC-Vorsitzende José Napoleon Duarte selbst in die Junta ein.

Die dritte Junta verkündete mit ihrem Amtsantritt am 6. März 1980 das Grundgesetz der Agrarreform (Dekret 153) und verhängte den – am 15. Oktober 1979 aufgehobenen – Ausnahmezustand über das ganze Land. Zum Auftakt der Landverteilung machten Nationalgardisten, Polizisten und ORDEN-Aktivistinnen Jagd auf „subversionsverdächtige“ Landarbeiter und Bauern. Armeenheiten assistierten mit Bombenangriffen und Hubschraubereinsätzen. Im März 1980 fielen – nach Angaben des erzbischöflichen Rechts- hilfebüros – innerhalb einer einzigen Woche 798 Salvado- rianer diesen Operationen zum Opfer. Von den Ermordeten waren 681 Bauern und Landarbeiter.⁵

Auf Betreiben des Hauptverantwortlichen, Verteidigungs-

minister Garcia, entzog man A. Arnoldo Majano den Arme- oberbefehl und übertrug ihn dem konservativen Juntaoffi- zier J. A. Gutierrez. Im November 1980 wurde Oberst Maja- no aus der Junta und der Armee ausgeschlossen, dann ver- haftet und ins Exil abgeschoben. Das ultrarechte Lager konnte damit im Machtkampf innerhalb der Streitkräfte einen definitiven Sieg verbuchen.

Damit schwanden die Chancen für jedwede sozialreformisti- sche Vorhaben dahin, wenngleich die PDC in Worten weiter an ihnen festhielt. Im Oktober 1980, knapp ein Jahr nach dem Antritt der „Reform“-Junta, starteten die Juntatruppen ihre erste Großoffensive in der Provinz Morazán. Ihre Taktik der „verbrannten Erde“ verdeutlichte den Übergang des Regimes zum Krieg gegen das Volk. Mit der Ermordung der dialogbereiten FDR-Führung am 27. November 1980 schlug die Junta auch die letzte Türe zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu.

Die Agrarreform – eine Totgeburt

Was versprach und hielt die im März 1980 eröffnete Agrar- reform, die da als „beispiellos“ für Lateinamerika (R. Rea- gan) oder als „die tiefgreifendste Agrarreform Amerikas“ (J.N. Duarte)⁶ gepriesen wurde? Sie soll angeblich die Lebenslage von 1,25 Mio ehemals landlosen Bauern gründ- lich verbessert haben...

Das Agrarreform-Dekret vom 6. März 1980 ermächtigte den Staat zur abgestuften Enteignung von Landbesitz gegen Ent- schädigungszahlungen und zu dessen Aushändigung an Bau- ernkooperativen. In einer ersten Phase sollte aller Groß- grundbesitz über 500 ha enteignet werden, und zwar gegen Gutscheine mit einer Laufzeit von 20-30 Jahren. Dies betraf eigentlich rund 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche oder 238 Ländereien. Doch ein gleichzeitig gewährtes „Vor- behaltsrechts“ machte es den alten Landbesitzern möglich, je 150 ha als „Reserve“ zurückzubehalten. Somit vermin- derte sich der enteignete Boden auf 10% und vermochten die Großgrundbesitzer ihr bestes Land zu halten.

In einer zweiten Phase sollte der Landbesitz zwischen 500 und 150 ha enteignet werden, der insgesamt 23% des kultiv- ierbaren Bodens umfaßt. Diese Ländereien machen rund 2/3 der Kaffeeplantagen aus, auf die sich der Reichtum der salvadorianischen Oligarchie gründet. Die im Dekret 153 projektierte Enteignung und Überführung in (etwa 1.700-1.800) staatlich kontrollierte Kooperativen hätte die Machtgrundlagen der kaffeegestützten Oligarchie ernsthaft erschüttert. Daher mochte sie sich auch nicht mit einer ver- sprochenen Barentschädigung zu 25% (der Rest in Gutschei- nen) besänftigen lassen. Daher lief sie Sturm gegen die An- wendung dieser Phase II – mit Erfolg.

Am 28. April 1980 erklärte die salvadorianische Junta sie aus „technischen“ Gründen für aufgeschoben, also beendet. Stattdessen proklamierte sie, zur Überraschung aller Betei- ligten, mit dem Dekret 207 den Übergang zu einer dritten Phase der Agrarreform, die nach dem Prinzip verfahren soll- te: „Das Land gehört dem, der es bearbeitet.“ Die „Neue- rer“ kamen aus den USA (siehe US-Interventionismus). Die dritte Phase der salvadorianischen Agrarreform sah vor, daß die Pächter von Bodenparzellen unter 7 ha – innerhalb von 30 Jahren – zu Besitzern des bewirtschafteten Bodens werden sollten. Der Abschluß dieses Übertragungsprozesses war bis zum März 1982 vorgesehen. 150.000 salvadoriani- sche Pächter sollten zu seinen Nutznießern werden. Doch knapp eineinhalb Jahre nach Verkündung des Dekrets 207 hatten ganze 13.000 Pächter ihre Besitztitel erhalten. Mehr als 5.000 Mitglieder selbst der regierungsnahen und vom AIFLD beeinflussten Bauernvereinigung UCS waren vom

Pachtland vertrieben worden. 83 UCS-Mitglieder erhielten statt der geforderten Besitztitel den Todesschuß. Im Endeffekt übergab der salvadorianische Staat bestenfalls 10-12% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Rahmen der ersten Agrarreformphase an sog. „Modell“-Farmen. Nach offiziellen Angaben gehören diesen 34.000 Bauern an, doch erhielt die Mehrzahl dieser rund 320 neuen Farmen nie Eigentumsrechte. Diese potentiellen Kleinbauern teilten damit die soziale Unsicherheit von Zehntausenden Pächtern, die durch die dritte Phase scheinbar „beschenkt“ worden waren.

Die in der Propaganda Washingtons behaupteten „1,25 Mio ehemals landlosen“ Nutznießer der salvadorianischen Agrarreform gehören so gesehen ins Reich der Fabel. Die große Masse der Landarbeiter und Tagelöhne ging bei der Anwendung des Dekrets 153 leer aus und war von Dekret 207 ohnehin ausgeschlossen. Zudem drohte den wirklichen bäu-



Salvadorianische Truppen beim „Routine“gang

erlichen Nutznießern des Programms ohnehin die Rückeroberung des bewirtschafteten Landes durch die alten Besitzer (bis Anfang 1982 in 68 Fällen geschehen) oder die Liquidierung durch staatliche (!) Mordkommandos. Ein christdemokratischer Unterstaatssekretär des Landwirtschaftsministeriums bezeugte: „In Wirklichkeit sahen wir vom ersten Moment der Agrarreform an, daß die offizielle Gewalt gegen die Bauern, die die vermuteten Begünstigten des Prozesses waren, scharf anwuchs... Alle diese blutigen Taten sind von uniformierten Mitgliedern der Nationalgarde und der Zollpolizei, unter Teilnahme von zivilen Mitgliedern der ORDEN, verübt worden.“⁷

Die Landreform fungierte in erster Linie als Vehikel einer breitgefächerten „Säuberungs“welle auf dem Land. Die monatliche Tötungsrate erhöhte sich just mit dem Einsetzen der ersten Agrarreformmaßnahmen sprunghaft: von 487 im März 1980 auf 1.000 im Juni 1980. Die Agrarreform wurde instrumentalisiert zur Aufstandsbekämpfung, die von der systematischen Ausrottung organisierter Landarbeiter,

Kleinbauern, Dorflehrer usw. bis hin zu periodischen Massakern selbst an der unbeteiligten Zivilbevölkerung (Kinder, Frauen, Greise) reichte.

Auf der anderen Seite kamen die wirklich eingeleiteten Reformschritte nicht einmal 10% der in der Landwirtschaft Beschäftigten (keine 200.000) zugute, verschlimmerte sich noch die Lebenslage der großen Mehrheit.

Da das Herzstück der am 6. März 1980 verkündeten Agrarreform, die Enteignungs- und Landverteilungsphase II, gar nicht erst in Angriff genommen wurde, beschränkten sich die Veränderungen auf Randbereiche. Die Säulen des Reichtums und der Machtfülle der salvadorianischen Oligarchie, die Kaffee- und Baumwoll-Plantagenwirtschaften, blieben weitgehend unangetastet. Ihr Roll Back (Zurückrollen) gegen bäuerliche „Nutznießer“ lief 1981 auf vollen Touren. Und noch unter Präsident Duarte gab die salvadorianische Junta im März 1982 bekannt, daß die Agrarreform erst einmal für die nächsten 5 bis 10 Jahre „ausgesetzt“ sei.

Die Regierung Magaña, die im Mai 1982 installiert wurde, dekretierte sodann das Aus der Reform. Die Restbestände an Bauernkooperativen sind aufzulösen. Sie sind ebenso wie die Besitztitel von Kleinpächtern an die alten Eigentümer zurückzugeben.⁸ Die salvadorianische Agrarreform – eine „beispiellose“ Totgeburt.

Phantasterei ist auch die Behauptung, die Machthaber in San Salvador seien für den alltäglichen Terror nicht zuständig. Das wäre neu für El Salvador, wo die ultrarechten Banden (ORDEN und Todesschwadronen) vor und während der Romero-Diktatur vom Offizierskorps der Streitkräfte und Nationalgarde dirigiert wurden.

Ermittlungen verschiedenster Institutionen ergaben übereinstimmend, daß die direkten Verantwortlichen der Mord- und Verschleppungsaktionen zu 80-90% (so Ed Broadbent, der Beauftragte der Sozialistischen Internationale Mitte 1981) bzw. „in der größten Mehrheit der Fälle wiedererkannte Mitglieder der Sicherheitskräfte und des Militärs“ sind (so das Rechtshilfebüro des Erzbistums von San Salvador). Selbst die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) klagte im November 1981 die Repression in El Salvador als „staatlichen Terrorismus“ an.⁹

Berge von Leichen

Auf dem Lavafeld La Playon, nahe San Salvadors, entdeckte man Mitte 1981 ein Leichenfeld mit rund 1.000 ermordeten Verschwundenen. Nahezu alle wiesen Zeichen barbarischer Folterungen auf. Das Totenfeld liegt inmitten dreier Kasernen, und der Zugang ist ohne Zutun der Armee gar nicht möglich.¹⁰

Seit dem 3.12.1980 existiert ein **Ausnahmegesetz**, das Dekret 507. Danach ist die Folter erlaubt, um Geständnisse zu erzwingen. Das Gesetz 507 hat keine festgelegten Grenzen der Anwendbarkeit, so daß es sogar für Kinder und Jugendliche beansprucht wird. Es erlaubt die totale Isolation gefangener Regimegegner. Es ermächtigt die Behörden zur Verhaftung eines Jeden aufgrund der geringsten Vorwürfe oder einer Denunziation. Das Verfahren findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Verhöre und Ermittlungen können bis zu 180 Tage dauern, bevor der Gefangene möglicherweise freigelassen wird. Viele sterben während der Folter, die meisten werden nach der Folter ermordet.

Ansonsten verfahren die Killer vornehmlich nach staatlich gefertigten **Todeslisten**, auf denen sich das gesamte Spektrum der Opposition, FDR-Führer, Gewerkschafter, Priester, Hochschulrektoren usw. wiederfindet.

Die schlimmsten Massaker aber verübten salvadorianische Juntatruppen in den Provinzen (Morazán, Chalatenango,



General J. G. Garcia (r.) am Kampfschauplatz

Verteidigungsminister Guillermo Garcia: „Darum handeln wir so entschieden!“

Verteidigungsminister José Guillermo García, einziges verbliebenes Regierungsmitglied der „Reform“-Junta vom Oktober 1979 und neuerdings Armeegeneral, gilt als der alte „starke Mann“ des Regimes (der andere, neue „starke Mann“ ist seit den Märzahlen 1982 Roberto D'Aubuisson).

Eine bundesdeutsche Delegation unter Leitung von Helmut Frenz, Generalsekretär von Amnesty International, die im Dezember 1981 in El Salvador weilte, sprach mit J. Guillermo Garcia im militärischen Hauptquartier Estado Mayo. Sie traf auf den „eigentlichen Herrscher im Staate El Salvador“, der ihnen eine halbstündige Aussprache bescherte. Helmut Frenz vermittelt Ausschnitte und Eindrücke:

(...) Wir bedanken uns und wollen uns erheben... Wir waren fest entschlossen, jetzt aufzubrechen. Doch Garcia hält uns noch zurück. In meinem Tagebuch habe ich die nun folgende Ansprache festgehalten:

„Sie, liebe Freunde, sind gläubige Christen. Auch ich glaube an Gott wie Sie. Ich bin ein treues Glied der Kirche und den Bischöfen dieses Landes in Freundschaft verbunden. Wir wollen endlich Frieden. Die Campesinos wollen Frieden! Die Leute in der Stadt wollen Frieden! Meine Soldaten wollen Frieden! Es gibt aber Menschen, die keinen Frieden wollen. Das sind die Kommunisten – überall auf der Welt. Die gibt es jetzt leider auch in unserem Lande. Sie haben etliche vergiftet. Sie sind Terroristen; und wir werden sie vernichten und ausrotten!“

Diese letzten Sätze spricht er in kaltem Stakkato. Dann fährt er mit sanfter Stimme fort:

„Wir werden unser Volk vor diesen Terroristen beschützen. Ich habe mir diese edle Aufgabe nicht selber gestellt. Gott hat mich beauftragt, unser Volk vor dem Kommunismus zu beschützen. Darum handeln wir so entschieden.“

„Wir sind uns mit den Bischöfen in diesem Lande einig, daß wir die Kommunisten vernichten müssen, denn sie sind Gift für unser gläubiges Volk. Ich treffe mich mindestens einmal im Monat mit den Bischöfen. Sie helfen mir. Sie beraten mich. Ich bin ihr Schüler. Bei Bischof Aparicio bin ich früher zur Schule gegangen.“

Wir werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten ungestraft ihre Lügenpropaganda verbreiten. In den kranken Gehirnen (‘cerebros podridos!’) der Kommunisten entstehen die Greuelgeschichten, die Berichte von angeblichen Massakern, die meine Soldaten am Rio Sumpul angerichtet haben sollen. Sie hätten Säuglinge in die Luft geworfen und mit Maschinenpistolen auf sie geschossen.“

Dabei vollführt Garcia die Geste des Werfens und Schießens, so daß die Szene lebendig wird. Mir läuft eine Gänsehaut über den Rücken. Immer wieder fallen die Worte „vernichten“, „ausrotten“. Der zu Vernichtende wird verteufelt und als Untermensch dargestellt. Wer so denkt und redet, hat damit schon den ersten Schritt zu Folter und Völkermord getan. Wenn dann noch der Wahn einer göttlichen Sendung hinzukommt, muß der Gedanke notwendig zur Tat werden. Hitler ist ein Beispiel hierfür; Garcia ein weiteres. (...)

(Quelle: H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Reinbek 1982, S. 106-107)

Cabañas, Usulután), die weitgehend die Guerilla kontrolliert. Drei dieser Schlächtereien an der Zivilbevölkerung seien herausgegriffen:

- Am 14. Mai 1980 richteten salvadorianische und honduranische Truppen am Rio Sumpul ein Blutbad unter flüchtigen Salvadorianern an. Mit Flugzeugen, Kampfhubschraubern und Maschinengewehren nahmen sie Hunderte von Bauern, Frauen, Jugendliche und Kinder beim Versuch des Überquerens des Grenzflusses unter Feuer. Rund 600 Tote blieben zurück.

- Am 7. April 1981 ermordeten Militäreinheiten in Arambala und Umgebung rund 1.500 Greise, Frauen und Kinder, die größtenteils vor den Luftangriffen der salvadorianischen Armee in Höhlen Zuflucht gesucht hatten. Sie wurden von der Soldateska erstickt und zusammengeschossen.¹¹

- Im Rahmen ihrer Dezemberoffensive 1981 in der Provinz Morazán massakrierten salvadorianische Juntatruppen mehr als 1.100 Zivilisten, in ihrer Mehrzahl Kinder, Frauen und Greise. Sie wurden erschossen, erschlagen, erhängt oder bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Mordkommandos fielen über Orte her, die bisher als „Niemandland“ galten, die keine der beide Seiten ständig kontrollierte, die sich als „Unbeteiligte“ am Kriegsgeschehen gefühlt hatten. Nach dem Massaker zählte man in La Joya 193 Tote, darunter 133 Kinder. In Cerro Pando fand man 180 Leichen und im Dorf El Mozote 472, davon etwa die Hälfte jünger als 15 Jahre.

Ein später von Guerilleros gefangengenommener Soldat, der die Aktion miterlebte, sagte in Radio Venceremos: „Ich habe die Leichen der Kinder gesehen, Berge von Leichen...“ Im Dorf El Mozote, das am 12. Dezember 1981 ausgelöscht wurde, ließen die Täter ihr Markezeichen zurück. In der Sakristei der zerstörten Dorfkirche fand sich neben Leichenbergen die Inschrift: „Hier kam das Bataillon Atlacatl vorbei, die Engel der Hölle.“ Atlacatl, das ist eine von US-Militärs für die Aufstandsbekämpfung getrimmte Eliteeinheit.

Und die Verantwortlichen? Verteidigungsminister Garcia gab den Einsatzbefehl für die sog. „Operation Hammer und Amboß“ in der Provinz Morazán. Das Oberkommando führte Generalstabschef Flores Lima. „Hammer“, das waren 4.000 Mann der Armee einschließlich der gesamten Luftwaffe, der Nationalgarde und paramilitärischer Banden. „Amboß“, das waren nach Aussagen von J. Guillermo Garcia die „terroristischen Gruppen“, also die Guerilla und ihr Sender Radio Venceremos, deren beider „völlige Zerstörung“ der Verteidigungsminister Mitte Dezember 1981 vorzeitig verkündete. In Wahrheit zerstört wurden Zivilisten und Dörfer im Raum um El Mozote.¹²

In diesem wie in anderen Fällen gehen die Killereinsätze und Massaker am Volk nicht auf unabhängig operierende, „private“ Todesschwadronen der Ultrarechten zurück. Dort wo sie die Verbrechen ausführen, handeln sie in der Regel – so bezeugte der Armeehauptmann Ricardo Fiallos im Mai 1981 vor einem Ausschuß des US-Kongresses – nach der „Planung hochrangiger Militäroffiziere und in Gemeinschaftsarbeit mit Mitgliedern der Sicherheitskräfte“.¹³ Sie täten dies, egal, ob es sich um Attentate, Verschleppungen, Folterungen oder Willkürmorde drehe.

Die Konsequenzen des Vernichtungskrieges lassen sich in Zahlen fassen: Seit der Machtübernahme der salvadorianischen Junta vom Oktober 1979 gab es mehr als 30.000 Ermordete, die in Kriegshandlungen gefallenen Soldaten und Guerilleros (geschätzte 3.000) nicht eingerechnet. Allein im Jahr 1981 wurden 15.709 Salvadorianer umgebracht. Von den davon 10.517 bislang identifizierten Opfern waren 8.222 Bauern, 885 Arbeiter, 577 Studenten/Schüler und 397 Angestellte.



R. D'Aubuisson (l.) in der Nationalversammlung; Übergangspräsident A. Magaña

Opfer des Vernichtungskrieges sind ferner Tausende von Verschwundenen und politischen Gefangenen, sowie Hunderttausende von Flüchtlingen bzw. Vertriebenen. Anfang 1982 bezifferte man die Flüchtigen im Inland auf 300.000, im Ausland auf 329.000.¹⁴

Der Ausgang der Wahlen am 28. März 1982 bestärkte den Vernichtungskurs des Regimes. Von den insgesamt 60 Sitzen der Verfassungsgebenden Versammlung eroberte die PDC als – mit 40% der Stimmen – stärkste Partei zwar 24 Sitze, aber die absolute Mehrheit fiel mit insgesamt 36 Sitzen den vier vertretenen Rechtsparteien zu.

An ihre Spitze schob sich die erst ein halbes Jahr zuvor gegründete **Republikanisch-Nationalistische Partei (ARENA)** des Majors Roberto D'Aubuisson (29%, 19 Sitze), der vom rechten Flügel der Oligarchie finanziert und zum „starken Mann“ aufgebaut wurde. Er hatte im Wahlkampf verkündet, den Reformexperimenten (Nationalisierung von Banken und Außenhandel, Agrarreform) des Napoleon Duarte, die die Ursache der wirtschaftlichen Misere seien, den Garaus zu machen.

Nach den Märzahlen: Faschisten am Zug

Unmittelbar nach seinem Wahltriumph drängte Roberto D'Aubuisson auf die Bildung einer puren Regierung der Ultrarechten und erklärte der FMLN/FDR den „totalen Krieg“. Doch unter dem Druck der Reagan-Administration kamen die ARENA, die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN, rund 17% der Stimmen, 14 Sitze) und die anderen Rechtsparteien nicht umhin, auch der „gemäßigten Mitte“ Platz in der Regierungskoalition einzuräumen. Ronald Reagan muß wenigstens den „demokratischen Schein“ wahren, um die je halbjährlich zu bewilligende Überlebenshilfe an San Salvador im Kongreß durchbringen zu können (so im Juli und Dezember 1982).

R. D'Aubuisson wurde mit der einflußreichen Funktion des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung betraut. Er mußte aber auch Anfang Mai d.J. die Regierungspräsenz der PDC und die Wahl eines „gemäßigten“ Kompromißkandidaten, des rechtsunabhängigen Bankiers Alvaro Magaña Borge zum Übergangspräsidenten hinnehmen. A. Magaña bringt familiäre Bande zum modernistischen Flügel der Oligarchie und enge Beziehungen zum Militär mit. In der neuformierten Regierung stellte die ARENA vier Vertreter, die PCN und PDC je drei, zuzüglich vier Unabhängigen. General Garcia behielt sein Amt als Verteidigungsminister, in die anderen Schlüsselpositionen teilten sich die Rechtsparteien. Noch im Mai 1982 setzten sie in der Verfassungsgebenden Versammlung den Beschluß der faktischen Liquidierung der Agrarreform durch.

Die äußere Rechte um Roberto D'Aubuisson betreibt zielgerichtet und offen die Liquidation der Reformüberbleibsel,

ohne sich viel um die dadurch vermehrten Legitimierungsschwierigkeiten Washingtons zu scheren. Sie baut darauf, daß die verbündeten USA es sich angesichts der Stärke der FMLN/FDR und der prekären militärisch-wirtschaftlichen Lage in El Salvador einfach nicht leisten können, ihren Hilfsstrom versiegen zu lassen.

Wie sonst auch sollten die Löcher gestopft werden, die durch eine **dramatische Wirtschaftskrise** und die enormen Kriegskosten aufgerissen sind? Die einheimische Bourgeoisie und die Auslandskonzerne sorgten mit der Schließung von über 200 Betrieben, einer Kapitalflucht von mehr als 2 Mrd Dollar seit 1979 sowie mit der einschneidenden Senkung der Investitionsrate (um 14,7% im Jahr 1979, 38,7% im Jahr 1980) für die rasante Zuspitzung der Krise. Diese Wirtschaftskrise äußert sich im Absinken des Bruttoinlandsprodukts um 3,2% (1979) und um 15% (1981), oder im gleichzeitigen Anstieg der jährlichen Inflationsrate von 13,7% auf 24,8%.

Sie äußert sich im ähnlich deutlichen Absinken der Exporte und einem Zahlungsbilanzdefizit, das 1981 auf 241 Mio Dollar anwuchs. Sie äußert sich ferner im raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit oder darin, daß der öffentliche Dienst Anfang Juni 1982 Lohnrückstände gegenüber seinen Arbeitern und Angestellten von zwei oder mehr Monaten aufwies. Aus gleichem Grund streikten im Mai d.J. 7.000 Bauarbeiter. Die Lehrgewerkschaft ANDES protestierte im Mai d.J. gegen den Lohnstopp und die Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und forderte eine Gehaltsaufbesserung um mindestens 50% angesichts des Anstiegs der Lebenshaltungskosten.¹⁵

Ein Ausweg aus dieser Krise scheint unter der neuen Regierung kaum in Sicht, da in ihr – mit der faschistischen ARENA – die unnachgiebigsten Verfechter einer Kriegseskalation und der oligarchischen Privilegien das Übergewicht haben. Allerdings sind vehemente Konflikte zwischen ihnen und den gemäßigteren Kräften der Armeespitze (hier spielt auch die Rivalität zur Nationalgarde, der Stütze D'Aubuissons hinein) bzw. der Regierungskoalition schon vorprogrammiert. Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung dürfte das Konfliktpotential dieser künstlerlichen, von außen aufgenötigten Allianz mehren. Den versprochenen sozialen Frieden bzw. einen blitzartigen Endsieg über die FMLN dürfte die Equipe um Roberto D'Aubuisson und General Garcia kaum wahr machen können.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Lateinamerika Nachrichten (LAN), Berlin-West, Sondernummer zu El Salvador, Mai 1980, S. 133f.
- 2) Zit. nach: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 4/Juli-August 1980, S.9
- 3) NACLA, a.a.O., S. 14
- 4) So hieß es in der Austrittserklärung von 7 Mitgliedern der PDC-Parteiführung. Washington Post, Washington, 1.7.1980
- 5) The Nation, Washington, 18.4.1981, S. 455
- 6) Nach: AIB 4/1982, S. 7 und Der Spiegel, 1.2.1982
- 7) A.A. Guha/F. Nuscheler, Revolution und Reaktion in El Salvador, in: Vorgänge, Nr. 54/Dezember 1981, S. 51-64, hier S. 63
- 8) Dialogo Social, Panama, Nr. 142/Februar 1982, S.31; NACLA, a.a.O., S.17 und International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 5.1.1982
- 9) Laut: Bericht des Rechtshilfebüros der Erzdiözese San Salvador, San Salvador, Nr. 4180/16.11.1980 und Socialist Affairs, London, Nr. 5/1981, S.196
- 10) Eine detaillierte Beschreibung und Erläuterung zu La Playon siehe in: H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Reinbek 1982, S. 88-92
- 11) Nach: Dialogo Social, a.a.O., S.31
- 12) Ebenda; IDES, Berlin-West, Nr. 66/8.1.1982; H. Frenz u.a., El Salvador – Massaker..., a.a.O., S. 32; AIB 2/1982, S.11
- 13) Zit. nach: NACLA, Nr. 3/Mai-Juni 1981, S.18
- 14) Daten nach: Dialogo Social, a.a.O., S.31; AIB 4/1982, S. 12 und Frankfurter Rundschau, 20.1.1982
- 15) Daten nach: Latin American Weekly Report, London, 28.5.1982; SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 10/3.1.1982; IDES, Nr. 84/14.5.1982



FMLN-Führer S. Cayetano Carpio verlas im Januar 1981 den Aufruf zur Generaloffensive; Kämpfer der aufständischen Armee in Morazan

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

„Die Vereinigte Revolutionäre Führung der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) traf zusammen im Hauptquartier des Generalstabs der revolutionären bewaffneten Kräfte der fünf Organisationen, die die FMLN, die Avantgarde des heroischen Volkes von El Salvador, bilden. Arbeiter und Bauern, revolutionäre Männer und Frauen, Demokraten und Patrioten – die Zeit ist gekommen, die entscheidenden militärischen und aufständischen Kämpfe zu beginnen, damit das Volk die Macht übernehmen und eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung errichten kann. Jahre des Leidens, über 50 Jahre Militärdiktatur können für immer durch den Kampf des Volkes zerschlagen werden. (...)

Wir rufen das ganze Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben, und mit allen Kampfmitteln, nach den Befehlen ihrer unmittelbaren Vorgesetzten, an allen Kriegsfrenten und im ganzen Land tapfer zu kämpfen bis das unterdrückerische und völkermörderische Regime der einheimischen Oligarchie und des Imperialismus gestürzt ist.“¹ Mit diesem Aufruf der FMLN-Führung vom 10. Januar 1981 begann die Generaloffensive des bewaffneten Widerstandes in El Salvador. Die Volkserhebung erfaßte das ganze Land. Die Wahlbetrügereien der Militärs (1972 und 1977) und die unerhörte Mordpolitik der salvadorianischen Junta im Jahr 1980 – zuletzt die Liquidierung der dialogbereiten Führungsspitze der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) im November 1980 – ließen den Volkskräften keine andere

Schwerer Neubeginn nach 1932

Wahl als den allgemeinen bewaffneten Widerstand. Damit traten die Befreiungskämpfer der FMLN/FDR das Erbe jener Arbeiter und Bauern an, die sich am 22. Januar 1932 zum bewaffneten Aufstand gegen die Militärdiktatur Herandez Martinez erhoben. Angeführt von der Gewerkschaftszentrale Regionale Föderation der Arbeiter El Salvadors und der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS, gegr. 1930) hatte sich eingangs der 30er Jahre eine revolutionäre Massenbewegung in Stadt und Land herausgebildet. Agustin Farabundo Martí (1893-1932), PCS-Generalsekretär und militärischer Kopf des Volksaufstands, wurde jedoch zusammen mit anderen Aufstandsführern vom Regime gefaßt und hingerichtet. Mit ihm starben 30.000 Aufständische. Die PCS und die Gewerkschaften wurden weitgehend zerschlagen und verboten. Doch das Vermächtnis Farabun-

do Martí blieb ebenso lebendig wie jenes des Generals Sandino in Nicaragua, in dessen Guerillaverbänden in den Jahren 1928/29 Farabundo Martí gekämpft hatte. Seine legendäre Aussage: „Wenn man die Geschichte nicht mit der Feder schreiben kann, muß man sie mit dem Gewehr schreiben.“² machten sich die salvadorianischen Befreiungskämpfer der FMLN zueigen.

Als die Martinez-Diktatur 1944 stürzte, vermochte die PCS, seinerzeit die einzige Linksorganisation, sich im Lande zu reorganisieren und neue Kräfte im Untergrund zu sammeln. Daß dabei trotz des Fehlens von Gewerkschaften im April 1944 ein Generalstreik organisiert wurde, zeigte das Wiedererwachen der Kampfbereitschaft der salvadorianischen Arbeiterklasse an. Im November 1945 unterstrich dies ein spontaner Eisenbahnerstreik.

Das Diktaturregime General S. Castaneda Castros (1945-48) reagierte mit der Illegalisierung aller Streiks und der Inhaftierung Hunderter streikender Arbeiter der Brotfabriken und anderer Betriebe im Jahr 1946. Am 15. September 1946 wurde eine Protestversammlung auf der Plaza Libertad in San Salvador, die sich gegen die Kriminalisierung von Arbeitskämpfen richtete, von Uniformierten zusammengeschossen. Im September 1947 ging das Komitee zur Reorganisation der Arbeitergewerkschaft El Salvadors (CROSS) daran, die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund wieder aufzubauen. Als CROSS-Generalsekretär agierte das PCS-Führungsmitglied Salvador Cayetano Carpio.

Unter der Regierung Osorio (1948-56) gestand man den städtischen Arbeitern gewerkschaftliche Aktivitäten zu, führte einen Mindestlohn ein und suchte sie erstmals mit Sozialprogrammen (Wohnungsbau, Sozialversicherung) zu integrieren. Der PCS gewährte man ein legales Zwischenspiel. Auf dem Lande wurde freilich weiterhin jeder Organisationsversuch von Landarbeitern und Bauern erstickt. Und schon 1952 ging das Regime wiederum zur Züchtigung der Volksbewegung über. Es ließ Gewerkschaftsführer inhaftieren, foltern und ausweisen. Und es verbot die PCS.

Daß die Konsolidierung der Arbeiterbewegung dennoch voranschritt, veranschaulichte der erste nationale Gewerkschaftskongreß im Jahr 1957, der die progressive Gewerk-

schaftszentrale Generalföderation der Arbeiter El Salvadors (CGTS) hervorbrachte. Das Lemus-Regime (1956-60) konterte postwendend, indem es mit der Generalföderation der Gewerkschaften (CGS) eine gelbe, regierungstreue Gewerkschaft aus der Taufe hob. Die Spaltung bewirkte in den 60er Jahren eine Lähmung der Gewerkschaftsbewegung.

Protestaktivitäten gegen die Repression und das soziale Elend initiierte zwischenzeitlich vor allem die Nationale Front Ziviler Orientierung (FNOC), die 1957 von der Partei der Erneuernden Aktion (PAR) und drei anderen antidiktatorischen Gruppierungen gegründet worden war. Sie unterstützte die zivilmilitärische Junta, die im Oktober 1960 eine dreimonatige Demokratisierung inszenierte, bevor ein rechter Gegenputsch den Status quo wiederherstellte.

Mit der kontrollierten demokratischen Öffnung unter Oberst Rivera (1962-67) kamen neue Elemente ins Spiel. Zum einen ließ die regierende Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) erstmals demokratische Oppositionsparteien zu, ausgenommen die Kommunistische Partei. Die Christdemokratische Partei (PDC, gegr. 1960) vermochte sich rasch als Anwalt der anwachsenden Mittelschicht zu profilieren, da sie für Strukturreformen und eine weitergehende Demokratisierung der Staatsorgane eintrat.

Im Jahr 1965 formierte sich die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR), die sich hauptsächlich aus Intellektuellen und Freiberuflichen rekrutierte. Die Anhänger dieser zahlenmäßig kleinen Partei finden sich ebenfalls vorrangig im städtischen Kleinbürgertum. Die MNR ist Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Radikalisierung der Volksbewegung...

Von der Partei der Erneuernden Aktion (PAR) drohte der Regierungspartei PCN in den 60er Jahren allerdings die größte Gefahr. Als traditionelle liberale Oppositionspartei (gegr. 1944) durchlief sie in den 60er Jahren, da Mitglieder der PCS und andere Linkskräfte in ihr wirkten, einen Radikalisierungsprozeß. Sie verlangte grundlegende antioligarchische Umgestaltungen wie eine Agrarreform, staatliche Sozialfürsorge für die ärmsten Bevölkerungsteile, Arbeitsbeschaffungsprogramme, eine progressive Besteuerung der Einkommen usw. Der Wahlerfolg der PAR bei den Präsidentschaftswahlen 1967, als ihr Kandidat Fabio Castillo trotz aller Behinderungen 1/3 der Stimmen eroberte, zeigte, welch starke Resonanz diese Partei in der städtischen Arbeiterklasse und in kleinbürgerlichen Kreisen fand. Das alarmierte Militärregime verfügte das Verbot der PAR.

1968 waren der linke PAR-Flügel und die PCS maßgeblich an der Gründung der Demokratisch-Nationalistischen Union (UDN) beteiligt. Sie wurde faktisch zur Massenorganisation der illegalen Kommunistischen Partei. Ihr Kampfziel definierte die UDN als demokratische, antioligarchische und antiimperialistische Revolution.

Ein wichtiges neues Element ist hier bereits mit der Herausbildung einer demokratischen Studentebewegung und der Radikalisierung der lohnabhängigen Intelligenz, vor allem der Lehrerschaft, angesprochen. Mit ihrem sprunghaften Anwachsen, das sich an der Erhöhung der Hochschulstudenten im Zeitraum 1960-80 von 3.000 auf 35.000 ablesen läßt, drängten seit den 60er Jahren auch zunehmend Kräfte klein-

bürgerlicher und proletarischer Herkunft in diesen Bereich. Die erste große Aktion an den salvadorianischen Hochschulen war ein von der Studentenversammlung der Nationalen Universität ausgerufenen Streik im Jahr 1971.

Ein weiteres neues Element kam in den 60er Jahren mit der Organisierung der Bauern und Landarbeiter ins Spiel. Das Regime selbst suchte seit 1962 mit dem Aufbau der Natio-



Streikposten der CUTS vor der Textilfabrik Cosinter

naldemokratischen Organisation (ORDEN) und der kleinbäuerlichen Salvadorianischen Kommunalen Union (UCS) einen Teil der Landarmut an sich zu binden. Mit ihrer Ausbreitung sozialer Lockmittel hoffte man, eine eigenständige Bauernbewegung auf Dauer abblocken, mit paramilitärischen ORDEN-Banden fortan Unruhen noch effektiver ersticken zu können. Doch diese Rechnung ging nicht auf.

Katholische Priester trugen in den 60er/70er Jahren die Theologie der Befreiung aufs Land und vermochten sie in christlichen Basisgruppen der Kleinbauern und Landarbeiter einzubringen.

Ein anderes Gegengewicht entstand 1967 mit der von der Christdemokratischen Partei beeinflussten Christlichen Föderation Salvadorianischer Bauern (FECCAS). FECCAS wuchs mit dem Aufschwung der Arbeitskämpfe 1973-75 nicht nur zahlenmäßig stark an, sondern machte auch einen Radikalisierungsprozeß durch. 1975, als sich die revolutionären, marxistisch orientierten Kräfte endgültig in ihr durchgesetzt hatten, fusionierte die FECCAS mit der progressiven Union der Landarbeiter (UTC) zur Föderation der Landarbeiter (FTC). Sie zählte Ende der 70er Jahre rund 80.000 Mitglieder. Zum erstenmal seit dem Volksaufstand 1932 gab es wieder eine organisierte revolutionäre Landarbeiter- und Bauernbewegung mit Massencharakter.³

...in den 60er/70er Jahren

Ein neues Element war ferner die Radikalisierung der städtischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ab Mitte der 60er Jahre. In den Jahren 1965-68 bahnte sich ein Umschwung hin zur Reaktivierung der Arbeiterbewegung an. 1965 formierte sich aus der aufgelösten CGTS und verschiedenen unabhängigen Einzelgewerkschaften die Gewerkschaftliche Einheitsföderation El Salvadors (FUSS). Sie tat sich mit der Unterstützung der erfolgreichen Streikkämpfe der Kraftfahrer 1966/67, der Textilarbeiter im Februar 1967 und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Busfahrer, Müllarbeiter, Facharbeiter u.a.) hervor. Sie war Organisator eines Generalstreiks, der aus Solidarität mit der streikenden Belegschaft des Stahlwerks Acero S.A. (nahe Zacatecoluca) im April 1967 ausgerufen wurde. Er endete mit einem grandiosen Erfolg der gesamten Arbeiterbewegung, denn sie erkämpfte mit ihm das Streikrecht. In der Folgezeit vermochte die FUSS etliche Einzelgewerkschaften der gelben Gewerkschaft CGS zu sich herüberzuziehen.

Zur Jahreswende 1967/68 traten die in der Gewerkschaft ANDES 21. Juni organisierten Lehrer in einen mehrtätigen Streik und besetzten über zwei Monate lang das Erziehungsministerium. Es kam zu Solidaritätsstreiks der öffentlichen Bediensteten und Textilarbeiter.

So vollzog sich in den 70er Jahren ein Prozeß des mehrheitlichen Übergangs der Gewerkschaftsbewegung auf klassen-



Städtische Volksmilizionäre der FMLN

kämpferische Positionen, der sich im übrigen nicht auf die von revolutionären Kräften dominierten Gewerkschaften beschränkte.

Während mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe seit Mitte der 70er Jahre die regierungstreuen Verbände CGS und CNT rasch an Bedeutung verloren, avancierte die **Einheitskonföderation der Salvadorianischen Arbeiter (CUTS)** zur stärksten Gewerkschaftszentrale des Landes. In ihr fanden die von der Kommunistischen Partei geführte FUSC und die von den revolutionären Volksorganisationen radikalisierten Verbände, die **Nationale Gewerkschaftsföderation der Arbeiter El Salvadors (FENASTRAS)** und die Gewerkschaftsföderation der Arbeiter der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Textilindustrie (**FESTIAVTSCEs**), ein Koordinationsorgan.⁴

Der Radikalisierungsprozeß der salvadorianischen Bevölkerung spiegelte sich bereits bei den **Präsidentenwahlen 1972** deutlich wider. Hatte sich 1967 die regierende Partei der **Nationalen Versöhnung (PCN)** noch mit 60% der Stimmen (die Linkspartei **PAR** erzielte rund 1/3) souverän behauptet, so gewann diesmal der Kandidat der **Nationalen Oppositionsunion (UNO)**, José Napoleon Duarte, mit überwältigender Mehrheit. Doch die UNO, ein Wahlbündnis der Christdemokratischen Partei, der Demokratisch-Nationalistischen Union und der sozialdemokratischen MNR wurde um ihren Sieg betrogen.

Bei den **Präsidentenwahlen 1977** respektierte das Militärregime den Sieg des UNO-Kandidaten, des Obersten i.R. Ernesto Claramount, wiederum nicht. Uniformierte erschossen damals 200 Demonstranten, verletzten Hunderte, verhafteten und verschleppten 6.000 Menschen.⁵ Für weite Teile des salvadorianischen Volkes erstarb damit die Hoffnung, über Wahlen ihr Los verändern zu können.

Die Herausbildung der Guerilla

Die erste politisch-militärische Linksorganisation, die **Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL)**, entstanden im Jahr 1970, als sich aus der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS) der Minderheitsflügel um Generalsekretär Salvador Cayetano Carpio abspaltete. Den Ausschlag gab eine unterschiedliche Sicht der Frage, ob die Zeit reif sei für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die Gründer der FPL sahen den unmittelbaren Aufbau von ersten bewaffneten Widerstandsgruppen als erforderlich an.

Der FPL gelang es verhältnismäßig rasch Kader und Einfluß unter Industriearbeitern, Studenten und –anfänglich besonders – Lehrern zu gewinnen. Dann, ab 1974, war sie in der Lage, eine Vielzahl von Landarbeitern und Bauern zu organisieren. Sie konzentrierte sich nun darauf, neben Guerillagruppen (FAPL) auch Selbstverteidigungseinheiten und

Volksmilizen aufzubauen, um die Massenbewegung gegenüber dem Staatsterrorismus verteidigungsfähig zu machen. Die FPL organisierte sich in einem Netzwerk von Zellen (Produktions-, Orts- und Spezialzellen) und definierte sich als marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.⁶

Als zweite bewaffnete Linksorganisation entstand im Jahr 1971 das **Revolutionäre Volksheer (ERP)**. Sie rekrutierte sich aus radikalisierten Christdemokraten und Intellektuellen. Mitte der 70er Jahre kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der ERP, wobei der Wortführer einer vorrangig politischen Strategie, der bekannte Schriftsteller Roque Dalton, umgebracht wurde. Seine Anhänger des Minderheitsflügels verließen daraufhin 1975 die ERP. Noch im selben Jahr gründeten sie die **Streitkräfte des Nationalen Widerstands (FARN)**, deren Kommando Eduardo Sancho Castaneda (Ferman Cienfuegos) führt. Sie schuf sich mit dem Nationalen Widerstand (RN) eine politische Partei. Die ERP löste sich ihrerseits im Jahr 1977 vom „Militarismus“ (J. Villalobos), der Überbetonung des militärischen Aspekts und gründete die Partei der Salvadorianischen Revolution (PRS), der die Guerilla unterstellt wurde.

Die ERP und FARN machten durch serienweises Kidnapping von Repräsentanten der Oligarchie wie internationaler Konzerne von sich reden.

Alle drei revolutionären Linksorganisationen, FPL, PRS und RN, haben heute ein marxistisches Selbstverständnis. Gemeinsam ist ihnen das Ziel des Sozialismus, das sie über eine umfassende Volksallianz, eine demokratisch-revolutionäre Volksregierung und eine echte Volksdemokratie anstreben.⁷

Die Volksorganisationen

Die erste revolutionäre Volksorganisation wurde im Jahr 1974 mit der **Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU)** gegründet. Zunächst verstand sie sich als Sammelbecken für Gewerkschaften, andere Massenorganisationen, Parteien (PDC, MNR, PCS), progressive Kräfte der Kirche u.a. Ihr Programm hob auf die Durchsetzung elementarer wirtschaftlicher Forderungen, demokratischer Rechte und Reformen und auf die Kombination von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf ab.

Mit der Radikalisierung der Massenbewegung auf dem Land kam es zur Spaltung der FAPU. Die Landarbeiter- und Bauernorganisationen FECCAS und UTC sowie die Lehrgewerkschaft ANDES traten 1975 aus, um sich mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen zum **Revolutionären Volksblock (BPR)** zusammenzuschließen. FAPU und BPR führten Besetzungsaktionen von Fabriken, Botschaften oder Haciendas (Landgütern) durch. Sie inszenierten „wilde“ und Solidaritätsstreiks. Die BPR avancierte dank ihrer dominierenden Verankerung auf dem Land, zur mit Abstand größten Volksorganisation, die 1979 an die 100.000 Mitglieder zählte. Sie ist heute die Massenorganisation der FPL und teilt deren strategische Ausrichtung. Die FAPU ist am stärksten unter der Industriearbeiterschaft verankert und dominiert mit der Gewerkschaftsföderation FENASTRAS eine der größten Gewerkschaftsverbände. Sie versteht sich heute als Massenfront der politisch-militärischen Organisation RN/FARN.

Als dritte revolutionäre Volksorganisation entstanden im Jahre 1978 die **Volksligen 28. Februar (LP-28)**, deren Namen an das Massaker der Nationalgarde auf der Plaza Libertad in San Salvador im Jahre 1977 erinnert. Sie definierte sich als revolutionäre Massenfront der PRS/ERP.

Die Kommunistische Partei El Salvadors (PCS), die über ihre Massenfront Demokratisch-Nationalistische Union (UDN)

Abo-Kampagne 1981/82 in der Schlußphase

Im Juli 1982 läuft unsere Abo-Kampagne aus. Zum Redaktionsschluß dieses Heftes (15. Juni 1982) dauerte die Endspurphase noch an, war noch alles drin. Im Juli letzten Jahres fiel der Startschuß. Anfang Juni 1982 hatten wir genau 852 neue Abonnenten. Wenn wir jetzt noch einen Zahn zulegen, können wir bis Ende Juli die 1.000 schaffen. Natürlich nur mit der Unterstützung unserer Leser.

Wer mit unserem Sonderheft „Ein Jahr Reagan“ werben möchte, dem senden wir gerne Probeexemplare kostenlos zur Weiterverteilung zu. Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit einem erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein. Und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönnner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
ca. 250 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Lore Schultz-Wild
Die zweite Befreiung.
Alphabetisierung in Nicaragua
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
204 Seiten, Jugenddienst 1981

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und Befreiungskampf heute
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Günter Amendt
Das Sexbuch
249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)
Bonn 10. 10. 81
Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa — Reden, Fotos ...
224 Seiten, Lamuv 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme ...
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta
Der Aufstand
218 Seiten, Peter Hammer 1981

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
Das neue Äthiopien.
Vom Kaiserreich zur Revolution
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
Aktionshandbuch 3
192 Seiten, Lamuv 1982

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

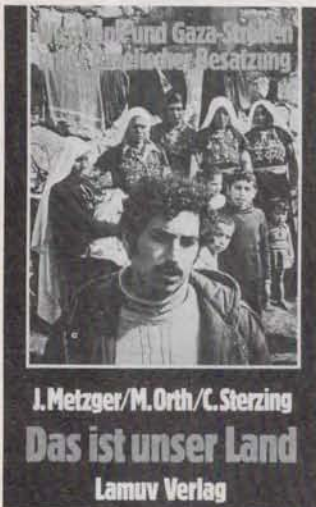
Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain
San Romero de America.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Hermann Kohn
El Salvador/Nicaragua.
Aufstand im US-Hinterhof
191 Seiten, Weltkreis 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Bestellkarte in der Mitte des Heftes benutzen!





- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador (2 DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1982 zum Mittelamerika-Antiinterventionskongreß (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (2 DM)
- ... Exemplar(e) Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch (5 DM)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. ... bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr. ...
- Ich möchte Probeexemplare, Register (Jahr:

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ... DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr; Kündigungsfrist 2 Monate



Prämie für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein
 Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
 192 Seiten, Großformat, Peter Hammer
 1981

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
 Politisch-ökonomisches Handbuch
 7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein
 1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet
Ich liebe mein Land
 30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun
UMBRAL
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Ich habe den neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienvunsch:

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



Wer hilft mit? ...bei der Befreiung El Salvadors

Wie geht das?

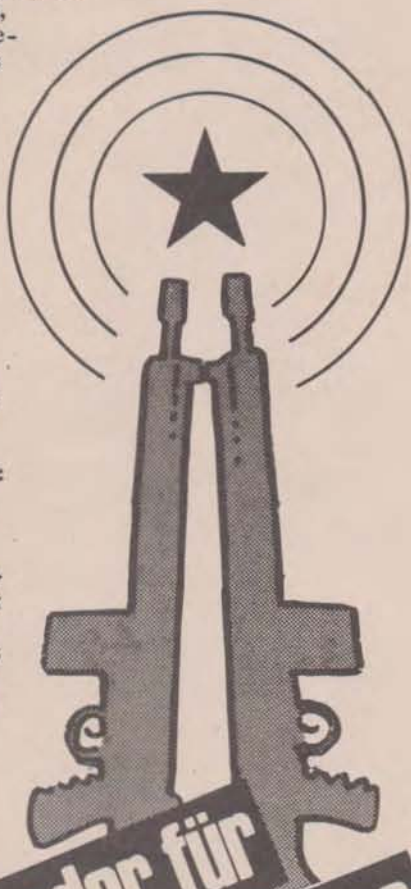
Aufruf von Radio Venceremos

„In El Salvador sind alle kritischen Stimmen in der Presse, im Rundfunk, in den Kirchen und Gewerkschaften zum Schweigen gebracht worden. Pressezensur durch Todeskommandos, Bomben, Folter.

Alle Stimmen – bis auf eine, die nicht zum Schweigen gebracht werden kann, weil es die Stimme der neuen Volksmacht ist, die in weiten Teilen des Landes schon die Kontrolle übernommen hat:

Radio Venceremos... Was anfang mit einer kleinen Sendeanlage in den Bergen von Morazán, ist in elf Monaten Arbeit zu einem komplexen Apparat geworden, der große Aufwendungen in die Technik und Organisation erfordert, um seine Aufgabe erfüllen zu können: einer Bewegung Ausdruck und Orientierung zu geben, die sich in den ländlichen Kriegsfronten wie im Untergrund der Städte vorbereitet auf den Aufstand, auf die endgültige Beseitigung eines politisch, wirtschaftlich und moralisch schon bankrotten

→
Weiter auf der
Rückseite



elan-
Aktion
Ein Sender für
Radio Venceremos
El Salvador

und nur noch von den Waffen der USA am Leben gehaltenen Regimes... Tragen wir bei zu der Erhaltung des Senders der FMLN, der letzten freien Stimme unter der Diktatur und der ersten der Volksmacht! In der Erwartung, daß dieser

Aufruf überall in der Welt, wo die Stimme von Radio Venceremos gehört wird, ebenfalls Solidarität und Unterstützung erweckt, und in der Gewißheit, vereint den Sieg zu erringen!

Radio Venceremos
Morazán, El Salvador"

Was braucht Radio Venceremos?

Politische und materielle Solidarität

Was kann man tun?

Mitmachen bei der Solidaritätskampagne des Jugendmagazins elan:

★ Ein Sender für ★ Radio Venceremos

Sonderkonto Radio Venceremos

Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44 050 199)

Konto-Nr.: 171 004 683 (G. v. Randow)

Postscheckamt Dortmund

Konto-Nr.: 33339-467

bisher
123000
DM

Was noch dazugehört:



Poster, zweifarbig, 2,- DM.



Button, dreifarbig,
3-DM-Solipreis, mehr
als 50 Prozent gehen
aufs Solikonto.



Postkarten. 2 Motive,
4 Stück für 3,- DM.
Damit kann man eine
Spendenlawine auslösen.



Wir haben den heißen
Draht zum Sender.
Monatlich neue In-
formationen und Re-
portagen. Einzelheft
1,50 DM, Jahresabo
nur 18,- DM.

Am besten einen Scheck beilegen oder
Geldscheine. Zu bestellen bei:

Redaktion elan Postfach 789 4600 Dortmund 1

weiterhin einen bedeutenden Einfluß in der Industriearbeiterschaft ausübt, begann erst im Frühjahr 1979 mit dem Aufbau eigener bewaffneter Formationen.

Aus ersten 1971 gebildeten bewaffneten Zellen ging im Jahr 1975 eine weitere politisch-militärische Linksorganisation, der salvadorianische Zweig der Revolutionären Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter (PRTC) hervor. Sie bekennt sich zum Befreiungskampf und orientiert auf den Sozialismus für Mittelamerika. Ihre Volksorganisation ist die 1979 gegründete **Befreiungsbewegung des Volkes (MLP)**, die sich offenbar vorwiegend aus Studenten- und Intellektuellenkreisen rekrutiert.⁸

Bis Ende der 70er Jahre formierten sich in Stadt und Land Tausende von Volksmiliz- und Selbstverteidigungsgruppen. Sie verliehen den Massenorganisationen Schutz und ein erhöhtes Durchsetzungsvermögen. Die Guerilla verfügte jetzt über Versorgungsquellen, militärisches Wissen, Kampferfahrungen und Volksunterstützung. Damit war ein allgemeiner Stärkezuwachs der Volksbewegung verbunden, die im März 1979 das Romero-Regime zur Rücknahme seines Ausnahmegesetzes (vom November 1977) zwang.

Mitte 1979 bildete sich ein breites antidiktatorisches Bündnis, das **Volksforum**. Es vereinte erstmals die traditionellen Oppositionsparteien UDN, MNR, PDC mit Teilen der revolutionären Volksorganisationen. Neben den Volksligen 28. Februar schlossen sich ihm auch der von der FAPU dominierte Gewerkschaftsverband FENASTRAS, die übergreifende Gewerkschaftszentrale CUTS und sechs weitere Gewerkschaftsverbände an. Nur der Revolutionäre Volksblock blieb fern. Das Volksforum verabschiedete im September 1979 eine gemeinsame Plattform. In dieser stellte man „eine akute politische Krise im Lande“ fest und rief zur Aktionseinheit aller Volkskräfte auf, um einen „echten Demokratisierungsprozeß und ein neues politisches Regime“ zu erkämpfen.⁹

Von der Revolutionären Koordination...

Als am 15. Oktober 1979 das Romero-Regime gestürzt wurde, arbeitete das Volksforum zunächst in und mit der „Reform“junta. Doch im Zeitraum Januar bis März 1980 brach das gesamte Spektrum der demokratischen Volksbewegung mit der Junta (siehe Beitrag zur „Reform“junta), bis hinein in die Christdemokratie, deren linker Flügel das Repressionsregime und die PDC verließ.

Gleichzeitig tat die revolutionäre Linke seit der Jahreswende 1979/80 Riesenschritte hin zu ihrer Vereinigung. Mit ihrer ersten gemeinsamen Großdemonstration der 200.000 am 22. Januar 1980 in San Salvador stellte sie ihre Stärke unter Beweis. Die revolutionären Linksorganisationen waren es auch, die die Initiative zum Zusammenschluß aller revolutionären und demokratischen Kräfte unter einem Dach ergriffen.

Am 10. Januar 1980 veröffentlichten sie ihre Proklamation der revolutionären Einheit, in der sie die Mission der **Revolutionären Koordination** so festhielten: „Wir, der Nationale Widerstand (RN), die Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL) und die Kommunistische Partei El Salvadors (PCS) (...) streben (wir) den fortschreitenden organisatorischen Zusammenschluß unserer Gruppen an. Und allen wahrhaft revolutionären Organisationen unseres Landes steht es offen, sich daran zu beteiligen.“

Ihre strategische Zielsetzung faßten sie so zusammen: „Um Irrtümer auszuschließen, sei noch einmal betont: Die einzig wirkliche und wirksame Alternative zur Lösung der nationalen Krise zum Wohle des Volkes ist die bewaffnete Volksrevolution, deren Kräfte im Kampf vervielfacht werden. (...)

Die(se) großen Aufgaben können nur realisiert werden, wenn zuvor die Revolution triumphiert, d.h. wenn sie die Macht erringt, die schimpfliche, korrupte und blutige Maschinerie der Militärtyrannie zerstört und auf der Grundlage der Volksmacht eine revolutionäre, demokratische und anti-imperialistische Regierung errichtet.“¹⁰

Unmittelbar nach der Unterzeichnung dieser Einheitsproklamation trat auch die Partei der Salvadorianischen Revolution/Revolutionäres Volkshier (PRS/ERP) dem neuen Koordinationsorgan bei.

...zur FDR und FMLN

Noch in der ersten Januarhälfte 1980 schlossen sich die revolutionären Massenorganisationen zu einem quasilegalen Koordinierungskomitee, der **Revolutionären Koordination der Massen (CRM)** zusammen. Am 23. Februar 1980 unterzeichneten in San Salvador alle vier Mitgliedsorganisationen der Revolutionären Koordination der Massen ihr offizielles Programm. Es muß, da die vier Massenorganisationen faktisch als legale Armee der revolutionären Untergrundorganisationen FPL, RN, PCS und PRS/ERP fungieren, auch als deren beider gemeinsamer Nenner angesehen werden.

In dieser „Programmatischen Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung“ wird der **Charakter der Revolution** so zu Papier gebracht: „Diese Revolution ist somit auf das Volk gegründet, ist demokratisch, antioligarchisch und bestrebt, die wahre und tatsächliche nationale Unabhängigkeit zu erobern.“ (siehe Kasten)



Demonstration der 200 000 anläßlich der CRM-Gründung im Januar 1980 in San Salvador

Der Dialog der revolutionären Koordinierungskomitees mit den demokratischen Kräften kam im März/April 1980 schnell voran. Anfang April 1980 fanden sich die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR), die linkschristdemokratische Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) sowie mehrere Berufs- und Gewerkschaftsverbände zur Demokratischen Front zusammen.

Am 18. April 1980 vollzogen sie und die Revolutionäre Koordination der Massen den größten Schritt zur Einheitsfront der revolutionären und demokratischen Kräfte El Salvadors, die Gründung der **Demokratisch-Revolutionären Front (FDR)**. Die FDR machte sich als politisches Programm die CRM-Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung vom 23. Februar 1980 zueigen. Bis Anfang 1982 traten der Front 118 Organisationen und Institutionen bei.

Am 22. Mai 1980 einigten sich die vier politisch-militärischen Untergrundorganisationen FPL, RN, PCS und PRS/ERP darauf, eine **Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU)** zu bilden. In ihrem Gründungsmanifest stellte sich die DRU hinter die Programmatische Plattform der FDR. Mit der DRU gaben sich die bewaffneten Linksorganisationen „eine einzige Führung, einen einzigen militärischen Plan und eine einzige nationale und internationale politische Linie“.¹¹

Programm der Demokratisch-Revolutionären Front



Am 18. April 1980 konstituierte sich in San Salvador die Demokratisch-Revolutionäre Front El Salvadors (FDR). Sie erklärte die Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung zu ihrem politischen Programm. Als sich im Oktober 1980 durch die Vereinigung der politisch-militärischen Linksorganisationen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) formierte, brachte sie ihre volle Übereinstimmung mit dieser Plattform zum Ausdruck.

(...) Die wirtschaftliche und politische Krise der herrschenden Klassen einerseits und die Stärke der Volksbewegung andererseits – entscheidende politische Kraft unseres Landes – haben einen revolutionären Prozeß ausgelöst und Bedingungen geschaffen, unter denen das Volk die Macht übernehmen wird. (...)

Diese Revolution ist somit auf das Volk gegründet, ist demokratisch, antioligarchisch und bestrebt, die wahre und tatsächliche nationale Unabhängigkeit zu erobert. Nur der Sieg der Revolution wird die verbrecherische Unterdrückung beenden und dem Volk den Frieden ermöglichen, den es heute nicht hat; einen stabilen Frieden, gegründet auf der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit.

Diese Revolution, die schon im Gange ist, ist nicht – und kann nicht – das Werk einer Gruppe von Verschwörern sein; im Gegenteil, sie ist das Ergebnis des Kampfes des ganzen Volkes, d.h. der Arbeiter, Bauern, der Mittelschichten im allgemeinen und aller aufrichtig demokratischen und patriotischen Menschen. Die bewußtesten und organisierten Teile des salvadorianischen Volkes, die schon sehr zahlreich sind, kämpfen ständig umfassender und einheitlicher. Mit Kampfgeist, Bewußtsein, Festigkeit, Organisation und Opferbereitschaft für den Sieg des Volkes hat das Bündnis der Arbeiter und Bauern bewiesen, daß es die stärkste Garantie für Entschlossenheit und Festigkeit der Bewegung bis zur Befreiung ist. In ihm vereinen sich – als Ausdruck der Einheit des ganzen Volkes – die revolutionären und die demokratischen Kräfte, die beiden großen Strömungen, die am Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes beteiligt sind.

Die entscheidende Aufgabe der Revolution, von der die Erfüllung aller anderen Aufgaben und Ziele abhängt, ist die Eroberung der Macht und die Einsetzung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung, die an der Spitze des Volkes den Aufbau einer neuen Gesellschaft unternimmt.

Aufgaben und Ziele der Revolution

Die Aufgaben und Ziele der Revolution in El Salvador sind die folgenden:

1. Zerschlagung der reaktionären Militärdiktatur der Oligarchie und des US-Imperialismus, die seit fast 50 Jahren gegen den Willen des salvadorianischen Volkes an der Macht ist; Zerstörung ihres kriminellen politisch-militärischen Apparats und Einsetzung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung, die sich auf die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte, von Volksheer und salvadorianischem Volk gründet.
2. Beendigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorherrschaft der großen Besitzer von Kapital und Land.
3. Endgültige Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit unseres Landes vom US-Imperialismus.
4. Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das ganze Volk, vor allem für die Massen der Arbeiter, die sie bisher am wenigsten genossen haben.
5. Übertragung der wichtigsten Mittel der Produktion und Verteidigung, die bisher von der Oligarchie und den US-Monopolen in Händen gehalten werden, an das Volk mittels Nationalisierung und Schaffung von Gemeinschaften und Genossenschaftsbetrieben: d.h. das Land der Großgrundbesitzer, der Produktions- und Verteilungsunternehmen der Bereiche Elektrizität und Erdölraffinerie, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Besitz der Monopole, der Außenhandel, die Banken und die großen Transportunternehmen. Dies, ohne die kleinen und mittleren Privatunternehmen anzutasten, denen Anreize und Hilfe in jedem Sinne in den verschiedensten Bereichen der nationalen Wirtschaft zukommen sollen.
6. Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung.
7. Schaffung der neuen Armee unseres Landes, die sich vor allem auf der Grundlage des Volksheeres aufbaut, das im Laufe des revo-

lutionären Prozesses entsteht und dem sich aufrechte patriotische und würdige Elemente des gegenwärtigen Heeres anschließen können.

8. Förderung der Organisation des Volkes in allen Ebenen, Bereichen und Formen, um seine aktive, kreative und demokratische Beteiligung am revolutionären Prozeß sicherzustellen und die größtmögliche Einheit zwischen dem Volk und seiner Regierung zu erreichen.

9. Orientierung der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen unseres Landes nach den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, der Solidarität, des friedlichen Zusammenlebens, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung zwischen Staaten.

10. Mit all dem, Sicherung des Friedens, der Freiheit, des Wohlergehens des Volkes und der fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung, ihre Zusammensetzung und ihr Programm des politischen, strukturellen und sozialen Wandels

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung bildet sich aus Vertretern der revolutionären Volksbewegung, d.h. der Parteien, Organisationen und der demokratischen Persönlichkeiten, die bereit sind, an der Verwirklichung des vorliegenden Programms mitzuarbeiten.

Diese Regierung wird sich auf eine breite soziale und politische Basis stützen, die an erster Stelle aus der Arbeiterklasse, den Landarbeitern und den fortgeschrittenen Mittelschichten besteht; eng mit diesen verbunden werden alle die sozialen Schichten sein, die dem Weg dieses Programms folgen wollen, kleine und mittlere Industrieunternehmer, Händler, Handwerker, wie auch Landwirte (kleine und mittlere Kaffeeproduzenten und andere Bereiche der Landwirtschaft und Viehzucht); selbstverständlich ehrliche Freiberufliche, fortschrittliche Priester, demokratische Parteien wie der MNR sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung und die fortgeschrittenen Sektoren der Christdemokratie, würdige und ehrliche Armeeoffiziere, die entschlossen sind, den Interessen des Volkes zu dienen, und alle anderen Bereiche, Gruppen, Persönlichkeiten oder Elemente, die für die breiteste Demokratie für die Volksmassen, für eine unabhängige Entwicklung und für die Befreiung des Volkes eintreten.

Alle diese Kräfte bemühen sich zur Zeit um die Vereinigung in einem demokratischen und revolutionären Bündnis, in dem die politische und religiöse Ansicht jedes einzelnen voll respektiert wird. Die organisatorische Form dieses freiwilligen Bündnisses zum Dienst für das salvadorianische Volk wird das Ergebnis einer Übereinstimmung aller derjenigen sein, die daran teilnehmen.

I. Politische Sofortmaßnahmen

1. Schluß mit der Repression gegen das Volk in allen Formen und Freiheit für die politischen Gefangenen.
2. Aufklärung der Verhaftungen und der Schicksale der Verschwundenen seit 1972 und Bestrafung der (militärischen oder zivilen) Verantwortlichen von Verbrechen gegen das Volk.
3. Entwaffnung und vollständige Auflösung der Repressionsorgane ANESAL, ORDEN, Nationalgarde, Nationale Polizei, Landpolizei, Grenzpolizei und ihrer jeweiligen „Sondereinheiten“; der „Schule für Aufstandsbekämpfung“ in Gotera und des sog. „Ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungszentrums der Streitkräfte (CIFA)“ in Zacateculuca, der Militärstreifen auf regionaler und Stadtviertel-ebene, der privaten paramilitärischen Banden der Oligarchie und jeder Art von Organisation, die tatsächlich oder dem Namen nach kriminelle Aktionen und Verleumdungen gegen das Volk und seine Organisationen unternimmt.
Die fälschlich so genannten Sicherheitsorgane werden durch eine Zivilpolizei ersetzt.
4. Auflösung der gegenwärtigen staatlichen Gewalten (Exekutive, Legislative und Justiz), Aufhebung der Verfassung und aller Gesetze zur Änderung oder Ergänzung derselben.
Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird ein Verfassungsgesetz erlassen und den Staat und seine Aktivitäten mit dem Ziel organisieren, die Rechte und Freiheiten des Volkes und die Verwirklichung der anderen Ziele und Aufgaben zu garantieren. (...)

II. Strukturelle Veränderungen

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird:

1. das gesamte Bank- und Finanzwesen nationalisieren. Diese Maßnahme wird die Spareinlagen und andere öffentliche Interessen nicht berühren;
2. den Außenhandel nationalisieren;
3. die Stromversorgung und die entsprechenden in privater Hand befindlichen Produktionsunternehmen nationalisieren;
4. die Erdölraffinerie nationalisieren;
5. gemäß dem nationalen Nutzen die Enteignung der Monopolbetriebe in Industrie, Handel und Dienstleistungssektor verwirklichen;
6. eine grundlegende Landreform verwirklichen, die das Land, das sich bislang in Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den breiten Massen zur Verfügung stellen wird, die es bearbeiten. Dies wird nach einem wirksamen Plan geschehen, der die große Mehrheit der armen und mittleren Bauern und der bezahlten Landarbeiter begünstigt und die Produktionsentwicklung in Landwirtschaft und Viehzucht fördert. Die Landreform wird die Interessen der kleinen und mittleren Landeigentümer nicht berühren, die Anreiz und Hilfe erhalten werden, damit sie ständig besser produzieren können;
7. eine Stadtreform zugunsten der großen Mehrheit durchführen, ohne kleinen und mittleren Immobilienbesitz anzutasten;
8. das Steuersystem von Grund auf so umgestalten, daß die Zahlung von Abgaben die Arbeiter nicht verschuldet. Indirekte Abgaben auf Waren und Dienstleistungen des Massenkonsums werden gesenkt. Dies wird nicht nur durch die Reform des Steuersystems möglich werden, sondern auch, weil der Staat über hohe Einnahmen aus der Tätigkeit des nationalisierten Sektors der Volkswirtschaft verfügen wird;
9. wirksame Mechanismen der Kredithilfe, wirtschaftlichen und technischen Förderung der kleinen und mittleren Privatunternehmen in allen Wirtschaftsbereichen einrichten;
10. ein System der wirksamen Planung der nationalen Wirtschaft errichten, das eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht.

III. Maßnahmen im sozialen Bereich

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird ihre Arbeit im sozialen Bereich an folgenden Zielen ausrichten:

1. Schaffung von genügend Arbeitsplätzen, um die Arbeitslosigkeit schnellstmöglich zu beseitigen.
2. Effektive Durchführung einer gerechten Lohnpolitik, die beruht auf:
 - a) Regulierung der Löhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten,
 - b) durchgreifender Kontrolle und Senkung der Preise von Waren und Dienstleistungen im Bereich der Grundbedürfnisse,
 - c) einschneidender Vermehrung der sozialen Dienstleistungen für die große Mehrheit des Volkes (soziale Sicherheit, Erziehung, Freizeitangebote, Gesundheit usw.).
3. Beginn eines umfassenden Wohnungsbauprogramms für das Volk.
4. Schaffung eines einheitlichen nationalen Gesundheitsdienstes, der der gesamten Bevölkerung (in der Stadt und auf dem Land) wirksame medizinische Versorgung garantiert, die vor allem auch vorbeugend sein soll.
5. Durchführung einer umfassenden Alphabetisierungskampagne, die schnellstmöglich die soziale Krankheit des Analphabetentums ausrottet. (...)

Nur die Oligarchie, der US-Imperialismus und jene, die ihren anti-patriotischen Interessen dienen, wehren sich und arbeiten gegen diese Veränderungen. Seit dem 15. Oktober 1979 haben einige Parteien und Bereiche den vergeblichen Versuch gemacht, aus der Regierung heraus weite Teile der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen in Gang zu setzen, ohne vorher die alte reaktionäre Macht zu zerschlagen und ohne eine tatsächliche revolutionäre Volksmacht aufzubauen. Diese Erfahrung hat mit aller Klarheit bewiesen, daß diese Umwälzung nur von der vereinigten revolutionären Bewegung im Bündnis mit allen demokratischen Kräften bewerkstelligt werden kann.

Die Stunde des historischen Sieges der Freiheit, für die das salvadorianische Volk gekämpft und so viel Blut vergossen hat, ist nahe. Nichts und niemand kann das verhindern.

Für die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte!

Vorwärts zur Demokratisch-Revolutionären Regierung!

(Quelle: Frente Democrático Revolucionario, Programmatische Plattform, Hrsg. Informationsstelle El Salvador e.V., München, o.J., S. 7-21)

Die DRU schuf sich umgehend ein Oberkommando, zusammengesetzt aus S. Cayetano Carpio (FPL), Ernesto Jovel und später Ferman Cienfuegos (RN), Shafiq Jorge Handal (PCS) und Joaquin Villalobos (PRS/ERP), und andere beigestellte Organe wie etwa den Generalstab.

Am 10. Oktober 1980 erklärte die Linksorganisationen ihre Absicht, eine einheitliche aufständische Armee, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) zu formieren. Diesem Vorhaben schloß sich kurz darauf die Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas (PRTC) an. Die nunmehr fünf militärisch-politischen Linksorganisationen unterzeichneten schließlich am 5. Dezember 1980 ein Abkommen, mit dem die Vereinigung der verschiedenen Guerillagruppierungen zu einer FMLN-Streitmacht unter einem einheitlichen Oberkommando (der DRU) endgültig festgemacht wurde.

Noch im gleichen Monat bildeten die FMLN und FDR ein gemeinsames Führungsorgan, die Politisch-Diplomatische Kommission der FMLN/FDR. Sie ist autorisiert, beide Fronten nach außen hin zu repräsentieren. Ihre zur Jahreswende 1980/81 eröffnete diplomatische Offensive trug wesentlich zu dem internationalen Durchbruch bei, den die salvadorianische Befreiungsbewegung im Jahr 1981 erzielen konnte.

Radikale Veränderungen durch die Offensiven 1981

Ein weiteres Element dieses Einigungsprozesses ist die Gründung des progressiven gewerkschaftlichen Dachverbandes Komitee für Gewerkschaftliche Einheit El Salvadors (CUSS) im Mai 1980. Die CUSS repräsentiert rund 85% aller organisierten Industriearbeiter und spielt damit die Schlüsselrolle bei der Organisation nationaler Streiks der städtischen Lohnabhängigen.

Der Gewalteininsatz gegen die Gewerkschaftsbewegung nahm überhand, just nachdem diese mit zwei Generalstreiks vom 24./25. Juni und vom 13.-15. August 1980 die Wirtschaft und das öffentliche Leben El Salvadors weitgehend lahmgelegt hatte. Beide Male hatte die FDR zu der landesweiten Aktion aufgerufen. Nach der Januaroffensive 1981 wurde die Verfolgung jeder gewerkschaftlichen Aktivität zur Regel. Die Selbstverteidigungsanstrengungen der Arbeiter wurden erhöht, viele Gewerkschafter gingen zur Guerilla.

Mit ihrer Generaloffensive, die die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti am 10. Januar 1981 eröffnete, setzte eine radikale Kräfteverschiebung im Lande ein.

Die FMLN führte in diesen Tagen gleichzeitig größere Operationen in 2/3 des Landes durch. Immer noch eine „Armee im Entstehen“, sammelte die FMLN wertvolle Erfahrungen im Kombinieren von Guerillaaktionen mit größer angelegten Angriffen der aufständischen Armee. Der FMLN gelang es ferner, größere Waffenkontingente zu erbeuten, ihr Stützpunktnetz auszubauen und die von ihr fest kontrollierten Gebiete in mehreren Landesteilen zu erweitern, insbesondere in den Provinzen Morazán und Chalatenango.

Die FMLN war in diese Auseinandersetzungen mit rund 4.000 Guerilleros und über 5.000 Volksmilizionären gegangen und konnte deren Zahl und Schlagkraft deutlich erhöhen, ihre Verankerung in der Bevölkerung ausbauen.

Damit ist eine Seite beschrieben, die die Erkämpfung kontrollierter Gebiete im Laufe des Jahres 1981 in Morazán, Chalatenango, Cabañas, Cuscatlán (Guazapa-Vulkan), San Salvador, Usulután, San Vicente (Vulkan von San Vicente), San Miguel und La Unión so bedeutend macht. Sie dienen als feste Rückzugs-, Nachschub- und als Ausgangsgebiete für sporadische Ausfälle in angrenzende Landesteile.

Von diesen auf 9 Provinzen (von insgesamt 14 in El Salvador) verteilten kontrollierten Zonen aus konnte die FMLN



darangehen, die militärische Infrastruktur im nichtkontrollierten Bereich aufzubauen bzw. zu reorganisieren (so in San Salvador) und der vom Staatsterrorismus tagtäglich attackierten zivilen Opposition größeren Schutz und Selbstverteidigungsfähigkeit zu geben.

Da die Streitkräfte bei ihren Gegenoffensiven in zunehmendem Maße zum breitangelegten Artilleriebeschuss, zum Hubschraubereinsatz, zu Bombenangriffen und zur Taktik der „verbrannten Erde“ (einschließlich Massakern, Massenvertreibungen der Zivilbevölkerung) übergingen, mußte die FMLN neue Kampftechniken entwickeln und bevorzugte sie einen variablen Bewegungskrieg. Beispielsweise setzte sie dem Luftkrieg und Ansturm von bis zu 5.000 Juntasoldaten Überlebens- und Überlebens-Techniken nach vietnamesischem Vorbild entgegen, so mit dem Anlegen von Tunnelsystemen.

Die Ausweitung der Volksmacht

Andere klassische Methoden des revolutionären Volkskrieges sollten im Zuge einer neuen **Offensive im Juli/August 1981** zur Anwendung gebracht werden. Konsequenzen: Die Anlagen der nationalen Energieversorgung (Hochspannungsmasten, Leitungen, Kraftwerke) wurden in dieser Phase durch Sabotageakte zeitweise zu 3/4 lahmgelegt. Bis Ende 1981 gelang es der Guerilla die Hälfte der Eisenbahnlokomotiven außer Gefecht zu setzen und 20 Brücken zu sprengen, darunter am 15.10.1981 die wichtige 1064 m lange Puente de Oro (Goldene Brücke).

Die FMLN verbuchte so in der zweiten Jahreshälfte 1981 stetige Positionsgewinne, und übernahm selbst die Initiative. Bei den „Säuberungs“-aktionen der Juntatruppen demonstrierte die Guerilla ein ums andere Mal ihre größere Beweglichkeit, Kampfmoral und ihre stark verbesserte Koordination.¹²

Von **Januar-März 1982** ging die FMLN an verschiedenen Fronten erneut in die **Offensive**. Zu den spektakulärsten dieser Aktionen zählten: Die Einnahme der Städte Nueva Trinidad und San Fernando in Chalatenango, von Jocaitique, Sensembra und Corinta in Morazán sowie von Teilen Usulutans; die Stürmung des Militärflughafens Ilopanga am 27. Januar 1982, wobei 28 Flugzeuge und Hubschrauber der Armee und damit 2/3 ihres Bestandes zerstört wurden; am 25. März 1982 besetzten FMLN-Einheiten für rund 1 Woche die viertgrößte Stadt des Landes, Usulután, und am 28. März 1982, dem Tag der Wahlen, nahm die FMLN die Stadt Apopa, 12 km nördlich von San Salvador, sowie eine Reihe von Außenvierteln der Hauptstadt ein. Ebenfalls Ende März eroberte die Guerilla kurzweilig Stadtteile in den Provinzhauptstädten San Vicente, Zacatecoluca und Santa Ana. Hinter diesen Operationen wird ein weiteres neues Moment der FMLN-Strategie sichtbar. Ihr Eindringen in Stadtteile oder Orte, um sie vorübergehend zum Zweck der Organisation der Bevölkerung und ihrer Vorbereitung auf bewaffnete Aufstandsaktionen zu besetzen, wird zusehends zu einer landesweiten Erscheinung.

Die FMLN zählte bis zum Herbst 1981 rund 550 Verwundete und Gefallene (250), während die Vergleichszahlen bei der Juntatruppe die 2.000-Grenze weit überstiegen. Letztere sind offensichtlich trotz des ansteigenden Waffenüberhangs (infolge der US-Aufrüstungshilfen) stark demoralisiert, weshalb sie derzeit von ca. 20.000 auf über 25.000 Mann erweitert werden. Die FMLN kann demgegenüber heute – laut FMLN-Kommandant Ferman Cienfuegos – auf 6.000 Guerilleros bzw. Kämpfer der aufständischen Armee und 20.000 bewaffnete Volksmilitzionäre verfügen und hat 20-25% des Landesterritoriums fest unter Kontrolle.¹³ Sie kann auf eine weitaus größere Unterstützung durch die Bevölkerung und eine ungleich höhere Kampfmoral bauen.

Zum Jahresbeginn 1982 kämpfte die FMLN immerhin in 13 der 14 Provinzen El Salvadors. Fest kontrollierte Gebiete unterhielt sie in 9 Provinzen, die größtflächigsten in der nördlichen, an Honduras angrenzenden Region (Chalatenango, Cabañas, Morazán) und östlich des Rio Lempa (Usulután). In diesen kontrollierten Zonen (siehe nachstehendes Gespräch) gibt es Niederlassungen bzw. feststehende Lager der FMLN, von Selbstverteidigungseinheiten und Volksmilitzen. Und hier entsteht die revolutionäre Volksmacht, bilden sich die Fundamente der neuen Gesellschaft heraus.

Anmerkungen:

- 1) Granma. Weekly Review, Havanna, 25.1.1981
- 2) A. Gomez, Farabundo Marti. Volksaufstand in El Salvador 1932, München 1980, S.18
- 3) Vgl. SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 6/29.11.1981; NACLA, New York, Nr. 2/März-April 1980, S.16; Lateinamerika Nachrichten (LAN), Berlin-West, Sondernummer zu El Salvador, Mai 1980, S. 102ff. und 10ff.
- 4) Vgl. SALPRESS..., a.a.O.; Informationsdienst El Salvador (IDES), Berlin-West, Nr. 42/17.7.1981; Gewerkschafter in El Salvador, hrsg. vom Arbeitskreis Lateinamerika Düsseldorf, Köln 1982, S. 18-23; Interview mit S. Cayetano Carpio, in: Granma..., 30.3.1980
- 5) Laut Sh. Jorge Handal, in: Horizont, Berlin, Nr. 26/1977
- 6) Granma..., 30.3.1980
- 7) Vgl. Granma..., 30.3. und 18.5.1980; LAN, a.a.O., S. 173ff. und Por Esto, Mexiko-Stadt, 25.3.1982
- 8) Vgl. NACLA, a.a.O., S. 16-20; LAN, S. 56, 71-76 und 150ff.; und Nicaragua Aktuell (NA), Kiel, Nr. 16-17/1982, S. 12-14
- 9) Zit. nach: Plataforma Común, San Salvador, September 1979, S. 1-6 und AIB 4/1980, S.5
- 10) AIB 4/1980, S. 9-11
- 11) Manifest der DRU in: Granma..., 29.6.1980
- 12) Daten nach: Latin American Weekly Report, London, 4.9., 23.10. und 4.12.1981; AIB 11-12/1981, S.46; SALPRESS..., Nr. 9/20.12.1981-2.1.1982 und Nr. 8/13.12.1981; IDES, Nr. 66/8.1.1982
- 13) Daten nach: NA, Nr. 16-17/1982, S. 21ff.; Newsweek, New York, 4.1.1982; Le Monde, Paris, 6.12.1981

Gespräch mit Comandante Ricardo Gutierrez

So wächst die Volksmacht inner- und außerhalb der kontrollierten Gebiete



An die 53 Tage, die die Kämpfe um den Vulkan Guazapa, 30 km nördlich von San Salvador, andauerten, werden sowohl die Nationalgardisten und regulären Armeesoldaten der Brigade Atlacatl als auch die beteiligten Kämpfer der zentralen Front „Modesto Ramirez“ der Nationalen Befreiungsfront Farabundo' Marti (FMLN) noch lange denken. Genau 53 Tage brauchten die Regierungstruppen mit einer Stärke von 4.000 Mann, unterstützt von Jagdbombern, Artilleriehubschraubern, Kanonen und Mörsern, um eine einzige Stellung der Aufständischen, El Roblar, zu erobern.

Beim Appell stellten die vollkommen überrumpelten Militärs 150 Mann Verluste in den eigenen Reihen fest. Einer der Offiziere, verantwortlich für die breitangelegte Operation, mußte zugeben, daß „wir gegen erfahrene Leute kämpfen, die eine hohe Kampfmentalität und ausgezeichnete Kenntnisse der Gegend und der Guerillataktik besitzen“. Der Stratege und Urheber der Taktik in Guazapa ist Comandante Ricardo Gutierrez, 30 Jahre, Mitglied des Generalstabs der zentralen Front „Modesto Ramirez“ der FMLN. Nur durch seinen Sachverstand, seine hohen militärischen Fähigkeiten und seine guten Kenntnisse der Gegend wie der Taktik des Juntaheeres war es möglich, daß sich seine Truppen aus der Umklammerung befreien und sich mit tausenden Zivilisten bei geringen Verlusten zurückziehen konnten.

Comandante Ricardo ist auch ein politischer Analysator mit viel Erfahrung. In der Zone, um die er sich zu kümmern hat, legt er speziellen Wert darauf, die Massen, die Milizen und die Organe der Selbstverteidigung dazu zu motivieren, sich dem Studium und der politisch-ideologischen Ausbildung zu widmen. Und man sagt, daß er einer der Organisatoren der Poder Popular (PP), der Volksmacht, in den Zonen sei, die von der FMLN politisch und militärisch kontrolliert werden. Davon handelt dieses Gespräch.

FRAGE: Welche Strukturen haben die Poder Popular (Volksmacht)?

COMANDANTE RICARDO: Es sind die Strukturen der Macht der Massen in den Gebieten, in denen sich die revolutionären Kräfte entwickeln. In der Praxis ersetzt die Volksmacht (PP) die politische, ökonomische, militärische und soziale Macht des Feindes im ganzen Gebiet. Auf dieser Basis wird die neue Volksorganisation aufgebaut.

Die Konkretisierung der PP ist nichts als die Errungenschaft des Volkes, Herr über sein Schicksal zu sein, die Organisation des politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Lebens in die eigenen Hände zu nehmen.

FRAGE: Was ist die Funktion der PP?

COMANDANTE RICARDO: Ökonomisch besteht die Funktion der PP darin, der Produktion und Verteilung Orientierungen zu geben, gleichzeitig die Kooperationsbeziehungen, die sich im Produktionsprozeß ergeben, zu koordinieren, und das alles im Krieg.

Produktion und Selbstverteidigung

Die PP wacht auch über die Entwicklung des sozialen und familiären Lebens. Vor allem auf dem Lande ergeben sich aufgrund der sozialen Beziehungen unter dem früheren System eine Reihe von Verhaltensweisen, die Anlaß zu Zusammenstößen zwischen Familien und Personen geben. Dann hat die PP die Pflicht, zu vermitteln und auf gute soziale Beziehungen zu achten.

Außerdem gibt sie Anstöße zu Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, die im Augenblick in den Zonen, die wir unter Kontrolle haben, voll im Gange sind. Schließlich gibt die PP die Leitlinien an für das politische Leben in den Zonen, die von den revolutionären Kräften kontrolliert wer-

den.

FRAGE: Was sind im Moment die wichtigsten Fortschritte der PP?

COMANDANTE RICARDO: Sie hat sich am besten und breitesten in den ländlichen Zonen entwickelt, dort gibt es die größten Fortschritte.

Die Alphabetisierungskampagnen waren in Chalatenango, San Vicente, Cabañas, Usulután, Guazapa und Morazán besonders erfolgreich. Dort nehmen die Guerilleros nächtliche Studienzirkel auf sich. In einigen Zonen existieren Luftschutzräume, die als Klassenzimmer benutzt werden, um die Alphabetisierung auf alle Fälle durchzuführen.

Auf dem Gebiet der Produktion hat die PP wichtige Aufgaben erfüllt. Mit der Verschärfung des Krieges haben viele große und mittlere Grundbesitzer ihre Ländereien verlassen, die in der Zone liegen, die von der Guerilla kontrolliert wird.

Der PP kommt die Aufgabe zu, die Ländereien entsprechend einem Produktionsplan, aus dem die ganze Gemeinschaft Nutzen zieht und der in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Volksbefreiungsheeres steht, zu kontrollieren und zu verwalten. An allen Kriegsfrenten rechnet man schon mit dem Land, das für die Produktion von Lebensmitteln für die Bevölkerung und das Volksheer verwendet wird.

Auch Vieh wird verwaltet, allein in der Küstenregion von San Vicente gibt es mehr als 500 Stück Schlachtvieh und 60 Stück Milchvieh, alles der Oligarchie entrissen.

Die PP orientiert und leitet die Politik in den Zonen an, die von den revolutionären Kräften beherrscht werden. Wie ich schon gesagt habe, hat die PP ihre Strukturen vor allem auf dem Lande aufgebaut. Dort ist es ihr gelungen, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: Im Bereich der Bildung bei der Alphabetisierung hat sie sich gut entwickelt, die revolutionären

Schulen funktionieren. Wir haben auch unmittelbare Erfolge im Bereich der Fischerei und der Zuckerproduktion. Um all diese Arbeit durchführen zu können, gibt es natürlich einen entscheidenden Punkt, die führende Rolle der Partei gegenüber der PP. In unserem Falle hat die Organisation der FMLN die Bildung und Entwicklung der PP unter sich. Das heißt nicht, daß die PP dasselbe ist wie die FMLN, denn hier sprechen wir von einer neuen Volksorganisation, die breit ist und alle Aspekte umfaßt.

Und was die Beziehung zwischen PP und den bewaffneten revolutionären Kräften, den Milizen und revolutionären Heer angeht: Die Miliz ist in die PP eingegliedert, doch erhält die Miliz ihre Direktiven und Befehle von den Leitungsorganen der Streitkräfte. Aber sie ist zugleich Teil der PP, da sie die äußerst wichtige Aufgabe hat, die Massen bei der Verteidigung ihrer Güter und ihres Lebens zu sammeln und ihnen Orientierungen zu geben.

Hinzu kommt die Verbindung der PP mit anderen bewaffneten Kräften wie Guerilla und Heer, um verschiedene Aspekte abdecken zu können: Die Bedürfnisse der Guerilla und des Heeres an Lebensmitteln müssen befriedigt werden; in Bezug auf die Informationen, die die Bevölkerung erhält, und die sehr viel zum Handeln unserer Kräfte beitragen; für die Zusammenarbeit bei der Verlagerung der Kräfte bei Angriffen des Feindes; bei der Koordination, um jedesmal besser den Vernichtungsoffensiven, die die Juntatruppen durchführen, entgegenzutreten zu können. Hier ist es wichtig, die Entwicklung der PP zu sehen, die in Beziehung steht zur Entwicklung des Krieges in bestimmten Zonen und an bestimmten Orten, sowohl in den Siedlungen als auch auf dem Land und die sich besser in Zonen entwickelt, wo das Niveau der Leitung der Kräfte, das Kampfniveau fortgeschrittener ist.

FRAGE: Wie ist die Struktur der Volksmacht? Wer ist Teil der PP in der Gemeinde?

COMANDANTE RICARDO: Die PP hat eine Grundstruktur, die von der Volksversammlung gebildet wird, an der die gesamte Bevölkerung einer bestimmten Gegend teilnimmt. Dieses Organ wählt die Leitung der PP, die je nach der Entwicklung der Zone variiert. Eigentlich wird sie von der Volksversammlung eines Gebietes gewählt und besteht aus dem Vorsitzenden und außerdem 4-5 Genossen, je nach Um-

fang der Aufgaben und Aktivitäten aus den Bereichen Produktion, Erziehung und Soziales des jeweiligen Stützpunktes. Außerdem nehmen an ihr direkt der Führer der Milizen dieses Stützpunktes und der Verantwortliche der Partei, der FMLN, teil.

Drei Arten von Kampfzonen

Zweifelloos ist es keine homogene Struktur. Das kann sie zur jetzigen Zeit auch nicht sein, da sie der Kriegsentwicklung in den verschiedenen Teilen entspricht, d.h. wir finden hier drei Arten von Zonen vor:

1. **Zonen unter Kontrolle der Guerilla**, die zwischen dem Zentrum und Norden des Landes sind, in den Regionen, wo der Feind vom Land vertrieben wurde. An einigen Orten hält er nur die militärische Macht in den Kasernen, aber das Umland wird von der Guerilla kontrolliert. In diesen Zonen gelingt es, die PP zu entwickeln, sowohl in den Volksversammlungen, als auch in der Organisation, die wir erwähnt haben. (...)

2. **Die Zonen, die umkämpft sind**; sie befinden sich mehr im Landeszentrum. Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung der Guerillaeinheiten und die Kontrolle des Geländes geringer sind. In diesen Zonen herrschen im wesentlichen dieselben Bedingungen wie in den Zonen, die von den revolutionären Kräften kontrolliert werden, doch gelingt es dem Feind gelegentlich, mit seinen Vernichtungsfeldzügen einzufallen und zeitweilig die Kontrolle über Teile der Zone zu erlangen.

Also muß die Entwicklung der Volksmacht flexibler und variabler in ihrer Form sein: Wir müssen ihre Arbeit sowohl zu Zeitpunkten betrachten, wo sie unter Kontrolle der revolutionären Bewegung ist als auch zu Zeiten, wo es dem Feind gelingt, einzudringen und sich die Streitkräfte und die Bewegung verlagern müssen und die Funktion ihrer Macht gewährleistet werden muß.

Grundsätzlich funktioniert sie mit demselben Aufbau, aber sie ist flexibler, da die Grundbesitzer und Kleinproduzenten Macht besitzen. Außerdem gibt es zahlreiche Fincas und Haciendas auch von großen Landbesitzern wie dem ISTA



Schneiderwerkstatt und Volksversammlung im von der FMLN kontrollierten Gebiet



FMLN-Meeting in kontrollierter Zone in Morazán

(staatliches Landwirtschaftsinstitut; d. Red.), die teilweise vom Gegner verlassen werden. Dann kontrolliert die PP sie und entwickelt eine Reihe von Produktionsformen. In diesem Sinne wird die Arbeit der PP mit den bewaffneten Kräften koordiniert, sowohl mit der Miliz als auch mit der Guerilla, die dort ständigen Angriffen des Feindes ausgesetzt sind.

3. Schließlich gibt es Zonen, die vorübergehend noch vom Gegner besetzt sind. Dort übt er noch hauptsächlich die Kontrolle aus.

Es sind vor allem die Städte wie San Salvador, San Miguel, Usulután, Suchitoto, Sonsonante. Dort wird die PP immer noch nach demselben Prinzip geführt, aber unter anderen Formen: Ihre Entwicklung muß vollkommen geheim vor sich gehen und in einem begrenzteren und vorsichtigeren Rahmen.

Es ist wichtig zu sehen, wie sich die Volksmacht in der Hauptstadt entwickelt hat, vor allem in den Außenbezirken, wo seit der Januaroffensive (1981; d. Red.) das Volk sich massenhaft der PP anschließt. Der Feind entfesselt große Offensiven: Es kommt dort der PP die Aufgabe zu, dem in sehr vielfältiger Form entgegenzuwirken und ihre Zusammenarbeit bei der Bildung von Guerillaeinheiten in den Städten und Dörfern zu entwickeln. Ich sage das, da die Arbeit im Geheimen verborgener, geheimere Verbindungen mit den bewaffneten revolutionären Kräften erfordert, um den Angriffen des Feindes zu begegnen.

In diesen Zonen nimmt die Macht mit der Verankerung in der Bevölkerung und der Entwicklung geheimer Organisationsformen in allen Orten einer Gegend zu. Es wird die Arbeit in einer Gegend und ihrem Hinterland aufgenommen nicht nur, um diejenige Zone zu entwickeln, sondern auch zur Hilfe und Zusammenarbeit mit den Zonen, die unter revolutionärer Kontrolle sind.

Basen im Herzen des feindlichen Hinterlandes

Auf diese Art werden – unter sehr schweren Bedingungen – solide Basen in der Struktur der PP im Herzen des feindlichen Hinterlandes aufgebaut. Sehr wichtig und entscheidend ist hier wegen der Komplexität ihrer Entwicklung die stetige Führung durch die FMLN.

FRAGE: Kann man sagen, daß die außerordentliche Organisation der Massenbewegung, die in El Salvador existierte, sich in diese Struktur der PP verwandelt hat?

COMANDANTE RICARDO: Man kann nicht sagen, daß sie sich verwandelt haben. Man kann sagen, daß sie die Grundlage der Strukturen der PP sind in dem Sinne, daß die PP zu keinem Zeitpunkt die Verneinung oder Umwandlung der Massenorganisationen bedeutete, aber die Massenorganisationen sind die Basis der PP. Und die PP ihrerseits gibt Orientierungen aus und konkretisiert die Arbeit der Volksorganisationen, vor allem auf dem Land bei den Organisationen der Landarbeiter, in der Stadt bei den Volkskomitees der Stadtteile und bei den Arbeitersiedlungen sowie bei den Gewerkschaften und in den Fabriken. Ihre Arbeit reicht bis hin zur Beteiligung an der Studentenbewegung, gegen die eine repressive Offensive durchgeführt wird und die in dem Eingriff in die Universität gipfelt. Das macht die Koordinierung und Ausweitung der studentischen Arbeit in den Zentren schwierig, aber sie macht in den Stadtteilen und Dörfern eine Basis aus, auf der man aufbauen kann. Und dies spielt bei der Koordinierung eine wichtige Rolle.

Wir halten die Massenorganisationen für sehr breit und in diesem Sinne können wir diese offenen Strukturen nicht zerstören, noch haben wir das Recht, den Massen das Recht auf Bildung ihrer Gremien abzusprechen. Denn es sind diese

Gremien, mit denen sie sofortige ökonomische und soziale Fortschritte erkämpfen können.

FRAGE: Wie ist zur Zeit die nationale Entwicklung, wie das Niveau der Koordination der Volksmacht?

COMANDANTE RICARDO: Vor allem in den letzten Monaten hat die PP viel Kraft gewonnen, hauptsächlich in den Provinzen Chalatenango, im Norden von Cuscutlán, im Nordosten von San Salvador, in Cabañas, San Vicente, Usulután, im Norden von San Miguel und Morazán. Wir können sagen, daß sich die PP in diesen Gegenden entwickelt und konsolidiert, angefangen bei ihren grundlegenden und einfachsten Strukturen. (...)

In diesen Gebieten ist die PP ziemlich stark. Man kann sagen, daß in den Zonen im Norden von San Salvador, Usulután und in einigen Teilen von Cabañas und San Vicente große Gebiete von der Guerilla kontrolliert werden. Die Entwicklung und der Aufbau der PP schreiten dort schnell voran. Es ist wichtig zu sehen, daß trotz der feindlichen Angriffe auf Usulután die PP sich entwickelt und ihre Leitungsstrukturen gefestigt hat. Die Massen haben die Arbeit über die Volksversammlungen mit sehr viel Kreativität in Angriff genommen.

Umkämpfte Zone auch um San Salvador

In San Salvador ist die PP relativ stark im Verhältnis zur Repression, die der Feind ausübt, denn die Hauptstadt wird von ihnen als ihr Hinterland angesehen. Hier ist es wichtig zu beachten, wie es der PP durch ihre Arbeit im Untergrund gelungen ist, eine relativ gute Kontrolle über die Vororte zu erlangen, vor allem im Norden und im Nordosten.

Im Westen El Salvadors, wo die Volkskräfte noch schwach sind, spielt sich die Entwicklung der PP vor allem in den Provinzen Santa Ana, La Libertad und Metapán ab. (...)

FRAGE: Wie ist die Entwicklung der Volksmacht (PP) in der Zone, die Sie kontrollieren?

COMANDANTE RICARDO: An der zentralen Front, die genauer gesagt San Salvador umfaßt, hat die PP eine Zone, die wir als umkämpft bezeichnen. Es ist die Umgebung der Hauptstadt in einem Umkreis von ungefähr 20-25 km; dann eine Zone, die unter Kontrolle der Guerilla ist, die den Norden umfaßt, vor allem Chalatenango, Cabañas und Cuscutlán.

In Chalatenango ist es uns gelungen, die PP stärker auszubauen und sie entspricht einer beträchtlichen Bewegung der revolutionären Kontrolle. Offensichtlich hat der Feind eine Offensive gegen diese Zone gestartet und versucht, die revolutionären Kräfte auszulöschen und die PP zu zerschlagen; zweifellos werden die breit angelegten Operationen eine nach der anderen niedergeschlagen. In der Zone im zentralen Norden, die Teile von San Salvador und Cuscutlán umfaßt und im westlichen Teil von Cabañas entwickelt sich die PP mehr im Untergrund, da der Feind große Vernichtungsaktionen und Aktionen zur Zerschlagung der Lebensgrundlagen der Massen durchgeführt hat.

Aber trotz der so schwierigen Bedingungen haben wir das ganze Erziehungs- und Gesundheitssystem angepaßt, auch an die Wirtschaft des Hinterlandes. Der Feind versuchte, unsere Kräfte zu vernichten und die Produktion zu zerstören, indem er Chemikalien abgeworfen hat (Napalm und weißen Phosphor). Doch hat es unser Erfindungsreichtum ermöglicht, uns unter großen Opfern weiterzuentwickeln.

Es geht weiter und eher früher als später werden wir die verbrecherische Maschinerie zerschlagen, die von den Verbrechern des nordamerikanischen Pentagon (US-Verteidigungsministerium; d. Red.) unterhalten wird.

(Quelle: Por Esto, Mexiko-Stadt, 17.12.1981, S. 24-28)

Alfonso I. Barrios

Das Engagement der USA in El Salvador

„Je mehr Gewalt die salvadorianischen Streitkräfte anwenden, desto größer wird das Engagement der Reagan-Administration, desto größer wird die militärische US-Hilfe, aber diese Unterstützung wird nur die Zahl der Opfer erhöhen.“¹ Zu diesem Schluß kam der Rat für Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre (COHA), eine US-Institution, welche enge Beziehungen zum Kongreß in Washington unterhält.

Tatsächlich wurde von der Reagan-Administration nicht nur die Militär- und Wirtschaftshilfe für das salvadorianische Regime drastisch ausgeweitet, sondern auch das direkte Engagement der USA in dem mittelamerikanischen Land und in der Region. Längst zuvor aber wurden die Fundamente für den beherrschenden Einfluß der USA in El Salvador gelegt. Der politische Einfluß Washingtons wuchs mit dem beschleunigten Anstieg der US-Kapitalinvestitionen und der US-Militärhilfe seit Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre an.

Erst gegen Mitte der 50er Jahre gingen Kapitalinvestoren aus den imperialistischen Metropolen dazu über, auch Industriebetriebe in El Salvador zu errichten. Sie taten dies häufig in Gestalt von Gemischtunternehmen mit der salvadorianischen Bourgeoisie, angefangen bei der Schuhfabrik der US-Firma GENESCO (1953).

US-Investitionsboom seit J.F. Kennedy

Der größte Teil der fremden Direktinvestitionen floß seit den 60er Jahren in dynamische Industriebranchen wie Chemie/Ölraffinerie (ESSO, Shell, Texaco), Pharmazie (Foremost, Bayer), Elektrogeräte (Westinghouse, Philips), Nahrungsmittel (Unilever) oder Papierproduktion (Kimberly-Clark). Gleichlaufend legten Auslandskonzerne beträchtliches Kapital in Vertriebsgesellschaften für diese Produkte an, um über solche Standortvorteile die Märkte El Salvadors und ganz Mittelamerikas zu erobern. Zu Anziehungspunkten für Fremdinvestoren wurden in El Salvador ferner die Kaffeevermarktung (Procter & Gamble) und der Bankensektor (First National City Bank 1964, Bank of America 1976).

Der Gesamtbestand ausländischer Direktinvestitionen in El Salvador stieg von 43 Mio Dollar im Jahr 1959 auf über 140 Mio Dollar im Jahr 1979 an, wovon laut vorliegenden Schätzwerten 50-60% allein aus den USA stammen dürften. Damit dominieren die US-Konzerne deutlich gegenüber den Konkurrenten aus Japan, Großbritannien, Holland, Kanada, Mexiko und der Bundesrepublik.²

Dieser Strom von Kapitaleporten nach El Salvador hing einerseits mit den Verlockungen zusammen, die man den Fremdinvestoren bot. Sie reichten von Steuer- und Zollvergünstigungen, dem Recht zur uneingeschränkten Rückführung der Reingewinne über langfristige Staatskredite bis hin zur Schaffung einer Freihandelszone in San Bartolo, wo die Regierung völlige Steuerfreiheit gewährte und ein Streikverbot verhängte. Eine vielleicht noch größere Attraktion für die internationalen Konzerne hat das bevölkerungsreiche El Salvador mit seinen Arbeitskräften zu bieten, da sie extrem billig (1980 lag der durchschnittliche Tageslohn bei 4 Dol-

lar) und in überschüssiger Zahl vorhanden sind.³ Und noch etwas schätzen ausländische Unternehmer an ihren salvadorianischen Bediensteten: „Der Salvadorianer arbeitet gerne. Das ist ein nationaler Charakterzug.“ So die Worte eines Kleiderfabrikanten aus den USA.⁴

Der Einzug der US-Multis in El Salvador vollzog sich im Rahmen des Modernisierungsprogramms der sog. Allianz für den Fortschritt, das US-Präsident John F. Kennedy im Jahr 1961 den unterentwickelten Verbündeten im Süden verordnete. Mit rund 20 Mrd Dollar Außenhilfe und 80 Mrd Dollar Eigenaufkommen sollten Sozialreformen (Boden- und Steuerreformen!) angewandt und eine industrielle Entwicklung angekurbelt werden. Sozialen Explosionen wie auf Kuba sollte hiermit vorgebeugt werden.⁵

El Salvador wurde von J.F. Kennedy gar als Modellfall seiner Allianz für den Fortschritt hochgelobt: „Regierungen des zivilmilitärischen Typs El Salvadors sind die effektivsten in der Eindämmung des kommunistischen Vordringens in Lateinamerika.“⁶

Das Regime des Oberst Rivera (1962-67) war den in Washington regierenden Demokraten schon deshalb so sympathisch, weil es sich der Allianz für den Fortschritt mit Über-eifer anschloß: Die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), die 1962 die abgewirtschaftete PRUD (Revolutionäre Partei der Demokratischen Vereinigung, gegr. 1945) als Regierungspartei ablöste, machte das Symbol von J.F. Kennedys Allianz zu ihrem offiziellen Parteisymbol. Als Partei der Militärs und des modernistischen Teils der Oligarchie ging die PCN den Weg der kontrollierten demokratischen Öffnung und großzügiger Infrastrukturinvestitionen.⁷

Die Folge: Die Multis halten in El Salvador zwar lediglich um die 15% des industriellen Kapitals, sind aber – wie eine Studie im Jahr 1974 ermittelte – an mindestens der Hälfte des „salvadorianischen Business“ beteiligt, teils in Form von Tochterunternehmen, teils in Form von Gemischtgesellschaften. In den modernen Branchen wie der Petrochemie, Elektro-, Düngemittel-, Fahrzeug- oder Metallindustrie fällt die dominierende Stellung der Multis, darunter solcher Weltspitzenreiter wie Esso (Exxon), Standard Oil, International Harvester oder U.S. Steel, noch deutlicher aus. Wichtige Positionen erlangte das US-Kapital bis Ende der 70er Jahre



Treffen von Juntapresident Duarte (r.) und R. Reagan 1981 in Washington

außerdem im Banken-, Fernmelde- und Transportsektor. Damit verbunden war der Abzug von Extraprofiten, von Hunderten Mio Dollars.

Damit verbunden war die Kontrolle weiter Teile der salvadorianischen Wirtschaft weniger im Interesse der nationalen Entwicklungsplanung, als im eigennützigen Profitinteresse der jeweiligen Muttergesellschaften. Diese neokolonialistische Abhängigkeit wurde noch verstärkt durch die Exportabhängigkeit von den USA, die Haupthandelspartner (Kaffeeabnehmer!) El Salvadors sind.

Monopolistische Positionen, aber auch Sperrminoritäten in wichtigen Wirtschaftszweigen geben den US-Multis eine beträchtliche Machtfülle. Sie traten als ein zweites, teils rivalisierendes Machtzentrum neben die „14 Familien“ El Salvadors. Und das wiederum erweiterte die Einwirkungsmöglichkeiten Washingtons namentlich auf den salvadorianischen Militär- und Sicherheitsapparat, den man zusehends in den Griff bekam.

Als „wichtigste politische Kraft des Landes“ bezeichnete das Pentagon (Verteidigungsministerium der USA) die Militärs El Salvadors. Man wußte Bescheid in Washington, hatten doch die USA seit dem Jahr 1957 – bis dahin hielten sie Offiziere aus Chile – die Monopolstellung bei der Ausbildung und Instruktion der salvadorianischen Armee, Nationalgarde, Nationalpolizei und Geheimdienste (insgesamt rund 20.000 Mann) inne. Mit einer Sicherheitshilfe von 16,7 Mio Dollar im Zeitraum 1950-79 war die Ausbildung von rund 2.000 salvadorianischen Offizieren durch US-Instrukteure, war deren durchgängige Modernisierung aller Repressionsorgane verbunden.

Sie wurden ausgebildet auf solchen Gebieten wie Aufstands-bekämpfung („Counterinsurgency“), militärische Geheimdiensttätigkeit oder Aufbau von Sondereinheiten zur Kontrolle von Unruhen bzw. „terroristischen Aktivitäten“.

Ab Mitte der 70er Jahre tätigten zwar auch Israel, Frankreich und Brasilien ansehnliche Rüstungsgeschäfte mit den salvadorianischen Diktatoren (darunter Kampfflugzeuge, Panzer, Maschinengewehre), doch blieben die USA weiterhin Waffenexporteur Nr. 1. Die Unterbrechung des Militärhilfeprogramms unter der Regierung Carter im Jahr 1977 wurde nach dem 15. Oktober 1979 mehr als ausgeglichen. Dank der Militärhilfe der USA wurde in den letzten 25 Jahren die Schlagkraft der Armeeteilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe, die insgesamt 7.000 bis 10.000 Mann zählen (zuzüglich 75.000 Reservisten), durchgängig erhöht.⁸

Diesen Einfluß machte die Carter-Administration geltend, als sie im benachbarten Nikaragua den Sieg der sandinistischen Volksrevolution (im Juli 1979) hinnehmen mußte und sich in El Salvador eine ähnliche Rebellion gegen die Militärdiktatur abzeichnete.

US-Unterstaatssekretär Viron Vaky, ein intimer Kenner El



US-Militärberater beim Unterweisen am Kampfhubschrauber in El Salvador

Salvadors, warnte damals vor einem Hearing des Kongresses: „Die zentrale Frage ist nicht, ob der Wandel sich ereignen, sondern ob er gewaltsam und radikal oder friedlich und evolutionär ablaufen wird.“ In einem Arbeitspapier für das State Departement (US-Außenministerium) erläuterte er, daß eine gewaltsame Lösung wegen der sehr weit fortgeschrittenen Polarisierung nicht mehr lange vermeidbar sei. Sein Vorschlag laute auf „Unterstützung von echten und seriösen Reformen durch Kooperation und gut angepaßte Hilfe“.⁹

Als der Diktator knapp einen Monat später, am 15. Oktober 1979, durch einen Militärputsch gestürzt und ins Exil USA ausgeflogen wurde, reagierte die Regierung Carter „erfreut“.¹⁰

Das State Departement sagte prompt folgende Hilfestellung für den Reformprozeß zu: „Wirtschaftshilfe von rund 50 Mio Dollar im Finanzjahr 1980 zur Förderung der Agrarreform und anderer Programme von direktem Nutzen für die Armen; Militärhilfe von 5,7 Mio Dollar im Finanzjahr 1980 in Form von Krediten zum Verkauf von Militärgütern, um die salvadorianische Armee zu befähigen, Nachrichten- und Transportausrüstungen zu kaufen, die ihnen helfen werden, die Durchführung der Agrarreform gegen Gewalt von rechts und links zu verteidigen. Wir würden sofort unsere Politik überprüfen, wenn es Anzeichen dafür gäbe, daß unsere Hilfe nicht dazu benützt würde, die Situation der Menschenrechte in El Salvador zu verbessern.“¹¹

Natürlich hat die Carter-Administration vom Zusammenspiel von Sicherheitskräften, Armee, paramilitärischen ultrarechten Banden und von diesen mit US-Instrukteuren gewußt. Mehr noch, sie hat sie selbst vorangetrieben. Dieses Eingeständnis machten ca. 30 US-Regierungsbeamte im sog. Dissident Paper, einem Papier vom November 1980.¹²

„Reform“hilfe der Carter-Administration

Die Carter-Administration untermauerte diese Aktivitäten mit einer dramatischen Ausweitung der Militär- und Sicherheitshilfe für die salvadorianische Junta. Keine drei Wochen nach deren Machtantritt stellte die US-Regierung 0,2 Mio Dollar für die Anschaffung von Tränengas, Gasmasken und kugelsicheren Westen für die Sicherheitskräfte bereit, um ihnen eine solidere Kontrolle von „Unruhen“ zu ermöglichen. Als Beigabe entsandte man ein sechsköpfiges US-Trainingsteam nach San Salvador.

Im Fiskaljahr 1980 (Oktober 1979 bis Oktober 1980) gewährte Washington der salvadorianischen Junta zudem 5,7 Mio Dollar für den Ankauf von militärischen Ausrüstungen, die darauf abgestellt waren, das Transport- und Kommunikationssystem der Aufstandsbekämpfung von Grund auf zu verbessern. Überdies autorisierte J. Carter im Dezember 1979 einen Etat von 0,3 Mio Dollar, der für die Ausbildung salvadorianischer Militärs in den USA bestimmt war.

Für das Fiskaljahr 1981 vergab die Regierung Carter 5 Mio Dollar für die Lieferung militärischer Ausrüstungen und 0,5 Mio Dollar zur Finanzierung militärischer Ausbildungsprogramme an El Salvador. Hinter letzterem verbarg sich die Entsendung von drei mobilen Ausbildungsteams der US-Armee (je 12 Mann), welche die salvadorianischen Juntatruppen in einem rotierenden Verfahren auf dem Gebiet des Nachrichtendienstes, der Logistik und der Kommunikation auf Vordermann bringen sollten.

Unter den bereitgestellten US-Rüstungsgütern befanden sich Kampfhubschrauber, Jeeps, Militärlastwagen, Patrouillenboote u.a. auf die Aufstands-Bekämpfung gemünzte Ausrüstungen. Alles in allem stellte die Carter-Administration der salvadorianischen „Reformjunta“ also im Zeitraum 1980/81 11,7 Mio Dollar an Militärhilfe zur Verfügung, zuzüglich einer Nothilfe von 15,3 Mio Dollar. Eine enorme

Summe verglichen mit den 16,7 Mio Dollar, die die USA diesem mittelamerikanischen Kleinstaat im gesamten Zeitraum 1950-79 gewährt hatten.

Sie wurde vervollständigt durch die von der Carter-Administration im Fiskaljahr 1980 verausgabte US-Wirtschaftshilfe von 50 Mio Dollar für El Salvador und durch von ihr erwirkte internationale Kreditvergaben in Höhe von 270 Mio Dollar: 110 Mio Dollar seitens der Weltbank und 160 Mio Dollar seitens der Interamerikanischen Entwicklungsbank.¹³

Agrarreform – Vehikel zur Aufstandsbekämpfung

Ein Kapitel für sich war schließlich das US-Engagement in Sachen Agrarreform. Denn was da vom State Departement als Werk „für die Armen“ feilgeboten wurde, ist voller Ähnlichkeiten mit jenem „Befriedungsprogramm“, das unter der Regie des CIA während des US-Vietnamkrieges (1964-73) angewandt wurde:

Die Übereinstimmung beginnt bei der personellen Identität ihres Architekten, des Washingtoner Rechtsprofessors Roy Prostermann. Er, der seinerzeit das Agrarreformprogramm für Südvietnam entwarf und an dessen Durchführung vorort beteiligt war, nahm im Auftrag des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) im Frühjahr 1980 das Reformprojekt in El Salvador in die Hand. Bei dieser Mission assistierten ihm weitere erfahrene AIFLD-Beamte wie Michael Hammer und Mark Pearlman. Seit den 60er Jahren ist es ein offenes Geheimnis, daß das AIFLD als „Frontorganisation“ des CIA fungiert und seine Finanzen vornehmlich von der US-Agentur für Internationale Entwicklung (AID) bezieht, also in die offizielle Außenpolitik Washingtons eingebunden ist.

Das von R. Prosterman neu eingebrachte Landreformkonzept wurde in Gestalt des Dekrets 207 am 28. April 1980 von der dritten salvadorianischen Junta, in der die ultrarechten Kräfte den Ton angaben, verkündet. Abgesehen von den Streitkräften, der Nationalgarde und den paramilitärischen ORDEN-Kommandos konnte sich R. Prostermans Team namentlich auf die kleinbäuerliche Salvadorianische Kommunale Union (UCS) stützen, die in den 60er Jahren von der AIFLD selbst gegründet worden war.



„Nutznießer“ der Agrarreform

Roy Prosterman selbst gab als oberstes Ziel einer solchen Landreform „die Erweiterung der Basis der Junta“ an, da „der Großteil des bäuerlichen Sektors in El Salvador unorganisiert oder von der extremen Linken radikalisiert“ sei. Falls jedoch „die Reformen erfolgreich durchgeführt werden“, so setzte R. Prosterman Mitte 1980 hinzu, „dann wird der Ansturm der bewaffneten Linken bis Ende 1980 endgültig eliminiert sein“.¹⁴

Mit der Anwendung dieses AIFLD-Programms, das für die Aufstandsbekämpfung im Dienste einer reformfeindlich geführten Junta maßgeschneidert war, kam es zur weiteren Verschärfung der Massenrepression.

Nach Ermittlungen kirchlicher Stellen stiegen in den von der Agrarreform erfaßten Gebieten (Cabañas, Chalatenango, Morazán) die monatlichen Mordziffern im Zeitraum März bis Juni 1980, der Auftaktphase der Reform, von rund 500 auf 1.000. Die Opfer waren Großteils Mitglieder oder mutmaßliche Sympathisanten der Volksorganisationen.¹⁵ Das Verfahren lief in der Regel so ab, daß Juntatruppen mit vorgefertigten Listen über „Linksverdächtige“ in Dörfer bzw. Kooperativen eindringen, um diese an Ort und Stelle zu liquidieren.

Reform als Vehikel für systematischen Massenmord.

„Entscheidungsschlacht“ unter R. Reagan

Die Reagan-Administration stellte unmittelbar nach ihrem Amtsantritt (20.1.1981) klar, daß sie das militärische Engagement auf seiten der salvadorianischen Junta auszuweiten gedente.

US-Außenminister A. Haig lancierte, gestützt auf gefälschtes Material (Weißbuch 1 und 2)¹⁶, Kampagnen gegen eine angebliche „kommunistische Intervention in El Salvador“. So hoffte man in Washington, meisterlich vom eigenen Interventionismus in diesem Land ablenken und zugleich den US-Kriegskurs gegen Nicaragua und Kuba legitimieren zu können.

Dahinein gehört die forcierte Nutzung von Honduras als Aufmarschbasis im Kampf gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung. Zunehmend assistieren honduranische Truppen der salvadorianischen Nationalgarde, Armee und paramilitärischen ORDEN-Banden bei Einsätzen gegen die Befreiungsbewegung FMLN im Nordosten El Salvadors oder gegen salvadorianische Flüchtlinge.

Geht es nach den honduranischen Militärs, so sollen alle salvadorianischen Flüchtlinge umgesiedelt oder vertrieben werden. Dahinter verbirgt sich – wie die Agentur SALPRESS berichtete – der offenbar zwischen den Alliierten Honduras, El Salvador und USA abgestimmte Plan, „die Grenze von Flüchtlingen (zu) säubern, um unbemerkt von ausländischen Beobachtern der internationalen Hilfsorganisationen, die in den Flüchtlingslagern tätig sind, in El Salvador eingreifen zu können, um die salvadorianische Guerilla im Norden des Landes von beiden Seiten in die Zange zu nehmen und auch um ein Aufmarschgebiet für eine wie auch immer zusammengesetzte interamerikanische 'Friedenstruppe' zu entwickeln. Vor wenigen Wochen hat die US-Administration der honduranischen Regierung 21 Millionen Dollar zum Ausbau von drei Flughäfen zur Verfügung gestellt. Über 100 US- und 22 argentinische Militärberater befinden sich bereits im Land.“¹⁷

Daß in solchen Aktivitäten eine regionale Kriegseskalation bewußt mit angelegt ist, wird deutlich auch aus der Kampfansage des Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten Thomas O. Enders, abgegeben am 8.2.1982 vor dem außenpolitischen Senatsausschuß in Washington: „Es

besteht kein Zweifel darüber, daß die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika in El Salvador stattfindet."¹⁸

Generalleutnant W.H. Nutting, der als Chef des Südkommandos der US-Armee (in Panama) Mitte Februar d.J. in El Salvador die Lage erkundete, empfahl, zur Rettung der salvadorianischen Junta den Einsatz fremder Truppen zügig vorzubereiten. Ronald Reagan, Alexander Haig, Larry Speaks und andere Washingtoner Regierungsvertreter mochten eine **Entsendung von US-Kampftruppen** nach El Salvador ausdrücklich nicht ausschließen. Nach Angaben des Mitglieds des FMLN-Generalkommandos, Sh. Jorge Handal, soll die Reagan-Administration für diesen Fall in den USA bereits fünf Marineinfanterie Brigaden in Gefechtsbereitschaft halten.¹⁹

Ende 1981 hatte die Regierung der USA u.a. auf einer inter-amerikanischen Armeetagung in Fort McNair und auf der OAS-Vollversammlung auf St. Lucia für kollektive Militäraktionen gegen die Hochburgen des „Terrorismus“ in Mittelamerika und der Karibik geworben. Inzwischen vereinbarten die Armeespitzen Guatemalas, Honduras' und El Salvadors ein Geheimabkommen, das den gemeinsamen Einsatz gegen die salvadorianische Guerilla beinhaltet.

Am drastischsten weitete die Regierung Reagan indessen das Engagement der USA auf dem Kampfschauplatz El Salvador aus. Sie rechtfertigte dies immer wieder mit der Zweckklüge, die salvadorianische Junta habe – wie es ein noch unter J. Carter verabschiedeter Kongreßentscheid verlangt – „kontinuierliche Fortschritte“ bei der Verwirklichung der Menschenrechte und „wichtiger wirtschaftlicher und politischer Reformen“ vorzuweisen, wie etwa Thomas O. Enders in einer Regierungserklärung vom 8.2.1982 feststellte.²⁰

In Wahrheit hatte die salvadorianische Regierung längst, im Frühjahr 1981, die Phasen 2 und 3 der Agrarreform ausgesetzt – auf Betreiben der Reagan-Administration, die dringend eine Entschärfung der Widersprüche zwischen Junta und großgrundbesitzender Oligarchie anriet. In Wahrheit hatte sie darauf gedrängt, daß man in San Salvador das – von Jimmy Carter mitinitiierte – Reformbeiwerk zu den Akten legte, um alles für den Krieg gegen das eigene Volk zu mobilisieren. Angesichts der Tatsache, daß die salvadorianische Befreiungsbewegung 1981/82 einen stetigen Stärkezuwachs verzeichnen konnte und „die Regierung der Gemäßigten in El Salvador auf schwachen Beinen steht und stürzen kann“ (W.H. Nutting),²¹ ging man in Washington zu Sonderhilfen für das angeschlagene Regime über.

Die noch unter J. Carter für das Fiskaljahr 1981 veranschlagte **US-Wirtschafts- und Militärhilfe** von 92,7 Mio Dollar für die salvadorianische Junta, wurde unter Ronald Reagan auf 165,4 Mio Dollar (hiervon für Rüstungszwecke 35,4 Mio Dollar) aufgestockt. Washington sorgte ferner dafür, daß der Regierung Duarte zeitgleich multilaterale Schenkungen in Höhe von 380,2 Mio Dollar (davon allein 140 Mio Dollar aus Venezuela und 19,2 Mio Dollar aus Großbritannien) sowie über 600 Mio Dollar von internationalen Finanzinstitutionen und Privatbanken (Internationaler Währungsfonds 160,6 Mio) zuflossen. Die Gesamtsumme von rund 1,1 Mrd Dollar aber macht immerhin das mehr als das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen El Salvadors aus. Wenn es nach der Reagan-Administration geht, dürfte die Überlebenshilfe für das salvadorianische Regime im Fiskaljahr 1982 eher noch höher ausfallen. Zusätzlich zu den für 1982 bereits veranschlagten 210 Mio Dollar an US-Militär- und Wirtschaftshilfe, wurden am 1.2.1982 von R. Reagan zusätzlich 55 Mio Dollar an militärischer „Sicherheitsnothilfe“ aus einem Sonderfonds des US-Präsidenten bereitgestellt. Anfang März d.J. forderte die Regierung dem Kongreß weitere 35 Mio Dollar Nothilfe für El Salvador ab, womit man auf offizielle 300 Mio Dollar an bilateraler Hilfe im laufenden Jahr 1982 für dieses Regime kam.²²

Ex-CIA-Agent Barnes packt aus: Die USA liefern Napalm und chemische Waffen

Der Einsatz von chemischen Waffen und Napalm seitens der salvadorianischen Juntatruppen im Krieg gegen von den Aufständischen kontrollierten Gebiete wurde seit Herbst 1980 mehrfach angezeigt. Im Mai 1981 klagte Marianella Garcia, die Präsidentin der salvadorianischen Menschenrechtskommission, daß gegen die Bevölkerung chemische Kampfstoffe eingesetzt würden, die verheerende Verbrennungen herbeiführten. Bei den aufgefundenen Behältern, die die Aufschrift „Made in USA“ trügen, handele es sich vermutlich um Frachtgut der US-Militärhilfe. Dieselbe Anklage erhob im August 1981 die Menschenrechtskommission Mittelamerikas.

Zum Jahreswechsel 1981/82 berichtete die mexikanische Zeitschrift *Por Esto*, daß bei der Gegenoffensive der Juntatruppen auf den von der FMLN gehaltenen Vulkan Guazapa (25 km von San Salvador entfernt) Napalmbomben abgeworfen worden seien. Die Reagan-Administration wurde nun durch die Enthüllung des ehemaligen CIA-Agenten Scott Barnes schwer belastet.

Die USA liefern neben gewöhnlichem Militärmaterial auch Napalm und chemische Waffen an die salvadorianische Armee. Dies gab Scott Barnes, ein ehemaliger US-Militär, der im Dienst des CIA stand, in einem Exklusiv-Interview mit SALPRESS bekannt.

Nach S. Barnes werden Napalm und chemische Waffen im Flughafen von Los Angeles verladen. Verantwortlicher für den Transport ist Daniel Arnold, Ex-CIA-Chef in Südostasien, die Überführung der Waffen besorgt die LACSA, die staatliche Fluggesellschaft von Kostarika. Diese fliegt zweimal pro Woche je 2-3 t Waffen nach El Salvador. Um keinen Verdacht zu erwecken, starten die Flugzeuge um 2 Uhr morgens.

Recherchen der Agentur bestätigten, daß diese Flüge tatsächlich stattfinden. Auf Anfrage hin gab LACSA weder die brisante Fracht zu noch dementierte sie diese. Nach Aussagen von S. Barnes werden die Transporte „von einem Spezialfonds des CIA“ finanziert. Auf die Frage hin, ob die US-Botschaft in El Salvador über die Transporte von Napalm und chemischen Waffen unterrichtet sei, meinte S. Barnes: „Einige der Jungs müssen es wissen, vor allem diejenigen, die für die Sicherheit zuständig sind und dafür, daß alle gelieferten Waffen ihr Ziel erreichen.“

Weiter sagte S. Barnes aus, daß es in El Salvador seit Januar (1982; d. Red.) „geheime“ Militärbasen des CIA gebe und daß Bo Grinz, der wie S. Barnes früher bei der US-Spezialeinheit zur Guerillabekämpfung „Green Berets“ war, damit beauftragt sei, „alte Kämpfer“ für diese Basen zu rekrutieren. Dort werden diese – nach S. Barnes – „in der Zerstörung von Wasserquellen, von kultivierbarem Land und von Nutztieren der Guerilla“ ausgebildet, sowie im Aufstellen von Fallen und „anderen bereits in Vietnam angewendeten Techniken“. Auf die Frage, was er mit andern Techniken meine, antwortete Scott Barnes „chemische Sachen, möglicherweise einige seltene Viren, Krankheitskeime usw.“ Ob die chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden, wisse er nicht. (...)

Was aber dem Fall die Dimension eines Watergate geben könnte, sind die Äußerungen S. Barnes' über eine geheime Aktion gegen Laos seit Beginn 1981, von der das republikanische Kongreß-Mitglied K. Dornan, der Generalstabschef der US-Armee David Jones und Präsident Reagan unterrichtet gewesen sein sollen. Die geheime Operation bestand darin, zwei von der laotischen Regierung gefangengesetzte US-Amerikaner zu befreien.

Ein Kommando von sechs „Green Berets“, darunter auch Scott Barnes selbst, drang mit falschen Pässen, die Regierungsbehörden ausgestellt hatten, nach Laos ein. Im letzten Moment erhielten sie aber – nach S. Barnes – Befehl, die beiden US-Amerikaner zu töten, weil sie zuviel wußten“. Beide seien CIA-Agenten, deren Mission darin bestand, falsche Tatsachen über „gelben Regen“ zu verbreiten, eine Form biologischer Kriegsführung, die das US-Außenministerium Laos, Vietnam und Kampuchea vorwirft. Die „Green Berets“, die die beiden CIA-Agenten umbringen sollten, seien mit ihrer Mission gescheitert. Zwei von ihnen seien aber danach unter sehr verdächtigen Umständen gestorben.

S. Barnes begründete seine Aussagebereitschaft damit, daß seine Familie bedroht worden sei und daß er sich von der Publizität des Falles mehr Sicherheit erhoffe.

(Quelle: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 22/11.-17.4.1982, S. 1-2)

Darüber hinaus gewährte Washington zum Jahresbeginn 1982 ein **ad-hoc-Ausbildungsprogramm** für die salvadorianischen Juntastreitkräfte, das für Lateinamerika einmalig ist. Ganze 1.600 salvadorianische Offiziere und Offiziersanwärter wurden in den USA, in Fort Bragg und Fort Benning, in Schnellverfahren einer Spezialausbildung für die Aufstandsbekämpfung unterzogen. Einen Vorgeschmack davon, was von ihnen nach ihrer Rückkehr ins Kampfgeschehen zu erwarten steht, gab im Dezember 1981 das 2.000 Mann starke „Bataillon Atlacatl“, das die Massaker in Morazán durchführte. Diese von Oberst Monterrosa kommandierte Killertruppe ist die erste salvadorianische Eliteeinheit, die von US-Militärberatern eigens für flexible „Gegenschläge“ in der Aufstandsbekämpfung getrimmt wurde.

Die zehn- bis sechzehnwoöchigen Spezialkurse, die in den Trainingscamps von Fort Bragg und Fort Benning für weitere 1.600 Salvadorianer durchgezogen wurden (Kostenspunkt 18 Mio Dollar zusätzlich), waren einesteils auf „Nachhilfe“ im Fach Aufstandsbekämpfung („counter insurgency“) zugeschnitten. Andernteils sollten sie den Umgang mit modernstem Kriegsgerät, wie Militärhubschraubern Huey UH-1-H, Kampfflugzeugen des Typs A-37-Dragonfly, Truppentransportern C-123 oder neuen Kommunikationssystemen, einüben.

Sind US-Militärinstruktoren Unbeteiligte?

Gerade auf den Einsatz von Kampfjets wird großer Wert gelegt. Das zeigt die prompte Ersatzlieferung von sechs Hueys UH-1H durch Washington Anfang Februar d.J., nachdem bei einem Guerillaanfall vom 27.1.1982 auf den Militärflughafen Ilopango 28 Kampfjets und Flugzeuge der salvadorianischen Armee am Boden zerstört worden waren.

Im US-Außenministerium wird außerdem ernsthaft erwogen, gegebenenfalls – wie einst im Vietnamkrieg – B-52-Kampfbomber in den umkämpften Provinzen El Salvadors einzusetzen. Militärpiloten und Techniker wurden insgeheim schon entsandt. Verschiedentlich wird überdies der Einsatz von Napalmbomben oder Giftgas US-amerikanischen Fabriks durch Juntatruppen, beispielsweise in den Kämpfen am Fuße des Vulkans Guazapa (nahe San Salvador), gemeldet.²³

Zur Jahresmitte 1981 gestand die Regierung Reagan zwar ein, daß sich ein Kontingent von 54 US-Militärberatern zu Ausbildungszwecken in El Salvador befände. Was sie aber stets vehement bestritt, ist deren – wie auch immer geartete – Teilnahme an Kampfeinsätzen der Juntatruppen oder an Folter- und Mordaktionen der salvadorianischen Sicherheitskräfte. Diesen Anschein suchte Washington zu wahren, als im Februar 1982 drei US-Offiziere, die automatische M-16-Kampfgewehre, M-79-Granaten u.a. Kampfausrüstungen trugen, nahe San Miguel insgeheim gefilmt worden waren. Obgleich einer der Gefilmten, Oberstleutnant Harry Melander, kurz darauf in die USA zurückbeordert wurde, mochte Ronald Reagan blauäugig bleiben. Er bestand darauf, daß sie die Waffen „zu ihrem persönlichen Schutz tragen, und das halte ich für verständlich. Unsere Politik ist die, daß wir nicht in Kämpfe eingreifen, und diese Gentlemen haben dies, soviel ich weiß, in keiner Weise getan.“²⁴

Es sei dahin gestellt, ob diese „Gentlemen“ in Kämpfe eingriffen. Andere in El Salvador stationierte US-Militärs, dafür gibt es Belege und Augenzeugen, haben es wiederholt getan. Schon im August 1980 hatten bundesdeutsche Berichterstatter zu vermelden gewußt, eine wachsende Zahl von Militärberatern aus den USA übernehme „in zunehmendem Maße die Führung der salvadorianischen Einsatzstäbe und

(sie) führen bei Großeinsätzen die Truppen selbst.“²⁵

Im November 1980 verlor der Sergeant der US-Streitkräfte, Jerome C. Racine, bei einem Kampfeinsatz salvadorianischer Juntatruppen in der Provinz Morazán seinen Militärausweis. Ein erstes Eingeständnis, daß eigenes Militärpersonal an Angriffen auf salvadorianische Zivilisten beteiligt gewesen sei, gab das State Departement (Außenministerium der USA) Anfang November 1981 von sich. Ein Militärberater und ein technischer Instrukteur der US-Regierung, beide Majore des Armeekorps der Ingenieure, hatten sich in diesem Fall am 17.10.1981 an Bord eines Hubschraubers befunden, von dem aus das Feuer auf eine Gruppe viertreibender Bauern eröffnet worden war.²⁶

Zur Jahresmitte 1981 wurde ferner bekannt, daß den in El Salvador stationierten US-Militärs mindestens 15 Ausbilder der berüchtigten „Green Berets“ (Grünmützen) angehören. Sie machten Geschichte als wildeste Killer der US-Armee im Vietnamkrieg (1964-73) und bürgen dafür, daß die von ihnen in El Salvador ausgebildeten Infanteristen sich ähnlich skrupellose Methoden bei der Bekämpfung von Guerilleros oder „verdächtiger“ Zivilisten zu eigen machen. Die entsandten „Green Berets“ kommen alle vom 7. Bataillon der Special Forces in Panama und haben den Vorteil, auch Lateinamerikaerfahrung und Spanischkenntnisse mitzubringen.

Ein US-Korrespondent, R. Bonner von der New York Times, vermeldete, im honduranisch-salvadorianischen Grenzgebiet seien „Green Berets“ auch an Kampfeinsätzen gegen Flüchtlinge bzw. „Sympathisanten“ der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN nahe La Virtud beteiligt. Unterstellt sind sie US-Hauptmann Michael Sheehan, der hier eine Einheit der Special Forces von ca. 100 Mann kommandiert.

Daß während des Vietnamkrieges von US-Truppen und CIA-Instrukteuren zehntausendfach „Verdächtige“ gefoltert oder umgebracht wurden, ist aktenkundig. Auch die US-Militärberater in El Salvador beschränken sich nicht darauf, ihre Auszubildenden für das Schlachtfeld gefechtsbereit zu machen. Wie ein desertierter salvadorianischer Soldat, der 21jährige Carlos Antonio Gomez Montano, im Januar 1982



Green Berets bei der Spezialausbildung in El Salvador

FMLN/FDR-Vorschlag zu Friedensverhandlungen

(...) Unser Krieg ist also ein gerechter und notwendiger Krieg zur Schaffung des Friedens und der Gleichheit aller Salvadorianer. Zweifellos ist unser Wille der Friede, und um ihn zu erreichen, schlagen wir eine politische Lösung vor, die die Beendigung des Krieges und die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zum Ziel hat, eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die den Salvadorianern ihre Bürgerrechte und ein menschenwürdiges Leben sichert. Dies alles geht einher mit unserem ausdrücklichen Willen, einen Dialog mit zivilen und militärischen Vertretern einzuleiten, die die Junta im Laufe der Friedensgespräche bestimmen soll.

Diese Friedensverhandlungen, die unser Eintreten für eine politische Lösung beweisen, wollen wir auf die folgenden allgemeinen Prinzipien aufbauen:

1. Die Verhandlungen sollen zwischen Delegierten der FMLN/FDR und Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta geführt werden.

2. Sie sollen im Beisein von Regierungen ablaufen, die in ihrer Eigenschaft als Zeugen zur Lösung des Konflikts beitragen.

3. Sie sollen globalen Charakter haben und die grundsätzlichen Aspekte des Konflikts umfassen; den Gesprächen liegt eine Tagesordnung zugrunde, die von beiden Seiten ausgearbeitet werden soll.

4. Das salvadorianische Volk ist über alle Verhandlungsschritte zu informieren.

5. Die Verhandlungen sind von beiden Seiten ohne jegliche Vorbedingungen aufzunehmen.

Im Bemühen, die notwendige Grundlage für eine politische Lösung zu schaffen, erklärt die FMLN/FDR ihren Willen, folgende Punkte zu diskutieren:

a) Eine neue politische, wirtschaftliche und gesetzliche Ordnung ist auszuarbeiten unter voller Einbeziehung der verschiedenen Sektoren und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, besonders jener, die benachteiligt waren, eine Ordnung, die die politische Beteiligung aller erlaubt und fördert. Den Wahlen als Mechanismus der Beteiligung und als Ausdruck des Volkswillens kommt somit große Bedeutung zu.

b) Die Umstrukturierung der Streitkräfte, wobei Offiziere und Truppenteile, die für die Verbrechen und den Völkermord nicht verantwortlich waren, in den Streitkräften verbleiben sollen und Führung und Truppenteile der FMLN integriert werden. (...)

Eine politische Lösung ist notwendig für unser Volk, für die Stabilisierung der Lage in der Region, für Frieden und Sicherheit unter den Nationen. Dies setzt voraus, daß die Regierungen sich strikt an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker halten. Deshalb richten wir uns direkt an die Regierung der USA und fordern sie auf, die Militärintervention in El Salvador einzustellen, denn dies richtet sich gegen die Interessen der Völker El Salvadors und Nordamerikas und gefährdet Frieden und Sicherheit in Mittelamerika. (...)

(Quelle: Barricada, Edición Special, Managua, Oktober 1981)

in Mexiko-Stadt bezeugte, unterrichten US-Offiziere salvadorianische Soldaten nicht nur in der Anwendung von Foltermethoden, sondern nahmen aktiv an Folterungen teil. Gomez Montano berichtete weiter, die Berater hätten Wert auf die Feststellung gelegt, daß Foltermaßnahmen – das lehre Vietnam – mit eher noch größerer Rücksichtslosigkeit anzuwenden seien, um erfolgreicher als dort sein zu können – ein Prinzip, das sich die salvadorianischen Kommandeure zueigen gemacht haben. Über solche Methoden sei seine Truppe, so Gomez Montano weiter, von den US-Beratern auch in Form von Filmvorführungen über ihre Verhörmethoden in Südvietnam ins Bild gesetzt worden. „Ganz gleich, ob es sich um Frauen oder Kinder handelt“, so zitiert er seinen ehemaligen Vorgesetzten, Hauptmann Turcios, vor einem Kampfeinsatz in Chalatenango im Januar 1980, „mählt alles nieder, gebt kein Pardon. Denn auch ein Kind kann ein Guerillero sein – und ein toter Guerillero ist ein Feind weniger.“²⁷ Der Berg von Kinderleichen, den salvadorianische Streitkräfte im Dezember 1981 in La Joya, El Mozote, Cerro Pando usw. hinterließen, verrät eben diese Handschrift...

Doch ungeachtet der stetigen Ausweitung des US-Engagements in El Salvador, so schätzten im Februar 1982 Veteranen des Pentagon ein, sei die Moral der salvadorianischen Streitkräfte niedrig, schwinde ihre Fähigkeit zur Abwehr der Aufständischen zusehends. Daher müßten sich die USA bald entscheiden, ob sie ihre militärische Verwicklung in dem mittelamerikanischen Land auf irgendeine Weise radikal ausdehnen oder sich ganz herausziehen möchten. Der CIA teilte der Reagan-Administration mit, das salvadorianische Regime könne den Krieg ohne die Hilfe von US-Marineinfanteristen nicht gewinnen. Und Dean Hinton, US-Botschafter in San Salvador, bestätigte, daß seine Regierung mehr und mehr in Begriffen einer militärischen Lösung denke, zu der sie sich gezwungen sehen könnte.

Das Angebot einer politischen Verhandlungslösung der FMLN/FDR vom Oktober 1981, das gerade erst vom FMLN-Generalkommando in einem Brief an Präsident Reagan (siehe Kästen) erneuert worden war, verwarf Alexander Haig in einer Rede vor dem Kongreß am 2. Februar 1982 zum wiederholten Male.²⁸ Sie bleibt dennoch die Alternative zu einer Kriegseskalation im Kampf um El Salvador.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 13/29.1.1982, S.5
- 2) Vgl. Alberto Arene, Las Multinacionales y El Desfalco de la Economía Nacional, in: Boletín de Ciencias Económicas, San Salvador, Juli-August 1978, S.22; Estudios Sociales Centroamericanos (ESCA), San Salvador, Januar-April 1980, S. 145ff.
- 3) Nach: Handelsblatt, Düsseldorf, 1.4.1974 und NACLA, New York, Nr. 2/März-April 1980, S.21
- 4) Zit. nach: ebenda
- 5) Ausführlich siehe in: D. Horowitz, Kalter Krieg, Berlin-West 1976, S. 201ff.
- 6) Zit. nach: Th. Anderson, Matanza, El Salvador's Communist Revolt of 1932, Nebraska 1971, S.157
- 7) Zit. nach: D. Horowitz, Kalter Krieg, a.a.O., S. 216
- 8) Daten und zit. nach: M. Klare, Supplying Repression, Washington 1977, S.38; NACLA, a.a.O., S. 28-30; Stern, 26.2.1981
- 9) Zit. nach: Newsweek, New York, 24.9.1979 und P. Erdozain, San Romero de America, Wuppertal 1981, S.86
- 10) Ebenda, S.87
- 11) Departement of State Bulletin (DSB), Juli 1980, S.82
- 12) Dissent Paper on El Salvador and Central America, Washington, DOS 6.11.1980, S.7
- 13) Daten nach: NACLA, Nr. 2/März-April 1980, S. 28-30 und Nr. 4/Juli-August 1980, S. 10 und 18; SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982; Granma. Weekly Report, Havanna, 27.7. und 17.8.1980
- 14) Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jg. 6, Nr. 1/November 1981 – Januar 1982, S. 8f.
- 15) Vgl. Solidaridad, San Salvador, Nr. 13-15/1980
- 16) Siehe: AIB 3/1981, S. 6ff., AIB-Sonderheft 1/1982, S. 10-13 und AIB 4/1982, S. 4ff.
- 17) SALPRESS..., Nr. 18/13.3.1982
- 18) Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 7/17.2.1982, S. 11/12
- 19) Nach: International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 4., 9. und 20./21.2.1982; SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982; IDES, Berlin-West, Nr. 72/19.2.1982; Horizont, Nr. 10/1982; USNWR, 1.3.1982
- 20) Amerika Dienst. Dokumentation, Nr. 8/24.2.1982, S. 10f., Wortlaut der Rede in: AIB, Nr. 4/1982, S. 6-7
- 21) Zit. nach: SALPRESS..., Nr. 13/29.1.1982
- 22) Daten nach: El Salvador Libre, Bonn, Nr. 3/Oktober 1981; IDES, Nr. 28/6.3.1981 und Nr. 61/4.12.1981; Granma..., 28.2.1982; SALPRESS..., a.a.O.; Le Monde, 6.3.1982
- 23) Laut: Latin American Weekly Report (LAWR), London, 13.11.1981; Granma..., 23.8.1981, Por Esto, Mexiko-Stadt, 11.3.1982
- 24) IHT, 15.2.1982; Washington Post, 12.2.1982
- 25) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt/M., 15.8.1981
- 26) Nach: Vorwärts, Basel, 21.5.1981; IDES, Nr. 41/3.7.1981 und Nr. 57/6.11.1981
- 27) Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 11.1.1982
- 28) Vgl. Time, Washington, 1.3.1982; IDES, Nr. 72/19.2.1982; LAWR, 5.2.1982

Wolf Breugel

Die Bundesregierung und El Salvador — ein widersprüchliches Verhältnis

Am 7. Februar d.J. hat Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) in einer Pressemitteilung den „tiefen Schmerz“ und die „Empörung“ der bundesdeutschen Sozialdemokratie über die jüngsten Massaker in El Salvador zum Ausdruck gebracht. Entschieden plädierte H.J. Wischniewski für eine politische Verhandlungslösung des El-Salvador-Konflikts und bezeichnete die für den 28. März d.J. geplanten Wahlen als „eine Farce“ — eine Position, die soweit mit jener der Sozialistischen Internationale übereinstimmt. Auch drückte das SPD-Führungsmitglied — explizit gegen die Einschätzung R. Reagans von angeblichen „Fortschritten“ der Menschenrechte in El Salvador gewandt — seine Überzeugung aus, „daß die gegenwärtig politisch und militärisch Verantwortlichen in El Salvador jetzt dazu übergegangen sind, den mörderischen Terror systematisch weiter zu forcieren“.

Bonner Beteiligung an der „Aktion Grenzsäuberung“

Einen guten Monat später wurde bekannt, daß die Bundesregierung sich an der Finanzierung der „Aktion Grenzsäuberung“ zwischen Honduras und El Salvador mit 0,8 Mio DM beteiligt habe. Die Aktion sollte allem Anschein nach dazu dienen, durch die Verlegung der Flüchtlingscamps ins Landesinnere von Honduras freies Feld für eine konzertierte Aktion der Streitkräfte von Honduras, El Salvador und Guatemala, nebst rund 100 US-Militärberatern, gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung zu bekommen. Diese beiden Schlaglichter erhellen, wie widersprüchlich die Bonner Position in Sachen El Salvador bis heute ist. Anfang Dezember 1981 schickte Bundesaußenminister H.D. Genscher sogar den Bonner Botschafter Neukirch wieder nach El Salvador zurück, gemäß der Überzeugung der FDP-Staatsministerin H. Hamm-Brücher, die salvadorianische Junta beabsichtige ernsthaft, „das Land in ein demokratisches System überzuleiten“.



Bundesdeutscher Panzerwagen vom Typ UR-416, auf Seiten der salvadorianischen Armee im Einsatz

Zwar konnte ein derartiger Schritt zur internationalen Aufwertung der Junta durch Proteste bis weit in die SPD-Fraktion hinein wieder rückgängig gemacht werden. Gleichwohl beteiligte sich die Bundesmarine kurze Zeit später, im März 1982, am NATO-Manöver „Safe Pass '82“ in der Karibik. Dabei wurde die Kriegsführung gegen revolutionäre Regimes geprobt.

Derartige Handlungen, die in deutlichem Widerspruch zu den Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder oder führender Parteipolitiker von SPD und FDP stehen, machen die Inkonsequenz der Bundesregierung deutlich. Sie machen deutlich wie schwer sich Bonn tut, sich in seiner Mittelamerika- und speziell El-Salvador-Politik von der Bindung an

Und wo steht die CDU/CSU ?

Anders als die Sozialistische Internationale haben die internationalen Organisationen der Christdemokratie seit Oktober 1979 eifrig die salvadorianische Junta und ihren Vernichtungskrieg gegen das Volk unterstützt. Venezuelas Regierungspartei COPEI und die bundesdeutsche CDU/CSU ragten und ragen dabei als Wortführer hervor.

Ihr aus Washington entlehnter Rechtfertigungsversuch lautet die Krisenzuspitzung in El Salvador/Mittelamerika sei auf eine kubanisch-sowjetische Unterwanderung bzw. marxistische Subversion zurückzuführen. Dies tat im Anschluß an eine Mittelamerikavisite im Februar 1981 CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, als er das salvadorianische Blutregime als „demokratisches Reform“gespann bzw. „Regierung der Mitte“ reinwusch. Die Aufständischen hingegen gab H. Geißler als „Werkzeug der Sowjetunion und Kubas, um die Vereinigten Staaten ... zu einer direkten militärischen Intervention, zu einem amerikanischen Afghanistan zu provozieren“, aus (zit. nach: FAZ, 9.12.1981 und Die Zeit, 13.2.1981). Kein Zufall war es auch, daß in einer von der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 15. Februar 1982 veröffentlichten El-Salvador-Dokumentation ausgerechnet zwei Kapitel fehlten, nämlich die des Staatsterrorismus und die des US-Engagements.

Während Christdemokraten einiger Länder Lateinamerikas, etwa Uruguays oder Chiles, sich gegen die christdemokratische Einreihung in den „Völkermord“ der salvadorianischen Junta und deren Unterstützung wandten, forderte die CDU/CSU die Bundesregierung zur Wiederaufnahme ihrer Entwicklungshilfe für das Regime auf. Und sie entsandte Beobachter zum Wahlspektakel des 28.3.1982 nach San Salvador. Die CDU/CSU, die COPEI und andere christdemokratische Parteien trugen bislang maßgeblich zur Zunahme der internationalen Wirtschaftshilfe für die salvadorianische Junta und die PDC bei — im Verein mit den USA, Großbritannien und den faschistischen Diktaturregimes Lateinamerikas. Die salvadorianische Christdemokratie ist mit dem Segen R. Reagans und der internationalen Christdemokratie unter J. Napoleon Duarte ein — so Kubas Präsident Fidel Castro — „äußerst seltenen Bund“ mit einer der blutrünstigsten Militärcliquen eingegangen: „Die Christdemokratie gibt für den Völkermord ihren Namen und ihre Ideologie her. Sie rechnet mit ihrem Verbündeten, der benachbarten Regierung von Venezuela, die ebenfalls christdemokratisch ist. Eines Tages werden sie zusammen den Schwanengesang der traurigen Organisation vernehmen, der sie angehören.“ (Dialogo Social, Panama, Nr. 140/November-Dezember 1981, S. 40f.)

den Kurs der Reagan-Administration zu lösen. So gibt es bis heute keine regierungsoffizielle Stellungnahme, in der die Interventionsdrohungen Washingtons gegenüber Nicaragua, Kuba, Grenada oder der salvadorianischen Befreiungsbewegung unmißverständlich zurückgewiesen worden wären.

Stattdessen begrüßte die Bundesregierung das im Februar 1982 von Ronald Reagan verkündete Sonderhilfsprogramm für das karibische Becken, dessen militärische Komponente unverkennbar ist und das die reaktionären Diktaturregimes der Region bevorzugt unterstützt – ein Konzept, das z.B. von Mexiko heftig kritisiert worden ist. Bislang konnte sich Bonn nicht dazu durchringen, eindeutig für eine Verhandlungslösung im Sinne der französisch-mexikanischen Initiative vom August 1981 und des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo vom Februar 1982 (siehe AIB 4/1982, S. 4ff.) zu plädieren. Stattdessen hält die Bundesregierung offensichtlich nach wie vor an dem fragwürdigen (gegenüber der FMLN/FDR spalterischen) Projekt fest, die „demokratischen Kräfte“ aus beiden Lagern, d.h. aus den Reihen der Befreiungsbewegung und des Regimes, als Alternative zusammenbringen zu wollen. In einer von der Frankfurter Allgemeinen am 26.2.1981 veröffentlichten Stellungnahme drückte die Bundesregierung ihr Verständnis aus für „die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in El Salvador und der Einflußnahme kommunistischer Staaten auf die inneren Verhältnisse des Landes. In einer Erklärung wendet die Bundesregierung sich gegen jede Anwendung von

Französisch-mexikanische Erklärung zu El Salvador

Die Regierungen Frankreichs und Mexikos überreichten am 28. August 1981 dem Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates eine gemeinsame Erklärung zum El-Salvador-Konflikt, in der die salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR als repräsentative Kraft und als Verhandlungspartei anerkannt sowie eine politische Lösung vorgeschlagen wurde.

Überzeugt, daß es allein dem Volk von El Salvador zusteht, eine gerechte und dauerhafte Lösung der tiefen Krise, die das Land durchmacht, zu finden, um so dem Drama, das die Bevölkerung erlebt, ein Ende zu setzen;

im Bewußtsein ihrer Verantwortung als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft und erfüllt von den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

berücksichtigend den außergewöhnlichen Ernst der aktuellen Situation in El Salvador und die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet;

erkennen die Regierungen Frankreichs und Mexikos an, daß das Bündnis der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti und der Demokratisch-Revolutionären Front eine repräsentative politische Kraft darstellt, bereit, die Verpflichtungen einzugehen und die Rechte wahrzunehmen, die sich daraus ableiten. Folglich ist es legitim, daß das Bündnis teilhat an der Inangsetzung der Mechanismen zur Annäherung und Verhandlung, die für eine politische Lösung des Konflikts erforderlich sind;

erinnern die Regierungen Frankreichs und Mexikos daran, daß es dem salvadorianischen Volk zusteht, den Prozeß einer umfassenden politischen Lösung einzuleiten, durch den eine innere Neuordnung erreicht wird, die Streitkräfte umstrukturiert und die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, die die Respektierung des Volkswillens sichern, der sich durch freie Wahlen äußert sowie durch andere, einem demokratischen System eigene Mechanismen;

richten sie einen Appell an die internationale Gemeinschaft, damit sie, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß den internationalen Bestimmungen sichert und die Annäherung zwischen den Vertretern der sich bekämpfenden politischen Kräfte El Salvadors annehmbar und erleichtert wird, erleichtert, um die Eintracht im Land wiederherzustellen und jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors zu vermeiden.

(Quelle: W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador, Köln 1982)



Sit-in vor dem US-Konsulat in Stuttgart

Gewalt in El Salvador, sei es von rechts oder von links. Sie will im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um die demokratischen Kräfte in beiden Lagern zu einem Dialog zusammenzuführen.“

Dabei kann die Bundesrepublik nicht so tun, als ginge sie die Entwicklung in El Salvador nichts an oder als könnte man eine unbeteiligte Position im Konflikt einnehmen. Immerhin gehört die BRD – neben den USA – zu den größten Handelspartnern El Salvadors und haben zahlreiche BRD-Konzerne, z.B. der Chemie-Konzern Bayer, profitable Investitionen in dem Land getätigt. Die Juntatruppen verfügen schließlich über westdeutsche Maschinengewehre und Spezialfahrzeuge des Typs Unimog von Daimler Benz zur Aufstandsbekämpfung.

Angesichts dessen ist die Verantwortung unseres Landes und der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung nicht gering zu schätzen. Die Antiinterventionsbewegung hat von ihrem Kongreß in Münster (18.-21.3.1982) aus einen Forderungskatalog an die Bundesregierung gerichtet (Wortlaut in AIB-Sonderheft 2/1982, S.19). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich wie schon andere westeuropäische Regierungen von der Mittelamerikapolitik der USA zu distanzieren. Darüber hinaus wird sie angehalten:

„● die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimes in Guatemala und El Salvador abubrechen;

● das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept politischer Lösung unter Berücksichtigung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie dies bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weiteren Staaten der Blockfreien-Bewegung getan haben;

● keine Rückkehr des deutschen Botschafters nach El Salvador;

● verstärkte politische und wirtschaftliche Unterstützung Nicaraguas ohne politische Bedingungen;

● auf die Regierung von Honduras einzuwirken, eine Politik der strikten Neutralität im salvadorianischen Konflikt zu betreiben.“

Aktions- und Materialspiegel

Mit der Zuspitzung des El-Salvador-Konflikts wuchs die Zahl der Publikationen enorm an. Aus dem reichen Informationsangebot an Büchern, Broschüren, Filmen und sonstigen Materialien haben wir das empfehlenswerteste und hilfreichste ausgewählt. Dabei geben wir in der Regel den aktuellsten Materialien den Vorzug.

Bücher/Broschüren

Bei den Büchern, die hier näher vorgestellt werden sollen, handelt es sich um Untersuchungen und Dokumentationen, die die Geschichte des Regimes und Befreiungskampfes, die Gewerkschaftsbewegung, die Kirche und den US-Interventionismus beleuchten.

Als Einführung am besten geeignet und verständlich geschrieben, ist das Buch von

● **W. Bröner/J. Nieth, Der Kampf um El Salvador. Volkserhebung und Intervention**, Köln, Pahl-Rugenstein Verlag, Juli 1982, ca. 220 S., 10 DM

Anliegen der Autoren ist es, die Hintergründe der Verbrechen in El Salvador, die durch die hiesigen Medien verschwiegen und heruntergespielt werden, zu erhellen. Das Buch geht den Ursachen des El-Salvador-Konflikts und der Volksrebellion auf den Grund. Es zeichnet den Werdegang einer 50jährigen Militärdiktatur, der „14 Familien“ El Salvadors und eines traditionsreichen Volkswiderstandes nach. Es benennt die Verantwortlichen für die Gewalteskalation und die wirklichen Intervenenten in El Salvador. Eine umfangreiche Dokumentation stellt die Positionen aller Konfliktparteien, von der FMLN/FDR bis hin zur Reagan-Administration, vor.

Das bei rororo erschienene Taschenbuch

● **H. Frenz/ N. Greinacher/ U. Junk/ B. Päsche, El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit**, rororo-aktuell 5027, Reinbek bei Hamburg 1982, 200 S., 7,80 DM

beschreibt die Leiden der geflüchteten Salvadorianer im Grenzgebiet zu Honduras und in Honduras selbst. Die vier Autoren bereiten im Auftrag der Evangelischen Studentengemeinden im Dezember 1981 die beiden mittelamerikanischen Länder. Sie haben die Flüchtlinge in den verschiedenen Lagern besucht, und erlebt, daß die salvadorianische Bevölkerung auch jenseits der Grenze vor den Zugriffen der Militärs nicht sicher ist. Die erlebten Informationen werden mit Fakten und Dokumenten, die den Schlußteil des Buches bilden, belegt. Briefe, Gedichte und Lieder der Flüchtlinge sowie Fotos sind in die Be-

richte eingeschoben. Das Honorar für das Buch stellen die Autoren den salvadorianischen Flüchtlingen zur Verfügung.

Zur Geschichte des Befreiungskampfes brachte das Informationsbüro El Salvador eine leistungswerte Brochüre heraus. In knapper und übersichtlicher Form schildert A. Gomez das Leben Farabundo Martis. Es ist aber nicht nur eine biographische Skizze, sondern zeichnet den Kampf des salvadorianischen Volkes und seiner Avantgarde in den 20er/30er Jahren nach:

● **A. Gomez, Farabundo Marti. Volksaufstand in El Salvador 1932**, Hrsg. Informationsbüro El Salvador e.V., München 1980, 52 S., 4 DM.

Der Arbeitskreis Lateinamerika Düsseldorf ist der Herausgeber einer Broschüre über die Gewerkschaften in El Salvador, ihre Entstehungsgeschichte und augenblickliche Lage, der Kampf im Untergrund:

● **Gewerkschafter in El Salvador**. Informationsstelle El Salvador e.V., Köln 1982, 40 S., 3 DM.

Über die Rolle der Kirche im Befreiungskampf und die Entwicklung hin zu einer progressiven Kirche in El Salvador berichtet

● **O. Erdozaín, San Romero de America. Das Volk hat dich heilig gesprochen**, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, 122 S., 9,80 DM.

Zur weiteren Information über diesen Teilaspekt empfehlen wir die Broschüren:

● **El Salvador. Gegendarstellung zu einer Dokumentation der CDU**, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 47 S., 3 DM.

● **El Salvador Dokumentation**, Hrsg. Kinderhilfe Lateinamerika e.V., Köln 1981, 79 S., 3 DM.

● **Aktionsheft El Salvador**, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 51 S., 3 DM.

Seinen Überblick zum Aspekt US-Interventionismus in El Salvador/Mittelamerika geben:

● **Ph. Agee, CIA gegen El Salvador**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 224 S., 14,80 DM.

● **AIB-Sonderheft 2/82, zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“** in Münster vom 18.-21. März 1982, 2 DM.

● **ASK, Geheimdokument des Komitees von Santa Fé** Frankfurt/M. 1982, 40 S., 3 DM.

● **Heinz Dietrich, US-Strategie in Zentralamerika. Der Weg in den Krieg**, Verlag Internationale Kritik, Oberursel 1982, 75 S., 9 DM.

● **ders., Strategien des Imperialismus in Zentralamerika**, Verlag 2000 GmbH, Offenbach

1981, 128 S., 10 DM.

Weitere El-Salvador-Publikationen:

● **H. Kohn, El Salvador. Nicaragua, Aufstand im US-Hinterhof**, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981, 192 S., 9,80 DM.

● **R. Jokisch (Hg.), El Salvador. Freiheitskämpfe in Mittelamerika**, rororo-aktuell 4736, Reinbek 1981, 250 S., 7,80 DM.

● **Lateinamerika Nachrichten, El Salvador. Ein Land im Kampf um seine Befreiung**. Analysen-Dokumentation-Interviews, Berlin 1981, 191 S., 6 DM.

● **H. Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador**, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Bonn 1980, 40 S., 3 DM.

● **Vom Völkermord der Militärjunta zur Hoffnung im Aufstand**. Dokumentation des Rechtshilfebüros-Erzbistum San Salvador, Hrsg. Christliche Initiative El Salvador e.V., Münster 1981, 44 S., 3 DM.

● **Roque Dalton, y otros lugares/ und andere Orte**, Verlag Roter Stern, Frankfurt/M. 1981, 189 S., 19,80 DM.

In seinen Gedichten stellt R. Dalton das Unrecht und Massenelend in El Salvador dar. Als Revolutionär sah er seine literarische Arbeit nie losgelöst von der herrschenden Politik in seinem Land. R. Dalton wurde am 10.5.1975 ermordet.

Filme

Ein wichtiges Mittel der Dokumentation des Befreiungskampfes des salvadorianischen Volkes ist der Film. In erschütternden Aufnahmen zeigt der Film Frank Diamands den blutigen Terror des Militärregimes:

● **El Salvador – Revolution oder Tod**, 16 mm, Niederlande 1980.

Die UNIDOC Film GmbH, Postfach 45, 8000 München 19 verleiht diesen 43 minütigen Farbfilm. Bestell-Nr. 5002.

● **El Salvador: The Seeds of Liberty**, 16 mm, 28 Min., zu entleihen bei CATALYST MEDIA, P.M. Box 640, Canal St. Station, New York, New York 10013.

● **El Salvador: Another Vietnam/ Ein neues Vietnam?**, 16 mm, Farbe, 53 Min. von Glenn Silber, USA.

● **El Salvador: Los Primeros Frutos/ Die Ersten Früchte**, 16 mm, Farbe, 64 Min., vom Kollektiv „Cero a la Izquierda“, El Salvador. Beide Filme sind über die Verleihstelle CACTUS FILM, Postfach 258, CH-8037 Zürich, Tel. 01/448711 zu beziehen.



Weitere Materialien

Im Rahmen der ASK-Kampagne der materiellen Solidarität sei besonders hingewiesen auf

- **Grafikmappe** des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardinal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, 10 DM, Bestell-Nr. B-0504. Diese Mappe, Plakate und andere Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M.1

- Mit einem **Gegen-Aufkleber** „Alles frisch“ will das Münsteraner El Salvador-Solidaritätskomitee über die wahre Herkunft und die Produktionsbedingungen informieren. Der Aufkleber „Alles Frisch“ – Kaffee, an dem Blut klebt – ist bei der El Salvador-Gruppe, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster zu erhalten.

Ferner können etliche Aufkleber und Buttons bestellt werden bei:

- Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal 1

- Informationsstelle Guatemala e.V., Maistraße 29, 8000 München 2

- Christliche Initiative El Salvador e.V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster

- Informationsstelle El Salvador e.V., Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41

Hier ist besonders der Aufkleber mit dem Bild von Farabundo Martí, der Button der FMLN/FDR in ihren Farben und ein T-shirt mit dem Aufdruck FMLN El Salvador ventera, 15 DM zu erwähnen.

Schallplatten/Kassetten

Zur musikalischen Vorstellung des salvadorianischen Befreiungskampfes sind in der Bundesrepublik mehrere Musikkassetten und eine Schallplatte greifbar:

- **„VAMOS MUCHACHOS“**. Cancion a El Salvador, 18,- DM

ist eine LP, die 1981 im Verlag pläne (Postfach 827, 4600 Dortmund 1) erschien. Die LP enthält 11 Titel der salvadorianischen Gruppe JOLOCAMBA-I-TA (auf deutsch: Der Widerstand der Ernte), die 1974 gegründet wurde. Sie greift auf die alte indianische Volkskultur zurück. Unter den Titeln finden sich solche zu Ehren der Helden des Volksaufstands von 1932, darunter von Farabundo Martí, oder des Erzbischofs O. Arnulfo Romero.

Außerdem sind drei Kassetten zu empfehlen:

- **„VAMOS MUCHACHOS“**. Cancion a El Salvador, mit deutsch-spanischem Textheft, 15 DM.

- **„Misa Popular Salvadoreña“** – salvadorianische Volksmesse, mit deutsch-spanischem Textheft, 10 DM.

Beide Kassetten werden von der Gruppe Jolocamba-i-ta besungen. Sie können über die Christliche Initiative El Salvador, Münster, bestellt werden.

- **„Salsa Revolucionaria“** – Los Salvacuanos, Musikkassette, 10 Lieder plus Textheft, Hrsg. Solidaritätskomitee Basel, 12 DM. Zu bestellen bei: Informationsstelle El Salvador, Köln.

Solidaritätskonten

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung hat zahlreiche Spendensammlungen initiiert, die der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN/FDR zugutekommen. Wir stellen einige dieser unterstützungswerten Projekte materieller Solidarität vor. Sie erbrachten bis zur Jahresmitte 1982 bereits um die 4 Mio DM. Der salvadorianische Volkswiderstand braucht diese Hilfe, und auch Ihre Hilfe, dringend.



Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) hat die Spendenkampagne „Brot für El Salvador“ initiiert, um die prekäre Versorgungslage der Bevölkerung in den kontrollierten Gebieten verbessern zu helfen. Das ASK tut dies, da sich die Politik der „verbrannten Erde“ des Regimes heute besonders gegen die Zonen in Morazán, Chalatenango, Usulután usw. richtet, in denen die FMLN eine revolutionäre Volksmacht und gerechte soziale Beziehungen errichtet hat. Mit der Kampagne sollen Unterernährung, Versorgungsgenpässe und Kindersterblichkeit in den kontrollierten Gebieten abgebaut werden.

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr. 527055-602

Kennwort: Brot für El Salvador

Waffen für El Salvador

Eine Geldsammlung für Waffen, die die Tageszeitung (TAZ) im November 1980 einleitete, trug seither nahezu 3 Mio DM ein. Die Gelder gehen an die FMLN. Die Initiatoren begründeten die Aktion so: „Die Grundlage aller Verhandlungslösungen liegt in der militärischen Stärke der Guerilla... Je mehr Men-

schen vor dem Terror der Junta zu der Guerilla fliehen, desto mehr Waffen benötigen sie zu ihrer Verteidigung.“

Freunde der TAZ

Postscheckkonto Berlin-West, Nr. 28859-107
Kennwort: Waffen für El Salvador

Medizinische Hilfe

Für „Notdepots und andere Notfalleinrichtungen mit medizinischem Material“ sammelt Medico International. Bislang wurden vor allem Notdepots für die mittlere und kleinere Chirurgie zusammengestellt und in die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete gesandt.

Medico-International
Stadtparkasse Frankfurt/M., Sonderkonto Nr. 232

Kennwort: El Salvador

Flüchtlingshilfe

Die Christliche Initiative El Salvador arbeitet in erster Linie mit dem Rechtshilfebüro der Erzdiözese San Salvador zusammen. Ihre Spenden wurden für juristische und humanitäre Hilfe in den Flüchtlingslagern sowie für die Arbeit christlicher Basisgruppen verwandt.

Christliche Hilfe El Salvador e.V.

Dahrlehnskasse im Bistum Münster e.G.,
Konto Nr. 3112200

Ein Sender für Radio Venceremos

Radio Venceremos ist einer der beiden Sender der Befreiungsbewegung und in der Provinz Morazán stationiert. „Damit mehr Menschen in El Salvador aus den befreiten Gebieten die Sendungen von Radio Venceremos hören können, wird eine neue starke Sendeanlage gebraucht.“ So die Begründung der Initiatoren des Jugendmagazins elan.

Radio Venceremos

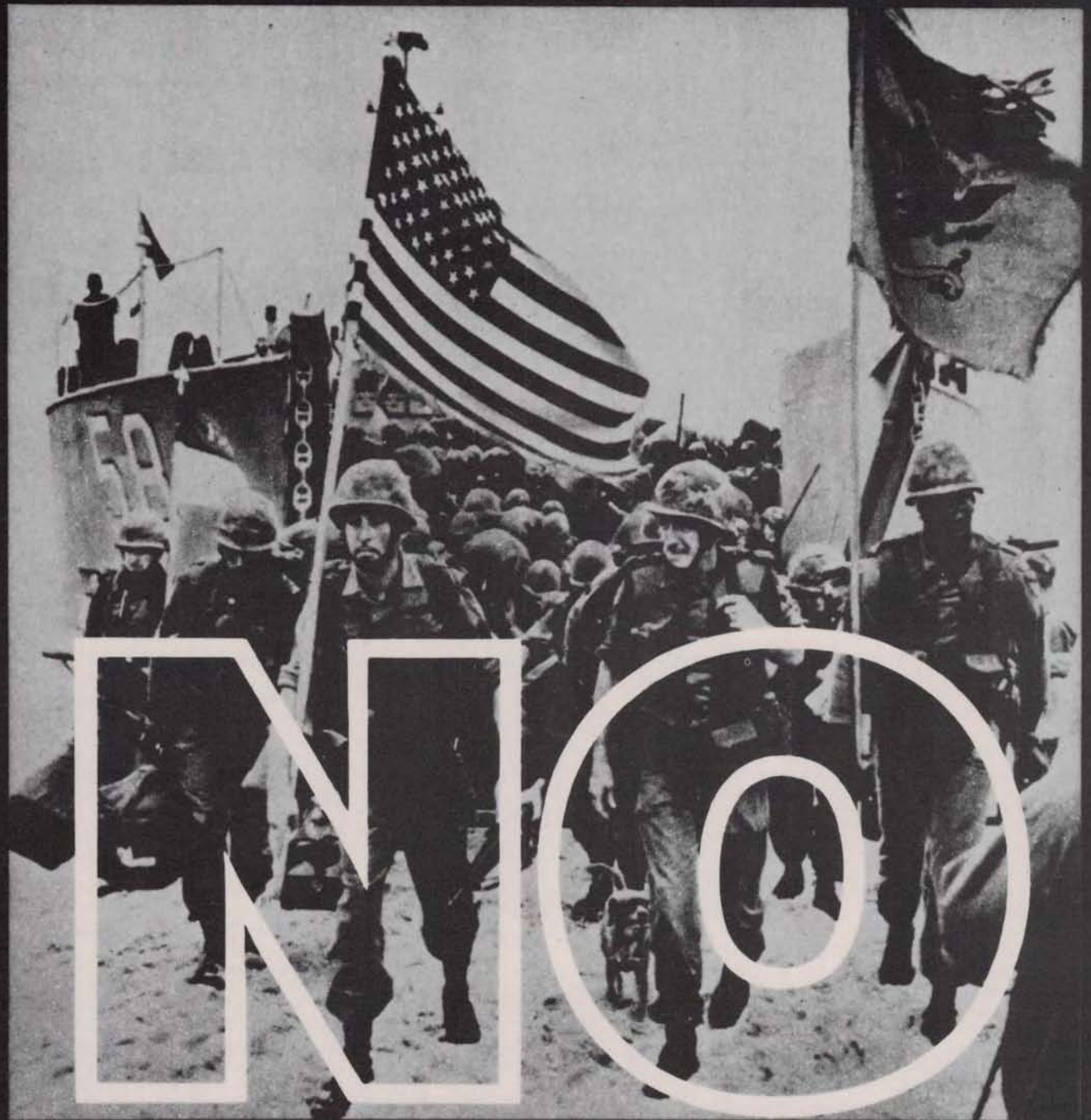
Stadtparkasse Dortmund Kto. 171004683

Ein Stundenlohn für El Salvador

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier, die Landesvorstände Hamburg und Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zahlreiche aktive Gewerkschafter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen den Aufruf „Ein Stundenlohn für El Salvador“. Die bei dieser Aktion gesammelten Gelder werden weitergeleitet an aktive salvadorianische Gewerkschafter, die meist im Untergrund arbeiten oder mit der Guerilla in den kontrollierten Zonen des Landes kämpfen.

Informationsstelle El Salvador e.V.
Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41
Konto: 180769-802

Postscheckamt München – BLZ 700 100 80
Stichwort: Ein Stundenlohn für El Salvador



NO TO IMPERIALIST INTERVENTION NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION IN
 NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA EN

EL SALVADOR

montaje de palliris 1982

Kolonialismus, und was dieses Ziel angeht, werden wir uns niemals auf einen Kompromiß einlassen."¹⁵

Von dieser Position scheint der im November 1980 unterbreitete Vorschlag abzuweichen, ein Referendum unter internationaler Aufsicht abzuhalten, bei dem die eritreische Bevölkerung zu entscheiden hätte zwischen vollständiger Unabhängigkeit, Föderation mit Äthiopien oder regionaler Autonomie innerhalb Äthiopiens (gemäß dem 9-Punkte-Plan also). Allerdings auch der Ausgang dieser Prozedur steht für die EPLF-Führung bereits fest: „ein unabhängiges Eritrea“ aufgrund eines solchen Entscheids.¹⁶

Für diese Selbstgewißheit spricht einiges. Allerdings wäre das bestimmende Motiv einer solchen Entscheidung gewiß das Vorhandensein zahlreicher „antiäthiopischer“ Ressentiments, die sich aus der leidvollen „gemeinsamen“ Geschichte aufgestaut haben, und mit deren Abbau die Revolutionsregierung durch ihre Reformpolitik erst vor kurzem beginnen konnte. Andererseits räumte die EPLF hiermit erstmals die Möglichkeit ein, ihre eigene Maximalforderung aufzugeben. Nun aber war die Reaktion des DERG negativ. Die Gründe für die fortdauernde Konfrontation der Stand-

punkte sind vielfältig. Auf der Seite der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung sind es die bekannten Positionen. Auf der Seite des DERG treten zu den bekannten Gründen einige neue hinzu. Einer davon ist in der Tat eine Art „äthiopischer Nationalismus“, wie J.C. Guillebaud es ausdrückt, „ein langsamer Nationalwillen und Patriotismus“¹⁷, der auch die Losung „Ethiopia tikdem“ prägte.

Ein für die Herausbildung dieses Nationalgefühls wesentlicher Faktor ist die Entwicklung des antifeudalen Kampfes als eine Angelegenheit, die in fast allen Nationalitäten bei den unterdrückten Massen Anklang fand. Es ist gewagt, wenn in Darstellungen dieses „äthiopischen Nationalismus“ dieser kurzerhand zu einem „amharischen Nationalismus von neuer Qualität“ definiert wird, der nun „in der Verkleidung als äthiopischer“ auftrete.¹⁸ (Noch weiter ging die EPLF, die 1977 gar vom „Amhara-Chauvinismus, verkleidet als Sozialismus“ sprach.)

Beides steht nicht nur im Widerspruch zu Programmatik und Praxis der revolutionären Nationalitätenpolitik des DERG. Es negiert auch die Überlagerung solcher traditioneller – und natürlich teilweise fortwirkender, wie sollte es anders

Giftgas-Einsatz in Eritrea?

Die Kampagne gegen die äthiopische Revolutionsregierung sowie die UdSSR, diese setzten im Krieg um Eritrea Giftgas(e) ein, wird bis in die Details nach dem Vorbild der analogen Kampagnen in Sachen Afghanistan und Vietnam geführt. Es gehört zum Härtesten, was die ohnehin verwirrende Propagandakriegführung um den Eritrea-Konflikt aufzuweisen hat.

Setzen wir 1980 ein, als diese Kampagne erste Höhepunkte erreichte. In einer Erklärung vom 2. Juli 1980 teilt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit, daß „verschiedene Informationen ... bestätigen ..., daß in der eritreischen Hauptstadt aus der UdSSR eingeführte Giftgase für eine neue äthiopische Offensive bereitgestellt wurden.“ Dazu wird aufgezählt, was da so alles zugehört: Da „sollen“ 40 MI-24-Hubschrauber bereitstehen; „ferner soll die UdSSR 100 weitere Hubschrauber ... sowie 200 sowjetische Experten für Gaskampfführung ... bereitgestellt haben“. Und „befürchtet wird von verschiedenen Seiten z.B. das Vorhandensein sowjetischer Bestände von Soman und Tabun bei der äthiopischen Armee“. (Die Sprache – ständige Konjunktive – verrät's: Beweise gibt es nicht, da muß man mit Spekulationen umso kräftiger draufhalten.)

Woher stammen diese Informationen? Offenkundig komplett aus einem zeitgleich verbreiteten, deutschsprachigen „Appell“ der Flüchtlingsagentur ERA in Khartoum. Die drückt sich freilich etwas direkter aus: Die UdSSR „hat“ usw., „sind“ ... Die 40 MI-24 „sind einsatzbereit“. Außerdem „hat“ die UdSSR „Entlaubungsmittel“ geliefert. Woher hat die's? Aller Wahrscheinlichkeit von der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF (swu.). In ihrer drastisch formulierten Abscheu sind sich GfbV und ERA einig: „Ein Regime mit einem solchen Register von Brutalität und Mißachtung menschlicher Grundrechte würde zweifellos alles Erdenkliche tun...“ – und daher „appelliert“ die ERA, es zu verhindern.

Nur, die äthiopische Armee hat es eben nicht. Dafür tauchen die einschlägigen Behauptungen prompt wieder auf, seit die äthiopische Armee im Januar/Februar dieses Jahres ihre 6. Offensive startete: Dem Verfasser eines Artikels der Blätter des iz3w (Nr. 100, S.4) gilt als „bekannt“, daß Äthiopien „chemische Waffen besitzt (Tabun-Gas)“. Woher? Von der BRD-Filiale der ERA in Köln. Und da sind sie alle wieder: die MI-24, selbstredend „allesamt für den Einsatz von Giftgas ausgerüstet“, und diesmal „sollen“ die „200 sowjetische(n) Experten...“ an der Offensive beteiligt sein.

Da schimmert schon Vorsicht durch. Immerhin, nach EPLF-Informationen (von wann? Angegeben werden EPLF-Informationen vom 14. und 15.2. sowie vom 5.1.1982; swu.!) „hat die äthiopische Armee, was von ihr allerdings heftig bestritten wird, ... Giftgasgranaten verschossen“. Freilich, die – wie der Autor mitteilt – dabei beobachteten Symptome lassen „darauf schließen, daß die äthiopische Armee es bisher nicht gewagt (!) hat, das hochgiftige Tabun-Gas einzusetzen“. Hat sie ja auch bestritten. Aber was hilft's ihr – „es ist nicht auszuschließen, daß die äthiopische Armee bereit

ist...“, wo ihr doch alles zuzutrauen ist.

Dieses Prinzip funktioniert seit undenklichen Zeiten. Unterstelle etwas, und der/die Betroffene wird eine höllische Mühe haben, sich vom Verdacht zu reinigen, auch wenn nicht der Schatten eines Beweises vorliegt. Beweisen Sie so mal, daß Sie etwas nicht getan haben!

Bemerkenswerterweise tauchen die Entlaubungsmittel nicht mehr auf. Und über die im iz3w-Organ mitgeteilten „Symptome“ berichtete die Tageszeitung (TAZ) am 7.4.1982, daß es einem französischen Arzt zufolge Tränengas gewesen sei.

Aber was wird mit Tabun, Soman usw.?

Das unbeachtete EPLF-Dementi

In einer Mitteilung ihres römischen Büros vom 5. Januar 1982 erklärt die EPLF: „bisher noch nie benutzt“. Und für die 20 (statt 40) MI-24 fand sich der übliche Verwendungszweck: sie wurden zu Kampfhandlungen eingesetzt – angeblich geflogen „von Piloten aus dem Süd-Jemen“.

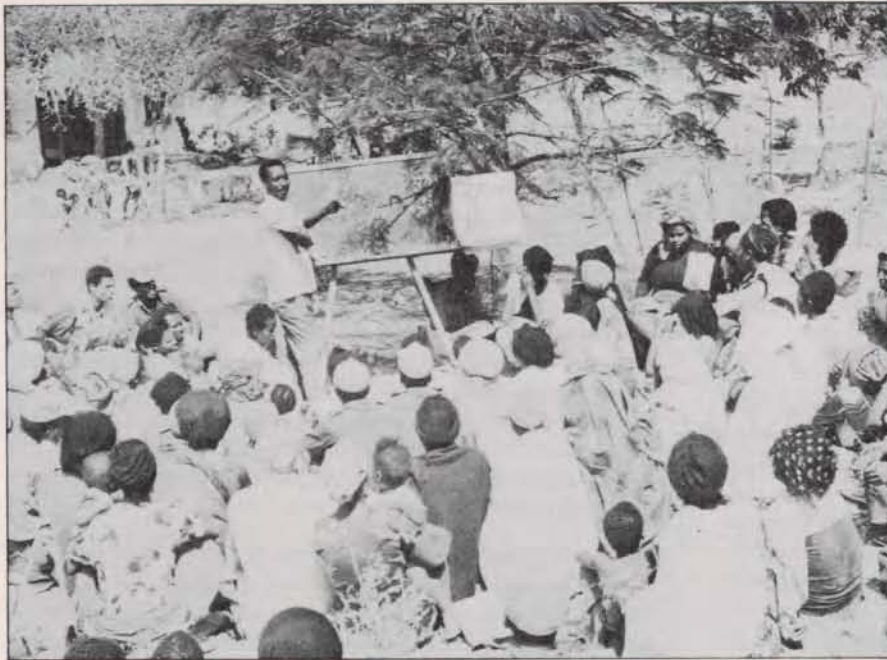
Woher hatte der iz3w-Autor seine brandneuen Informationen über Giftgas-Einsätze? Die EPLF selber nämlich ließ in einem Interview ihres ZK-Mitglieds Debesai wissen, das „seit 1978 (!) gelagerte Nervengas“ sei am 16. Februar 1982 erstmals eingesetzt worden. Die iz3w-Quellen stammen vom 14. und 15. Februar 1982...

Natürlich ist es laut EPLF „Absicht, Nervengas überall in Eritrea einzusetzen“ (Interview mit New African, London, April 1982). Jetzt wird's interessant: Die TAZ läßt am 7. April 1982 wissen: „Übrigens wurde doch kein Nervengas eingesetzt. Die EPLF berichtete zwar über einen solchen Fall des chemischen Krieges. Für den Arzt...“ (swu.). Also: EPLF-Mitteilungen enthielten vor dem 16. Februar 1982 solche Behauptungen, obwohl ein autorisierter EPLF-Sprecher den „Ersteinsatz“ für den 16. Februar 1982 angibt (und das Ganze findet sich in den Blättern des iz3w) – und dann war's noch nicht einmal was.

Mit der Giftgas-Legende befaßt, berichtet auch Le Monde am 26. März 1982, und zwar aus Addis Abeba: „Seit Monaten (!) beschuldigt die EPLF die äthiopische Armee ... Giftgase einzusetzen“. Zur Beweislage meint der Korrespondent, Experten in Addis Abeba könnten sie weder belegen noch widerlegen. „Sie betonen nur, daß die Regierungseinheiten nicht mit Antigasmasken ausgerüstet sind“, und daß der Einsatz allenfalls in einigen wenigen Situationen effektiv sein könne.

Also auch nichts.

Aber Hauptsache, die Angelegenheit ist in die Welt gebracht. Nach dem Motto: „Es bleibt immer was hängen“, wird's schon klappen. Fazit: Die Kette der Informationen ist stets dieselbe; die Quellen sind trübe. Die Glaubwürdigkeit, angesichts etlicher Widersprüche und bar jeglichen konkreten Beweises: bislang gleich null.



Alphabetisierungskampagne in Äthiopien (l.); Kämpfer der EPLF

sein? – Elemente durch klassenmäßige Positionen im Zuge der Radikalisierung der Revolution. Die Persönlichkeit Mengistu hat für diese Entwicklung Symbolcharakter. J.C. Guillebaud: „Von einfacher Herkunft, dunkler Haut und negroiden Zügen (diese Einzelheiten sind in Äthiopien nicht bedeutungslos) verkörpert (er) ein ziemlich starkes Symbol für die Mobilisierung der Massen. Er ist 'der' Nachfahre von Sklaven, der an die Macht gelangte. Er symbolisiert die große Rache der Armen und der 'Parias' über die verächtliche Amhara-Elite ... die das gestrige Äthiopien regierte.“¹⁹ Ein weiterer äußerst wichtiger politischer Grund für die Haltung der Revolutionsregierung ist die Einschätzung des (nach 1974 sich wie eine Epidemie ausbreitenden) Sezessionismus als Gefährdung der gerade erst angelaufenen Revolution – eine Gefahr, die noch nicht vollends gebannt ist. Wer dieses Argument „links“ liegen läßt, sollte sich mit der unverholenen Genugtuung vertraut machen, die aus Darstellungen der reaktionären Presse auf dem Höhepunkt der äthiopischen Krise 1977/78 sprach: „Bald verschwindet Äthiopien von der Landkarte“, so z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 18.2.1977.

Für die erste Phase der äthiopischen Revolution bis etwa Anfang 1975 mag es angehen, daß die eritreische Unabhängigkeitsbewegung in der Machtübernahme durch den DERG lediglich einen x-beliebigen Militärputsch sah. Nichtsdestoweniger fällt auf, daß die EPLF ihre Aktivitäten nach den ersten Klärungsprozessen steigerte. Dies trifft vor allem auf die Situation des Sommers 1977 zu. Äthiopien befand sich im Existenzkampf an mehreren Fronten, insbesondere gegen den Angriff Somalias in der Ogaden-Provinz. Genau in dieser Phase startete die EPLF ihre Offensive zur Eroberung großer Teile Eritreas.

Diese Politik erfolgte ohne jede Rücksicht auf die Gefährdung der äthiopischen Revolution durch ein eventuelles Gelingen der einander in ihrer Wirkung potenzierenden Sezessionskämpfe. Wie erklärt sich das?

Der DERG hatte die Legitimität des eritreischen Widerstandes bis 1974 noch im Jahr 1976 bekräftigt und in der Unabhängigkeitsbewegung die Existenz fortschrittlicher Kräfte anerkannt. Auf der Seite der EPLF fehlte jedwede Anerkennung eines progressiven, gar revolutionären Charakters des DERG und seiner Politik. Das Programm von 1977 ist in dieser Hinsicht maßgeblich. Ausdrücke einer Art von Verständnis für die Problematik einer jungen Revolution, für

ihre inneren Schwierigkeiten, den Charakter der Differenzierungsprozesse, überhaupt den Charakter der gesamten Revolution sind ihm nicht zu entnehmen. Der 9-Punkte-Plan wird kurzerhand als propagandistisches Manöver abgetan. Nirgendwo ist erkennbar, daß die EPLF, immerhin zwei Jahre nach der Revolution, in dieser Entwicklung eine neue Lage sähe.

Es ist wenig bekannt über die innere Entwicklung der EPLF nach 1974. Viel spricht jedoch für die Vermutung, daß rechte und ultralinke Tendenzen zumindest zeitweilig gegenüber den progressiven Kräften an Boden gewannen, daß – wie Fidel Castro 1977 in einem Interview mit dem Ethiopian Herald – annahm, die revolutionären Kräfte innerhalb der nationalistischen Bewegung Eritreas unter dem Einfluß reaktionärer arabischer Staaten seit 1974 in die Minderheit gedrängt wurden.²⁰ (Dies würde sich auch decken damit, daß z.B. die Arabische Liga nach wie vor auf die Wiederannäherung der erbittert verfeindeten (?) ELF und EPLF drängen und – wie eine Konferenz in Tunis im März 1981 zeigte – die EPLF immerhin zur Teilnahme an einem solchen Versuch zu bewegen vermochte, auch wenn die EPLF sich kurz darauf entschloß, den dennoch weiterbestehenden Konflikt „mit militärischen Mitteln endgültig zu lösen“²¹ – was sie von April bis August 1981 denn auch tat.)

Verspielte Verhandlungschancen?

Eine solche Entwicklung innerhalb der EPLF würde erklären, warum die EPLF ignorierte, was in Äthiopien seit dem 12. September 1974 vor sich geht, warum sie den internationalen Kontext außer Acht ließ. Und es würde erklären, warum sie es ablehnte, die eigene Forderung gegenüber den entstandenen objektiven revolutionären Gemeinsamkeiten zu relativieren.

Was für eine genuin revolutionäre Position objektiv internationalistischer Verpflichtung entsprochen hätte, setzte sich nicht durch aufgrund der Dominanz kleinbürgerlich-nationalistischer und ultralinken Auffassungen gegenüber Vertretern einer konsequent revolutionären Herangehensweise.

Daß die äthiopische Revolutionsregierung nicht „einfach“, wie man ja fordern könnte, ihre Position – regionale Autonomie, sonst aber nichts – um „des lieben Friedens willen“

preisgeben konnte, ergibt sich aus mehreren objektiven Zwängen:

- dem Prinzip, Partikularinteressen nicht den Vorrang gegenüber dem revolutionären Ziel einzuräumen, und
- der Lage am Horn von Afrika, der Bedrohung der äthiopischen Revolution durch etliche separatistische Bestrebungen in den Händen konterrevolutionärer Kräfte.

Die Verwirklichung der Abtrennung Eritreas würde auch heute noch die Gefahr des Zerfalls Äthiopiens heraufbeschwören. Denn weder können die zahllosen Probleme der einzelnen Nationalitäten bereits gelöst sein (was stets Ansatzpunkte für Manöver bietet, solche Probleme auszunutzen), noch sind die separatistischen Bewegungen sämtlich bereits verschwunden – und ohne Unterstützung von außen. Der Zerfall Äthiopiens aber wäre gleichbedeutend mit der Liquidierung der äthiopischen Revolution – das erklärte Ziel der Konterrevolution. Saudi-Kronprinz Fahd: „Man sollte Äthiopien aufteilen und seine Revolution im Blut ertränken.“²²

Aus dem vorliegenden Versuch einer Einschätzung läßt sich der Schluß ziehen, daß die eritreische nationalistische Bewegung, indem sie gegenüber der durch die revolutionären Interessen der ehemals unterdrückten Massen in Eritrea und Äthiopien objektiv gebotenen Perspektive einen ablehnenden Standpunkt einnahm, diesen Interessen objektiv zuwiderhandelte.

Bis in die jüngste Zeit ist nicht festzustellen, daß zumal die EPLF ihre Einschätzung des DERG wenigstens rückblickend grundsätzlich revidiert hätte. Wenngleich im Ton moderater werden die Vorschläge des DERG für die Lösung des Eritreaproblems von 1976 immer noch als Betrugsmanöver abgetan. Dieses Festhalten an einer für damals zumindest vorzuziehenden, in ihren Auswirkungen auf Verhandlungsansätze aber tragischen Beurteilung hat allem Anschein nach vor allem Legitimationscharakter im Hinblick auf die eigene Haltung.

Die vom DERG 1976 vorgeschlagene Lösung bietet einen gangbaren Weg. Immerhin hat die EPLF mit ihrem 7-Punkte-Plan vom November 1980 eben eine solche regionale Autonomievariante verbal nicht mehr rundheraus abgelehnt. Die Tragik der Situation besteht darin, daß nunmehr der DERG, nachdem die eritreischen Nationalisten jahrelang auf ihrer Maximalforderung beharrt haben, zu keinerlei Verhandlungen mehr bereit scheint. Es ist m.E. verfrüht, hieraus weitreichende Schlüsse auf die Entwicklung des Charakters des DERG zu ziehen – zumal sich revolutionäre Prozesse in mehreren Bereichen erfolgreich fortentwickeln. Mit Sicherheit aber läßt sich sagen, daß – sowenig Raum das unnachgiebige Beharren auf Lostrennung für eine friedliche Lösung bot – eine „rein militärische Lösung“ keine sein kann und wird.

Nur eine konsequente Umsetzung der proklamierten Nationalitätenpolitik in allen Regionen Äthiopiens sowie die Einräumung eines entscheidenden Mitspracherechts im Sonderfall Eritrea (einschließlich Verhandlungen mit den revolutionären Kräften, darunter auch mit jenen der EPLF, die zum Ausdruck gebracht haben, daß sie einer revolutionären Entwicklung Äthiopiens und der Lösung der Eritrea-Frage in diesem Kontext zustimmen) kann die Probleme langfristig lösen.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Dritte Welt Magazin, Nr. 7-8/1978, S. 18
- 2) So J.C. Guillebaud in: *Le Monde*, Paris, 19.2.1975
- 3) Die wichtigsten Texte der äthiopischen Revolution sind abgedruckt in: B. Benzing/K. Wolde-Giorgis, *Das neue Äthiopien*, Köln 1980, hier: S. 37 ff.
- 4) So verfährt z.B. G. Schröder, *Die ungelöste nationale Frage*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 96/September 1981, S. 35
- 5) Das National-Demokratische Programm der EPLF, Januar 1977,

in: Eritrea – Zu Besuch bei einer Revolution, Bremen 1981, S. 178-188; im folgenden sind alle EPLF-Programmaussagen nach dieser Übersetzung zitiert

- 6) Vgl. hierzu: *Frankfurter Rundschau (FR)*, 4.1.1982
- 7) Vgl. *Africa Confidential*, 12.12.1979
- 8) S. Brühne, *Äthiopien – die umstrittene Revolution*, in: *Blätter des iz3w*, a.a.O. S. 19
- 9) Vgl. *Africa*, London, September 1978, S. 32
- 10) Vgl. ebenda; *Unsere Zeit*, 15.5.1979; *African Communist*, London, Nr. 4/1980, S. 60
- 11) Vgl. *Horizont*, Berlin, Nr. 10/1982, sowie *New African*, London, April 1982, S. 54
- 12) *Policy Declaration of the Provisional Military Government to solve the Problem in the Administrative Region of Eritrea in a peaceful way*, in: *Basic Documents of the Ethiopian Revolution*, Addis Abeba 1977, S. 150 f.
- 13) *Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens*, 20. April 1976, in: B. Benzing/K. Wolde-Giorgis, *Das neue Äthiopien*, a.a.O., S. 48
- 14) Ebenda, S. 110 ff.
- 15) Vgl. *FR*, 6.7.1979
- 16) Vgl. *New African*, a.a.O.
- 17) *Le Monde*, 19.2.1975
- 18) So G. Schröder, *Die ungelöste nationale Frage*, a.a.O., S. 35
- 19) *Le Monde*, 24./25.4.1977
- 20) Vgl. *Review of African Political Economy*, London, Nr. 12/Mai-August 1978, S. 13
- 21) Vgl. *Die 6. äthiopische Offensive in Eritrea*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 100/März 1982, S. 4
- 22) Zit. nach: R. Valdes Vivo, *Äthiopien – eine unbekanntere Revolution*, Frankfurt/M. 1978, S. 101

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/1982

Südafrika: Gewerkschaftsbewegung ● Apartheid und Gewerkschaft ● IBFG und südafrikanische Gewerkschaften ● Mosambik: Südafrikas 2. Front ● Zimbabwe: Innenpolitische Entwicklung ● Angola: Wirtschaftsentwicklung ● Namibia: Kontaktgruppe ist ungläubig-würdig ● Bankenboykott ● Dresdner Bank in Südafrika ● Namibia-Uran-Seminar ● Stellung der AAB zur Ökologiefrage ● Rezensionen ● Nachrichten
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 101/1982

Schwerpunkt Internationalismus: ● Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild ● Nikaragua zwischen Stabilisierung und Transformation ● Zwischen Wunsch und Wirklichkeit ● Fragen zu Kuba und Internationalismus ● Im Schatten der Krise der Solidaritätsbewegung ● Widerspricht die Emanzipation der Dritte-Welt-Länder unseren Interessen? ● Nachrichten und Berichte zu: El Salvador, Argentinien, Mosambik, Brandanschlag auf Dritte-Welt-Laden
Einzelpreis 4 DM; Abo 25 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 56/Juni 1982

Schwerpunkt: Der Nord-Süd-Krieg im Atlantik: Wenn Filäleiter selbständig werden wollen, wird der Chef grob (Argentinien im Krieg um die Malwinen) ● Der Amazonaspakt: Das Amazonasgebiet für die Amazonasländer ● „Gingen die Streiks etwa weiter, weil die Arbeiter ein wilder Haufen sind?“ (Ein Bericht über den Gewerkschaftsprozess in Brasilien aus der Sicht eines brasilianischen Beobachters) ● Liquidación Chilena (Ein Bericht zur Wirtschaftslage in Chile) ● Ausbeutung unter dem Deckmantel der Hilfe – Deutsche Farmen in Paraguay ● Briefverkehr Grenada-USA (Grenadas Premier Maurice Bishop schreibt an US-Präsident Reagan) ● *Ländernachrichten* zu El Salvador, Guatemala ● *Solidaritätsbewegung:* Salvadorianisches Flüchtlingseiland: Das Lager „Mesa Grande“; Aufstehn! Für den Frieden (Stand der Vorbereitungen zur Demo in Bonn am 10.6.); Brasilien: Erschießungsmord an den Waimiri und Atoari Indianern; Buchbesprechungen: „El Salvador: Massaker im Namen der Freiheit“, Sondernummer zur Friedensdemo: „Frieden und Selbstbestimmung“; Medien und Dritte Welt
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25 bzw. 30 oder 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Anders, Nr. 19/März 1982

Schwerpunkt ZENTRALAMERIKA ● Vorstellung der APIA, Presseagentur für alternative Information mit Sitz in Managua ● Zentralamerika vor dem ökonomischen Kollaps ● *Nikaragua:* Revolution zwischen Stabilisierung und Transformation wirtschaftlicher Strukturen ● Die Massenorganisationen und die sandinistische Partei ● Rebellion an der Atlantikküste ● Was macht die Revolution mit der Prostitution? ● *El Salvador:* Schlachthof im Vorgarten der USA ● Die Wahlfarce, ein Pluralismus der Rechten ● Stellungnahme der FDR/FMLN ● Die Oligarchie in El Salvador ● *Guatemala:* Einheit der Guerilla ● *Honduras:* US-Stützpunkt mit demokratischer Fassade ● *Paraguay:* Ausverkauf eines Landes
Einzelpreis 4 DM; Abo 12 DM
Bezug: IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

Solidarität, Nr. 68/Juni 1982

Interview mit dem ANC-Vertreter Neo Mnumzana ● Aus einem Gespräch von Waltraud Haas mit einem südafrikanischen Gewerkschafter ● Rentenstreik in Südafrika, von Gottfried Wellmer ● Südafrika verhindert Unabhängigkeit Südwestafrikas, von Markus Mugglin ● Der Kampf um die Zukunft Südafrikas, von Mascha Madörin ● Interview von Martin Schäfer mit Didi Pukwana ● Ciba-Geigy im Sudan ● Nestlé in Madagaskar ● Dossier Schweiz-Trikont ● Bücher, Blick über den Zaun
Einzelpreis 2,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Südwind, Nr. 2/April 1982

Krieg – Made in Switzerland ● Frauen aus Asien: Prostitution ● Zimbabwe: Rezeptpflicht für Muttermilch-Ersatz gefordert ● Putschsöldner über Schweizer Privatbank finanziert ● Landwirtschaft in Südafrika: Maisexport – während Schwarze hungern
Einzelpreis: 2,50 sFr; Abo 18 sFr
Bezug: Südwind, Postfach 1007, CH-3001 Bern

Martin Kutscha
Norman Paech

Im Staat der „Inneren Sicherheit“

Polizei, Verfassungsschutz,
Geheimdienste,
Datenkontrolle im Betrieb
und in der Freizeit



RÖDERBERG

Von den verschiedensten Seiten her wird nachgewiesen, wie durch Einrichtungen dieses Staates – Polizei, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst, aber auch durch die elektronische Datenverarbeitung – die Demokratie und die Freiheit des Bürgers bedroht werden.

Gleichzeitig wird auf die Möglichkeiten demokratischer Gegenwehr vor allem an Beispielen von gewerkschaftlichen Aktivitäten hingewiesen.

Die Autoren dieses Buches: Wolfgang Abendroth, Hans-Udo Borgaes, Christine Elias, Hartmut Günther, Wiho Haustermann, Hans-Martin Henning, Arnd Hochhuth, Hans Friedrich Hölter, Martin Kutscha, Axel Landwehr, Norman Paech, Gertrud Renz-Polstorff, Willi Schlömer, Jürgen Schneider, Ursula Tietgen, Roderich Wahsner, Lisa Wiese.

192 Seiten, kartoniert, 13,80 DM

Dieses Buch deckt Hintergründe und Umfeld der Neonazi-Terrorhandlung anhand konkreter Beispiele auf, untersucht Zusammenhänge organisatorischer, personeller und politisch-ideologischer Natur, belegt skandalöse Verhaltensweisen von Justiz und Behörden. Kurzbeschreibungen von „A-Z“ fassen typische Merkmale und Aktionen neonazistischer Gruppierungen und Organisationen zusammen. Ein umfangreicher Dokumententeil ergänzt den Text.

208 Seiten, kart., 12,50 DM

Rudolf Schneider
**DIE SS IST
IHR VORBILD**



NEONAZISTISCHE
KAMPFGRUPPEN
UND AKTIONSKREISE
IN DER
BUNDESREPUBLIK

RÖDERBERG

Während des Krieges wurden insgesamt 106 000 Häftlinge aus über 20 Nationen in das KZ Neuengamme eingewiesen, 55 000 von ihnen kamen ums Leben. Viele der Gefangenen der SS waren nicht im Stammlager, sondern in einem der rund 60 Außenlager untergebracht, wo die meisten für die Kriegsproduktion deutscher Konzerne schuften mußten.

164 Seiten, kartoniert,
mit zahlreichen Abbildungen
10,- DM

**RÖDERBERG-
VERLAG**

SICH ENTSCHIEDEN

für ein Leben ohne
Faschismus und Krieg –
gegen Neonazismus
und Hochrüstung

„die tat“ bestellen

die
tat

die
antifaschistische Wochenzeitung



Er
hat sie
schon!

Ich bestelle „die tat“
ab dem

zum Jahrespreis von

- 45,- DM als Postvertriebsstück
- 54,- DM als Streifenbandzeitung
- für Schüler, Studenten, Auszubildende, ZDL, Soldaten, (gegen Nachweis) jeweils 15,- DM billiger
- Ich wünsche kostenlose Probeexemplare „die tat“

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Einsenden an

Röderberg-Verlag

Postfach 4129, 6000 Frankfurt/M.

21

Catharina Klotz

Numeiris Tanz auf dem Seil

„Wir lassen uns nicht vom IMF (Internationaler Währungsfonds), der Weltbank und den Vereinigten Staaten regieren!“ Mit solchen Slogans demonstrierten im Januar d.J. vor allem Schüler und Studenten in Khartum und später auch in anderen Städten gegen die Preiserhöhungen bei Waren des täglichen Bedarfs.

Als eine Folge der Abkommen zwischen der sudanesischen Regierung und dem IMF waren die Preise für die Grundnahrungsmittel Zucker, Mehl, Speiseöl und Fleisch sowie für Benzin drastisch erhöht worden; für Zucker sogar um 62%.¹ Die Demonstrationen dauerten vier Tage an, Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Am vierten Tag schließlich ging die Polizei mit Gewehren gegen die Demonstranten vor; mindestens einer wurde getötet und 85 verhaftet, davon 40 Schüler.

Die jetzigen Preissteigerungen sind nur die Spitze eines Eisberges, ein Anzeichen unter vielen für die katastrophale Wirtschaftslage des Sudan. Trotz an sich guter natürlicher Voraussetzungen steht das Land heute in der Liste der ärmsten Länder der Welt an 17. Stelle.²

Die wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. In der Landwirtschaft führten die Anbaumethoden – besonders die schädlingsanfälligen Monokulturen – und die Überstrapazierung des Bodens dazu, daß die Baumwollproduktion, wichtigste Einnahmequelle des Landes, seit 1976 um 50% gesunken ist. Die Einnahmen daraus betragen 1980 nur noch 150 Mio Dollar.

Durch die exportorientierte Produktion und das weitgehende Fehlen einer eigenen Industrie ist das Land gezwungen, Konsumgüter und Maschinen teuer zu importieren. 1980 stiegen die Importe um 25% auf 1,7 Mrd Dollar, die Exporte jedoch sanken um 3,3% auf 500 Mio Dollar. Diese 500 Mio werden allein schon von den Ölzahlungen an Saudi Arabien aufgezehrt.

Wirtschaftskrise im Zeichen des IMF

Man hofft zwar, bis 1985 über die Hälfte des Bedarfs (25.000 von den benötigten 40.000 Barrel pro Tag) aus den eigenen, neuentdeckten Ölvorkommen zu decken. Bisher jedoch kosten auch diese nur zusätzlich Geld: die neue Raffinerie in Kosti schluckte 1 Mrd Dollar, und die geplante Pipeline nach Port Sudan würde weitere 2 Mrd kosten.

Um überhaupt die Wirtschaft in Gang halten zu können, ist der Sudan gezwungen, riesige Kredite im Ausland aufzunehmen. Seine Auslandsschulden betragen mittlerweile zwischen 3 und 4 Mrd Dollar, allein bei westlichen Banken 450 Mio. Das Zahlungsbilanzdefizit liegt bei 700 Mio Dollar.³

Schon früher hatte sich die Regierung Numeiri dem IMF gegenüber verpflichtet, das Budget zu kürzen und die Importe zu beschränken. Diese Verpflichtungen konnten jedoch nicht eingehalten werden – das Numeiri-Regime kann es sich politisch nicht leisten, an der Rüstung oder im Verwaltungsapparat zu sparen, und eine Verringerung der Importe hätte die Versorgung der Bevölkerung ernsthaft gefährdet. Der IMF stellte daraufhin die Zahlungen ein.

Letzten November nun fanden neue Verhandlungen statt. Als Ergebnis wurde für 1982 ein „Notkredit“ von 237 Mio Dollar bewilligt. Dabei mußte der Sudan akzeptieren, seine Währung um 12,5% abzuwerten (was Importe weiter verteuert), die Steuern noch mehr zu erhöhen (Ölsteuer um 40%, Importsteuer um 10%) und die staatlichen Subventionen für Speiseöl, Weizen und Zucker zu streichen.⁴

Die Privatisierung der Wirtschaft schritt voran. Selbst das Regierungsmonopol auf Zucker-, Weizen- und Mehlimporte wurde aufgegeben und die Preiskontrollen gelockert. Das führte natürlich zu weiteren Preissteigerungen und zu einer Erhöhung der Inflationsrate, die schon jetzt bei über 50% liegt.

Bei der restriktiven Lohnpolitik und einer Arbeitslosenzahl von 3 Mio⁵ verschlechterten sich so die Lebensbedingungen der Bevölkerung rapide.

Die Proteste dagegen sind nicht vereinzelt. Im Laufe des



Präsident Numeiri – nichts mehr zu lachen

letzten Jahres gab es eine ganze Serie von Streiks; Höhepunkt war der mehrwöchige Eisenbahnerstreik im Mai/Juni 1981. Er richtete sich gegen die Preissteigerungen und gegen unbegründete Entlassungen, die in letzter Zeit immer häufiger wurden. Präsident Numeiri konnte der Lage nur Herr werden, indem er die 43.000 Mitglieder starke Gewerkschaft auflöste, in der traditionell die illegale Sudanesische Kommunistische Partei (gegr. 1946) führend ist. Die Unruhen setzten sich zunächst in Khartum fort, um sich später auf die Provinzhauptstädte auszuweiten.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete die Reaktion auf die Preissteigerungen Anfang dieses Jahres. Nachdem zunächst Schüler in Khartum demonstriert hatten, schlossen sich bald auch die Studenten, schließlich sogar Arbeiter an. Die Bewegung verbreitete sich schnell auf die anderen Landesteile. In den Städten herrschte Aufruhr: Geschäfte, Tankstellen und Autos wurden verbrannt. Sämtliche Schulen und Universitäten waren geschlossen. Zwischen Khartum und Atbar wurden die Bahnlinien zerstört. Wie breit die Bewegung ist und wie wenig Gafaar el-Numeiri mit Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen kann, zeigt ein Beispiel: Als in Khartum in einer Ölraffinerie und in einem Elektrizitätswerk Bomben explodierten, wurde die Feuerwehr von der Bevölkerung daran gehindert, die entstehenden Brände zu löschen.

Auch der wieder aufgebrochene Nord-Süd-Konflikt belastet das Regime innenpolitisch schwer. Letztes Jahr wurden im Zusammenhang mit den Ölvorkommen zum ersten Mal Pläne bekannt, die halbautonome Südregion in drei voneinander unabhängige Provinzen zu unterteilen. Dies löste bei den meisten südlichen Politikern Proteste aus. Eine Aufteilung würde ihre Macht gegenüber der Zentralregierung schwächen und den wirtschaftlich unterentwickelten Süden kaum von einem Ölboom profitieren lassen.

Ende Dezember 1981 gründeten 21 Südpolitiker, die der stärksten Fraktion der Dinka-Stammesgruppe zuzurechnen sind und an deren Spitze Clement Mboro, ehemaliges Mitglied des Regionalparlaments, steht, den Rat für die Einheit des Südsudan (CUSS). Sie warfen Präsident Numeiri vor, seine Vollmachten zur Auflösung des südlichen Regionalparlaments verstießen gegen das Abkommen von Addis Abeba (1972), mit dem damals der Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd durch größere politische Autonomie für den Süden beendet worden war.

Die CUSS-Mitglieder wurden verhaftet und beschuldigt, eine neue Partei gegründet zu haben – ein Verstoß gegen die Verfassung des Sudan, nach der die Sudanesische Sozialistische Union (SSU) die einzig legale Partei ist. 12 der Politiker wurden bald wieder freigelassen, die anderen blieben vorläufig im Gefängnis. Mittlerweile befindet sich nur noch einer von ihnen, Samuel A. Bol, in Haft.



Sudanesische Bauern auf dem Felde

Diese Vorkommnisse sind vielleicht für sich genommen nicht von entscheidender Bedeutung. Sie zeigen jedoch, daß die Integrationspolitik der letzten Jahre nicht mehr richtig funktioniert. Präsident Numeiri kämpft gegen eine Opposition, die immer stärker wird und von allen Seiten kommt.

Das Numeiri-Regime reagiert zunehmend repressiver. Nach der Auflösung der Journalisten-Union und der Eisenbahnergewerkschaft Mitte letzten Jahres setzte eine Welle von Massenverhaftungen ein. Im September 1981 wurden in Khartum 8.000 Personen mit der Begründung verhaftet, sie seien „Herumtreiber“, „Kriminelle“ usw. Im Oktober waren es bereits über 17.000, und ihre Zahl ist seither nicht gesunken.⁶

Massenproteste und Nord-Süd-Spannungen

Doch nicht nur von links kamen Angriffe: Auch die Mahdisten und die Moslembrüder, die seit 1977 – ein Jahr nach ihrem Putschversuch – wieder mit der Regierung zusammengearbeitet hatten, üben zunehmend Kritik und distanzieren sich von Gafaar el-Numeiri. Sie wenden sich vor allem gegen die Zusammenarbeit mit Ägypten und den USA. Und sie fordern die Einführung des islamischen Rechts – was sich der nichtislamische Süden niemals gefallen lassen würde. Als wirksamstes Mittel gegen eine wachsende Opposition erwies sich im Sudan noch immer die Umbildung der Regierung und die vorläufige Auflösung der demokratischen Institutionen.

Im Oktober 1981 löste Präsident Numeiri (wieder einmal) das Nationalparlament sowie das südliche Regionalparlament auf. Die Anzahl der Parlamentsmitglieder im Nationalparlament wurde von 366 auf 151 verringert. Für den Süden wurde eine Übergangsregierung unter dem moslemischen Militär A. Rassas eingesetzt und Neuwahlen innerhalb von 6 Monaten angekündigt, womit den südlichen Autonomiebestrebungen fürs erste ein Ende gesetzt war.

Im November entließ Numeiri im Zusammenhang mit den IMF-Gesprächen sein Kabinett „wegen Unfähigkeit“ und bildete ein neues aus 13 statt wie bisher 18 Mitgliedern – ein Stab Getreuer, die ihm helfen sollen, die neue Politik durchzusetzen. Die einzigen, die ihre Posten behielten, waren Innenminister A. Rachman, Außenminister M. Mubarak und Verteidigungsminister A. Chalil.

Doch zu Beginn dieses Jahres kam Kritik aus den Reihen der eigenen Partei, und schließlich sogar von seiten des Militärs, das bisher als einziges fest zu Präsident Numeiri gestanden hatte. Man sprach von Korruption innerhalb von Partei und Regierung, von schlechter Parteiführung. Hohe Generäle kritisierten den immer autokratischer werdenden Stil Gafaar el-Numeiris. Dieser drohte daraufhin der SSU gegenüber mit Rücktritt, falls sie seine Wirtschaftspolitik nicht rückhaltlos akzeptiere. Eine Woche später löste er dann, im Anschluß an eine Tagung der SSU, das Zentralkomitee und das Politbüro auf. Der für Februar 1982 vorgesehene Parteikongreß wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Auch das Militär blieb nicht verschont. 22 Offiziere wurden entlassen. Entmachtet wurde auch A. Chalil, der „Kronprinz“, bisheriger Generalsekretär der SSU, 1. Vizepräsident, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Präsident Numeiri riskiert viel mit dieser Maßnahme: Wenn sein Rückhalt in den Streitkräften schwindet, verliert er seine einzige Stütze. Umso mehr muß er nun versuchen, sich auf seine ausländischen Freunde zu stützen – und dies sind vor allem Ägypten und die USA.

Zu Ägypten unterhält der Sudan besonders enge Kontakte.

Am 5. Januar 1982, am selben Tag, als man begann, auf demonstrierende Schüler zu schießen, besuchte Ägyptens Außenminister K.H. Ali Präsident Numeiri, während der ägyptische Präsident Mubarak seinen Antrittsbesuch in den USA abstattete.

Der Sudan nimmt in den Plänen der USA eine immer wichtigere Rolle ein. Die Militärhilfe der USA wurde 1982 von 30 auf 100 Mio Dollar verdreifacht. (Die Wirtschaftshilfe betrug 1981 125 Mio Dollar).⁷

Welchen Stellenwert der Sudan für die USA hat, machen die Worte von US-Außenminister Alexander Haig deutlich, der dieses krisengeschüttelte, bankrotte Land als „Insel der Stabilität in einem Meer von Aufruhr“ bezeichnete.⁸ Dies hat sich seit dem Tod des ägyptischen Präsidenten Sadat noch verstärkt, denn Ägyptens Haltung ist außenpolitisch nicht mehr ganz so eindeutig, wie sie war.

Der Sudan dient den USA heute als strategischer Gegenpol gegen Libyen, Äthiopien und den Südjemen, die sich im August 1981 zu einem Verteidigungspakt zusammengeschlossen haben. Allerdings war dies nur eine Reaktion auf das – auf Betreiben der USA im März desselben Jahres zustandegekommene – Sicherheitsabkommen in der Golfregion. Washington möchte dieses Abkommen auf die gesamte Region unter Einschluß des Sudan ausdehnen.

Indem G. el-Numeiri die „libysche Gefahr“ hochspielte, kam er den Bedürfnissen der Reagan-Administration zum rechten Zeitpunkt entgegen. Täglich konnte man in Khartum Berichte über libysche Grenzverletzungen und Angriffsakte hören.

Der Opposition wird vorgeworfen, sie arbeite mit libyschen Agenten zusammen, sei von diesen angestiftet. Libysche Agenten werden auch für die wirtschaftlichen Mißstände verantwortlich gemacht und aus einem Luftangriff der libyschen Streitkräfte auf den Tschad-Rebellen Hissène Habré wird ein militärischer Großangriff auf den Sudan.

Als Stellvertreter der USA ist der arme und wirtschaftlich abhängige Sudan natürlich nicht so gut geeignet wie Ägypten – als Stützpunkt und Hinterland für Rebellen ist er jedoch ideal. Er liegt im Zentrum des Interessengebiets der USA, am Roten Meer, und hat Grenzen zu acht anderen Ländern, darunter Libyen und Äthiopien. Er beherbergt viele reaktionäre Rebellengruppen, ob das nun die von Präsident Numeiri auch finanziell unterstützten Truppen H. Habrés im Tschad sind oder reaktionäre Teile der eritreischen Bewegung.

Trotzdem muß der Sudan vorsichtig sein – die wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten erlauben es ihm nicht, sich in der Region zu viele Feinde zu machen. Offene Feindseligkeiten gibt es eigentlich nur Libyen gegenüber. Die Beziehungen zu Äthiopien sind zeitweise besser geworden, und im Januar d.J. gab es Gespräche zwischen G. el-Numeiri und dem tschadischen Präsidenten G. Oueddei; die offene Unterstützung der Truppen H. Habrés war damit beendet.

Was Gafaar el-Numeiri betreibt, ist ein Tanz auf dem Seil. Aber die USA werden alles dafür tun, sich ihren Statthalter am Roten Meer zu erhalten. Und solange die Opposition noch derart zersplittert ist, wird ihnen das wohl auch gelingen.

Anmerkungen:

- 1) Nach: Tages-Anzeiger, 15.1.1982
- 2) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Zürich, 30.11.1981
- 3) Daten nach: IHT, 16., 15. und 30.11.1981
- 4) Vgl. Palestine, Beirut, Nr. 2/15.-31.1.1982
- 5) Vgl. Deutsche Volkszeitung, 3.12.1981
- 6) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 15.9.1981 sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1981
- 7) Vgl. IHT, 15.4.1981
- 8) Zit. nach: New African, London, Februar 1982



V. I. LENIN

DOS TACTICAS DE LA SOCIALDEMOCRACIA EN LA REVOLUCION DEMOCRATICA



FRANKFURT

Tel. 06 11 / 77 92 23

Taschenbücher und gebundene Bücher aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Kuba, Nicaragua, Angola, Mozambique, Brasilien.

Buchschnelldienst:

Milano, Barcelona, Lissabon, Athen, Belgrad
schwarzafrikan. und arabische Fachliteratur
und Belletristik in deutsch

Fotografie und Kunst

aus den Mittelmeerländern

Verkehrsnummer 17 397

Postscheckamt Frankfurt/M.
(BLZ 500 100 60) Kto. 1627 81-604

Nassauische Sparkasse
(BLZ 510 500 15) Kto. 146 023 665

Dr. G. Zambon · Leipziger Straße 24 · D-6000 Frankfurt/M. 90

ZAMBON

Verlag & Vertrieb fremdsprachiger
Bücher & Schallplatten

Im März 1982 kamen in Kabul über 800 Delegierte der regierenden Volksdemokratischen Partei (VDPA) zur ersten VDPA-Landeskonferenz seit der Aprilrevolution 1978 zusammen. Sie billigten den von VDPA-Generalsekretär Babrak Karmal verlesenen Bericht des Zentralkomitees, verabschiedeten einstimmig ein Aktionsprogramm für die kommenden Jahre und beschlossen Änderungen des VDPA-Statuts. Darunter findet sich eine kürzere Kandidatenzeit für Arbeiter und Bauern als für Kandidaten anderer Sozialbereiche sowie die Verpflichtung, für die Einheit der Partei und die Festigung des Vertrauensverhältnisses zu den Massen aktiv einzutreten. Das Aktionsprogramm nennt als wichtigste Aufgaben die konsequente Fortführung der antifeudalen Agrarreform, die Erhöhung des Gesamtniveaus der Wirtschaft und des Lebensstandards der Massen, die Entwicklung der Kultur der Nationalitäten und Stämme, eine tiefgreifende Demokratisierung, die Respektierung der nationalen Eigenheiten, religiösen Gefühle und kulturellen Traditionen des Volkes. Als Voraussetzung hierfür erachtete die VDPA-Konferenz die Zerschlagung der bewaffneten Gegenkräfte und die Konsolidierung der revolutionären Volksmacht. Die Landeskonferenz wandte sich in einem Appell (siehe Kasten) an alle patriotischen Kräfte, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft teilzuhaben. Der Marburger Professor und Filmemacher Günter Giesenfeld, der kürzlich in Afghanistan weilte, sprach in Kabul mit der afghanischen Erziehungsministerin Anahita Ratebzahd über Probleme und Rekonsolidierungsschritte der VDPA.



Interview mit Anahita Ratebzahd Neues Vertrauen in die Volksdemokratische Partei

FRAGE: Warum sind sowjetische Truppen in Ihrem Land und wie lange werden sie noch bleiben?

A. RATEBZAHD: Nun, wir haben die Führung der Sowjetunion rechtmäßigerweise darum gebeten, da Afghanistan und die Sowjetunion einen diesbezüglichen Vertrag unterschrieben haben; dieses begrenzte Kontingent sowjetischer Truppen wurde gebeten, uns gegen eine Aggression zu helfen, die vor dem neuen Stadium der Revolution gegen Afghanistan im Gange war.

Andernfalls nämlich – wenn wir nicht um diese Hilfe gebeten hätten, das versichere ich Ihnen –, bestand die Möglichkeit, daß Afghanistan ein weiteres Chile im Herzen Asiens geworden oder in verschiedene Teile zersplittert worden wäre. Dann wäre auf Anordnung des Imperialismus und seiner Führungsmacht, der Vereinigten Staaten, der Faschismus an die Macht gelangt. Dieses begrenzte Kontingent sowjetischer Truppen ist hier, um uns gegen eine neue Aggression zu helfen, die es immer noch gibt: An unserer Grenze existieren 80 Lager; sie werden von pakistanischen reaktionären Kräften ausgebildet, unterstehen der Regierung Zia ul-Haq und genießen die Hilfe der USA, der chinesischen Hegemonisten und reaktionärer Kräfte aus arabischen Ländern.

Cowboy Reagan als Helfer der Moslems?

Sie wissen, daß nach dem Tode Sadats, der öffentlich gesagt hat, er helfe den Konterrevolutionären Afghanistans, Mrs. Thatcher an unsere Grenze gekommen ist. Sie nahm sich das Recht, diesen Konterrevolutionären zu versichern, daß sie, da Sadat tot ist, ihnen mit 4 Mio Pfund Sterling helfen werde.

Und Sie wissen ebenfalls, daß seine Exzellenz, Herr Cowboy Reagan, ebenfalls öffentlich erklärt hat, daß er den Konterrevolutionären Afghanistans helfen wird. Er ging noch einen

Schritt weiter und nahm sich das Recht zu sagen, daß sie für Afghanistans Freiheit kämpfen und afghanischen Moslems helfen würden, wie er sich ausdrückte. Und er hat einen Tag (den 21. März; d. Red.) zum Tag des kämpfenden Afghanistans erklärt.

FRAGE: Aber es gibt doch auch Widerstand und Kämpfe im Landesinnern?

A. RATEBZAHD: Wir sind durchaus in der Lage, es mit den Konterrevolutionären innerhalb des Landes aufzunehmen. Aber das begrenzte Hilfskontingent sowjetischer Truppen ist hier, um die neue Aggression zurückzuschlagen. Wenn man uns in diesem Augenblick, während Sie hier sitzen, ein Dokument gäbe, das die Garantie einer Internationalen Organisation enthielte, würden wir das begrenzte Kontingent sowjetischer Truppen bitten, in seine friedliche Heimat zurückzukehren, so wie wir es gebeten haben, zu kommen. Und sie werden in ihre friedliche Heimat zurückkehren.

Aber solange es eine solche Garantie nicht gibt und solange unsere Nachbarn sich nicht mit uns an einen Tisch setzen können, um die Dinge auf politischem Wege zu diskutieren, so lange werden wir sie dabehalten, weil es diese 80 Ausbildungslager an unserer Grenze gibt.

FRAGE: Könnten diesen Schutz nach außen nicht Truppen der UNO übernehmen?

A. RATEBZAHD: Nun, ich muß Ihnen sagen, daß wir die Vereinten Nationen darum gebeten hatten, durch ihre Hilfe oder in Gegenwart ihres Generalsekretärs mit unseren Nachbarn zu sprechen. Aber wir bekamen keine Antwort. Und dann können wir sehen, daß überall in der Welt UN-Truppen stehen, aber z.B. im Libanon, in Palästina und in Syrien und auf den Golan-Höhen gehen die Dinge weiter, und niemand kann etwas dagegen tun.

Warum sollten wir also auf einem so schwierigen Weg um Hilfe bitten, der doch keine Garantie bietet und das Leiden des afghanischen Volkes nicht beenden kann? Das einfachste ist deshalb, daß die Länder dieser Region sich zusam-

mensetzen und ihre Streitfragen auf politischem Wege lösen, d.h. durch Verhandlungen, freundschaftlich und friedlich. Aber die imperialistischen Kräfte wollen nicht, daß unsere Nachbarn sich an den Verhandlungstisch setzen, weil sie Pakistan anstelle des Iran, den sie verloren haben, als Gendarmen in der Region behalten möchten.

FRAGE: Wie sieht es aus mit der Unterstützung der Bevölkerung Afghanistans für die Regierung und für die Politik der Partei?

A. RATEBZAHD: Die Menschen meines Landes haben eine sehr unverwechselbare Lebensweise und Tradition. Wenn sie wissen, daß Sie gerecht und ehrlich mit ihnen umgehen, werden sie immer mit Ihnen zusammenarbeiten.

Nach der neuen Etappe der Revolution (seit dem Sturz H. Amins am 27.12.1979; d. Red.) haben wir sehr große Anstrengungen unternommen, unter dem Volk zu arbeiten, das sein Vertrauen verloren hatte. Wir gründeten mindestens 13 neue Massenorganisationen in allen Teilen des Landes, die sich um die Vaterländische Front scharten. Sie kommen von verschiedenen Stämmen und verschiedenen Nationalitäten, die im Land leben. Durch diese Massenorganisationen und aufgrund der Arbeit mit dem Volk verstanden die Menschen die Volksdemokratische Partei (VDPA) und das Programm der Regierung und gewannen ihr Vertrauen in sie zurück.

So kommen sie nun zu uns. Sie kommen zur Führung des Staates und sagen, daß sie gegen den gemeinsamen Feind gemeinsam mit den Parteimitgliedern, den Massenorganisationen und den Regierungsmitgliedern kämpfen wollen.

Wir hören jeden Tag aufs Neue, daß diese Menschen in ganz Afghanistan zu ihren örtlichen Verwaltungen, ihren Provinzregierungen und ins Zentrum des Landes kommen und Fragen stellen, ihre Waffen niederlegen und uns bitten, ihnen zu helfen, Sicherheit und Frieden in ihren Dörfern, in ihren Häusern zu gewährleisten.

Sie arbeiten mit uns zusammen, um ihre niedergebrannten Schulen, Hospitäler und Moscheen wiederaufzubauen und Häuser für sie selbst zu errichten. Sie arbeiten auch mit uns zusammen, um ihre Karawanen zu beschützen, die durch das Land ziehen, um Lebensmittel und Material für die Menschen in alle Landesteile zu transportieren.

Durch all das wissen wir gut Bescheid. Und wir sehen auch die Demonstrationen, die in Kabul stattfanden, und ähnliche Demonstrationen überall im Land, die zur Unterstützung der landesweiten Parteikonferenz der Partei und des

Regierungsprogramms und zur Zurückweisung des (Reagan'schen „Solidaritätstags“ vom; d. Red.) 21. März.

FRAGE: Wann wird es in Afghanistan Wahlen geben?

A. RATEBZAHD: Wenn wir von Wahlen sprechen, so muß ich einerseits sagen, daß wir eine sehr delikate Situation im Lande haben, und andererseits, daß wir wirkliche Wahlen wollen und keine künstlichen.

Deshalb lassen wir uns noch Zeit, um unser Volk dahin zu bringen, alles zu verstehen, und um wenigstens einen gewissen Prozentsatz des Analphabetentums loszuwerden, der immer noch etwa 90% im Land beträgt.

Was die Wahlen betrifft, so werden wir sie eines Tages durchführen. Aber in der gegenwärtigen Situation müssen wir alle Kräfte darauf konzentrieren, den Feind an der Kampffront zurückzuschlagen. Meiner Meinung nach kommen in einer solchen Situation Wahlen nicht in Frage.

Dies zumal wir wissen, daß die Menschen de facto mit uns zusammenarbeiten, das Programm der Volksdemokratischen Partei Afghanistans und der Regierung Afghanistans akzeptieren, das ihrem künftigen Wohlergehen, ihren Kindern und Familien ebenso wie dem ganzen Land dient und – was sehr wichtig ist – dem Land zunächst den Frieden bringt. Erst wenn Frieden herrscht, kann man Wahlen durchführen, die keine künstlichen sein werden.

FRAGE: Können Sie uns etwas über die Ergebnisse der landesweiten Parteikonferenz sagen, die am 15. März 1982 zu Ende gegangen ist?

A. RATEBZAHD: Die landesweite Konferenz der Partei (siehe Kasten; d. Red.) war eine sehr ermutigende Schule für unsere Parteimitglieder, die Kader und die Führungskräfte der Partei. Sie zeigte uns neue Wege in der Parteiarbeit und trug in höchstem Maße zur Stärkung der Einheit der Partei bei.

Die Konferenz hat auch ihren Beitrag zu mehr Sicherheit und Stabilität im Lande geleistet, vor allem dazu, gemeinsam, Hand in Hand, die Konterrevolutionäre und Rebellen loszuwerden und der Nation Frieden zu bringen. Für die Menschen in Afghanistan ist es von großer Bedeutung, daß vor allem anderen der Frieden im Lande gefestigt wird, damit sie leben, arbeiten und in den Genuß der Früchte ihrer eigenen Arbeit kommen können – in der Landwirtschaft ebenso wie auf industriellem, kulturellem, sozialem und anderem Gebiet. Wir meinen deshalb, daß diese Konferenz eine Schule für jeden war.



Anti-Reagan-Demonstration der 250 000 am 21. März 1982 in Kabul

Appell an das Volk Afghanistans

Liebe Landsleute, Brüder und Schwestern in allen Teilen unserer geliebten Heimat, Patrioten und rechtschaffene Moslems!

Wir Vertreter der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA), der Avantgarde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unseres Landes, haben soeben unsere Parteikonferenz beendet, auf der wir darüber sprachen, was getan werden kann und muß, um die Erfüllung der sehnlichen Lebenswünsche unseres leidgeprüften Volkes zu beschleunigen. (...)

Unsere Konferenz hat ein Aktionsprogramm beschlossen, und wir möchten, daß Ihr, ehrenhafte Moslems und Patrioten, seinen Inhalt kennt. Und wir sind überzeugt, daß keiner von euch bei seiner Erfüllung abseits stehen wird. Was schlagen wir vor, und was streben wir an?

Wir schlagen vor, so bald wie möglich Maßnahmen zur Sicherstellung der Arbeit für alle Werktätigen zu ergreifen, gerechte Löhne festzusetzen, einen großzügigen Bau von Wohnungen für die Werktätigen in Angriff zu nehmen, Preiskontrollen einzuführen, eine Verbesserung der medizinischen Betreuung der Werktätigen und die allgemeine Grundschulbildung durchzusetzen.

Unsere Revolution hißte die Fahne des entschlossenen Kampfes für die Menschenrechte. Niemand soll sich in Afghanistan erniedrigt oder benachteiligt fühlen. Die Zeiten der schrankenlosen Willkür gegen die einfachen Leute, an die sich ehemalige Feudalherren klammern, sind um, und wir werden ihre Rückkehr niemals zulassen.

Veränderungen für die einfachen Leute

Mit der Weiterentwicklung der Industrie werden sich die Löhne erhöhen sowie die Arbeits- und Wohnbedingungen verbessern. Die Partei und die Regierung werden alles Mögliche unternehmen, damit die Arbeiterklasse im Leben des Landes eine wachsende Rolle spielt. Die VDPA und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan sind bestrebt, den Bauern in einer möglichst kurzen Frist Land und Wasser zu geben, ihnen materielle Hilfe zu leisten. Die revolutionäre Macht möchte den Bauern helfen, aus der Finsternis auszubrechen, und ihren Kindern Bildung geben.

Die Bauern sind die zahlreichsten Teilnehmer an der revolutionären Erneuerung der Heimat, und die VDPA ist überzeugt, daß sie in wachsendem Maße zu Kämpfern für die Revolution und für ihr eigenes Glück werden.

Die VDPA ist fest entschlossen, die kreativen Möglichkeiten der afghanischen Intelligenz zu erweitern, ihre Beteiligung an der Lösung akuter Probleme unseres Landes zu fördern. Das Volk glaubt an seine Intelligenz und erwartet, daß sie ihm hilft.

Händler und Handwerker müssen überzeugt sein, daß die Partei und die Volksmacht an der Entwicklung ihrer Produktions- und Handelstätigkeit zutiefst interessiert sind. Wir sehen in ehrlichen Händlern und Handwerkern Teilnehmer unserer Revolution und werden ihnen jegliche Hilfe leisten. Als Revolutionsteilnehmer betrachtet die VDPA auch jene nationalen Unternehmer, die zum Aufblühen Afghanistans beitragen. Der Staat sichert ihnen Hilfe und Schutz vor der Konkurrenz des ausländischen Kapitals, schafft Bedingungen für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit dem staatlichen Sektor. (...)

In der nationalen Frage wird der Kurs auf tatsächliche Gleichberechtigung und gleiche Möglichkeiten für alle Völkerschaften Afghanistans bei Respektierung des Freiwilligkeitsprinzips und der Überzeugungen gesteuert. Wir werden danach streben, die Beschleunigung des Prozesses der Annäherung, der Zusammenarbeit, des Einvernehmens, der Freundschaft und der Brüderlichkeit zwischen ihnen zu fördern. Ohne das kann es kein starkes und gedeihendes Afghanistan geben.

Zusammen mit der revolutionären Regierung muß jetzt das Volk das Wichtigste erreichen: Frieden und Ruhe auf dem Boden der geliebten Heimat. In ganz Afghanistan wollen nur die Bandenanführer keinen Frieden. Sie brauchen keinen Frieden, weil sie sich am Krieg gesundstoßen. Kommt der Frieden, so werden ihnen die Imperialisten und Hegemonisten kein Geld mehr geben, wird man nicht mehr ungestraft Straßenraub treiben, Bauern, Handwerker und Händler ausplündern können. Es gilt, so bald wie möglich die Rebellen- und Interventionen zu zerschlagen.

In jedem Kreis und in jedem Bezirk müssen freiwillige Abteilungen zum Schutz der Revolution und zur Selbstverteidigung aufgestellt

werden. Die Regierung wird diesen Abteilungen mit Ausrüstung, Nachrichten- und Transportmitteln helfen. Wir dürfen die Rebellen, die Pseudomoslems nicht in die Städte und Dörfer hereinlassen. Möge unter den Füßen der Gewalttäter und Räuber der Boden brennen!

Moslems, wir erklären erneut feierlich, daß Respekt gegenüber der heiligen islamischen Religion der gesamten Politik der Partei und der revolutionären Regierung zugrunde liegt. Im Widerspruch zum Islam steht das verbrecherische Treiben der Konterrevolutionäre, nicht aber das Streben der Volksmacht, die uralten Wünsche der werktätigen moslemischen Massen zu erfüllen. Deshalb fordern wir Konferenzteilnehmer alle Moslems, Ulemas, Mullahs und Imams auf, sich zum entschlossenen und gnadenlosen Kampf gegen die Feinde unserer heiligen Religion, gegen die Feinde unseres leidgeprüften Volkes zu vereinigen.

Sich von der patriotischen Pflicht leiten lassend, führen unsere tapferen Streitkräfte einen aufopferungsvollen Kampf gegen innere und äußere Feinde der Revolution, verteidigen sie ihre Errungenschaften. Es ist eine neue Volksarmee. Dienst am Volk und nicht der Schutz einer Handvoll von Unterdrückern vor dem Volkszorn ist für sie die höchste Pflicht. Wir fordern die Angehörigen unserer Streitkräfte, der Volksmiliz und der Sicherheitskräfte auf, den Stand ihrer Gefechtsausbildung auf jede Weise zu erhöhen, die Disziplin zu verstärken, stets mit dem Volk zu sein und für das Volk einzutreten.

Teure Freunde und Genossen! Tretet unseren heldenmütigen Streitkräften bei, damit die Stunde näherrückt, da in unserer geliebten Heimat Ruhe und der langersehnte Frieden herrschen werden!

Patrioten! Einen unschätzbaren Beitrag zum gemeinsamen Werk des Kampfes für die Errichtung der neuen Gesellschaft in unserem Lande wird Eure Hilfe beim Aufstieg der Wirtschaft, beim Wiederaufbau und bei der Instandsetzung stillstehender und beim Bau neuer Betriebe sein. Das wird Hunderttausenden Menschen Arbeit, Brot und Obdach geben. Das wird Mittel für die Verwirklichung der in Aussicht genommenen Pläne zur Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes geben, wobei es sich um den ersten Schritt zu der von jedem rechtschaffenen Moslem, von jedem Patrioten unserer Heimat so heiß ersehnten Prosperität handeln wird. Es gilt, alles, was dem Volk gehört, vor Feinden des Volkes zu schützen: Fabriken, Brücken, Straßen, Kraftwerke, Bewässerungskanäle, Schulen, Krankenhäuser usw. Die Feinde zerstören sie, um dadurch den Kriegszustand zu verlängern. Not und Elend des Volkes kümmern sie nicht. Für alle Patrioten und rechtschaffenen Moslems Afghanistans ist es eine Ehrensache, unsere geliebte Heimat vor Ruin und Ausplünderung zu retten.

Wir wissen sehr gut: Mögen die Konterrevolutionäre noch so wüten, mögen die amerikanischen Imperialisten und Pekinger Hegemonisten noch soviel Gold zur Unterstützung unserer Feinde ausgeben — ihre schwarzen Pläne sind zum Scheitern verurteilt. Es wird ihnen nicht gelingen, dem afghanischen Volk erneut das Joch der Feudalknechtschaft und der Ausbeutung aufzuzwingen.

Volk Afghanistans! Die Partei hat keine anderen Interessen als den Dienst an den Interessen unserer geliebten Heimat. Die Partei wünscht dem Volk, was sich jeder Afghane wünscht: Frieden, Arbeit, Brot.

Der Sieg über die Kräfte der Konterrevolution, über Gewalttäter und Banditen wird jedoch nicht von selbst kommen. Er erfordert von uns das volle Aufgebot aller unserer Kräfte und materiellen Möglichkeiten, Mut, Standhaftigkeit und Ausdauer. Wir müssen die Einheit unserer Reihen, die Geschlossenheit und Solidarität aller Patrioten unserer Heimat unermüdet festigen. Der Sieg kann nur errungen werden, wenn alle dafür gemeinsam kämpfen.

Söhne und Töchter Afghanistans! Wir richten an Euch den Appell, Euch um unsere Partei zu scharen und unter ihrer Führung mit der Konterrevolution aufzuräumen, die den Weg zum Glück des Volkes versperrt.

Mögen in unserem geliebten Land Friede und Ruhe herrschen! Mögen in unserem Vaterland Menschenwürde und Barmherzigkeit herrschen!

Unter dem Banner der Aprilrevolution vorwärts zur Errichtung eines glücklichen, unabhängigen und florierenden Afghanistan! Tod der Konterrevolution, der Reaktion und dem Imperialismus! Wir werden siegen!

(Quelle: Afghanistan, Bonn, 20.4.1982, S. 1-6)

Peter Dietzel Eindrücke vom 5. Parteitag der KP Vietnams

Vom 27.-31. März dieses Jahres fand in Hanoi der 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams statt. Als Gäste aus der Bundesrepublik nahm eine Delegation der DKP teil. Zusammen mit Karl-Heinz Schröder, Mitglied des Präsidiums der DKP, verfolgte Peter Dietzel das Geschehen auf dem Parteitag. Dies sind seine Eindrücke.

Wie wird sich uns das heutige Vietnam, 7 Jahre nach dem Sieg darstellen? Wie wird es fertig mit den Folgen der barbarischen Kriegsführung der USA, mit den Problemen des wirtschaftlichen Aufbaus? Wie reagiert das Land auf die neue Bedrohung, die von den chinesischen Hegemonisten ausgeht? Diese Fragen bewegen uns, als wir am 24. März 1982 unsere Reise antreten, um am 5. Parteitag der KP Vietnams teilzunehmen.

Im Landeanflug auf Hanoi glänzen unter uns quadratische Reisfelder. Ihr leuchtendes Grün ist mit Flecken übersät. Es sind Wassertümpel, entstanden in Tausenden von Kratern — Spuren amerikanischer B-52-Bomber.

Ein Artikel in der Welt, mit dem sie ihre Leser auf den bevorstehenden Parteitag hinweist, kommt uns in den Sinn: „Die Not der Gegenwart hat das Elend und die Bombenangriffe der Vergangenheit verklärt. Die einst gewiß nicht geliebten Amerikaner genießen eine geradezu mythische Verehrung...“ Welch eine Menschenverachtung, Welch ein Zynismus, Welch ein Haß auf den sozialen Fortschritt, der aus dem Sozialismus wächst, muß die Gedankenwelt einer Verena Stern prägen.

Produktion und Verteidigung

Auf dem Weg vom Flughafen nach Hanoi überqueren wir im Schrittempo die Brücke über den Roten Fluß. Unzählige Radfahrer kommen uns entgegen. Unter schwerer Last gebeugte Bäuerinnen trippeln im Rythmus der wippenden Tragegestänge an uns vorbei. Die Brücke, einzige Verbindung Hanois mit den Vorstädten auf dem Nordufer, ist eine Legende. Obwohl Ziel zahlloser Bombenangriffe, wurde sie nur einmal getroffen. Die starke Luftabwehr der mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten vietnamesischen Armee hatte die US-Piloten das Fürchten gelehrt.

Überlastet und völlig veraltet, versieht die Brücke noch heute ihren Dienst. Doch schon entsteht eine neue. Sowjetische Fachleute waren eingesprungen, als die Chinesen im Juli 1978 die Bauarbeiten über Nacht einstellten. Am Tage vor unserer Ankunft wurde der erste von sechs Brückenteilen montiert.

In den Tagen vom 27. bis 31. März 1982 nehmen wir am 5. Parteitag der KP Vietnams teil. Als die Delegation vom Genossen Le Duan, Generalsekretär der Partei und Vo Nguyen Giap, dem legendären und geachteten General zweier Befreiungskriege, begrüßt wird, werden unwillkürlich Erinnerungen wach. Erinnerungen an die Zeit der US-Aggression gegen Vietnam, an die großen Aktionen der Viet-



Parteitagsredner Pham van Dong

nam-Solidaritätsbewegung, die eine ganze Etappe in der Entwicklung der demokratischen Bewegung unseres Landes bestimmten, und die politischen Vorstellungen einer Generation junger Menschen prägten.

Aus Nachrichtenmeldungen erfahren wir, daß die westliche Gerüchteküche angefüllt ist mit Spekulationen über Machtkämpfe in der Parteiführung, Bankrott der Wirtschaftspolitik und Ähnlichem.

Doch was wir erleben, ist etwas völlig anderes. Wir werden Zeugen, wie die Kommunisten Vietnams mit großer Geschlossenheit, Realismus und unbeugsamen Willen um die Lösung der schwierigen Probleme ringen, vor denen das Land steht. Produktion und Verteidigung — diese strategische Aufgabenstellung durchzieht alle Aussagen des Parteitages. Sie prägt den politischen Bericht des Generalsekretärs Le Duan ebenso wie das Referat Pham Van Dongs, Vorsitzender des Ministerrates, über die ökonomischen und sozialen Hauptaufgaben und die Ausführungen Le Duc Thos zur Entwicklung der Partei.

Wir empfinden, daß auch die Sorgen unseres und anderer Völker angesprochen werden, als der Parteitag Front macht gegen die globale Friedensbedrohung durch den US-Imperialismus und seine Verbündeten. In Südostasien ist diese Bedrohung tägliche Realität. Ständige Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der indochinesischen Staaten und imperialistischer Wirtschaftsboykott sind gepaart mit militärischen Attacken der chinesischen Hegemonisten an der Nordgrenze Vietnams sowie mit Überfällen von Resten der Pol-Pot-Soldateska auf kampucheanisches Gebiet.

Diese unfaßbaren Verbrechen sind plötzlich gegenwärtig, als unser Betreuer, Genosse Phuc, davon berichtet, daß sein einziger Bruder erst im Oktober 1981 bei der Abwehr eines

chinesischen Überfalls an der Nordgrenze gefallen ist. Dies ist kein Einzelschicksal. Mit bewegenden Worten des Dankes wendet sich der Generalsekretär der revolutionären Volkspartei Kampuchea, Genosse Heng Samrin, von der Tribüne des Parteitages an die Mütter, Frauen und Bräute der vietnamesischen Soldaten, die ohne Opfer zu scheuen, zuverlässig Schutz und Hilfe leisten beim Aufbau des neuen Kampuchea.

Die Delegierten des Parteitages bekräftigen die Entschlossenheit Vietnams, jeglicher Aggression eine Abfuhr zu erteilen. Gleichzeitig bekunden sie den Willen Vietnams zum friedlichen Zusammenleben mit China und allen anderen Staaten der Region.

Aus zahlreichen Gesprächen erfahren wir, daß große Hoffnungen auf den Kampf der Friedensbewegung in den Ländern Westeuropas und den USA gesetzt werden. Darauf, daß der Kampf um Frieden und Abrüstung bei uns zu einem konkreten Beitrag auch der Solidarität mit den Friedensbemühungen der indochinesischen Staaten werde.

Die Wirtschaftslage – weiter besorgniserregend

Seit dem Sieg 1975 und der Wiedervereinigung des Landes hat Vietnam beachtliche Aufbauerfolge errungen und Schwierigkeiten überwunden. Drohende Hungersnöte in den überbevölkerten Städten des Südens wurden abgewendet, das Masseneleid der Prostituierten und Drogensüchtigen beseitigt. Es entwickelte sich das Schul- und Gesundheitswesen. Den Kriegswaisen, Verehrten und alten Menschen wurde soziale Fürsorge zuteil. Kriegsschäden an Wohnraum und am Verkehrsnetz wurden weitgehend behoben, industrielle Schwerpunkte entwickelt und die ursprünglich fast gänzlich vom Ausland abhängige Industrie des Südens wieder inganggebracht.

Gewiß eine gewaltige Leistung. Doch die hohen Erwartungen, die der glänzende militärische Sieg hatte aufkeimen lassen, konnten noch nicht erfüllt werden. Die wirtschaftliche Lage Vietnams ist nach wie vor besorgniserregend. Auf vielen Gebieten blieb die Produktion teils weit hinter den gesteckten Planzielen zurück.

In der offenen, kritischen und selbstkritischen Atmosphäre des Parteitages bleibt auch dies nicht unausgesprochen. Genosse Le Duan stellte dazu fest: „Das Ergebnis bei der Realisierung der Wirtschaftspläne in den 5 Jahren 1976 bis 1980 hat gezeigt, daß die ernsthaften Disproportionen in der Volkswirtschaft noch nicht eingeschränkt werden konnten. Die Produktion entwickelte sich langsam, während die Bevölkerungszahl schnell anstieg. Das Nationaleinkommen gewährleistet noch nicht die gesellschaftliche Konsumtion, ein Teil der gesellschaftlichen Konsumtion muß sich auf Kredite und Wirtschaftshilfe stützen, die Wirtschaft schafft noch nicht die Akkumulation.“

Sorgenkind Nr. 1 ist nach wie vor die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Zwischen 13 und 21 kg stehen jedem Vietnamesen pro Monat zu. Zu wenig, um immer alle satt zu machen.

Zu den Ursachen heißt es im Bericht des Generalsekretärs: „Die Wirtschaft unseres Landes ist im allgemeinen noch eine Kleinproduktion, die außerordentlich schweren Folgen eines langwierigen Krieges und des Kolonialismus müssen ertragen werden; in den vergangenen 5 Jahren mußten wir fast 3 Jahre Krieg zur Verteidigung des Landes führen; die alten Kriegswunden waren noch nicht ganz verheilt, als neue Zerstörungen eintraten; es traten wiederholt große Naturkatastrophen hintereinander auf; die Feinde verursachten vielseitige ständige Zerstörungen.“

Auf dem Parteitag kommen jedoch auch Fehler zur Sprache,

beispielsweise bei Planung und Leitung der Wirtschaft, durch subjektive Unzulänglichkeiten und die an Umfang und Tempo zu geringe Heranbildung qualifizierter Kader. Le Duan: „In vielerlei Hinsicht ist es sicher, daß die Fehler und Mängel in der Führung und Leitung die Hauptursache sind, oder aber zur weiteren Erhärtung der schwierigen Situation in der Wirtschaft und Gesellschaft in den vergangenen Jahren geführt haben.“

Mit Blick auf schwerwiegende Mängel bei der Konkretisierung und Umsetzung der vom 4. Parteitag gegebenen Orientierung, wird selbstkritisch festgestellt:

„Wir haben die Schwierigkeiten und Komplikationen des Weges zum Sozialismus in einer Wirtschaft, in der die Kleinproduktion verbreitet ist, noch nicht vollständig überblickt. Wir haben den Umfang und die Veränderungen in der Wirtschaft und Gesellschaft nach einem langandauernden Krieg noch nicht vollständig gesehen. Wir haben die Schwierigkeiten und Komplikationen bei der Überwindung unserer Schwächen in der Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht bis zum Schluß erkannt, und wir haben die vielseitigen und ungünstigen Veränderungen in der Welt noch nicht vollständig in Betracht gezogen.“

Dadurch hatten wir besonders am Anfang subjektiv und übermütig einige ziemlich hohe Kennziffern für den Umfang und die Geschwindigkeit des hauptsächlich Aufbaus und der Entwicklung der Wirtschaft festgelegt. Dieser Übermut äußert sich auch noch anders, wie in der ziemlich schnellen Kollektivierung der Landwirtschaft in einigen Gebieten, in der Aufstellung von Plänen und der Erweiterung des Baus einiger Projekte, obwohl Dokumentationen, Überprüfungen, Studien und Vorbereitungen noch fehlten und nicht zur Verfügung standen.“

Vietnam steht mitten in seiner zweiten Schlacht. Es geht um den Sieg auf dem Feld der Ökonomie. Ihn fürchtet der Imperialismus nicht minder als den Sieg Vietnams im Befreiungskampf. Der Parteitag konzentrierte alle Kräfte auf eine neue Offensive. Strategischer Eckpfeiler ist dabei die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Staaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem Vietnam seit 1978 angehört.

Die Ziele für die 80er Jahre

Zur Überwindung der Probleme auf ökonomischem und sozialem Gebiet wird auf folgende Ziele für die 80er Jahre orientiert:

„1. Um die dringendsten und grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu stabilisieren und zu verbessern, ist das Wichtigste, zuerst eine Lösung der Getreide- und Nahrungsmittelprobleme herbeizuführen, die Bedürfnisse an Kleidung, Bildung, medizinischer Betreuung, Wohnraum, Reisen, Kinderbetreuung und anderer grundlegender Konsumbedürfnisse zu befriedigen.“

2. Die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, im Hinblick auf eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, der Konsumgüterindustrie und des Exports; weitere Vervollkommnung der technischen Ausrüstung anderer Wirtschaftszweige, Schaffung von Voraussetzungen für eine bessere Entwicklung der Schwerindustrie in der kommenden Etappe.

3. Abschluß der sozialistischen Umgestaltung in den Südprowinzen, weitere Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Norden, Konsolidierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse im ganzen Land.

4. Erfüllung der Bedürfnisse der Landesverteidigung, Festi-



Metallverarbeitender Betrieb

„...ung der nationalen Verteidigung, der Garantierung von Sicherheit und Ordnung.“

So soll das Nationaleinkommen jährlich um 4,5-5%, die landwirtschaftliche Produktion um 6-7% und die Industrieproduktion um 4-5% steigen. Angesichts des raschen Bevölkerungszuwachses bedeutet eine Realisierung dieser Zielstellung jedoch nur wenig mehr als eine Stabilisierung der gegenwärtigen Lage.

Welche Rolle auch hierbei den vietnamesischen Streitkräften zukommt, wird uns deutlich, als wir den Pavillon der Armee auf der nationalen Wirtschaftsausstellung besuchen. Vom Maschinenbau über die Holzwirtschaft und die pharmazeutische Industrie bis hin zu einer Schlangenfarm, die Serum für verschiedene medizinische Zwecke liefert – die vietnamesischen Soldaten sind in bedeutendem Maße in den Produktionsprozeß einbezogen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft und erreichen zugleich einen hohen Grad an Selbstversorgung.

„Einmal sehen ist besser als tausendmal hören“, sagt man. Und unübersehbar ist: Dieses Land braucht die Solidarität seiner Freunde heute so wie in der Vergangenheit. Wiederholt bringen unsere vietnamesischen Gesprächspartner ihre hohe Wertschätzung für die Tätigkeit der Hilfsaktion Vietnam und der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam zum Ausdruck.

Die KP Vietnams zeigt Geschlossenheit

Gegenwärtig rüstet die Hilfsaktion, die seit 1965 bereits Hilfe im Wert von 70 Mio DM an Vietnam und Kampuchea geleistet hat, eine Nähfadelfabrik im Hanoier Vorort Ha Dong mit Maschinen im Gesamtwert von rund 5 Mio DM aus. An diese Zahlen werden wir erinnert, als der Botschafter der Bundesrepublik in Hanoi, Dr. Vollers, uns mitteilt, der gesamte Umfang humanitärer Hilfe der Bundesregierung an Vietnam habe sich im letzten Jahr auf 1 Mio DM belaufen. Kommentar überflüssig.

Wir erleben die KP Vietnams als eine selbstbewußte, entschlossen und einheitlich handelnde Kraft. 1033 Delegierte vertreten 1,7 Mio Mitglieder. 40% der Delegierten waren von Parteiorganisationen im Bereich der Wirtschaft gewählt worden. 102 kommen aus Industriebetrieben. 1/3 der Delegierten besuchte die Hochschule oder verfügt über eine vergleichbare Bildung. 14 Delegierte nehmen bereits seit Gründung der KP Indochinas im Jahre 1930 am revolutionären Kampf teil, während 34 erst nach 1975 in die KP Vietnams aufgenommen wurden.

Während die bürgerliche Presse über Säuberungen und Machtkämpfe in der Parteispitze spekuliert, wählen die Delegierten in Einmütigkeit die neue Führung ihrer Partei. Entsprechend den neuen Aufgaben wird die Zusammensetzung der leitenden Gremien verändert. Jüngere, bewährte Genossen rücken nach. Hier wird keine Schwäche, sondern Stärke dieser Partei sichtbar, die im Bewußtsein ihrer Kraft, aber auch ihrer Mängel, geschlossen um die Lösung ihrer Probleme ringt.

Die Grundorganisationen der Partei stärken, sich offensiv mit imperialistischer Ideologie, mit Opportunismus und maoistischen Positionen auseinandersetzen, die eigenen Reihen von Karrieristen und korrupten Elementen freihalten, mit aller Kraft dem Volke dienen – das ist der Auftrag des Parteitages an die Partei.

Als wir Vietnam wieder verlassen, nehmen wir ein genaueres Bild mit von der Härte und den komplizierten Bedingungen, die das Leben der vietnamesischen Menschen heute bestimmen; aber auch die Zuversicht, daß sie die gewaltigen Probleme meistern werden, vor denen das Land steht.

Wilfred Burchett

Vom Widerstand zum Aufstand Die Geschichte der zweiten Befreiung (2. Teil)

Ein Beispiel für die Art von verzweifelter und aussichtslosem Volksaufstand, wie er vorkam, wurde von Chau King, einem ehemaligen Sekundarschullehrer in Siem Reap (der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, in der die Ruinen von Angkor stehen), geliefert. Er arbeitet jetzt in der Afrika- und Mittelostabteilung des Außenministeriums und war mein Englisch-Dolmetscher während meines Besuchs in Kampuchea im Dezember 1980.

Als die Stadtzentren geleert wurden, nachdem die Roten Khmer im April 1975 Lon Nol gestürzt hatten, war Chau Kong aus der Provinzhauptstadt ins Dorf Kuok Thiok im Bezirk Chikrong, (Provinz) Siem Reap, umgesiedelt worden. Im April 1977 wurde er zur Dammbauarbeit in einen Ort namens Rohal Truol geschickt.

Tote „erzählen keine Geschichten!“

„Die 'alten' Bewohner hatten dort gearbeitet, sollten aber durch 'neue' ersetzt werden. Als die 'alten' Bewohner im Namen von Angkar 'ermuntert' wurden in ihre Dörfer zurückzukehren, argwöhnten sie, daß man sie möglicherweise fortschaffen und töten werde. Sie blieben an der Baustelle. Die 'neuen' Bewohner wußten schon aus Erfahrung, daß 'Ersuchen' von Angkar gleichbedeutend mit einem Todesurteil waren.

'Alte' und 'neue' taten sich zusammen und ernannten zwei Anführer, Chhoeut von den 'alten' und Siv von den 'neuen', die Demonstrationen gegen Angkar in Gang setzen sollten. Diese gingen an der Baustelle, aber fast gleichzeitig (auch) in jedem der 12 Dörfer des Bezirks Chikrong los. Die Angkar-Kader versuchten sie zu verhindern, erst mit Argumenten, dann mit Gewalt. Sie fachten die Flammen des Aufstands nur an. Viele Angkar-Kader, Militär, Anführer von Arbeitsgruppen und Kooperativen wurden mit Äxten, Hacken, Eisenstangen und Keulen angegriffen – und getötet. Die Erhebungen dauerten zwei Wochen an, bis praktisch alle Angkar-Kader im Bezirk Chikrong beseitigt waren. 'Alte' und 'neue' Bewohner kämpften Seite an Seite.

Es begann in den ersten Apriltagen. Im Dorf Kuok Thiok kamen einige Pol-Pot-Truppen an, die versuchen wollten, die Demonstrationen zu beenden – sie wurden getötet. Dann wurden große Truppenverstärkungen geschickt, und am 19. April kam der Gouverneur für das gesamte Gebiet, das die Provinzen Siem Reap, Kompong Thom und Oddar Meanchey umfaßte, und hielt eine Rede über die Revolution, die 'uns vom Imperialismus befreit' habe, sowie über die Vorteile und Vorzüge, die Angkar uns gebracht habe. Er machte uns Vorwürfe wegen unserer 'Undankbarkeit' in Gestalt der Demonstrationen und warnte uns, daß die 'Revolution noch lebendig sei'.

Die Leute schrien zurück, wir seien nicht gegen die Revolution, aber gegen das Morden und dagegen, nicht genug zu essen zu haben. Wir führten eine 'Revolution innerhalb der Revolution' durch. Der Gouverneur erwiderte, daß einige

Kader getötet worden seien und Angkar im Zuge ihrer korrekten politischen Maßnahmen sicherstellen werde, daß 'Gerechtigkeit geübt werde'. Dann schleppten Truppenangehörige Chhoeut und Siv heran, und der Gouverneur sagte, daß Angkar 'um ihre Anwesenheit zwecks weiterer Ausbildung ersuche'. Wir wußten, daß dies ihr Todesurteil war.

Dann mußte jeder antreten, und jedem wurde eine Frage vorgelegt: 'Haben Sie an den Demonstrationen teilgenommen?' Die freimütig mit 'ja' antworteten, wurden auf die eine, die mit 'nein' antworteten, auf die andere Seite gestellt. Als alle getrennt waren, sollten die, die mit 'ja' geantwortet hatten, ins Dorf zurückkehren und sich dann hinlegen. Ihnen wurden die Hände auf dem Rücken gefesselt, und sie wurden am hellen Tag fortgeführt und in der Umgebung des Dorfes umgebracht. An solche wie mich, die mit 'nein' geantwortet hatten, ergingen allabendliche 'Ersuchen' von Angkar um unsere Anwesenheit, und keiner kehrte zurück. In der Nacht vom 21. zum 22. April gelang mir die Flucht in einen anderen Bezirk. Soweit ich weiß, war ich der einzige männliche Überlebende aus Kuok Thiok und einer von einer Handvoll Überlebender aus dem Bezirk Chikrong."

Man darf mit Recht annehmen, daß die in den Todesgruben von Roluos Opfer einer ähnlichen Volkserhebung wie im Bezirk Chikrong waren, jedoch am entgegengesetzten Ende des Landes. Das Dorf Roluos liegt etwa 15 km von Phnom Penh an den Ufern des Flusses Bassac. Zur Zeit meines Besuchs, Mitte Dezember 1980, waren erst zwölf von insge-



Budhistische Mönche (l.); Massengrab aus der Zeit Pol Pots

samt 129 im August 1980 entdeckten Gruben exhumiert worden.

Die Arbeiten zum Zweck der Ausgrabung der Skelette waren zeitweilig angehalten worden, weil Angehörige der Exhumierungsmannschaften von dem Gestank und vor Entsetzen über all das krank wurden. (So ging es auch mir.) Jede geöffnete Grube enthielt zwischen 60 und 120 Leichen. Den meisten waren die Hände mit Stromkabelenden auf dem Rücken zusammengebunden, und ihre Augen waren mit Streifen ihrer eigenen Kleidung bedeckt. Es waren Männer, Frauen und Kinder. An ihren Schädeln und Knochen hingen immer noch Haarbüchel und vertrocknetes Fleisch. Es schien klar, daß ganze Familien ausgelöscht worden waren.

Der Zustand der Überreste wies darauf hin, daß die Opfer kurz vor dem Sturz des Pol-Pot/Ieng-Sary-Regimes umgebracht worden sein mußten. Aber niemand konnte sagen, von woher die schätzungsweise 11.000-12.000 Opfer zu der Hinrichtungsstätte gebracht worden waren. Tote „erzählen keine Geschichten“, wie eine alte englische Redensart trefend vermerkt!

Die Dorfbewohner von Roluos, die zur Zeit meines Besuchs gerade eine gute Frühreisernte mit der Hand einbrachten, konnten nichts zur Lösung des Rätsels beitragen. Sie waren in den ersten Tagen nach der Machtübernahme der Roten Khmer gewaltsam weit von ihrem Dorf weg evakuiert worden und erst nach dem Sturz des Regimes zurückgekehrt. Mehrere waren nach dem Öffnen der Todesgruben ernstlich erkrankt.

Man vermutete, daß die Opfer aus einer Gemeinde stammten, die sich gegen ihre Rote-Khmer-Despoten am Ort erhoben hatte. Aber nichts an den Gruben lieferte irgendwelche Anhaltspunkte darüber, wer die Opfer waren oder woher sie gekommen waren.

Vandy Kaonn, der die Sorbonne als Doktor der Soziologie und Professor der Philosophie verlassen hatte, war dadurch am Leben geblieben, daß er sich als analphabetischer Zigarettenverkäufer ausgab.

Nachdem er in das Dorf Prek Kak im Bezirk Stung Trang, Provinz Kompong Cham, deportiert worden war, war er

Zeuge individueller Gesten des Trotzes geworden. Und er hatte selbst versucht sich zu vergiften, indem er ein Gebräu aus einer bestimmten, für ihre tödlichen Eigenschaften bekannten Pflanze herstellte. Er erzählte mir: „Jeder war bereit, sich gegen Pol Pot zu erheben. Hätte ich ein Gewehr gehabt, dann hätte ich bestimmt mitgemacht. Aber es schien hoffnungslos. Viele Menschen begingen Selbstmord. Sie glaubten, daß sie ohnehin sterben würden – wozu also den Todeskampf verlängern?“

Er führte den Fall eines jungen Mannes, „mitteilsam und freigiebig“, in seiner Arbeitsgruppe an, der sich entschloß seinem Leben ein Ende zu setzen, dies aber wenigstens mit einer Geste des Trotzes, um dem Widerstand Mut zu machen. In Prek Kak, wie anderswo, versteckten sich nachts kleine Spione unter den Wohnstätten, um jeden auszumachen, der ein Wort in einer Fremdsprache äußerte. Die Denunzierten wurden am nächsten Tag abgeführt und nie wieder gesehen.

Chakray-Anhänger lebendig verbrannt

Eines Tages stand der junge Mann, zur allgemeinen Furcht und Verwunderung, an seiner Arbeitsstelle auf und sang ein Lied – einen beliebten Schlager aus den 70er Jahren – auf französisch. Als er geendet hatte, wurde er abgeführt und rief: „Ich weiß, daß mich der Tod erwartet. Jetzt bin ich bereit zu sterben.“ Seine Eltern siehten dahin, seine Mutter starb einen Monat später, und sein Vater erhängte sich kurz nach dem Tod seiner Frau. Vandy Kaonn fügte hinzu:

„An der Arbeitsstätte von Stung Trang wurden viele Intellektuelle deswegen umgebracht, weil sie versehentlich ein Wort auf französisch oder englisch geäußert hatten, nachdem sie von der Arbeit zurückgekommen waren. Der Vater des jungen Mannes hinterließ eine Nachricht mit den Worten: 'Möge meine Seele niemals wiedergeboren werden in diesem tausendmal verfluchten Land!' Armer Mann! Der einzige Vorwurf, den man ihm machen konnte, war, daß er sich im Gegenstand seiner Verfluchung geirrt hatte. Nicht Kampuchea, sondern die Roten Khmer hätte er mit seinem Sterbefluch belegen sollen.“

Kann man sich vorstellen, daß Vater und Sohn nicht zu den Waffen gegriffen hätten, wenn die geringste Möglichkeit bestanden hätte das Regime stürzen zu helfen? Solche Fälle müssen mit vielen tausend weiteren multipliziert werden. Überall, wo ich umhergereist bin – und das schließt alle bevölkerungsreichsten Provinzen Kampuchreas ein –, habe ich von ähnlichen verzweifelten Gesten individuellen Widerstands gehört.

Wären sie imstande gewesen ihre Kräfte zu koordinieren und zu konzentrieren, wäre das Regime viel früher gestürzt worden. Pin Yathay schreibt in beredten Worten von den Hoffnungen, die durch Gerüchte von Erhebungen in verschiedenen Landesteilen geweckt wurden, von der Unmöglichkeit, diese zu verifizieren, und der noch größeren Unmöglichkeit, sich solchen Gruppen anzuschließen.

Eine der wichtigsten Erhebungen – und eine, die das spätere massenhafte Überlaufen von Pol Pots Truppen und die den stürmischen Sieg der von Vietnam unterstützten, gegen die Roten Khmer gerichteten Kräfte vom Januar 1979 erklären hilft – war die von Chakray, dem stellvertretenden Vorgesetzten der Stabschefs und Garnisonskommandanten von Phnom Penh, geleistete Erhebung. Sie fand im Februar 1977 statt, doch Pol Pots Spionagesystem innerhalb der Streitkräfte war zu gut organisiert. Der Aufstand hatte kaum begonnen, als Chakray getötet und seine wichtigsten Helfer gefangenengenommen wurden. Sie wurden später im Stadion von Phnom Penh lebendig verbrannt. *Wird fortgesetzt*



Michael Brzoska

Rüstungsexport-Richtlinien der Bundesregierung

Der Falkland/Malwinen-Krieg hat es auch für den Zeitungsleser deutlich gemacht: Der Export von Waffen ist eine politisch brisante Sache.

Die argentinischen Streitkräfte haben britische Kriegsschiffe, Radars und Lenkwaffen, französische Kampfflugzeuge und Lenkwaffen und auch Systeme aus bundesdeutscher Produktion: Flugabwehrkanonen, Lenkwaffen, Panzerbaugruppen, kleinere Kampfboote und Militär-Lastkraftwagen.

Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI ist die Bundesrepublik in den letzten Jahren zum wichtigsten Rüstungslieferanten Argentiniens geworden. Ca. 1/3 aller argentinischen Rüstungsimporte kamen nach dieser Quelle aus der Bundesrepublik. Und das, obwohl noch keines der argentinisch-bundesdeutschen Großprojekte abgewickelt ist: Derzeit sind bei der Hamburger Werft Blohm und Voß vier Fregatten im Bau, die wesentlichen Baumaterialien für die Produktion von sechs Korvetten (kleinen Fregatten) werden von Blohm und Voß nach Argentinien geliefert; die Thyssen Nordseewerke in Emden arbeiten an zwei U-Booten und liefern Baugruppen für zwei weitere U-Boote, die in Argentinien gefertigt werden sollen.

Der Export von Waffenteilen nach Argentinien ist zwar von der Bundesregierung gestoppt worden. Was aber passiert, wenn Anfang nächsten Jahres die erste Fregatte von Blohm und Voß ausgeliefert werden kann, weiß heute niemand. Wenn die politische Stimmung in Bonn nicht radikal umschlägt, scheint eine Auslieferung an das Regime in Argentinien ausgeschlossen. Schließlich steht die Bundesregierung als NATO-Verbündeter voll hinter Großbritannien und hat die argentinische Gewaltanwendung, nicht jedoch die britische Gegenmaßnahme, verurteilt. Ob ein anderer Kunde gefunden werden kann, ist fraglich, so daß als möglicher Endabnehmer wohl die Bundesmarine ins Auge gefaßt werden dürfte.

Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit, daß die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit der Nase auf diesen blutigen Aspekt der Waffenexportpolitik gestoßen wurde. Nach einer Statistik, die im wesentlichen die Lieferungen der zweiten Hälfte der 70er Jahre und die bundesdeutsche Militärhilfe erfaßt, bestanden mit 83 Länder außerhalb der NATO rüstungswirtschaftliche Beziehungen. 46 davon waren nach dem 2. Weltkrieg in kriegerische Konflikte verwickelt.¹

Der Umfang bundesdeutscher Rüstungsexporte in die Dritte Welt hat vor allem in den Jahren 1974-77 sprunghaft zugenommen: Nach einer US-amerikanischen Quelle von 180 Mio Dollar 1974 auf 640 Mio Dollar 1977. Zwischen 1977 und 1979 stagnierten sie. Erst für 1980 wird wieder ein kräftiger Anstieg vermeldet: auf 903 Mio Dollar, entsprechend ca. 1,6 Mrd DM.² Damit ist die Bundesrepublik Deutschland mit einem „Weltmarktanteil“ von ca. 4% weltweit der viertgrößte Waffenexporteur gewesen, nach der

Sowjetunion, den USA und Frankreich, und noch vor Großbritannien. Diesen Zahlenangaben darf man nicht sehr trauen, sie entsprechen aber, zumindest, was die Bundesrepublik angeht, anderen Angaben.

Der leichte Rückgang der Rüstungsexporte nach 1977 dürfte auf zwei Umstände zurückzuführen sein: Zum einen begann etwa 1977 die Beschaffungswelle für die „Dritte Waffengeneration“ der Bundeswehr die Kapazitäten in der Rüstungsindustrie auszulasten. Und zum zweiten war der Auftragsstau aufgrund der Bestellungen im Gefolge des Nahost-Krieges (1973; d. Red.) und der Ölpreisteigerungen weitgehend aufgelöst. Ein weiterer Rückschlag für die Rüstungsindustrie war der Fall des Schah von Persien 1978/79.

Gleichzeitig wurde jedoch die Werbung bei potentiellen Kunden in der Dritten Welt verstärkt. Davon profitierte vor allem der Mönch-Verlag, der in englisch, spanisch und deutsch Rüstungszeitschriften herausgibt, die mit Anzeigen bundesdeutscher Rüstungsfirmen finanziert werden.

Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie begann wieder verstärkt Aufträge hereinzuholen – allerdings vornehmlich solche, die mit den 1971 erlassenen Richtlinien der Bundesregierung nur schwer in Einklang zu bringen waren. Insbesondere die Regelung, daß Rüstungsexporte nicht in Spannungsgebiete zu liefern seien, machte Kopfschmerzen. Eines der größten je in Aussicht genommenen Rüstungsexportgeschäfte, die Lieferung von mehreren hundert Leopard-II-Panzern nach Saudi Arabien, drohte daran zu scheitern, weil eine Verwendung der Panzer gegen Israel nicht auszuschließen ist.

Was sind „vitale Interessen“?

Als zusätzlich die Genehmigung des Exports von zwei U-Booten des Typs 209 von HDW/Kiel nach Chile ruchbar wurde und zu intensiven Diskussionen in der Öffentlichkeit führte, verlangten die Rüstungsindustrie, die Parlamentarier von SPD und FDP in Bonn und die Bundesregierung neue Richtlinien (vgl. auch: AIB 3/1981, S. 4 ff.).

Den Linken in der SPD (und auch Teilen der FDP) ging es um eine restriktivere Handhabung des Rüstungsexportes. Im Endergebnis forderten sie ein Verbot des Exportes von Kriegswaffen außerhalb der NATO. Besonderes Augenmerk warfen sie auf Umgehungsstrategien der Rüstungsindustrie gegen die bestehenden Richtlinien. Durch Koproduktionen, insbesondere mit französischen Rüstungsfirmen, haben einige bundesdeutsche Hersteller ihren Export stark ausweiten können, ohne jeweils in Eschborn (dem Sitz der unteren Genehmigungsbehörde, des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung) und Bonn nachfragen zu müssen.

Die SPD-Fraktionslinken unter der Führung des Kieler Abgeordneten Norbert Gansel wurden schon im Fraktions-

Arbeitskreis „Rüstungsexporte“ abgeschmiert. Die Stellungnahme, die schließlich dem Bundeskabinett zugeleitet wurde, enthielt statt des alten Begriffes „Spannungsgebiet“ die Formel: „Kriegswaffen-Exporte (an Nicht-NATO-Länder) sollen nur ausnahmsweise“ möglich sein, wenn

- nach begründeter Auffassung der Bundesregierung im Einzelfall vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen dies erfordern und die innere Lage in dem betroffenen Land dem nicht entgegensteht, und
- vor der Entscheidung der Bundesregierung eine Beratung mit Vertretern des Deutschen Bundestages erfolgt.“³

Das klingt zunächst gar nicht so schlecht, aber folgende Punkte kommen hinzu:

- Die Richtlinien umfassen nur etwa die Hälfte der Rüstungsexporte, den „harten Kern“ der Kriegswaffen, nicht jedoch die „sonstigen Rüstungsgüter“, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz kontrolliert werden;
- Kriegsschiffe sollten nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht unter die Richtlinien fallen, weil die Werften in einer großen wirtschaftlichen Krise stecken.

Dieser SPD-fraktionsinterne Kompromiß, der den Fraktionslinken N. Gansel auf die Barrikaden trieb („Triumph der Grundsatzlosigkeit und Sieg kurzfristiger Interessen der Rüstungslobby“⁴), und von der FDP-Fraktion in allen wesentlichen Punkten mitgetragen wurde, wurde von der Bundesregierung stark in Richtung auf weniger Beschränkung verändert.

So sind es nicht mehr „vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen“, die entscheidend sein sollen, sondern „vitale Interessen“.⁵ Und: „Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.“

Das Wort „vital“ wurde seines Sinnes völlig entkleidet. Statt wie im SPD-Entwurf „dies erfordern“ (und im FDP-Entwurf „eindeutig dafür sprechen“) müssen die Interessen nur noch für einen Rüstungsexport „sprechen“.

Übernommen wurde die Formel von der „inneren Lage“, die einer Genehmigung entgegensteht. Dies ist zweifellos ein Tribut an die Linke in der SPD und außerhalb des Parlaments. Die Opposition gegen die Lieferung von U-Booten nach Chile schien der Bundesregierung potentiell so stark, daß die neuen Richtlinien hier einen Riegel verschieben sollten.

Nach dem Geschmack von CDU/CSU und Rüstungsindustrie

Übernommen wurde auch die Konsultation mit Vertretern des Parlaments – nur ganz anders, als es die Fraktionslinken, die diesen Vorschlag vor mehr als zwei Jahren in die Debatte geworfen haben, sich dachten. Statt Kontrolle der Regierung durch das Parlament gibt es in Zukunft die unverbindliche Teilnahme von Fraktionsmitgliedern bei entscheidenden Sitzungen des Bundessicherheitsrates.

Die neuen Richtlinien sind zweifellos „weicher“ als die alten Richtlinien von 1971. Der Rüstungslobbyist Griephan schreibt dazu: „Die CDU/CSU verkneift sich jedes Wort zu den neuen politischen Grundsätzen der SPD/FDP-Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 28.4.1982. Die Oppositionspolitiker sehen, daß die Grundsätze auch für eine CDU/CSU-FDP-Regierung akzeptabel und praktikabel sind.“ Und: „Was der CDU/CSU recht ist, kann Rüstungsherstellern allemal billig sein.“⁶

Die neuen Grundsätze enthalten – offensichtlich unter dem Eindruck der Falkland/Malwinen-Krise – auch zwei bemerkenswerte Vorschriften, die, tatsächlich angewandt, den bundesdeutschen Rüstungsexport, behindern könnten. So heißt es einmal: „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“ Das widerspricht der bisherigen Praxis, Rüstungsexporte, vor allem im Kriegsschiffbau, aus werftpolitischen Überlegungen zu genehmigen.

Und zum anderen heißt es: „Es muß eine hinreichende Sicherheit bestehen, daß die Kriegswaffen und kriegswaffenähnlichen sonstigen Rüstungsgüter nur zur Verteidigung des Empfängerlandes oder der betreffenden Region bestimmt sind.“ Diese Sicherheit gibt es für „langlebige Konsumgüter“ wie Waffen wohl nicht.

Beides kann man als Lippenbekenntnisse angesichts der Falkland/Malwinen-Peinlichkeiten vergessen. Es sei denn, der politische Druck wird so stark, daß der Trend zu mehr und weitreichenderen Genehmigungen geändert werden muß. Dann müßten aber auch neue Richtlinien her. Denn die jetzt beschlossenen Grundsätze sind, obwohl „gummiartig“ wie der Vorgänger, ein Wegweiser in die falsche Richtung.

Anmerkungen:

- 1) M. Brzoska/H. Wulf, Offensive im Rüstungsexport, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten?, Reimbek bei Hamburg 1980
- 2) US Senate, Committee on Foreign Relations, Press Release, Februar 1982, basierend auf US-Geheimdienstinformationen
- 3) Der SPD-Entwurf ist auszugsweise nachgedruckt in: Wehrdienst, Nr. 839/15.3.1982
- 4) Frankfurter Rundschau (FR), 5.5.1982
- 5) Die Grundsätze der Bundesregierung vom 28.4.1982 wurden u.a. im Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung und in der FR, 4.5.1982, veröffentlicht.
- 6) Wehrdienst, Nr. 847/10.5.1982

Die Bundesrepublik präsentiert:

AS BESTE
MIT DEM
WELTKRIEG

DA
LACHT
DER
SOLDAT

PANZER-ABWEHRRAKETEN

HOT oder **MILAN**

Schlanke **0.99** Mio. DM
12er Karton

1.99 Mio. DM

Komplett Ab Fabrik

ALPHA JET Stück **24.98** Mio. DM
ABHOLPREIS

1.28 Mio. DM

PREISE WIE BEI BOLLE!!

Tolles Styling SUPER

LOHM&VOSS

499.- Mio. DM

SONDERANGEBOT
STARFIGHTER
100er Packung **32.-** Mio. DM

Mit Garantie

CHLAGEN - SOLANGE VORRAT REICHT.....

Der internationale Sozialistenkongreß von Stuttgart (1907)

Man darf gespannt sein, wie sich die SPD des Stuttgarter Treffens der Parteien der II. Internationalen Arbeiterassoziation (1889-1914) vor 75 Jahren – vom 18.-24. August 1907 – erinnern wird – und ob überhaupt: Stimmte sie doch damals einer Resolution zu, die, entworfen von August Bebel, durch Zusatzanträge Rosa Luxemburgs und W. Iljitsch Lenins revolutionären Charakter erhalten hatte. Ihr nach wie vor aktuelles Thema: Der Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr.

884 Teilnehmer aus 25 Ländern waren anwesend. Den größten Teil stellten die starken Arbeiterparteien Europas – voran die deutschen Sozialdemokraten, die Sozialisten Frankreichs und Rußlands (die Bolschewiki, für die W.I. Lenin erstmals an einem Kongreß der II. Internationale teilnahm).

Rußland – der Name besaß magischen Klang in der Arbeiterinternationale. Die Revolution von 1905 wurde von ihr begeistert aufgenommen. Ihr Jahrestag, der 9. Januar 1906, wurde z.B. von den deutschen Arbeitern als Tag der Solidarität mit dem russischen Proletariat begangen. In den USA wurden Kundgebungen und Geldsammlungen für die Opfer des 9. Januar 1905 veranstaltet. In Indien, China, dem Iran und der Türkei bekundeten fortschrittliche Kräfte ihre Solidarität.

Gleichzeitig verstärkten sich ohnedies die Kampffaktionen der Arbeiter in den übrigen kapitalistischen Ländern; die Befreiungsbewegung in den unterdrückten Ländern des Ostens erwachte: Der russischen Revolution folgten bürgerliche Revolutionen im Iran, der Türkei und schließlich China; in Afghanistan, Indien, Indonesien und anderen arabischen und asiatischen Ländern wurden die Befreiungsbewegungen zu einer Kraft.

Auf der anderen Seite spitzte sich die internationale Lage durch die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten zu. 1907 bildete sich die „Triple-Entente“ Großbritanniens mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland, das seinen „Platz an der Sonne“ (Kanzler von Bülow) mit riskanter Aggressivität beanspruchte. Flottenrüstung, provozierendes Auftreten, Vorstöße im arabischen Raum (Bau der Bagdad-Bahn, „Panthersprung“ nach Agadir – siehe AIB 6/1981) demonstrierten die Entschlossenheit des deutschen Imperialismus zur Gewalt.

Votum gegen den imperialistischen Krieg

Es war deutlich, daß innerhalb der Sozialdemokratie die Kluft aufgebrochen war zwischen den Vertretern marxistischer Positionen und der Führungsmehrheit unter dem Einfluß der revisionistischen Theorie eines E. Bernstein, fixiert auf den Parlamentarismus und entfremdet von den kampfbereiten klassenbewußten Arbeitern. Es war kein Privileg der deutschen Sozialdemokratie. „Überall in der II. Internationale“, schrieb W.I. Lenin, „hat sich der Typus der verräterischen Führer, der Opportunisten, der Sozialchauvinisten herausgebildet.“ Dies sollte den Stuttgarter Kongreß prägen.

Eine Massendemonstration von 60.000 begrüßte die Delegierten der fünf Kontinente. Die russische Revolution war niedergeschlagen worden – eine ernsthafte Diskussion über die Lehren, über die neuen Kampfmethoden, die aktuellen Aufgaben der Internationale fand indes nicht statt.

Die **Debatte über Militarismus und Kriegsgefahr** bildete den Mittelpunkt der Konferenz. Unter den vorgelegten Resolutionsentwürfen stellte derjenige Bebels am klarsten den Zusammenhang von Imperialismus und Krieg heraus; es hieß in ihm, Kriege seien Produkt des Kapitalismus und verschwänden erst mit dessen Beseitigung. Zugleich verwies er auf die Verbindung von antimilitaristischem Kampf und Kampf für den Sozialismus. Doch auch dieser Entwurf enthielt Schwächen, vor allem die Beschränkung auf parlamentarische Kampfmethoden. Rosa Luxemburg und W.I. Lenin setzten ihre Kritik in Zusatzanträge um, die den Charakter der Resolution änderten. Die einstimmig angenommene Entschließung erteilte den sozialistischen Parteien einen klaren Auftrag:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation



W. I. Lenin

naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Dies war eindeutig – auch wenn die Resolution realistisch die Taktik den jeweiligen Parteien überließ (worin die opportunistischen Kräfte dann auch das Schlupfloch sahen, kämpferischen Aktionen zu entsagen).

Den wirklichen Einfluß der Rechten enthüllte die zweite wichtige Debatte um die Kolonialfrage. „In der Kommission (kam) eine opportunistische Mehrheit zustande, und im Resolutionsentwurf erschien der ungeheuerliche Satz: Der Kongreß 'verwirft ... nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischen Regime zivilisatorisch wirken können!'“, urteilte W.I. Lenin. Das war vor allem dem Wirken der deutschen Delegationsmehrheit zuzuschreiben, nachdem sich in der deutschen Sozialdemokratie derartige Positionen schon früher durchgesetzt hatten.

Zwar gelang es auch in dieser Frage mehrheitlich die Zusatzanträge der Linken durchzusetzen, die der Kolonialpolitik eine prinzipielle Absage erteilten, die Legende von der zivilisatorischen Mission des Imperialismus entlarvten und für die Gleichberechtigung der unterdrückten Völker eintraten. Aber zum einen fehlte immer noch die Betonung des Rechts auf Selbstbestimmung der unterdrückten Völker, zum anderen ließ das Abstimmungsverhältnis von 127 : 108 (letztere überwiegend die Sozialisten der Länder, die Kolonialpolitik betrieben!) erkennen, bis zu welchem Ausmaß der opportunistische Verrat an den Grundsätzen der Arbeiterbewegung gediehen war.

So konnte W.I. Lenin resümieren: „Im großen und ganzen hat der Stuttgarter Kongreß in einer ganzen Reihe bedeutsamer Fragen eine deutliche Gegenüberstellung des opportunistischen und des revolutionären Flügels der internationalen Sozialdemokratie vollzogen und diese Fragen im Geiste des revolutionären Marxismus gelöst.“

Doch in der Praxis setzten sich die rechten Führer durch, für deren Mehrheit die Zustimmung in Stuttgart nur noch ein formaler Akt gewesen war. Noch im selben Jahr billigte Vandervelde im Namen der belgischen Sozialisten die Annexion des Belgischen Kongogebietes. Jean Jaurès erklärte in Frankreich den „Entente“-Block zu einer „Garantie für den Frieden“. Auf dem SPD-Parteitag im September 1907 stellte sich selbst August Bebel vor G. Noske, der gefordert hatte, die deutschen Sozialdemokraten müßten in jedem Krieg ihr Vaterland verteidigen.

Damit war vorgezeichnet, daß ähnliche Resolutionen der folgenden Sozialistenkongresse – Kopenhagen (1910) und Basel (1912) – zwar angenommen wurden, aber Makulatur bleiben mußten. Es kam, was bekannt ist: „SPD und Internationale haben die Probe aufs Exempel, den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, nicht bestanden“ (Wolfgang Abendroth). Im hundertsten Jahr ihrer Gründung konnte SPD-Hausgeschichtsschreiber Willi Eichler 1963 seiner Partei ein makabres Ruhmeszeichen anheften: Mit ihrer Zustimmung zum imperialistischen Krieg (den Kriegskrediten) „hatten die 'vaterlandslosen Gesellen' also die Probe auf die 'nationale Zuverlässigkeit' weiß Gott bestanden.“

J. Ostrowsky

Türkenproteste gegen Ausländerfeindlichkeit



Semra Ertan

Die 25jährige Türkin Semra Ertan hat sich Ende Mai d.J. in Hamburg aus Protest gegen die Ausländerfeindlichkeit selbst verbrannt. In einem zuvor mit dem NDR geführten Gespräch hatte Semra Ertan unmißverständlich klar gemacht, wen sie für dieses feindselige Verhalten verantwortlich machte: Nicht die Deutschen, nicht die Türken, sondern die herrschenden Klassen in beiden Ländern, deren wirtschaftliche Interessen nunmal keine humanitären seien. Die Verwertbarkeit der Menschen („Mein Land hat uns ins Ausland verkauft wie Stiefkinder.“ FAZ, 1.6.1982) erstreckte sich für sie hier auf die Ware Arbeitskraft und in der Türkei auf den Deviseneingang.

Um auf das Zusammenspiel der Regierungen beider Länder in Sachen Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, traten Ende Mai d.J. in 12 Städten der Bundesrepublik 260 Türken, Kurden und Deutsche in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie wollen die Öffentlichkeit darauf stoßen, daß im Nato-Land Türkei eine Militärdiktatur mit wirtschaftlich-militärischer Hilfe aus Bonn die Menschenrechte mit den Füßen tritt. Sie fordern Aufklärung der Morde, Folterungen und Massaker in der Türkei. Sie fordern, daß sich endlich der Bundestag in einer Fragestunde damit befaßt.

Lateinamerika-Tage

Vom 2. bis 23. Mai 1982 veranstaltete das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und die Lateinamerika-Koordination in Westberlin zum zweiten Mal die „Lateinamerika-Tage“. In über 50 Veranstaltungen wurden Information, Diskussion, Musik, Theater und Lesungen dargeboten. Dazu gab es Ausstellungen und im Sonderprogramm 10 Tage lang lateinamerikanische Filme.

Bedauerlicherweise ließ der Berliner Senat unmittelbar danach „Horizonte '82“ beginnen, das ebenfalls Lateinamerika gewidmet war. Das recht aufwendig konzipierte 2. Festival der Weltkulturen bot bis zum 20.6.1982 ein reichhaltiges Programm offizieller Kulturpolitik mit der bislang umfangreichsten Retrospektive des lateinamerikanischen Films.

Nikaragua-Nothilfe

Im Mai d.J. wurde Nicaragua von einer schweren Naturkatastrophe heimgesucht. Regenfälle, die durch einen Wirbelsturm ausgelöst worden waren, verwüsteten Plantagen, schnitten Dörfer von der Umwelt ab; Industrieanlagen fielen aus, Straßenverbindungen und die Elektrizitätsversorgung wurden unterbrochen. Ca. 30.000 Obdachlose und annähernd 300 Tote sind zu beklagen. Die materiellen Schäden belaufen sich auf 183 Mio Dollar.

Spenden zur Linderung der größten Not werden auf dem Konto von Medico Internacional e.V., Kto 1800, Stadtparkasse Frankfurt (BLZ 54551030), Stichwort: Soforthilfe Nicaragua entgegengenommen.

Ein Sender für Guatemala

Das Guatemaltekeische Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP), der Zusammenschluß der Demokratischen Journalisten (APDG) und die Guatemala-Solidaritätskomitees haben sich angesichts der Unmöglichkeit, oppositionelle Berichte in den Medien des mittelamerikanischen Landes einzubringen, für den gemeinsamen Aufbau eines nationalen Kommunikationszentrums entschieden. Der projektierte Untergrundsender Radio Guatemala Libre (Radio Freies Guatemala) soll in alle Landesteile ausstrahlen und 200.000 Dollar kosten.

Der Sender soll, so betonen die Initiatoren, Sprachrohr aller für die Befreiung kämpfenden Guatemalteken sein. Er wird gerade für jene Teile der guatemaltekeischen Bevölkerung, die Analphabeten sind, eine wichtige Informationsquelle sein.

Das AIB unterstützt dieses Projekt und ruft zur Spendensammlung auf. **Spendenkonto:** Hypobank München (BLZ 700 200 01, Kontonummer 653029 8408, Stichwort: Radio Guatemala Libre. Ein Informationsblatt zu der Senderaktion kann bezogen werden bei: Guatemala-Solidaritätsgruppe Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster.



Mittelamerika-Karawane

Ende April 1982 war in Großbritannien eine Karawane gegen die Intervention in Mittelamerika gestartet. Sie reiste durch alle europäischen Länder und erreichte Anfang Juni d.J. Straßburg. Dort, vor dem Europaparlament fand eine internationale Demonstration statt. Ziel dieser Aktion ist es, die europäische Öffentlichkeit, auf die Unterdrückung der Völker Mittelamerikas aufmerksam zu machen. Getragen wird die Karawane vom Sekretariat der europäischen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, zusammen mit den nationalen Solidaritätskomitees für Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Die Karawane wurde von je einem Repräsentanten der Befreiungsbewegungen FSLN (Nicaragua), der FMLN/FDR (El Salvador) und CGUP (Guatemala) begleitet.

ANC-Symbol als Anhänger

Das Symbol des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), der Speerwerfer mit Schild, ist jetzt als Anhänger in Silber erhältlich. Stückpreis: 18 DM, dazu passendes Silberkettchen: 6 DM. Bezugsadresse: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1.



Mitgliederversammlung der AAB

Vom 4.-6. Juni 1982 fand in Bonn die diesjährige Mitgliederversammlung (MV) der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) statt. Die MV beschloß u.a. die Fortsetzung der AAB-Kampagnen zum Bankenboykott, zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit und zum Boykott des Kulturabkommens. Ihre materielle Solidarität will die AAB auf den ANC Südafrikas und die SWAPO Namibias konzentrieren.

Die Diskussion wurde größtenteils von der Frage der Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen und Bündnissen bestimmt. Dabei will sich die AAB als „Ein-Punkt-Bewegung“ künftig auf solche Felder konzentrieren, wo Ansätze zu gemeinsamem Handeln existieren, ohne daß die AAB alle Positionen und Forderungen anderer demokratischer Bewegungen übernimmt. In diesem Sinne beschloß die MV, insbesondere die Zusammenarbeit mit den Kirchen, der Friedensbewegung, der Gewerkschaftsbewegung und der Ökologiebewegung – wo immer möglich – zu verstärken.

Argentinien—Großbritannien

Am 15.6.1982 haben die argentinischen Truppen auf den Falkland-Inseln/Malwinen bedingungslos kapituliert, nachdem der Kampf für sie aussichtslos geworden war. Sie hatten die Inseln am 2. April d.J. besetzt (siehe AIB 6/1982, S. 4-7).

Am 21. Mai d.J. waren britische Truppen auf West-Falkland gelandet und hatten bereits 10 Tage später die ganze Insel bis auf die Hauptstadt Port Stanley/Puerto Argentina zurückerobert. An den Kämpfen waren 8.000 britische und 14.800 argentinische Soldaten beteiligt. Der britischen Interventionsarmee waren vor allem durch die argentinische Luftwaffe empfindliche Verluste zugefügt worden. 2 Zerstörer, 2 Fregatten und ein Transportschiff sanken, mehrere andere Schiffe wurden schwer beschädigt. Insgesamt forderte der Konflikt mindestens 850 Todesopfer, davon der Großteil auf argentinischer Seite.

Hauptverlierer in diesem Krieg sind neben der argentinischen Militärjunta, die um ihr Überleben bangen muß, die USA, die sich vorbehaltlos auf die britische Seite stellten. Argentinien hat bereits angedeutet, daß es zukünftig eine blockfreie Außenpolitik verfolgen will. Die meisten Länder Lateinamerikas unterstützen den Anspruch Argentiniens auf die Falklandinseln/Malwinen. Sie verurteilten auf einer Sitzung der Unterzeichner des Interamerikanischen Vertrages über gegenseitigen Beistand (TIAR) Ende Mai d.J. die Aggression Großbritanniens. Und sie verurteilten die Unterstützung der USA und der EG für die Thatcher-Regierung und riefen die lateinamerikanischen Staaten auf, Argentinien zu unterstützen. Lediglich die USA, Chile, Kolumbien und Trinidad und Tobago enthielten sich der Stimme.

Der Interessenkonflikt zwischen der Reagan-Administration und der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten dürfte vor allem die Position der USA in Mittelamerika beeinträchtigen.



Argentiniens Truppen auf dem Weg in die Gefangenschaft

Bolivien

Seit Monaten wird Bolivien von einer Serie von Streiks und Demonstrationen der Opposition überzogen. Gegen die Repression der Militärdiktatur und die katastrophale Wirtschaftslage fanden Hungerstreiks und landesweite Aufstände im März und April d.J. statt (vgl. AIB 5/1982).

Zentrum der Kämpfe waren die Bergarbeiterstädte, die staatliche Verwaltung und die Banken. Die Hauptforderungen der Gewerkschaftszentrale COB lauteten u.a.: Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten sowie sofortige Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer Jose Maria Palacios und Luis Lopez Altamirano.

Zwangen die Aktionen vom März d.J. die Militärregierung geschlossen zurückzutreten, so gelang der Opposition im Mai d.J. ein weiterer Erfolg: Das seit 22 Monaten bestehende Verbot der politischen Parteien und Gewerkschaften wurde aufgehoben. Und Junta-Chef General Celso Torelio kündigte eine Amnestie an.

Südafrika

Die im November 1980 gegen drei Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) N. Lubisi, N. Manana und P. Mashigo verhängte Todesstrafe, wurde annulliert. Am 3. Juni d.J. wandelte sie der südafrikanische Ministerpräsident Pik Botha in lebenslangliches Zuchthaus um.

Nach Angaben des ANC hat neben der internationalen Solidaritätskampagne der Präsident der Seychellen, Albert René, maßgeblich für diesen „Gesinnungswandel“ der Regierung Botha gesorgt. Er übermittelte Pretoria die Forderung die Todesurteile aufzuheben, andernfalls hätten sechs auf den Seychellen inhaftierte Söldner, darunter auch einige mit südafrikanischer Staatsangehörigkeit, denen wegen eines Umsturzversuchs vom November 1981 (siehe AIB 1/1982) der Prozeß gemacht wird, mit der Todesstrafe zu rechnen.

Namibia-BRD

Anfang Juni d.J. hielt sich eine Delegation der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) unter Leitung ihres Präsidenten Sam Nujoma in Bonn auf. Dabei traf S. Nujoma erstmals mit dem US-Staatssekretär für Afrika-Fragen, Chester Crocker, zusammen, von dessen gleichzeitiger Anwesenheit in Bonn die SWAPO zuvor keine Kenntnis erhalten hatte.

In dem auf Betreiben von Außenminister H.D. Genscher zustande gekommenen Gespräch versuchten die beiden westlichen Politiker die SWAPO-Führung dazu zu überreden, ungeachtet der Differenzen, die über Verfassungsfragen noch bestehen, zur Phase 2 des von der Kontaktgruppe vorgelegten 3-Phasen-Planes überzugehen. In dieser Phase soll über einen Waffenstillstand zwischen der SWAPO und Südafrika verhandelt werden. Die SWAPO bestand in ihren Bonner Gesprächen auf der unverzüglichen Einberufung einer Unabhängigkeitskonferenz für Namibia unter Beteiligung der Vereinten Nationen.

Während der Gespräche wurde bekannt, daß zur gleichen Zeit, während sich die SWAPO-Führung in Bonn aufhielt, eine hochrangige Delegation der Kontaktgruppe die Frontstaaten bereiste, um dort ungestört für die neokoloniale Namibiaoption des Westens zu werben. Die SWAPO brach daraufhin ihren Bonner Besuch vorzeitig ab.

Tschad

Am 7. Juni 1982 ist die Hauptstadt des Tschad N'Djamena durch die Streitkräfte des Nordens (FAN) von Hissène Habré fast kampflos erobert worden. Die Truppen Habrés, die von Ägypten, dem Sudan und den USA unterstützt wurden, hatten vorher eine Stadt nach der anderen erobert, zum Teil begünstigt durch die „Friedenstruppe“ der Organisation für Afrikanische Einheit, die jetzt abgezogen werden soll (siehe AIB 3/1982, S. 36-37 und AIB 6/1982, S.46).

Diese schnelle Niederlage der Truppen Goukouni Oueddeis, der nach Kamerun entkommen konnte, ist vor allem durch die Zerstrittenheit der einzelnen Gruppen, die die Regierung unterstützten, bedingt. Sie konnte auch nicht durch die Einbeziehung aller Fraktionen in die Regierung beendet werden.

Einige Fraktionen hatten sich bei den Kämpfen neutral verhalten, darunter auch die Streitkräfte des Tschad (FAT) unter Abdelkader Kamougué, die den reichen, von Kämpfen verschonten Süden repräsentieren. Aus diesem Grunde haben die Offiziere und zivilen Funktionäre der FAT am 29.5. d.J. A. Kamougué einstimmig verurteilt. Seit dem 3. Juni d.J. kam es in der größten Stadt des Südens Moundou zu heftigen Gefechten zwischen Anhängern und Gegnern A. Kamougués. Eine Spaltung des Landes oder ein Weitergehen der Kämpfe ist deshalb nicht auszuschließen.

Marokko-USA

Ende Mai 1982 unterzeichneten die Außenminister der USA und Marokkos ein Abkommen über Transitrechte der US-Luftwaffe auf marokkanischen Stützpunkten. Als Gegenleistung erhält Marokko — über die bereits vereinbarten Panzerlieferungen für 1983 z.B. hinaus — verstärkte US-Hilfe bei der Truppenausbildung und der Modernisierung seiner Militäreinrichtungen. Dies stellt sozusagen die materielle Seite der von der Reagan-Administration seit langem betriebenen offenen Unterstützung Marokkos gegen die westsaharaische Befreiungsbewegung POLISARIO dar.

Die Verhandlungen über eine intensivere Unterstützung Marokkos begannen nach den schweren Niederlagen der Marokkaner gegen die POLISARIO im Herbst 1981. In ihrem Verlauf kam bereits im November 1981 eine hochrangige US-Militärdelegation nach Marokko, gefolgt von Verteidigungsminister Weinberger und CIA-Chef Robert Inman. Die jüngste Reise absolvierten 80 US-Militärexperten, darunter 22 Generäle, in den vergangenen Wochen.

Mauritius

Die Parlamentswahlen vom 11. Juni d.J. auf der im Indischen Ozean gelegenen Insel Mauritius führten zu einem überwältigendem Wahlsieg der Linksparteien. Das Bündnis der Militanten Bewegung von Mauritius (MMM) und der Sozialistischen Partei von Mauritius (PSM), einer Abspaltung der Labour Partei, konnte alle 62 Direktmandate, bei insgesamt 70 Sitzen, gewinnen (siehe AIB 6/1982, S.58). Damit hat die rechte Koalition von Labour Partei und der Sozialdemokratischen Partei von Mauritius (PMSD) unter Sir Seewoosagur Ramgoolan, seit der Unabhängigkeit im Jahr 1968 Premierminister, ihre knappe Mehrheit im Parlament verloren. Neuer Premierminister soll MMM-Präsident Anerood Jugnauth, Vizepremierminister PSM-Führer Harish Boodhoo und Finanzminister der Generalsekretär und Gründer der MMM, Paul Bérenger, werden.

Das Regierungsprogramm sieht eine nicht-paktgebundene Außenpolitik, die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die teilweise Verstaatlichung der Zuckerindustrie und des Hotelgewerbes, der wichtigsten Zweige der Wirtschaft, vor. Die beiden Parteien fordern die Auflösung aller Militärstützpunkte im Indischen Ozean und die Rückgabe der Insel Diego Garcia, die den USA als Militärbasis dient. Und sie wollen die engen wirtschaftlichen Beziehungen zur Republik Südafrika abbauen.

Türkei

Die Militärjunta um General Evren ist offenbar entschlossen, trotz Protesten des Auslands den Kampf gegen die progressive Opposition unverändert fortzuführen. Neben den andauernden Massenprozessen gegen den progressiven Gewerkschaftsbund DISK und das Friedenskomitee der Türkei (vgl. AIB 2 und 4/1982) wurden nun weitere eröffnet. Sie richten sich gegen angebliche Mitglieder der seit 60 Jahren verbotenen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der Arbeiterpartei der Türkei (TIP).

Als Standardanklagepunkt dient dabei die Verletzung der Artikel 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches (Verbot, die Herrschaft einer Klasse über eine andere anzustreben), die mit harten Strafen bis hin zur Todesstrafe geahndet wird. 205 Personen sind in Ankara angeklagt, Mitglieder der TKP zu sein, was sich u.a. an der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen über den Marxismus-Leninismus in Sofia und Moskau zeige. Alle Angeklagten bestritten eine Mitgliedschaft, jedoch „gestanden“ viele von ihnen nach tagelangen Folterungen.

Die breit angelegten Massenprozesse haben offenbar die Eliminierung progressiver Organisationen in der Türkei zum Ziel. Unter dem Begriff „Kommunistenprozesse“ getarnt, erwartet die Militärjunta die stillschweigende Duldung dieses Vorgehens seitens der westlichen Verbündeten – und der Fortführung der militärisch-wirtschaftlichen Hilfe. So setzt sich der Europa-Parlamentarier Kai-Uwe von Hassel (CDU) für eine Unterstützung der Junta mit 1,5 Mrd DM aus dem EG-Etat ein (vgl. AIB 3/1982) und hat Washington für 1983 sogar 815 Mio Dollar zugesichert.



Iraner auf zurückerobertes Radarstation

Iran-Irak

Mit der iranischen Rückeroberung der Hafencity Korramshar am 24. Mai 1982 und von insgesamt 4.000 qkm okkupierten iranischen Territoriums bis Anfang Juni d.J. entschied sich faktisch der Golfkrieg. Damit wurde die irakische Invasionsarmee bis auf einen dünnen, unterbrochenen Grenzstreifen auf die Ausgangspositionen vom September 1980 zurückgeworfen.

Am 10. Juni machte der irakische Generalstab der Teheraner Führung ein Waffenstillstandsangebot, demzufolge man sich restlos von iranischem Gebiet zurückziehen wolle. Die iranische Regierung knüpfte ihre Zustimmung zur Feuereinstellung an vier Bedingungen: Bedingungsloser Rückzug der irakischen Truppen, Entschädigungszahlungen für die Zerstörungen auf iranischem Boden, Rückkehr von zehntausenden vertriebener Schiiten in den Irak und Durchmarscherlaubnis für iranische Truppen nach Syrien und Libanon, um die israelische Armee zu bekämpfen. Der Irak erklärte sich bereit, die letzte Forderung zu akzeptieren unter der Bedingung, daß der Iran dann einem Waffenstillstand zustimme (Le Monde, Paris, 13./14.6.1982).

Die irakischen Truppen stehen schon jetzt als große Verlierer des Krieges fest und haben rund 50.000 Verluste zu beklagen – das ist 1/4 der regulären Armee. Präsident Husseins Stuhl scheint zu wanken, was von seinen Verbündeten am Golf (Saudi Arabien, Oman usw.) und von Washington als „Gefahr für die Interessen des Mittleren Ostens und der USA“ bezeichnet wurde, wie die U.S. News & World Report vom 7.6.1982 zusammenfaßt. Einen eindeutigen Sieg des Iran hat US-Außenminister Alexander Haig, in einer Rede vor dem Rat für Außenbeziehungen in Chicago am 26. Mai d.J., als alarmierend für die westlichen Ansprüche am Golf gewertet: „Es gibt ein großes Risiko, daß der Konflikt auf Nachbarstaaten übergreifen könnte, und es hat bereits die innerarabischen Beziehungen verschlimmert. Er kann zu unvorhersehbaren und weitreichenden Veränderungen im Kräftegleichgewicht der Region führen, welche der Sowjetunion eine Gelegenheit böte, ihren Einfluß auf diesen Prozeß auszudehnen.“ (Ebenda)

Palästina

Die traurige Bilanz der israelischen Besatzerinsätze gegen die Protestbewegung in der Westbank und dem Gazastreifen von März bis Mai 1982: 16 junge Palästinenser im Alter von 7-21 Jahren wurden ermordet, mehr als 2.000 inhaftiert.

Anfang Mai d.J. wandten sich die Bürgermeister von 26 Städten der besetzten Territorien in einem offenen Brief an Israels Verteidigungsminister Ariel Sharon, in dem sie den fortgesetzten Besatzerterror und die Absetzung von vier gewählten Bürgermeistern (siehe AIB 6/1982, S. 32-34) verurteilten. Sie forderten die Rücknahme der Absetzungen und der israelischen Zivilverwaltung, andernfalls würden alle Gemeinderäte ihr Amt niederlegen.

Im Juni 1982, da sich die Okkupation der Westbank und des Gazastreifens zum 15. Mal jährt, muß von einer allgemeinen Radikalisierung des palästinensischen Massenbewußtseins gesprochen werden. Das ergab eine Umfrage, die das israelische PORI-Institut für das US-Magazin Time (24.5.1982) durchführte. Beispielsweise bejahten 98,2% aller interviewten Palästinenser die Frage, ob sie einen unabhängigen Palästinenserstaat favorisierten. 86% wollen ihn unter alleiniger Führung der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). 57% der Befragten plädierten für ein sozialistisches, 3% für ein pures kapitalistisches Wirtschaftssystem. 72% bezeichneten die Sowjetunion als das am meisten geschätzte Land, was nur 1,6% den USA zubilligten. Unter den PLO-Führern erfreut sich Fatah-Vorsitzender Yassir Arafat (mit 50%) der größten Popularität, vor Najef Hawatmeh (12%) von der Demokratischen Front und Georges Habash (7%) von der Volksfront. Unter den Westbankführern ist der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakah, der mit Abstand beliebteste (68%), während den gemäßigten Bethlehemer Bürgermeister Freidisch 5% und den Führer der proisraelischen Dorfligen, Mustafa Dudin, lediglich 2% bevorzugten.

Indonesien

Die regierende Golkar-Partei konnte bei den Parlamentswahlen vom 4. Mai d.J. ihre absolute Mehrheit mit 64,06% der Stimmen gegenüber den Wahlen von 1977 um fast 2% ausbauen. Die oppositionellen Parteien, die moslemische PPP und die demokratische PDI mußten mit 28% bzw. 7,93% Stimmenverluste von 1,29% bzw. 0,67% gegenüber 1977 hinnehmen. Kritiker der Regierung Suharto bezeichneten die Wahl als Farce, deren Ziel außenpolitischer Prestigeerwerb und Beruhigung ausländischer Investoren sei.

Zu Protesten gab die Benachteiligung der Oppositionsparteien Anlaß, da diese ihren Wahlkampf nur in Städten führen durften, während die Bevölkerungsmehrheit auf dem Lande lebt. Desweiteren wurde die Wahlordnung, wonach die Regierung 100 der 460 Parlamentarier ernannt, scharf kritisiert.

Während des sechswöchigen Wahlkampfes kam es zu schweren, teils gegen die Golkar-Partei gerichteten Ausschreitungen (vgl. AIB 5/1982), die 59 Demonstranten das Leben kosteten und zu hunderten Verhaftungen führten.

2V 7426 E — Postvertriebs

Zeitungs-Gebühr bezahlt

AIB

Liebigstr. 46 3550 Marburg

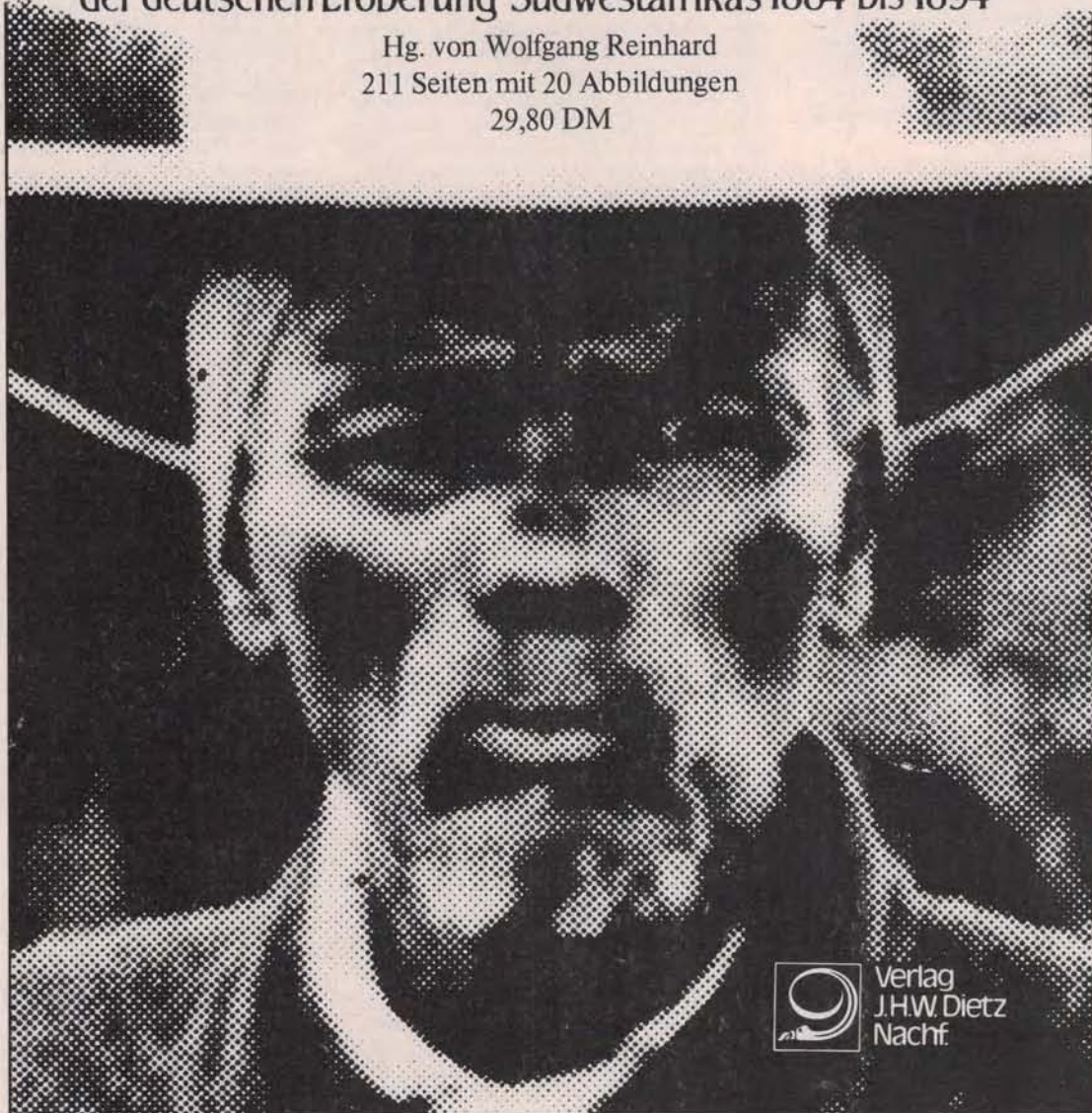
Aus Namibia, in manchen Kreisen noch als „Deutschsüdwest“ bezeichnet, einem der wenigen Länder der Erde, die bis heute nicht einmal auf dem Papier unabhängig sind, stammt dieses Tagebuch des Nama-Kapiteins Witbooi, eine der seltenen schriftlichen Quellen afrikanischer Herkunft aus dem vorigen Jahrhundert. In Briefwechseln mit anderen Häuptlingen und mit Vertretern der deutschen Kolonisatoren hat Witbooi seinen Kampf um das Überleben seines Stammes, um einen Rest von Autonomie, um seine und seines Volkes afrikanische Identität aufgezeichnet.

Hendrik Witbooi

Afrika den Afrikanern!

Aufzeichnungen eines Nama-Häuptlings aus der Zeit
der deutschen Eroberung Südwestafrikas 1884 bis 1894

Hg. von Wolfgang Reinhard
211 Seiten mit 20 Abbildungen
29,80 DM



Verlag
J.H.W. Dietz
Nachf.